

Med. for 3 lu

Eitner

History of

Alfred and Alfred

to the

of the

of the

of the

of the

of the

of the

of the

of the

of the

of the

Militärärztliche Atteste und Gutachten.

Zusammenstellung
der
für Militärärzte anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen.

Mit Genehmigung der Militär-Medicinal-Abtheilung des Königlich
Preussischen Kriegsministeriums

herausgegeben

von

Dr. Eitner,

Oberstabs- und Regimentsarzt 1. brandenburgischen Dragoner-Regiments No. 2.

BERLIN 1873.

Verlag von August Hirschwald.

Unter den Linden 68.

322 68

Militärliche Atteste und Gutachten.

Zusammengestellung

des

für Militärliche anzuwendenden gesetzlichen Bestimmungen

Mit Genehmigung der Militär-Medical-Abtheilung des Königlich
Preussischen Kriegsministeriums

herausgegeben



(Gesetzliche und Bestimmungsmässige No. 1)

BERLIN 1873.
Verlag von August Hirschwald.
Unter den Linden 63.

Vorwort.

Unmittelbar vor Ausbruch des Krieges 1870/71 war die vorliegende Arbeit zum Drucke vorbereitet, der Krieg verhinderte ihre Veröffentlichung und nach demselben erforderten die mittlerweile erschienenen wichtigen Verfügungen und Gesetze eine völlige Umarbeitung, namentlich des wichtigsten Theiles über die Invaliden-Atteste, der durch das Gesetz vom 27. Juni 1871 und die Instruction vom 11. October 1870 in seiner ersten Bearbeitung vollkommen veraltet war. Die hierdurch entstandene Verzögerung hat dem Werkchen den grossen Vorzug verschafft, den auf dem Gebiete der Invaliden-Gesetzgebung gewonnenen Abschluss alsbald in sich aufnehmen zu können.

Der Gedanke, die Bestimmungen zu sammeln und in ihrer Zusammengehörigkeit zu ordnen, welche der Militärarzt sich bei Abfassung seiner Dienstatteste und Abgabe seiner Gutachten stets gegenwärtig halten muss, erschien mir ein zeitgemässer, seine Ausführung geeignet, einem fühlbaren Bedürfnisse abzuhelfen. Die Ausstellung von Attesten bildet im Frieden eine Hauptseite militärärztlicher Thätigkeit, sie tritt so mehr in den Vordergrund nach den grossen blutigen Kriegen der neuesten Zeit, wo die Begutachtung von Invaliden fast zu den täglichen Beschäftigungen des Militärarztes zählte. Die zahlreichen Bestimmungen und Gesetze, welches bei der Verschiedenartigkeit der Atteste in Betracht kommen, im Kopfe zu behalten, ist eine Unmöglichkeit, der Arzt muss dieselben vorkommenden Falles immer wieder nachschlagen und nachlesen. Er findet sie ausser

in der Instruction für Militärärzte, welche indess nur für einen kleinen Theil amtlicher Atteste einen allgemeinen Anhalt giebt, zerstreut in zahlreichen militärischen Schriften, zerstreut in den amtlich ihm mitgetheilten bei den Dienstakten zu sammelnden Cirkularverfügungen. Wie wenig die letzteren, die, wenn sie vollständig sein sollen, bis in das vorige Jahrhundert zurückgehen müssen, dem praktischen Bedürfnisse genügen, ging aus dem grossen Erfolge hervor, den das Erscheinen derselben im Druck in alphabetischer Anordnung von Scheller hatte. Diese Arbeit ist aber nur noch zum Auffinden der ältern Bestimmungen brauchbar und schliesst mit dem Jahre 1856, die lexikalische Anordnung erschwert ihre Brauchbarkeit insofern, als die zusammengehörigen Bestimmungen durch das Alphabet auseinander gerissen unter den verschiedensten Titeln gesucht werden müssen, zumal das successive Erscheinen in 3 Bänden, von denen jeder von A bis Z läuft, die Arbeit des Suchens noch erheblich schwieriger macht. — Das vollständige und umfassende Werk von Prager ist in Betreff der wichtigsten Atteste, derer über Diensttauglichkeit und Invalidität, vollkommen veraltet, da es mit dem August 1865 schliesst und die neuere Gesetzgebung, welche in Folge des Invalidengesetzes vom 6. Juli 1865 sich namentlich nach dem Kriege 1866 entwickelte, sowie die neuesten Gesetze nicht mehr enthält. Zudem enthält das Werk von Prager allerdings einen Abdruck der einschlägigen Bestimmungen seiner Zeit, doch ebenfalls ohne sachliche Ordnung für einen bestimmten Zweck, wie er in vorliegender Arbeit in Betreff der Attestausstellung erreicht werden soll. Es handelt sich hier nur um eine Sammlung der bei Attesten massgebenden Bestimmungen und deren wesentlichen Auszug aus den bezüglichen Quellen, nicht um Abdruck dieser selbst. Daher findet der Arzt hier nicht, wie in Pragers Schrift den Abdruck des Friedens-Lazareth-Reglements, der Instruction für Militärärzte, des Invaliden-Gesetzes etc., aber er findet die auf das Attestwesen bezüglichen Paragraphen, grösstentheils wörtlich, bei den zugehörigen Stellen. — Die vorliegende Arbeit

soll ein selbstständiges bei Ausstellung aller Atteste brauchbares Ganzes sein, ein Vademecum für den Militärarzt, welches ihn überall dahin begleiten kann, wo er in die Lage kommt, es zu Rathe ziehen zu müssen, und wo er nicht die Volumina amtlicher Cirkulare, das zu universelle, zu voluminöse und veraltete Werk von Prager, die zahlreichen Gesetze und Instructionen bei sich haben kann.

Ueber die Anordnung des Ganzen bedarf es nur weniger Worte: der erste Theil enthält alle Bestimmungen, welche bei Abgabe schriftlicher Dienstatteste Seitens der Militärärzte berücksichtigt werden müssen. Dass in demselben die Abschnitte über Diensttauglichkeits- und über Invaliden-Atteste nicht bloß diejenigen Bestimmungen, welche sich speciell über die Ausstellung dieser Atteste aussprechen, enthalten, sondern auch alle diejenigen Aufnahme gefunden haben, deren Kenntniss und stete Vergegenwärtigung dem Arzte nothwendig sind, um das ganze Verfahren, bei welchem er so wesentlich mitwirkt, in seiner Totalität zu übersehen, dürfte weder einer Erklärung noch einer Entschuldigung bedürfen.

Für diese Abschnitte wurde die Beilage I. gegeben, um die Körperfehler, welche die Dienstuntauglichkeit resp. Invalidität begründen, schnell auffinden zu können. Eines Abdruckes des Invalidengesetzes oder der über das Invaliditäts-Verfahren gegebenen Kriegsministeriellen Instruction vom 11. October 1870 bedurfte es nicht, da alle Paragraphen derselben, welche militärärztliches Interesse darbieten, vermittelt des chronologischen Registers im Texte sofort zu finden sind. Letzteres, sowie das Sachregister dürften die Brauchbarkeit des Werkchen wesentlich erhöhen.

Im zweiten, dem gerichtlich-militärärztlichen Theile, konnte das neue Strafgesetzbuch vom 31. Mai 1870, das neue Militär-Strafgesetzbuch vom 20. Juni 1872 und die Verordnung über die Disciplinarbestrafungen vom 31. October 1872 Verwendung finden. Somit hoffe ich mit vorliegender Arbeit allen Militärärzten, dann aber auch den Aerzten des Beurlaubtenstandes, den Medicinal-

beamten, welche so häufig in die Lage kommen, Gutachten über Militärpersonen abgeben zu müssen, ferner allen Civilärzten, welche in ihrer Eigenschaft als behandelnde Aerzte oft genug um Ausfertigung von Bade- und Gesundheits-Attesten angegangen werden, endlich den süddeutschen Militärärzten, denen eine Kenntnissnahme der bezüglichen Bestimmungen, nachdem die Armeen aller deutschen Staaten zu einer Reichs-Armee vereinigt wurden, von Interesse und Nutzen sein dürfte, ein brauchbares Hülfsmittel darzubieten, dessen sie sich mit Nutzen bedienen werden.

Schwedt a. d. O., im Dezember 1872.

Dr. E.

Literatur.

- Allgemeines Landrecht vom 5. Februar 1794.
 Kriminal-Ordnung vom 11. December 1805.
 Instruktion über die Versorgung der Armee mit Arzneien und Verbandmitteln 1. Juli 1837.
 Scheller, Die amtlichen Cirkulare etc. 3 Bände. Berlin 1842, 1846, 1856.
 Militär-Strafgesetzbuch vom 3. April 1845 und Zusatz vom 15. April 1852, vom 20. Juni 1872.
 Reglement für die Friedenslazarethe 5. Juli 1852.
 Löffler, Das preussische Physikatsexamen. Berlin 1858.
 Instruktion für Militärärzte etc. vom 9. December 1858.
 Regulativ über die Behandlung etc. der Militär-Sträfnige vom 6. November 1858.
 Casper, Johann S., Praktisches Handbuch der gerichtlichen Medicin. 3. Aufl. Berlin 1860.
 Wollenhaupt, Die Beurtheilung der Militär Sanität etc. Nordhausen 1861.
 Horn, Das preussische Medicinal-Wesen. Berlin 1863.
 Verordnung über Einrichtung von Militär-Wachen und Militär-Arrestlokalen 1840.
 Prager, Das preussische Militär-Medicinal-Wesen. Berlin 1864. Ergänzungsheft. Berlin 1865.
 Allerhöchste Verordnung über die Organisation des Sanitätscorps vom 20. Februar 1868.
 Invaliden-Gesetz vom 6. Juli 1865 und die Instruktion des Kriegsministeriums dazu vom 3. August 1865.
 Verordnung über die Dienstverhältnisse der Offiziere des Beurlaubtenstandes vom 4. Juli 1868.
 Verordnung, betreffend die Organisation der Landwehrbehörden etc., vom 5. September 1867.
 Militär-Ersatz-Instruktion für den Norddeutschen Bund vom 26. März 1868.
 Instruktion über das Sanitätswesen der Armee im Felde vom 29. April 1869.
 Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund vom 31. Mai 1870.
 Instruktion, betreffend das Verfahren bei Anmeldung und Prüfung der Versorgungs-Ansprüche invalider Soldaten etc. Versailles, den 11. Oktober 1870.
 Gesetz, betreffend die Pensionirung und Versorgung der Militärpersonen des Reichsheers und der Kaiserl. Marine etc., vom 27. Juni 1871.
 Ausführungs-Bestimmungen zu dem Militär-Pensions-Gesetz vom 27. Juni 1871 vom 18. August 1871.
 Die amtlichen Cirkulare des Kriegs-Ministeriums und des Chefs des Militär-Medicinal-Wesens.
 Disciplinar-Strafordnung für das Heer vom 31. Oktober 1872.

Erklärung einiger Abkürzungen.

- Cirk. bedeutet Cirkular-Verfügung des Generalstabsarztes an die General-
Aerzte, resp. an sämtliche Militärärzte.
Min. od. M. bedeutet Ministerium.
A. C.-O. bedeutet Allerhöchste Cabinets-Ordre.
Krm. bedeutet Kriegs-Ministerium.
Instr. f. M.-A. bedeutet Instruction für Militärärzte vom 9. December 1858.
Fr.-Laz.-Reglm. bedeutet Reglement für die Friedenslazarethe vom 5. Juli
1852.
Mil.-Woch.-Bl. bedeutet Militär-Wochenblatt.
Armee-V.-Bl. bedeutet Armee-Verordnungsblatt.
Ers.-Instr. bedeutet Militär-Ersatz-Instruktion vom 26. März 1868.
Mil.-Oek.-Dep. bedeutet Militär-Oekonomie-Departement.
Ges. bedeutet Gesetz.
Strafgesb. bedeutet Strafgesetzbuch vom 31. Mai 1870.
Mil.-Med.-Abth. bedeutet Militär-Medicinal-Abtheilung.
Mil.-Wachen bedeutet Verordnung über Militär-Wachen 1840.
Gen.-Postamt bedeutet General-Postamt.
Min. d. Fin. bedeutet Ministerium der Finanzen.
A. L.-R. bedeutet Allgemeines Landrecht.
A. G.-O. bedeutet Allgemeine Gerichts-Ordnung.
Arzn -Verpfl.-Reglm. bedeutet Versorgung der Armee mit Arzneien und Ver-
bandmitteln 1837.
Mil.-Strafgesb. bedeutet Militär-Strafgesetzbuch vom 20. Juni 1872.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort. Quellenangabe. Abkürzungen	I—VIII.
Einleitung.	1—6
Allgemeine Bestimmungen über die Ausstellung ärztlicher Atteste	
Allgemeine Pflicht zur Abgabe von Gutachten und Attesten. —	
Strafe für Ausstellung falscher Atteste. — Form und Inhalt	
amtlicher Atteste. — Veranlassung. — Vermeidung von Fremd-	
wörtern. — Stempelpflichtigkeit. — Unentgeltliche Atteste der	
Physiker. — Spezielle Pflichten der Physiker zur Abgabe von	
Attesten	
Erster Theil.	
Die Bestimmungen über die Ausstellung der militär-	
ärztlichen Atteste.	6—230
A.	
Allgemeine Bestimmungen über die Ausstellung mili-	
tärärztlicher Atteste	8—15
Anwendung der Landesgesetze auf militärärztliche Atteste. —	
Berechtigung zur Ausstellung. — Ausstellung durch Civil-	
ärzte. — Dienstliche Requisition. — Atteste der Militärärzte	
anlässlich ihrer Civilpraxis. — Allgemeine Vorschriften. —	
National. — Attestbuch. — Superrevision. — Form und In-	
halt im Allgemeinen	15—230
B.	
Specielle Bestimmungen über die Ausstellung mili-	
tärärztlicher Atteste.	
I. Abschnitt. Militärärztliche Atteste über Individuen	
vor ihrem Eintritt in das Militärverhältniss	15—33
1. Atteste für Aspiranten des Kadettencorps.	
a) Land-Kadetten	15
b) See-Kadetten	18

	Seite
2. Atteste für Aspiranten in die Militär-Waisenhäuser	19
3. Atteste für Aspiranten in den militärärztlichen Bildungs-Anstalten und über dienstpflichtige Aerzte	22
Anhang. Atteste für Aspiranten-Rossärzte in die Mi- litär-Rossarztschule und Pharmaceuten .	27
4. Atteste für Aspiranten in die Schiffsjungen-Kom- pagnien	27
5. Atteste für Aspiranten in die Unteroffizierschulen	29
6. Atteste für Aspiranten zum königl. Forstdienst	30
 II. Abschnitt. Militärärztliche Atteste über Militär- Personen während der Dienstzeit derselben im Heere	 33—86
1. Atteste über Marsch- und Transport-Unfähigkeit	33
2. Krankheits-Atteste	37
a) Behufs Beurlaubung	37
b) bei Erkrankung auf Urlaub	38
3. Gesundheits-Atteste für die Militär-Wittwenkasse	41
3a. Lebensversicherungs-Atteste für die Militär- Lebensversicherungs-Anstalt	42
4. Bade-Atteste	45
I. Allgemeine Bestimmungen	45—70
A) Für Mannschaften vom Feldwebel abwärts . .	45
a) Bade- und Trinkkuren innerhalb der Garnison	45
b) Bade- u. Trinkkuren ausserhalb der Garnison	47
B) Für Offiziere, Aerzte, Beamte	67
II. Spezielle Bestimmungen für einzelne Badeorte . .	70—82
a) Teplitz	70
b) Bäder in Schlesien	72
α) Salzbrunn	74
β) Warmbrunn	76
γ) Landek	78
c) Oeynhausen	78
d) Aachen	78
e) Johannisbad	79
f) Neuenahr	80
h) Bukowina	81
i) Muskau	80
k) Alexisbad	80
l) Cairo	81
 III. Formelles	 82
Dienstliche Requisition für Atteste von Offizieren und Beamten. — Eingaben. — Termine. — Schema. — Badeurlaub und Unterstützung	85

	Seite
5. Impf-Atteste	85
 III. Abschnitt. Militärärztliche Atteste über Militär- Personen Behufs deren Austritts aus dem Dienst- verhältniss	
1. Dienstuntauglichkeits-Atteste	86—230
Allgemeines. — Begriff.	
A) Dienstuntauglichkeits-Atteste für Mannschaf- ten des aktiven Dienststandes	87—114
a) Im Allgemeinen	87
Form und Gang. — Verhältniss der Rekruten — Beurtheilung der Dienstuntauglichkeit. — Arten der Dienstuntauglichkeit. — Atteste.	
b) Im Besonderen	96
α) Dienstuntauglichkeit wegen angeblicher schwer zu erkennender Krankheiten und Gebrechen	96
β) Dienstuntauglichkeit wegen contagiöser Augenentzündung	98
γ) Dienstuntauglichkeit wegen Leisten- und Schenkelbrüchen	104
δ) Dienstuntauglichkeit wegen Geisteskrank- heiten	109
B) Dienstuntauglichkeits-Atteste für Mannschaf- ten des Beurlaubtenstandes	114—117
C) Dienstuntauglichkeits - Atteste für Offiziere, Aerzte, Beamte	117—121
2. Invaliden-Atteste	121—220
I. Allgemeine Bestimmungen	121—126
Quellen. — Schwierigkeit. — Wichtigkeit. — Benu- tzung der Instruktion für Militärärzte. — Eigene Ueber- zeugung. — Dienstbeschädigung. — Strenge und Rücksichtslosigkeit. — Präcision und Kürze. — Ent- haltung von Aeusserungen über Beneficien. — Dienst- licher Befehl. — Allgemeiner Inhalt.	
II. Specielle Bestimmungen	126
A) Invaliden-Atteste für Mannschaften	126—193
a) Für Soldaten, welche unmittelbar aus dem aktiven Dienste als Invalide ent- lassen werden	126—180
1. Form und Gang des Verfahrens	126
Nachweis. — Anmeldung. — Prüfung. — Invaliden- Liste. — Dienstbeschädigungs-Attest. — Aertzliche Un-	

	Seite
tersuchung und Attest. — Weiterreichung. — Ressort- Behörden. — Entscheidung. — Wehrmänner. — Ver- fahren im Kriege. — Temporär-Invalide.	
2. Ursache der Invalidität	139
3. Grad und Dauer der Invalidität	148
4. Grad und Dauer der Erwerbsfähigkeit	151
5. Invaliden-Benefizien	156
a) Pension	156
b) Pensionszulage	158
α) Kriegszulage	158
β) Verstümmelungszulage	160
γ) Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungs- scheines	166
δ) Dienstzulage	166
c) Civil-Versorgungsschein	167
Forstversorgungsschein	176
d) Invaliden-Institute	176
e) Verwendung im Garnisondienst	177
6. Das ärztliche Attest	178
Für Soldaten, welche erst nach ihrer Ent- lassung aus dem aktiven Dienste Versor- gungs-Ansprüche erheben	180—189
1. Form und Gang des Verfahrens	180
2. Ursache der Invalidität	183
3. u. 4. Grade der Invalidität und Erwerbsfähig- keit	185
5. Invaliden-Benefizien	186
a u. b Pension und Pensions-Zulage	186
c) Civilversorgungsschein	187
d) Invaliden-Institute	187
6. Aerztliches Attest	187
Anhang.	
1. Invaliden-Atteste über Veteranen	189
2. Invaliden-Atteste für in Gendarmerie und Grenz- dienste Angestellte und Schutzmänner	191
B) Invalidität der Offiziere, Militärärzte und Be- amten	193—220
1. Form und Gang des Verfahrens	193
Anspruch. — Nachweis. —	193
2. Aerztliches Attest	200
a) Im Allgemeinen	200
b) Im Speciellen	210
Dienstlicher Befehl. — Grad der Invalidität. — Dauer derselben. — Dienstbeschädigung. — Pensions-Erhö- hung. — Thatsächliche Begründung.	

Anhang. Atteste für versorgungsberechtigte Militär - Personen Behufs deren Uebertritt in andere Stellungen	220—226
1. Atteste Behufs Uebertritts zur Gendarmerie und zum Grenzdienste	221
2. Atteste Behufs Eintritt bei der Telegraphie	222
3. Atteste Behufs Eintritts beim Eisenbahndienst	223
4. Atteste für Postexpedienten	223
5. Atteste für Garnison-Verwaltungs- und Laza- reth-Wärterdienste	223
6. Atteste für Kasernen-Krankenwärter	223
7. Atteste für Chaussée-Aufseher	224
8. Lazareth-Gehülfen Behufs Niederlassung als Heil- diener	224
3. Atteste bei Entlassung von Unterärzten, ein- jährig-freiwilligen Aerzten und Pharmaceu- ten nach absolvirter allgemeiner Militär-Dienstpflicht resp. wegen Unbrauchbarkeit	226

Zweiter Theil.

Gesetzliche Bestimmungen, welche bei Abfassung ge- richtlich medizinischer Gutachten der Militärärzte in Betracht kommen	230
I. Allgemeine Bestimmungen	230
II. Specielle Bestimmungen	231
1. Selbstverstümmelung und Anwendung täuschender Mittel	231
Simulation	231
2. Körperverletzung	234
3. Vergiftung	240
4. Fahrlässigkeit	241
5. Mord und Todtschlag	242
6. Zurechnungsfähigkeit	242
Zustand von Bewusstlosigkeit, krankhafte Störung der Geistesthätigkeit mit Ausschluss freier Willensbestim- mung.	
Vermögen, frei zu handeln. — Unmündigkeit. — Schwachsinnigkeit. Trunkenheit. — Vorsatz, Aufmerk- samkeit und Ueberlegung. — Bewusstsein. — Raserei, Wahnsinn. — Blödsinn. — Drohung. — Furcht. — Nothwehr. — Frühes Lebensalter. — Taubstummheit, lichte Zwischenräume.	
7. Beurtheilung der militärischen Straffähigkeit	250
a) Gefängniss- oder Festungsstrafe	251
b) Arreststrafen	260
1. Stuben-Arrest	260
2. Gelinder Arrest	261

	Seite
3. Mittler Arrest	263
4. Strenger Arrest	265
Anhang	269
Beilage I. Regulativ für das Verfahren der Gerichtsärzte bei den medizinisch-gerichtlichen Untersuchungen menschlicher Leich- name vom 15. November 1858	273
Beilage II. Alphabetische Ordnung der Körpertheile, welche bei Beurtheilung der Dienstuntauglichkeit resp. Invalidität in Be- tracht kommen, gemäss der Instruktion für Militärärzte . . .	280
Chronologisches Register	289
Sachregister	293

Zweiter Theil.

Geistliche Bestimmungen, welche bei Abtödtung zu richtlich medizinischer Gutachten der Militärärzte in Betracht kommen	280
I. Allgemeine Bestimmungen	280
II. Spezielle Bestimmungen	281
1. Selbstentzündung und Anwendung ständiger Mittel	281
2. Stimulation	281
3. Körperverletzung	284
4. Vergiftung	289
5. Fahrlässigkeit	291
6. Mord und Tödtung	292
7. Nurechnungslosigkeit	293
Zustand von Bewusstlosigkeit, krankhafte Störung der Geistthätigkeit mit Ausschuss ihrer Willensbestim- mung	
Vermögen, frei zu handeln — Unfähigkeit — Schwäche, Trunkenheit, Furcht, Anstoss sinnlich und Lebensgefühl — Wahnwitz — Raserei Wahnwitz — Furcht — Furcht — Furcht — Nothwehr — Früher Lebenszustand — Tapferkeit lichte Zwischenräume	
7. Beurtheilung der militärischen Straffähigkeit	290
a) Gefängnis- oder Festungsstrafe	291
b) Arreststrafen	290
1. Stuben-Arrest	290
2. Gefängnis-Arrest	291

EINLEITUNG.

Allgemeine Bestimmungen über die Ausstellung ärztlicher Atteste.

Allgemeine Pflicht zur Abgabe von Gutachten und Attesten.*)

1) Die Ablegung eines Zeugnisses — wozu im weiteren Sinne auch die Gutachten und Atteste der Sachverständigen gehören — können als eine allgemeine Bürgerpflicht in gerichtlichen Angelegenheiten in der Regel erzwungen werden.

Strafe für die Ausstellung wissentlich falscher Atteste.

**) 2) Aerzte und andere Medicinal-Personen, welche ein unrichtiges Zeugniß über den Gesundheitszustand eines Menschen zum Gebrauch bei einer Behörde oder Versicherungsgesellschaft wider besseres Wissen ausstellen, werden mit Gefängniß von einem Monat bis zu 2 Jahren bestraft.

***) Wer vorsätzlich unrichtige Dienst-Atteste ausstellt... wird mit Gefängniß von 6 Monaten bis zu 3 Jahren und Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes bestraft. In minder schweren Fällen tritt mittlerer oder strenger Arrest oder Gefängniß oder Festungshaft bis zu 6 Monaten ein.

Form und Inhalt der amtlichen Atteste der Medicinal-Personen.†)

3) Behufs Erzielung einer grösseren Zuverlässigkeit ärztlicher Atteste hat das Ministerium der p. Medicinal-Angele-

*) A. G.-O Th 1. Tit. 10. §§. 179 u. 183. Justiz-Min. 12. Juni 1806.

**) Strafges.-Buch §. 278.

***) Mil.-Strafges.-B. 20. Juni 1872 §. 139.

†) Cirk.-Verf. d. Min. der p. Med.-Angel. 20. Jan. 1853. Justiz-Min. 3. Febr. 1853. Erneuert durch Verf. d. p. Med.-Angel. vom 24. Sept. 1870.

genheiten in Uebereinstimmung mit dem Justiz-Ministerium unterm 20. Januar 1853 für die ärztlichen Atteste der Medicinal-Beamten eine Form vorgeschrieben, durch welche die Aussteller einerseits genöthigt werden, sich über die thatsächlichen Unterlagen des abzugebenden sachverständigen Urtheils klar zu werden, und letzteres mit Sorgfalt zu begründen, andererseits aber jedesmal an ihre Amtspflicht und an ihre Verantwortlichkeit für die Wahrheit und Zuverlässigkeit des Attestes erinnert werden. Zu diesem Zwecke ist bestimmt worden, dass fortan die amtlichen Atteste und Gutachten der Medicinal-Personen enthalten sollen:

- 1) Die bestimmte Angabe der Veranlassung zur Ausstellung des Attestes, des Zweckes, zu welchem dasselbe gebraucht, und der Behörde, welcher es vorgelegt werden soll.
- 2) Die etwaigen Angaben des Kranken oder der Angehörigen desselben über seinen Zustand.
- 3) Bestimmt gesondert von den Angaben ad 2 die eigenen thatsächlichen Wahrnehmungen des Beamten über den Zustand des Kranken.
- 4) Die aufgefundenen wirklichen Krankheitserscheinungen.
- 5) Das thatsächlich und wissenschaftlich motivirte Urtheil über die Krankheit, über die Zulässigkeit eines Transportes oder einer Haft, oder über die sonst gestellten Fragen.
- 6) Die dienstliche Versicherung, dass die Mittheilungen des Kranken oder seiner Angehörigen (ad 2) richtig in das Attest aufgenommen sind, dass die eigenen Wahrnehmungen des Ausstellers (ad 3 und 4) überall der Wahrheit gemäss sind, und dass das Gutachten auf Grund der eigenen Wahrnehmungen des Ausstellers nach dessen bestem Wissen abgegeben ist.

Ausserdem müssen die Atteste mit vollständigem Datum, vollständiger Namensunterschrift, insbesondere mit dem Amts-Charakter des Ausstellers und mit einem Abdrucke des Dienstsiegels versehen sein.

Ausser dem vollständigen Datum der Ausstellung müssen

die gedachten Atteste auch den Ort und den Tag der stattgefundenen ärztlichen Untersuchung enthalten.*)" —

Die Verfügung vom 20. Januar 1853 findet auch auf diejenigen Atteste der Medicinalbeamten Anwendung, welche von ihnen in ihrer Eigenschaft als praktische Aerzte zum Gebrauche vor Gerichtsbehörden ausgestellt werden.

Auf die Atteste von nicht-beamteten Aerzten haben vorstehende Verfügungen keine Anwendung.

Hinlängliche Veranlassung zur Ausstellung.)**

4) Es wird den approbirten Medicinal-Personen zur besonderen Pflicht gemacht, Gesundheits- und Krankheits-Atteste aller Art überhaupt nicht ohne hinlängliche und dringende Veranlassung und in diesen Fällen nur der strengsten Wahrheit und Selbstüberzeugung getreu, auszustellen.

Vermeidung unnöthiger Fremdwörter.*)**

5) Der Gebrauch vieler Gerichtsärzte in ihren Gutachten über körperliche Verletzungen, zweifelhafte Seelenzustände etc., die lateinischen und griechischen Ausdrücke mehr als unumgänglich nöthig sind, zu häufen, hat besonders bei dem neueren öffentlichen Gerichtsverfahren Anstoss erregt, indem dergleichen Gutachten dem grösseren Publikum und namentlich den Geschworenen minder verständlich werden. Auf der anderen Seite lässt sich nicht verkennen, dass eine gänzliche Vermeidung der Fremdwörter der wissenschaftlichen Gründlichkeit der Gutachten Eintrag thun würde, in einzelnen Fällen der deutsche Ausdruck oder eine Umschreibung die Sache nicht so bestimmt bezeichnet, als das von der Wissenschaft recipirte Fremdwort.. Die rechte Mitte besteht hier wohl darin, dass Dinge, die eben so sicher und besser deutsch zu geben sind, nicht in fremden Sprachen ausgedrückt werden, wogegen in Fällen des Gegentheils das Fremdwort beizubehalten und in einzelnen Fällen zur Vermeidung jedes Zweifels neben der deutschen Bezeich-

*) Cirk.-Verf. d. Min. der Med. Angel. 11. Febr. 1856.

**) Cirk.-Verf. d. Min. der Med. Angel. 13. Februar 1828. — Chef. 1. Juni 1828 ad 5.

***) Min. d. Med. Angel. 3. Dec. 1850. — Chef. 12. Octbr. 1854.

nung auch die lateinische oder griechische in Klammern hinzuzufügen ist.

Stempelpflichtigkeit ärztlicher Atteste. *)

6) Aerztliche Atteste sind der Stempelsteuer nicht unterworfen, da nur amtliche Atteste in Privatsachen stempelpflichtig sind und Aerzte und Wundärzte keine Beamte sind. In Betreff der Kreis-Medicinal-Beamten hängt die Stempelpflichtigkeit davon ab, ob der Aussteller das Attest in amtlicher Eigenschaft oder bloß als Sachverständiger ausstellt, resp. ob er seiner Namensunterschrift den Amtscharakter und das Amtssiegel beigefügt hat. Nur in letzterem Falle ist ein Stempel erforderlich, anderen Falls hat der Aussteller anstatt des Amtscharakters und des Dienstsiegels nur seine Eigenschaft als praktischer Arzt zu bezeichnen und sein Privatsiegel anzuwenden. — Die Beifügung der Amtsfirma macht übrigens das Attest allein schon stempelpflichtig, auch ohne Amtssiegel.

**) Speciell stempelpflichtig sind Obductionsscheine, die in einem Privatinteresse ausgestellt werden, ferner Atteste, welche Hebammenschülerinnen Behufs der Aufnahme in die Hebammenlehranstalt bedürfen; ferner ärztliche Atteste, welche Invalide oder andere Personen, welche Anstellung im Postfache suchen, bedürfen, falls sie nicht ein Armuthszeugniss ihrer Ortsbehörde beibringen.

Unentgeltliche Attestausstellung Seitens der Kreis-Physiker. *)**

7) Zur unentgeltlichen Untersuchung des Gesundheitszustandes Königlicher Beamten und der resp. Ausstellung der Atteste verpflichtet sind die Kreis-Physiker, wenn selbe im Interesse des Dienstes von Staatsbehörden ihnen aufgetragen wird. Daher sind dieselben von Amtswegen verpflichtet, die Besichtigung verwundeter und misshandelter Beamten der indirekten Steuerparthie, die Feststellung des Gesundheitszustandes derselben Behufs ihrer Pensionirung auf Requisition der Behörden unent-

*) Min. d. Med. Angel. 18. Jan. 1830.

**) Min. d. Fin. 12. Jan. 1824. — Min. d. Fin. 4. April 1824. — Gen.-Postamt 15. Nov. 1829.

***) Min. d. Med. Angel. 16 Febr. 1844.

geltlich in ihrem Wohnorte vorzunehmen, für damit verknüpfte Reisen aber haben sie die reglements-mässige Vergütung zu verlangen (Reskr. 7. Mai 1835). Ebenso haben sie für Atteste, welche die Postbehörde von ihnen über den Gesundheitszustand eines Postbeamten fordert, sofern die Requisition durch ein eigenes Interesse des Dienstes, und nicht etwa durch ein persönliches von dem betheiligten Beamten veranlasst wird, keine Gebühren zu fordern, mit Ausnahme etwa nöthiger Reisen (Reskr. 6. Juni 1833). — In Betreff der Untersuchung des Gesundheitszustandes invalider Gensdarmen und der bezüglichen Atteste, sobald kein Militärarzt in der Nähe und der Gensdarm unermögend ist, sind die Medicinal-Beamten auf Requisition der betreffenden Regierung oder des Landraths zur unentgeltlichen Untersuchung resp. Berichterstattung verpflichtet (Min. d. Innern, 22. Juli 1823). Dagegen sind die Kreis-Physiker nicht verpflichtet, den Gesundheitszustand eines sich aus eigener Bewegung meldenden Beamten oder Gensdarmen unentgeltlich zu untersuchen (Min. d. Med. Angel., 28. April 1863).

Zur unentgeltlichen Untersuchung und Ausstellung von Attesten in Betreff des Einkaufs von Beamtenfrauen in die Wittwenkasse können sie ebenfalls requirirt werden.

Spezielle Pflichten der Kreis-Physiker zur Abgabe von Gutachten und Attesten.*)

8) Die Kreis-Physiker sind verpflichtet, über Gegenstände, welche ihr Amt und dessen Verwaltung in medicinal-polizeilicher Hinsicht unmittelbar betreffen, nur mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörde ein Zeugniss abzugeben und sie können in solchem Falle blos zu einer schriftlichen Aeusserung nach Pflicht und Gewissen und unter Bezugnahme auf den Diensteid gehalten werden. — Andererseits sind dieselben verpflichtet, jede Auskunft zu verweigern, wenn das geforderte Gutachten Umstände betrifft, deren Bekanntwerden dem Staate nachtheilig werden könnte.

Ausser der allgemeinen Pflicht zur Abgabe eines sachverständigen Zeugnisses haben die Kreis-Physiker noch ex officio

*) Min. d. Innern 9. Mai 1821.

Gutachten und Atteste zur Aufklärung über gerichtlich - medicinische Gegenstände und Massregeln der Medicinal-Polizei und der Verwaltung abzugeben.

S. noch „Atteste über Marsch- und Transport-Unfähigkeit“ S. 33, und „Ausstellung von Attesten über militärpflichtige Individuen durch Civilärzte“ S. 9 sub 3.

ERSTER THEIL.

Die Bestimmungen über die Ausstellung der militär- ärztlichen Atteste.

Begründung des Begriffs.

Es gehören hierher alle von Militärärzten amtlich auf Befehl oder Requisition einer Militärbehörde ausgestellten, zu militärischen Zwecken bestimmten, Dienst-Atteste über Individuen, welche dem Militärstande angehören, angehört haben, oder Behufs ihres späteren Eintritts in den Militärstand eines militärärztlichen Attestes benöthigt sind.

Es werden nur die förmlichen Atteste hier in Betracht gezogen, dagegen die kurzen Urtheile und Gutachten der Militärärzte, welche entweder mündlich oder als kurze Notizen in Listen oder auf Nationales bemerkt werden und nicht in Form von Attesten abgegeben werden, z. B. die Urtheile über die Militär-Diensttauglichkeit beim Ersatzgeschäft, bei der Kapitulation etc. als dem hier zu behandelnden Gegenstande fern liegend, ausgeschlossen.

A.

Allgemeine Bestimmungen über die Ausstellung militärärztlicher Atteste.

Allgemeine landesgesetzliche Bestimmungen sind auch auf militärärztliche Atteste anwendbar.*)

Die oberen Militärärzte theilen in Beziehung auf die Ausstellung ärztlicher Atteste diejenigen Verpflichtungen, welche die allgemeinen Landesgesetze den Ausstellern öffentlicher Urkunden auflegen. Als solche öffentliche Urkunden werden nämlich die Atteste der oberen Militärärzte angesehen, welche demnach nicht nur den Militärbehörden zur Beurtheilung etwaiger hierdurch zu begründender Ansprüche zur Grundlage dienen, sondern auch sowohl über Krankheiten als Besichtigungen bei den Civilgerichten völlige Beweiskraft haben.

Berechtigung zur Ausstellung militärärztlicher Atteste.)**

Unter allen Umständen berechtigt zur Ausstellung militärärztlicher Atteste sind nur die Ober-Militär-Aerzte, und es können nur solche Invaliditäts-Atteste für genügend erachtet werden, welche von einem oberen Militärarzte ausgestellt worden sind.

Ausnahmsweise Ausstellung durch Assistenzärzte.*)**

Assistenzärzte sind nur ausnahmsweise unter gewissen Verhältnissen zur Ausstellung dienstlicher Atteste befugt, und zwar in Fällen, wenn es aus Mangel an Zeit oder anderer hindernder Umstände wegen nicht möglich ist, den zunächst wohnenden Stabs- oder Oberstabsarzt mit der Ausfertigung solcher Atteste zu beauftragen.

Die heutigen Assistenz-Aerzte sind als approbirte Aerzte, gleich den Civilärzten derselben Kategorie, nicht nur befugt,

*) Cirk. 30. Sept. 1829. — Cirk. 20. März 1831. — Justiz.-M. 3. Mai 1831. — Allgem. Landr. Th. II. Tit. XX. §. 233. —

**) Cirk. 12. Nov. 1818 §§. 4 u. 7. — A. C. O. 14. Dec. 1815. Kr.-M. 15. April 1816.

***) Kr.-M. 11. Febr. 1860. — Cirk. 16. Febr. 1860.

sondern sogar verpflichtet, Atteste auszustellen, wenn sie als Sachverständige von den Landesgerichten dazu herangezogen werden. Dennoch ist es im Interesse des Dienstes nothwendig, dass die Ausstellung dienstlicher Atteste principiell den Ober-Militär-Aerzten vorbehalten bleibt und solche nur ausnahmsweise den Assistenzärzten etwa bei Commandos derselben zum Kreis-Ersatz-Geschäft, zur Stellvertretung mangelnder, abwesender und erkrankter Ober-Aerzte, oder unter den oben beregten Umständen übertragen wird.

Diensteid der Ober-Militärärzte.

Der Eid der Ober-Militärärzte enthält daher den Passus, „desgleichen will ich, wenn ich in Kriminalfällen bei legalen Besichtigungen und Obductionen zugezogen werde, mich bei denselben der grössten Sorgfalt und Genauigkeit befleissigen und meine Zeugnisse darüber, sowie überhaupt jedes ärztliche Attest mit Erwägung aller Umstände nach bester Einsicht und Ueberzeugung pflichtmässig und gewissenhaft abgeben“.^{*)} — Dieser Eid genügt daher nicht nur für alle militärärztlichen Bezeugungen, sondern auch für alle gerichtlichen Atteste und Gutachten. Die Assistenz- und Unterärzte schwören jetzt denselben Eid und nicht mehr den sub 11. Juli 1833^{**)} vorgeschriebenen. Beim Avancement werden sie nur unter Hinweis auf denselben für ihr neues Amt verpflichtet.^{***)}

Ausstellung von Attesten über Militärpersonen durch Civilärzte.^{†)}

Civilärzten ist die Ausstellung militärärztlicher Atteste widerrathen. Es sind Fälle vorgekommen, wo Civilärzte in die über den Gesundheitszustand militärpflichtiger Individuen ausgestellten Zeugnisse zugleich ihr Urtheil über die Tauglichkeit des Individui für den Militärdienst aufgenommen haben und wo nachmals dieses Urtheil von der Militärbehörde für begründet nicht hat anerkannt werden können. Je mehr auf der

^{*)} A. C.-O. 24. Dec. 1726, 10. Febr. 1845. — Justiz-M. 30. Mai 1831.

^{**) Kabin.-Ordre 11. Juli 1833.}

^{***)} Kr.-M. 23. April 1862.

^{†)} Reskr. d. Min. der p. Med. Angel. 16. Nov. 1822. — Cirk. 17. December 1822.

einen Seite vorsichtige Civilärzte wünschen müssen, sich nicht selbst auf solche Weise zu compromittiren, und je leichter auf der andern Seite durch solche incompetente Urtheile unbegründete Reklamationen der Militärpflichtigen veranlasst werden, um so dringender wird daher sämmtlichen Civilärzten empfohlen, bei den Attesten, welche sie nicht auf amtliche, sondern auf Privat-Aufforderung über den Gesundheitszustand militärpflichtiger junger Leute ausstellen, künftighin in der Regel auf die Angabe der etwa vorgefundenen Gebrechen und des ihnen bekannten zeitigen Körperzustandes sich zu beschränken, ein Urtheil über vermeinte Dienstuntauglichkeit aber nicht auszusprechen, sondern solches allein den Militärärzten zu überlassen, indem die mit dem Aushebungsgeschäfte beauftragten Behörden das Urtheil der Civilärzte über die Diensttauglichkeit der Militärpflichtigen nicht als entscheidend ansehen können oder dürfen. Sollten die Civilärzte aber nach der Natur des Gebrechens ein Urtheil nicht umgehen zu können vermeinen, so wird solches so vorsichtig abzufassen sein, dass sie dadurch dem Urtheile der Militärärzte nicht vorgreifen, sondern nur deren Aufmerksamkeit auf die Beschaffenheit des Gebrechens hinleiten.

Erforderliche dienstliche Requisition.*)

Die Militärärzte haben in ihrer Eigenschaft als solche Atteste nur auf dienstliche Requisition kompetenter Behörden auszustellen, insonderheit ist für die Atteste über die Dienstunfähigkeit resp. Invalidität der Soldaten bestimmt, dass in derselben immer auch die Behörde anzugeben ist, auf deren Requisition die Untersuchung stattgefunden hat. Die Ausstellung von Invaliden-Attesten für Offiziere und Beamte, besonders aber die Ausstellung von Attesten über den Gesundheitszustand verabschiedeter Offiziere ohne Auftrag der vorgesetzten Behörde wird ernstlich untersagt.**)

*) Instr. f. Mil.-Aerzte §. 42. — Cirk. 12. Nov. 1818 §. 7. — Cirk. 12. April 1826 ad 10. — Kr.-Min.-Instr. 11. Oct. 1870 §. 32.

**) Cirk. 25. Mai 1853. — A. C. O. 16. März 1826 §. 1.

Atteste für Militärärzte anlässlich ihrer Civilpraxis.*)

Wenn Militärärzte anlässlich ihrer Civilpraxis genöthigt sind, sogenannte Krankheits-Atteste oder Krankheits-scheine auszustellen, so sollen sie sich unter Beachtung der bestehenden Bestimmungen, stets einfach auf Constatirung der Thatsache des Krankseins (der Bettlägerigkeit, der Marschunfähigkeit) unter Angabe der Krankheit und ihrer Dauer beschränken, sich aber niemals auf weitläufige Erörterungen einlassen, um nicht dem Wesen nach ein Untauglichkeits-Attest auszustellen und so den §. 14 der Instruction für Militärärzte vom 9. Decbr. 1858**) formell zu umgehen, wozu doch immer die Requisition einer Militärbehörde gehört (cfr. Krankheits- und Gesundheits-Atteste).

Allgemeine Vorschriften über Ausstellung der ärztlichen Atteste über Militärflichtige resp. über versorgungs- und nicht versorgungsberechtigte Soldaten.*)**

Bei Ausstellung eines jeden Attestes ohne Ausnahme, mag dieses nun einen Militärflichtigen oder einen in Reih und Glied stehenden Soldaten oder ein bereits aus dem Militärstande entlassenes Individuum, oder einen Gensdarm pp. betreffen, hat sich der Arzt lediglich an den Befund bei der körperlichen Untersuchung zu halten und nicht auf Dinge einzulassen, die ausser der ärztlichen Sphäre liegen, und solche bei seinem Ausspruche zu benutzen. Ebenso wenig steht ihm eine Aeusserung über die Berechtigung des von ihm Untersuchten zu diesem oder jenem Invaliden-Benefizium†) zu, da derartige Urtheile zu missverständlicher Auffassung, und wenn sie wie häufig, dem Betreffenden bekannt werden, zu ungerechtfertigten Ansprüchen führen. Die Militärärzte haben ihr Urtheil unter Zugrundelegung der ihnen ertheilten Instruction (vom 9. December 1858, daher unter Anführung des resp. §. der Instruction) lediglich auf den Befund der von ihnen

*) Chef 23. Nov. 1861.

**) Instr. f. Mil.-Aerzte §. 14.

***) Instr. f. Mil.-Aerzte §. 44, cfr. S. 149.

†) Kr.-M. 22. Nov. 1865. — Chef 11. Jan. 1865.

veranstalteten körperlichen Untersuchung zu gründen und dieses Urtheil mit der grössten Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit, wie es ihr Amtseid fordert, auszusprechen, auch in jedem Atteste über Dienstunfähigkeit resp. Invalidität die Wahrheit ihrer Aussage auf den von ihnen geleisteten Amtseid zu versichern.*) Jede erwiesene absichtliche oder durch offenbare Fahrlässigkeit herbeigeführte Unrichtigkeit in den Angaben wird an dem Aussteller des Attestes nach Vorschrift der Gesetze mit aller Strenge geahndet werden.

Sicherstellung der Identität. Eigene Ueberzeugung.)**

Die Sicherstellung der Identität des zu Beurtheilenden ist unter allen Umständen ebenso nothwendig, als bei der blossen Untersuchung Militärpflichtiger. Es muss daher der zu Beurtheilende dem Arzt auf glaubwürdige Art vorgestellt werden. Ebenso muss der Ausstellung jedes Attestes die persönliche Besichtigung resp. Untersuchung des betreffenden Individuums vorangehen, da selbst auf Grund vorgelegter ärztlicher Atteste der Arzt ein Urtheil niemals abgeben, sondern stets nach eigener Ueberzeugung handeln soll.

Uebersendung eines Nationalen Behufs Attestausstellung.*)**

Damit die Militärärzte nicht im Zweifel sind, welche Ausdrücke sie in den Attesten zu gebrauchen haben, sind die Truppentheile angewiesen worden, über jeden in Bezug auf Dienstunfähigkeit resp. Invalidität zu Untersuchenden, dem Militärärzte zugleich ein, von ihm aufzubewahrendes National zuzufertigen, in welchem jedesmal bemerkt sein soll, ob beabsichtigt wird, für das betreffende Individuum Invaliden - Wohlthaten zu beantragen oder nicht.

Uebersendung der Invalidenliste und des Dienstbeschädigungs-Attestes Behufs Ausstellung von Invaliden-Attesten.†)

Für die Ausstellung der Invaliden - Atteste schreibt die Instruction vor:

*) Cfr. Milit.-Strafges.-Buch 20. Juni 1872. §. 139.

**) Instr. f. Mil.-Aerzte §. 14.

***) Instr. f. Mil.-Aerzte §. 43. Anm. — Cirk. 30. Juni 1843.

†) Kr.-M.-Instr. 11. Oct. 1870, §. 32—33.

„§. 32. Auf Grund der vorgelegten Invaliden-Liste ordnet der Regiments-Commandeur, wenn er bei der Sache nichts zu erinnern findet, die militärärztliche Untersuchung durch Befehl auf der Invalidenliste an. Ohne solchen Befehl dürfen durch Militärärzte Untersuchungen von Soldaten auf Invalidität nicht vorgenommen werden“.

„§. 33. Dem mit der Untersuchung beauftragten Militärarzt wird die Invalidenliste nebst Dienstbeschädigungs-Attest resp. Bericht zugestellt, der Arzt fügt das Ergebniss der Untersuchung (das ärztliche Attest) der Liste in besonderer Anlage bei oder trägt es, wenn der Raum ausreicht, in die Liste selbst ein“.

Attestbuch.*)

Jeder Ober-Militärarzt hat die von ihm amtlich ausgestellten Atteste in ein Buch einzutragen, welches er, um vorkommenden Falles über die von ihm dienstlich ausgestellten Atteste Auskunft geben zu können, in seinem persönlichen Verwahrsam behält. — Hinsichtlich der von den Militärärzten bei den Ersatz-Commissionen ausgestellten Atteste wird jedoch, wegen der Zeit-Beschränkung, eine solche Eintragung in jenes Buch nicht möglich sein.

**) Es muss den Militärärzten überlassen bleiben, sich das vorgeschriebene Attestbuch aus eigenen Mitteln zu beschaffen, da nach dem von dem Königlichen Militär-Oeconomie-Departement unterm 28. August 1834 aufgestellten Grundsätze den Militärärzten nur diejenigen Schreibmaterialien resp. aus der Lazareth-Oeconomie und aus der Dispensir-Anstalt verabreicht werden dürfen, welche von ihnen innerhalb der Lazarethe, und auch nur zu solchen Arbeiten, die unter allen Umständen zu denjenigen gehören, welche aus dem Lazareth-Verbande folgen und im Lazareth verrichtet werden müssen, gebraucht werden.

Das Attestbuch ist Eigenthum eines jeden Ober-Militärarztes, über welches derselbe einzig und allein zu disponiren hat und zu dessen Auslieferung er nicht gezwungen werden kann. Wohl aber ist jeder Ober-Militärarzt verpflichtet, Auskunft über Individuen zu ertheilen, über welche er Atteste ausgestellt hat.

Superrevision durch die General-Aerzte.***)

Alle ärztlichen Atteste, welche den zur Entscheidung der General-Commandos gelangenden Eingaben der Truppen

*) Cirk. 30. Juli 1844 ad 2. — Feld-Laz.-Regl. Anhang II. §. 10.

**) Cirk. 29. April 1845 ad 2.

***) Instr f. Mil.-Aerzte §. 45. — Cirk. 30. August 1811.

beigefügt werden, haben die Corps-Generalärzte zu superrevidiren, zu welchem Behufe sie denselben durch den Chef des Generalstabes der betreffenden General-Commandos vorgelegt werden.

Form und Inhalt der Atteste im Allgemeinen.

Die äussere Form der Atteste anlangend, werden dieselben auf einen ganzen ungebrochenen Bogen ohne Ueberschrift, deutlich und fehlerfrei geschrieben, ausgefertigt. Der Inhalt eines förmlichen Dienst-Attestes umfasst:

- a) Die Angabe der die Attest-Ausstellung befehlenden resp. requirirenden Behörde.
- b) Die genaue Bezeichnung des untersuchten Individuums auf Grund des Nationales nach Vor- und Zunamen, Tag, Monat, Jahr und Ort (Kreis, Regierungsbezirk) der Geburt, Datum des Dienst Eintritts, resp. Angabe der Dauer der Dienstzeit.
- c) Die Angabe des Datums der Untersuchung und Zweck derselben.
- d) Den thatsächlichen Befund, sowie die Angaben des Individuums über den Zustand und die Veranlassung zu letzterem.
- e) Das thatsächlich und wissenschaftlich motivirte Urtheil über den Zustand, die Dienstfähigkeit pp. des Individuums.
- f) Die pflichtmässige, resp. die diensteidliche Versicherung von der Wahrheit der in das Attest aufgenommenen Angaben und Wahrnehmungen.
- g) Ort, Datum, Namensunterschrift, nebst Beifügung des Charakters. Der Beidrückung von Siegeln unter die Invaliden-Atteste bedarf es nicht mehr. (Kr.-Min.-Instr. 11. October 1870 §. 39.)

Für andere amtliche Atteste ist die usuelle Beidrückung von Siegeln nicht aufgehoben.

B.

Specielle Bestimmungen über die Ausstellung der militärischen Atteste.

ERSTER ABSCHNITT.

Militärärztliche Atteste über Individuen vor ihrem Eintritt in das Militärverhältniss.

1. Atteste für Aspiranten des Kadetten-Corps.

a) Land-Kadetten, Bestimmungen über die Aufnahme in die Kadetten-Anstalten.*)

Die Anmeldung zu den etatsmässigen Stellen des Kadetten-Corps erfolgt zwischen dem 8. und 9. Lebensjahre der Knaben (§. 6). Die Anmeldung derjenigen Knaben, welche nur als Pensionäre aufgenommen werden können, erfolgt erst von dem vollendeten 9. Lebensjahre ab (§. 8). Die in die etatsmässigen Stellen aufzunehmenden Zöglinge müssen bei der Aufnahme das 10. Lebensjahr vollendet und das 15. noch nicht überschritten haben (§. 7). Auch die Aufnahme von Knaben als Pensionäre ist nur zwischen dem vollendeten 10. und 15. Lebensjahre zulässig (§. 8). Beim Eintreffen der Neuaufzunehmenden im Kadetten-Corps werden dieselben ärztlich untersucht. Wenn sich bei dieser Untersuchung ergibt, dass die Knaben mit solchen körperlichen Fehlern behaftet sind, die später ihren Eintritt in die Armee verhindern würden, so werden sie ihren Angehörigen auf deren Kosten zurückgesendet (§. 11). Die zur Aufnahme in das Kadetten-Corps einberufenen Knaben haben bei ihrer Ankunft in dem Kadettenhause dem Kommandeur desselben die Zeugnisse über den Erfolg ihres früheren Unterrichts, den Impfschein und ein von einem oberen Militärarzte oder Kreis-Physikus ausgestelltes ärztliches Attest vorzulegen, welches dem Arzt der Anstalt als Anhalt für seine Untersuchung der körperlichen Tüchtigkeit des Aufzunehmenden dient (§. 14).

*) Armee-V.-Bl. 21. Juli 1869, Beil. zu No. 13. — Kr.-M. 26. Juni 1869.

Bei der Untersuchung des Körperzustandes der zur Aufnahme in die Kadetten-Anstalten bestimmten Knaben und bei der Ausstellung von Gesundheitsattesten für dieselben*), sollen die Militärärzte mit Genauigkeit verfahren, damit nicht wegen körperlicher, bei der in den Anstalten vorzunehmenden ärztlichen Untersuchung der Knaben sich vorfindender Fehler, Zurücksendungen eintreten müssen (s. oben §. 11). Diese Körperfehler, welche später den Eintritt in die Armee verhindern würden, werden in der A. C.-O.***) vom 18. December 1856, Krm. 26. Februar 1857 §. 10 genannt, und sind: grosse Kurzsichtigkeit, Schwerhörigkeit, Stottern, Gelenkkrankheiten, Plattfüsse, Missgestaltungen, Schwäche der Körperconstitution.

***) Im Uebrigen soll bei der ärztlichen Untersuchung der zur Aufnahme in die Kadetten-Institute angemeldeten Knaben das nämliche Verfahren eintreten, welches in dem Cirkular vom 8. Februar 1833 mit der Modification nach Erlass der Direction des Potsdamer Waisenhauses vom 29. Nov. 1850 (s. S. 21.) in Bezug auf die in das grosse Militär-Waisenhaus zu Potsdam aufzunehmenden männlichen Zöglinge vorgeschrieben ist.

†) Hiernach hat der untersuchende Arzt über jeden zur Aufnahme in eine Kadetten-Anstalt bestimmten und dazu von ihm tauglich erachteten Knaben einen Gesundheitsschein auszustellen und in diesem zu erklären:

Schema zum Gesundheitsscheine

Dass der Sohn des Vornamens bei der heute von mir angestellten genauen körperlichen Untersuchung vollkommen gesund und frei von allen in die Augen fallenden körperlichen Gebrechen und jetzt wahrnehmbaren Anlagen zu solchen chronischen Krankheiten, welche die regelmässige Ausbildung des Körpers und die Begründung einer dereinstigen guten Gesundheit stören könnten, befunden worden, so dass die gegenwärtige Leibesbeschaffenheit desselben, zu der Hoffnung berechtigt, dass er dereinst zum Militärdienst geeignet sein werde.

Ort und Datum.

Siegel. Name des Arztes.

*) Cirk. 5. März 1823 ad 6.

**) A. C. O. 18. Dec. 1856. — Kr.-M. 26. Febr. 1857.

***) Cirk. 12. März 1837 ad 4.

†) Cirk. 20. Dec. 1844 ad 1.

Hiernach kann der §. 16 der Instruction vom 14. Juli 1831 (die alte Instruction für Militärärzte zur Untersuchung und Beurtheilung der Diensttauglichkeit u. s. w. — Der §. 16 gab die Fehler an, welche von keiner Waffengattung ausschliessen, dann die Fehler, welche die Einstellung nur bei der einen oder anderen besonderen Waffe zulassen, und die Fehler, welche zur Zeit des Friedens von der Einstellung im Heere ausschliessen, jedoch während eines Krieges nicht in Betracht kommen, umfasste daher die §§. 17, 18 und 19 der jetzt gültigen Instruktion für Militärärzte vom 9. December 1858) bei der Beurtheilung der künftigen Militär-Dienstfähigkeit der Kadetten und der in die Kadetten-Institute aufzunehmenden Knaben nicht angewendet werden, und es können daher nicht auf Grund des gedachten Paragraphen, Individuen, die an bedeutender Kurzsichtigkeit, an Schielen, Schwerhörigkeit, Stottern u. s. w. leiden, oder eine so schwache Körperconstitution besitzen, dass ihre Fähigkeit, ihrer künftigen Bestimmung genügen zu können, bezweifelt werden muss — für körperlich geeignet zur Aufnahme in die Kadetten-Anstalten erklärt werden. Denn wenn diese und ähnliche Fehler auch bei der Beurtheilung der Diensttauglichkeit der gewöhnlichen Ersatzmannschaften und der für den einjährigen freiwilligen Militärdienst designirten jungen Leute nicht in Betracht kommen sollen, so passen doch Individuen, welche mit derartigen Körperfehlern behaftet sind, ganz und gar nicht zu künftigen Officieren, und also auch nicht zur Aufnahme in die Kadetten-Anstalten.

Mit Genehmigung des Königlichen Kriegsministeriums werden daher die Militärärzte und insbesondere die des Kadetten-Corps, Seitens des Chefs des Militär-Medicinal-Wesens angewiesen:

dass sie solche Knaben, die an Fehlern, durch welche sie wahrscheinlich zu ihrem künftigen Berufe als Officiere unfähig gemacht werden würden, also namentlich an Fehlern der Seh-, Hör- oder Sprach-Organe leiden, durch welche die Funktion dieser Organe mehr oder weniger beeinträchtigt wird, zur Aufnahme in die Kadetten-Institute nicht als tauglich erklären und daher

für solche den in dem oben erwähnten Cirkulare gedachten Gesundheitsschein nicht ausstellen.

b) **Seekadetten.*)**

Für Seecadetten-Aspiranten hat das ärztliche Attest zu bescheinigen, dass der Untersuchte nicht bloß vollkommen gesund und frei von allen wahrnehmbaren körperlichen Fehlern und Gebrechen sei, durch welche er zu seinem künftigen Berufe als Seeofficier unfähig gemacht werden würde, also namentlich von Fehlern der Seh-, Hör- oder Sprachorgane, sondern dass auch der Körper des Untersuchten im Verhältniss zu seinem Alter kräftig entwickelt sei und keine Anlagen zu chronischen Krankheiten erkennen, vielmehr bei der späteren Ausbildung eine kräftige Constitution mit Wahrscheinlichkeit erwarten lasse.

Untersuchung der Sehschärfe der Seecadetten-Aspiranten).**

Die Kaiserliche Admiralität hat aus den Attesten der Ober-Militär- und Marine-Aerzte über die körperliche Brauchbarkeit von Kadetten-Aspiranten für die Marine entnommen, dass die Anforderungen an die Sehschärfe dieser Aspiranten sehr abweichend beurtheilt werden. Behufs Feststellung der Anforderungen an die Sehkraft eines Kadetten-Aspiranten hat dieselbe daher Folgendes bestimmt:

- 1) Der Untersuchung der Sehschärfe sind die Snellen'schen Probe-Buchstaben zu Grunde zu legen. Als normal = 1 ist die Sehschärfe bei solchen Aspiranten zu betrachten, welche diese Probe-Buchstaben auf die für dieselben festgestellten verschiedenen Distancen deutlich erkennen.

In jedem Atteste ist das Resultat dieser Untersuchung speciell anzugeben.

- 2) Wenn die Sehschärfe nicht als normal erkannt wird, so ist zunächst durch die Untersuchung mit dem Augenspiegel festzustellen, ob organische Krankheiten der inneren Theile des Auges vorhanden sind; im zu-

*) Marine-Min. 23. April 1862. — Chef 16. Mai 1862.

**) Krm. M. - M. - A. 26. Juni 1872. Armee-M.-Bl. 1872. Nr. 16.

treffenden Falle ist der Aspirant als unbrauchbar zu erachten.

3) Wenn solche organische Krankheiten nicht nachgewiesen werden, so sind bezüglich des Grades der Sehschärfe folgende Grenzen festzuhalten:

- a) Aspiranten, welche die Snellen'schen Probe-Buchstaben auf $\frac{3}{4}$ der festgestellten Entfernungen erkennen, deren Sehschärfe also $\frac{3}{4}$ ist, sind noch als brauchbar für den Seedienst zu erachten.
- b) Werden die Probe-Buchstaben nicht mehr auf $\frac{3}{4}$, aber noch auf solche Distancen erkannt, welche zwischen $\frac{3}{4}$ und $\frac{1}{2}$ der normalen Entfernungen liegen, so sind die Aspiranten nur in dem Falle für brauchbar zu erachten, wenn durch die Untersuchung mittelst Brillengläsern nachgewiesen wird, dass die Verminderung der Sehschärfe vollständig corrigirt werden kann.
- c) Werden die Probe-Buchstaben nur auf die Hälfte oder weniger als die Hälfte der vorgeschriebenen Entfernungen erkannt, ist also die Sehschärfe $= \frac{1}{2}$ und darunter, so sind die betreffenden Aspiranten als unbrauchbar für den Seedienst zu erachten.

Hiernach haben künftig auch die mit qu. Untersuchung beauftragten Militärärzte zu verfahren.

2. Atteste für Aspiranten in die Militär-Waisenhäuser.

Zweck der Anstalten.*)

Die Königlichen Militär-, Waisen- und Erziehungshäuser nehmen Kinder von bedürftigen, verdienten oder lang gedienten aktiven Soldaten auf, und zwar das grosse Militär-Waisenhaus in Potsdam mit der Nebenanstalt für evangelische Mädchen in Pretsch ganz-, oder Falls Platz ist, halb-verwaiste Kinder im Alter von 6 bis 12 Jahren, die Knaben-Erziehungsanstalt zu Annaburg die Söhne von Soldaten, welche Anspruch auf Invaliden-Wohlthaten haben, im Alter von 10 bis 11 Jahren.

*) Milit.-Wochenbl. 1859 No. 28. S. 170 u. 171. Desgl. 1860. S. 228. Krm. 17. August 1860.

Katholische Mädchen werden der katholischen Erziehungsanstalt zu Erfurt übergeben oder auf Staatskosten anderweitig untergebracht.

Die Knaben werden zu Handwerkern, und wenn sie geneigt und geeignet sind, zum Militärdienst, namentlich zu Musikern, die Mädchen zu Dienstboten erzogen bis zur Confirmation.

*) Bei Zöglingen des Annaburger Knaben-Erziehungs-Instituts und des Potsdamer grossen Militär-Waisenhauses**), welche freiwillig in eine Unterofficierschule eintreten wollen, kann mit Genehmigung des Preussischen Kriegsministeriums die Aufnahme in geeigneten Fällen auch dann gestattet werden, wenn die betreffenden Zöglinge die als Minimum angegebene Grösse von 5' 2" zur Zeit noch nicht haben.

Die Militärärzte haben die grösste Sorgfalt und Genauigkeit bei Untersuchung des Körperzustandes der in oben genannte Instituten aufzunehmenden Knaben anzuwenden.***)

Während früher die männlichen Zöglinge des Militär-Waisenhauses zu Potsdam bestimmungsmässig nach ihrer erlangten Erziehung als Soldaten in das aktive Heer eingestellt wurden, und hier für ihre Erziehung einer besonderen Dienstverpflichtung genügen mussten, wurde diese besondere Militär-Dienstverpflichtung für dieselben durch A. C.-O. vom 14. Mai 1850 aufgehoben, und statt dem früher vorgeschriebenen Schema zu dem auszustellenden Gesundheitsscheine, in welchem bescheinigt wurde, dass der Untersuchte dereinst zum Militärdienst geeignet sein werde, ein neues Schema eingeführt. Die darüber sprechende Bestimmung lautet:

†) Da von den Zöglingen des grossen Militär-Waisenhauses zu Potsdam und des Militär-Knaben-Erziehungs-Instituts zu Annaburg jetzt nur noch die Musikschüler und nach Umständen auch die Militärschüler direkt den Truppen überwiesen werden, alle übrigen aber zur Disposition der Ersatzbehörden entlassen

*) Ers. Instr. 26. März 1868 §. 138.

**) Cfr. Unterofficierschulen S. 25.

***) Cirk. 14. Juli 1831 ad 2.

†) K. Directorium des Potsdamer Waisenhauses 29. Nov. 1850.

werden, und da auch die besondere Militärdienstpflicht, für die in den Anstalten genossene Erziehung gänzlich aufgehoben ist, so liegt kein triftiger Grund mehr vor, bei der Aufnahme der Knaben, wenn sie nur sonst gesund sind, noch ferner die Bescheinigung der zu hoffenden künftigen Brauchbarkeit zum Militärdienst zu verlangen. Es soll daher von jetzt ab bei der Aufnahme von Knaben der Gesundheitsschein nach dem nachstehenden Schema eingefordert werden.

Schema zum Gesundheitsschein a) für die Knaben.

„Dass der Sohn des Vornamens bei der von mir heute angestellten Untersuchung vollkommen gesund und frei von allen in die Augen fallenden körperlichen Fehlern und Gebrechen und jetzt wahrnehmbaren Anlagen zu solchen chronischen Krankheiten, welche die regelmässige Ausbildung des Körpers und die Begründung einer der einstigen guten Gesundheit stören könnten, befunden worden, solches wird hiermit pflichtmässig bescheinigt.“

Bemerkung. Der Gesundheitsschein ist von dem untersuchenden Arzte mit Ort und Datum zu versehen, zu versiegeln und unter Angabe seines Prädikates zu unterschreiben. — Wenn der Gesundheitszustand des Knaben dem Inhalte des Formulars entsprechend befunden wird, kann Letzteres von dem Arzte zu dem ausstellenden Gesundheitsscheine benutzt werden.

Was die Untersuchung der zur Aufnahme in das vorgedachte Waisenhaus angemeldeten Kinder weiblichen Geschlechts, welche nach erfolgter Erziehung ihr Fortkommen als Dienstmädchen suchen müssen, betrifft, so ist für diese das früher vorgeschriebene Schema zum Gesundheitsscheine noch massgebend.

Dasselbe lautet:

b) Für die Mädchen.

„Dass die Tochter des Vornamens bei der von mir heute angestellten Untersuchung vollkommen gesund und frei von allen in die Augen fallenden körperlichen Fehlern und Gebrechen befunden worden ist, auch dass ihre jetzige Leibesbeschaffenheit zu der Hoffnung berechtigt, dass sie die zu ihrer künftigen Bestimmung als Dienstmädchen erforderliche Körperstärke erlangen werde, solches wird hiermit pflichtmässig bescheinigt.

Ort und Datum.

Siegel. Name und Charge des Arztes.

*) Bei Kindern, deren Impfschein nicht zu beschaffen ist, ist in dem Gesundheitsscheine noch mit aufzunehmen, ob deutliche Pockennarben die mit Erfolg geschehene Impfung des Kindes unzweifelhaft darthun.

Die Aufforderung an die Militärärzte zur Ausstellung der in Rede stehenden Atteste erfolgt meist direkt durch die Eltern oder Seitens eines Landwehr-Bezirks-Kommando's.

3. Atteste für Aspiranten in die militärärztlichen Bildungsanstalten und über dienstpflichtige Aerzte.

**) Die militärärztlichen Bildungsanstalten in Berlin das Königliche medicinisch-chirurgische Friedrich-Wilhelms-Institut und die Königliche medicinisch-chirurgische Akademie, gewähren gegen die besondere Dienstverpflichtung für jedes Jahr der auf denselben genossenen freien Ausbildung 2 resp. 1 Jahr in der Armee als Arzt zu dienen, kostenfreien Unterricht in allen Zweigen der Medicin. Der betreffende Aspirant darf nicht älter sein, als 21 Jahre, und muss das Universitäts-Reifezeugniss besitzen. Die Anmeldung erfolgt, wenn der Aspirant ein Jahr die erste Klasse eines Gymnasiums besucht hat, muss aber innerhalb des diesem Termine folgenden Vierteljahrs erfolgen. Spätere Anmeldungen finden nur ausnahmsweise und nur für die Akademie, stets hinter den rechtzeitigen Meldungen Berücksichtigung. — Der Anmeldung sind beizufügen der Geburtsschein, der Impfschein, ein ärztliches Gesundheitsattest), ein Schulzeugniss, und eine Erklärung des Anmeldenden, dass er selbst und der Angemeldete die übrigen Bedingungen zu erfüllen bereit sei. Hierauf folgt der Bescheid, dass und wo der Aspirant sich der Vorprüfung zu unterwerfen hat. Dieselbe erfolgt vor einer zu diesem Behufe zu ernennenden Kommission von Militärärzten im Divisions-Stabsquartiere des Divisionsbezirks, welchem der zeitige Aufenthaltsort, der resp. des Aspiranten angehört, und zwar in der Mitte April und Mitte October jeden Jahres. Die Vorprüfung dauert drei Tage. Die Gestellung zur Vorprüfung bietet Gelegenheit, die körperliche Qualification des Aspiranten für den militärärztlichen Dienst festzustellen. Die Auf-

*) Direction 18. Juni 1859.

**) Armee-Verw.-Bl. No. 191 1869.

nahme-Termine sind der 1. April und der 1. October. — Die Prüfungscommission erhält die Themata zu den schriftlichen Arbeiten vom Chef des Militär-Medicinal-Wesens übersandt, mit der Aufforderung, bei Einsendung der Arbeiten über das Aeusere des jungen Mannes, seine Grösse, militärisch gemessen, seinen Brustumfang, über die Schärfe seiner Sinnesorgane, besonders der Augen, sowie über sein Auftreten und Benehmen genau Bericht zu erstatten, und vor Allem ein bestimmtes Urtheil über die eventuelle Felddienstfähigkeit des Untersuchten als Militärarzt mitzutheilen.

Körperliche Tauglichkeit.

In Betreff der Beurtheilung der körperlichen Tauglichkeit zum militärärztlichen Berufe sind nachstehende Bestimmungen massgebend:

- *) a) Die in Bezug auf ihre körperliche Brauchbarkeit zum militärärztlichen Dienst zu untersuchenden qu. Aspiranten u. s. w. müssen kräftig, gesund und fehlerfrei, mit gesunden Sinnes-Organen, namentlich mit guten Augen, begabt sein, und demnach mit Zuversicht erwarten lassen, dass sie bei ihrem späteren Eintritt in den militärärztlichen Dienst den Anforderungen desselben im Frieden wie im Kriege vollkommen entsprechen werden.
- **) b) Zur Grundlage für die Beurtheilung der Felddienstfähigkeit eines Aspiranten des Sanitätscorps dienen dieselben Grundsätze, wie sie bei der Annahme der Officier-Aspiranten zur Geltung kommen.
- ***) c) Bei denjenigen jungen Leuten, welche mit der Absicht, Officier zu werden, eintreten, können die Bestimmungen der §§. 17, 18 und 19 der Instruction (welche die Fehler bezeichnen, welche von keiner Waffengattung ausschliessen, welche die Einstellung nur bei der einen oder bei der anderen Waffengattung gestatten, und welche im

*) Instr. f. Mil.-Aerzte. §. 33.

**) Instr. des Chefs zur A. V. vom 27. März 1868, vom 22. Juni 1868 ad §. 5.

***) Instr. f. Mil.-Aerzte. §. 30.

Frieden von der Einstellung ausschliessen, im Kriege aber nicht in Betracht kommen können) nicht durchweg in Anwendung kommen, es sind vielmehr solche junge Männer, wenn sie an Fehlern, durch welche sie wahrscheinlich zu ihrem künftigen Berufe als Officier unfähig gemacht werden, namentlich an Fehlern der Seh- Hör- und Sprachorgane leiden, so dass dadurch die Funktion dieser Organe mehr oder weniger beeinträchtigt wird, nicht für tauglich zum Dienste als Freiwilliger zu erachten.

- *) d) Es sind in neuerer Zeit mehrfach Fälle vorgekommen, dass junge Leute auf Grund der von Ober-Militärärzten vorgenommenen Untersuchung resp. Beurtheilung ihrer körperlichen Qualifikation in die militärärztlichen Bildungsanstalten aufgenommen worden sind, bei denen sich nochmals Mängel oder Krankheits-Anlagen bemerklich gemacht haben, die sie zum militärärztlichen Dienste haben untauglich erscheinen lassen und theilweise ihre Entlassung aus den qu. Anstalten nothwendig gemacht haben. Es beweist dies, dass von den Ober-Militärärzten nicht mit der erforderlichen Strenge und Sorgfalt bei der Untersuchung der sich zum Eintritt in die militärärztlichen Bildungs-Anstalten meldenden Aspiranten zu Werke gegangen wird. Da hierdurch aber der Zweck, vollkommen brauchbare Militärärzte in einer nach den Verhältnissen zulässigen Anzahl zu erhalten, vereitelt wird, und die dafür zur Disposition stehenden Mittel zum Theil nutzlos resp. nicht ihrer Bestimmung entsprechend verwendet werden, so sind die Militärärzte angewiesen, bei derartigen Untersuchungen mit der grössten Umsicht und der gewissenhaftesten Sorgfalt zu verfahren und über ihre eigenen Wahrnehmungen sowohl, wie über alle zu ihrer Kenntniss gekommenen event. zu erforschenden Umstände und Familien-Verhältnisse, die zu einer richtigen Beurtheilung von Wichtigkeit sein könnten, wahrheitsgetreu zu berichten.

*) Chef 8. März 1866.

Beurtheilung der Dienstfähigkeit dienstpflichtiger Aerzte und Aerzte des Beurlaubtenstandes.

*) Vorstehende Bestimmungen haben auch bei der Beurtheilung der Felddienstfähigkeit resp. Diensttauglichkeit, beziehungsweise Dienstuntauglichkeit und Invalidität der dienstpflichtigen Aerzte und Aerzte des Beurlaubtenstandes als Grundlage zu dienen, wie dieselbe beim Eintritt eines Arztes behufs Ableistung seiner allgemeinen Militärdienstpflicht als einjährig freiwilliger Arzt, sowie bei dem Eintritt von Aerzten in das Sanitätscorps in Betracht kommt. In beiden Fällen hat der Arzt seiner Anmeldung bei dem Corps-General-Arzt ein Zeugniss über seine Felddienstfähigkeit, von einem Ober-Militärarzt ausgestellt, beizufügen.

*) Ausser den unter dem in seiner Gegenwart nach den dazu gelieferten Daten angefertigten Lebenslauf von dem dazu beauftragten Ober-Militärarzt zu machenden Bemerkungen, dass der Lebenslauf eigenhändig von dem Aussteller geschrieben, ihm auch von dem Gegentheil des Inhalts nichts bekannt sei, sowie über das Exterieur und Benehmen desselben, und ob er ihn zum militärärztlichen Dienste bei den Truppen körperlich für geeignet erachtet, hat der betreffende Ober-Militärarzt noch ein besonderes die Felddienstfähigkeit bescheinigendes Attest auszustellen, welches zu den Personalakten des Ministeriums, Abtheilung für Medicinal-Angelegenheiten, geht. Von den Unterärzten ist vor ihrer Anstellung eine Meldung, dass hinsichtlich der früher attestirten Felddienstfähigkeit kein Zweifel entstanden ist, und dass die Kapitulationsverhandlung stattgefunden hat, zu machen. Erweist sich der betreffende dienstpflichtige Arzt als „zeitig und unbrauchbar“, so erfahren die Corps-Generalärzte nach §. 166 der Ersatz-Instruction.

) e) Nach vorstehenden Bestimmungen ist auch der §. 27 der Instruction für Militärärzte, welcher von der Beurtheilung der Militärdienstunbrauchbarkeit eines militärpflichtigen Arztes*) handelt, zu beur-

*) Instr. des Chefs vom 22. Juni 1868 ad §. 5.

**) Instr. f. Mil.-Aerzte. §. 27.

***) Cfr. Dienstuntauglichkeits-Atteste.

theilen. Aerzte, sie mögen in den militärärztlichen Bildungsanstalten auf Staatskosten ausgebildet und deshalb verpflichtet sein, in der Armee als Aerzte zu dienen, oder für Bewilligung eines Ausstandes über das 23. Lebensjahr hinaus sich als Aerzte zu dienen verpflichtet haben, oder gemäss der Ersatz-Instruction §. 172b*), obgleich sie ihrer einjährigen Militärdienstpflicht mit der Waffe genügt haben, in ihrem späteren Militärverhältniss als Militär-Aerzte verbleiben und als solche im Falle einer Mobilmachung nach Massgabe des Bedarfs verwendet werden, sind nur dann für dienstuntauglich zu erachten, wenn die bei ihnen entstandenen körperlichen Fehler von der Art sind, dass sie dadurch in der Erfüllung ihrer Obliegenheiten als Aerzte behindert werden.

**) Dass hierunter nicht die Obliegenheiten eines Arztes überhaupt, sondern die eines Militärarztes zu verstehen sind, geht aus dem Cirkular vom 20. März 1831 ad 1 hervor, welches dem §. 27 der Instruction für Militärärzte zu Grunde gelegen hat, und in welchem an der betreffenden Stelle nicht das Wort „Arzt“, wie im §. 27, sondern „Militär-Arzt“ steht.

***) NB. Studirende der Medicin, welche zum einjährigen Waffendienste bis zum 23. Lebensjahre untauglich befunden werden, sind nicht gezwungen, später nach Absolvirung ihrer Examina als Aerzte zu dienen, wie überhaupt ein ersatzpflichtiger, für den Waffendienst untauglicher Mediciner nicht für fähig zum ärztlichen Dienste erklärt werden darf, da Niemand eine andere als die allgemeine Militärpflicht abzuleisten hat, und wegen seiner auf eigene Kosten erworbenen ärztlichen Kenntnisse bei vorhandener Unbrauchbarkeit zum Dienste mit der Waffe, wider seinen Willen zum Dienste als Arzt nicht herangezogen werden kann.

*) Ers. - Instr. 172 b.

**) Cirk. 20. März 1831 ad 1.

***) Cirk. 20. März 1831 ad 1. — 24. September 1850.

A n h a n g.

Atteste über militärpflichtige Pharmaceuten, Thierärzte und Eleven der Militär-Rossarztschule.

*) Die Beurtheilung der Militärdienstbrauchbarkeit der militärpflichtigen Pharmaceuten und Thierärzte geschieht nach Analogie des §. 27 der Instruction für Militärärzte, in Sonderheit müssen die jungen Leute, welche ihre Aufnahme in die Militär-Rossarztschule nachsuchen, um sich dem militär-thierärztlichen Berufe zu widmen, von gesundem kräftigem Körperbau und mit guten Sinneswerkzeugen, namentlich was Sehvermögen und Gehör anlangt, begabt sein, das bezügliche Attest stellt auf Anordnung des Truppentheils ein Militär-Oberarzt aus. Dasselbe kann auch von einem Kreis-Physikus ausgestellt sein.

4. Atteste für Aspiranten in die Schiffsjungen-Kompagnieen.**Allgemeine Bestimmungen**).**

1. „Die Schiffsjungen-Kompagnieen (früher das Schiffsjungen-Institut) haben die Bestimmung, Matrosen und Unteroffiziere für die Bundes-Kriegs-Marine auszubilden“. — 2. „Die Ausbildung der Schiffsjungen dauert 3 Jahre. Von diesen 3 Jahren verbringen die Schiffsjungen 2 Jahre an Bord der Schiffsjungen-Schiffe als Zöglinge, und werden erst nach Ablauf des zweiten Jahres auf die Kriegs-Artikel vereidet, und stehen von da ab unter dem militärischen Gesetz, wie jeder andere Soldat“. — 3. „Nach Ablauf von 3 Jahren werden sie bei genügender seemännischer Ausbildung als Matrosen 3. Klasse in die Matrosen-Abtheilung eingestellt“. — 4. „Ausnahmsweise ist ihr Verbleiben ein viertes und letztes Jahr im Schiffsjungen-Verhältniss, wenn nach 3 Jahren die Ausbildung zum Matrosen noch ungenügend ist, gestattet“.

Dienstzeit*).**

1. „Die Zöglinge der Schiffsjungen-Kompagnieen haben die Verpflichtung, nach Ablauf von 3 Jahren, welche Zeit auf

*) Krm. 19. April 1866. — Krm. 3. December 1867. — Instr. f. Mil.-Aerzte. §. 28.

**) Ers.-Instr. 26 März 1868. §. 141.

***) ib. §. 142.

ihre Heranbildung verwandt worden ist, für jedes dieser Jahre ausser der Erfüllung der allgemeinen gesetzlichen dreijährigen Dienstpflicht, noch anderweitige 2 Jahre der Bundes-Kriegs-Marine zu dienen. Wer daher 3 Jahre in einer Schiffsjungen-Kompagnie ausgebildet worden ist, hat demnächst noch 9 Jahre zu dienen“.

Anmeldung*).

„Wer die Aufnahme in eine Schiffsjungen-Kompagnie wünscht, hat sich persönlich bei dem Bezirks-Kommandeur des Landwehr-Bataillons seiner Heimath (oder wer dazu Gelegenheit hat, persönlich bei dem Kommando der Flotten-Stamm-Division in Kiel) zu melden“.

Körperliche Eigenschaften).**

1. „Der Einzustellende darf nicht unter 14 Jahr und nicht über 17 Jahr alt sein“. — 2. „Er muss vollkommen gesund, im Verhältniss zu seinem Alter kräftig gebaut (starke Knochen, kräftige Muskulatur) und frei von körperlichen Gebrechen und wahrnehmbaren Anlagen zu chronischen Krankheiten sein, ein scharfes Auge, gutes Gehör und fehlerfreie (nicht stotternde) Sprache haben“.

Attest.

Hierüber hat sich der Landwehr-Bezirks-Kommandeur mit dem untersuchenden Arzte in einem Atteste auszusprechen.

***) Besonders darf keine Anlage zu Unterleibs-Brüchen bestehen.

†) „Der Dienst der Schiffsjungen, welche nur in Folge freiwilliger Meldung auf Antrag ihrer Angehörigen eingestellt werden dürfen und ein Alter von wenigstens 14 bis höchstens 17 Jahren haben müssen, besteht in der Erlernung des Dienstes der Matrosen und in der Unterstützung der letzteren in allen ihren Dienstverrichtungen. Da die Schiffsjungen nach Ablauf ihrer dreijährigen Ausbildungszeit noch eine neunjährige Dienst-

*) ib. §. 143.

**) ib. §. 144.

***) Krm. 2. Mai u. 7. Mai u. 14. November 1862. §. 4.

†) Instr. f. Marine-Aerzte 5. November 1860. §. 6.

verpflichtung zu erfüllen haben, so muss bei ihrer Auswahl mit der grössten Strenge verfahren werden. Es sind daher nur solche Knaben zu wählen, deren Körper fehlerfrei, im Verhältniss zu ihrem Alter kräftig entwickelt ist (verhältnissmässig starke Knochen und kräftige Muskulatur), und welche bei der späteren Ausbildung ihres Körpers eine robuste Konstitution mit Zuversicht erwarten lassen. Auf ein gesundes scharfes Auge, gutes Gehör und fehlerfreie Sprache ist wohl zu achten.

Körpergrösse und Brustmaass*).

Unter Bezugnahme auf §. 144 2. Der Militär-Ersatz-Instruction (s. oben) bestimmt das Königl. Kriegsministerium in Uebereinstimmung mit dem Königl. Marine-Ministerium, dass fortan bis auf Weiteres, Seitens der Landwehr-Bezirks-Kommando's nur solche Freiwillige der Flotten-Stamm-Division behufs Annahme in die Schiffsjungen-Kompagnie zu überweisen sind, welche, falls sie das 15. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, mindestens 4 Fuss 6 Zoll 1 Strich gross sind, und nicht unter 26 Zoll 2 Strich Brustumfang haben. Falls sie dagegen gedachtes Lebensalter bereits überschritten, mindestens 4 Fuss 8 Zoll 1 Strich gross sind und nicht unter 28 Zoll Brustumfang haben. Der Brustumfang ist in der Athempause bei senkrecht emporgehobenen Armen und in der Höhe der Brustwarzen zu messen, das Resultat im Nationale unter „Bemerkungen“ einzutragen.

5. Atteste für Aspiranten in die Unteroffizier-Schulen.

Allgemeine Bestimmungen).**

1. „Die Unteroffizier-Schulen — es bestehen derer in Potsdam, Jülich und Biberich — (Weissenfels, Ettlingen) haben die Bestimmung, junge Leute, welche sich dem Militärstande widmen wollen, zu Unteroffizieren für die Infanterie des stehenden Heeres heranzubilden“. 2) „Die Zöglinge derselben stehen unter den militärischen Gesetzen, und werden nach ihrem Eintreffen bei der Unteroffizier-Schule auf die Kriegsartikel vereidigt“.

*) Krm. 6. September 1869.

**) Ers.-Instr. 26. März 1868. §. 136.

Anmeldung*).

„Wer die Aufnahme wünscht, hat sich persönlich bei dem Landwehr-Bezirks-Kommando seiner Heimath oder bei dem Kommando der betreffenden Unteroffizier-Schule zu melden“.

Qualifikation).**

„Der Einzustellende muss wenigstens 17 Jahre alt sein, darf aber das 20. Jahr noch nicht vollendet haben. Er muss mindestens 5' 1" (cfr. Atteste über Aspiranten für die Militär-Waisenhäuser S. 20) gross sein, und die im §. 31 der Instruktion für Militär-Aerzte bezeichnete Körperconstitution besitzen, worüber sich der Landwehr-Bezirks-Kommandeur bei der Anmeldung des Freiwilligen unter Beifügung eines ärztlichen Attestes, welches untersiegelt sein muss, auszusprechen hat.

Ärztliches Attest*).**

Die zur Einstellung in die Schulabtheilung (jetzt Unteroffizier-Schulen) sich meldenden Freiwilligen sollen mindestens 17 Jahre alt sein, das 20. Lebensjahr aber noch nicht vollendet haben, mindestens 5' 2" (s. oben) gross, vollkommen gesund und frei von körperlichen Gebrechen sein. Werden sie behufs ihrer Anmeldung zum Eintritt in die Schulabtheilung ärztlich untersucht, so brauchen sie, um für einstellungsfähig erklärt werden zu können, zwar nicht schon vollkommen dienstfähig zu sein, müssen aber frei von körperlichen Fehlern und Gebrechen und wahrnehmbaren Anlagen zu chronischen Krankheiten sein, und nach Massgabe ihres Alters so kräftig und gesund erscheinen, dass sie die begründete Aussicht gewähren, bis zum Ablauf ihrer Dienstzeit in der Schulabtheilung vollkommen felddienstbrauchbar zu werden.

6. Atteste für Aspiranten zum Königlichen Forstdienst.

Allgemeine Bestimmungen†).

Die Jäger-Bataillone, vorzugsweise aber das Garde-Jäger-Bataillon, rekrutiren sich, so weit als möglich, aus vorschrifts-

*) ib. §. 137.

**) ib. §. 138.

***.) Instr. für Mil.-Aerzte §. 31.

†) Ers. Instr. §. 17, 7. u. §. 29. Cirk. 31. März 1848 ad 4.

mässig gelernten Jägern. Es dürfen daher nur solche junge Leute zum Eintritt in den Königlichen Forstdienst resp. als Jägerlehrlinge angenommen werden, welche voraussichtlich und spätestens im dienstpflichtigen Alter vollkommen militärdienstbrauchbar sein werden. Die Karriere im Königlichen Forstdienst ist dadurch mit dem Militärdienst im Jägercorps innig verknüpft, indem nur solche Personen zu einer Anstellung im Königlichen oder Kommunal-Forstdienste gelangen*), welche sich durch den Militärdienst im Jägercorps die Berechtigung dazu erworben haben. — Die Lehrzeit vor dem Eintritt in's Jägercorps dauert 2 Jahre, der Eintritt in die Lehre erfolgt mithin vor dem 1. October desjenigen Jahres, in welchem der Aspirant das 18. Lebensjahr vollendet.**)

***) Die Einstellung der Lehrlinge in das Jägercorps erfolgt in der Regel im October jeden Jahres; sie kann nach vollendetem 17. Lebensjahre, aber nicht eher, erfolgen, darf aber nicht nach dem October desjenigen Jahres, in welchem das 20. Lebensjahr vollendet wird, geschehen. Es dürfen nur solche Leute zur Einstellung designirt werden, gegen deren Brauchbarkeit für den Militärdienst nicht der geringste Zweifel obwaltet.

Attest.

Das Attest, welches eine Person Behufs Eintritts in den Königlichen Forstdienst bedarf, hat sich unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse und der für die Einstellung der Jäger bestehenden Bestimmungen, nicht bloß über die Brauchbarkeit zum Königlichen Forstdienst, sondern auch über die gegenwärtige oder dereinstige Militärbrauchbarkeit auszusprechen. Ueber die nothwendigen körperlichen Eigenschaften der Jägerlehrlinge spricht sich die Instruction für Militärärzte §. 32 aus:

†) Die Behufs des spätern Eintritts in das Jäger-Corps zu untersuchenden Jägerlehrlinge — bei welchen die Aerzte nicht bloß deren künftige Tauglichkeit zum Königlichen Forstdienste,

*) Regulativ 1. Dezember 1864. §. 1.

**) ib. §. 2.

***) ib. §. 6. Reskr. 29. April 1868. Finanz. u. Krm.

†) Instr. f. M.-A. §. 32. Min. Reskr. 3. August 1854.

sondern hauptsächlich ihre künftige Tauglichkeit zum Militär-Felddienst im Jägercorps zu berücksichtigen haben — müssen gesund, fehlerfrei, insbesondere mit einem scharfen Auge begabt, für ihr Alter kräftig und von einer derartigen Körperbeschaffenheit sein, dass mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, der Untersuchte werde nicht nur die späteren Anstrengungen im Forstdienst mit Leichtigkeit zu ertragen vermögen, sondern auch nach beendigter Lehrzeit zum Militär-Felddienst im Jägercorps vollkommen tauglich sein*).

**) Zur Erlangung dieses Attestes wenden sich die Aspiranten am besten an das Landwehr-Bezirks-Commando ihrer Heimath. Die Militär-Aerzte haben das verlangte Attest auszustellen, wenn sie darum angegangen werden.

Körperliche Qualification der Jäger***).

Die Jäger-Rekruten dürfen nicht über 5' 7" (= 1,75 M.), und in der Regel nicht unter 5' 2" (1,62 M.) gross sein; sie müssen einen kräftigen Körperbau haben (lesen und schreiben können) mit scharfer Sehkraft begabt sein. — Leute in der Grösse von 5' bis 5' 1" 3''' dürfen ausnahmsweise nur als Freiwillige und nur dann eingestellt werden, wenn sie hinreichend kräftig sind.

†) Da die Jäger und Schützen nicht allein zum geschlossenen, sondern vorzugsweise zum zerstreuten Gefechte gebraucht werden, so sind zu ihnen solche Leute zu wählen, welche sich ausser der zum Infanterie-Dienste erforderlichen Körperbeschaffenheit durch körperliche Gewandheit, scharfes Auge und geistige Eigenschaften besonders dazu qualificiren.

*) Krm. 16. September 1853.

**) Krm. 6. November 1847. Cirk. 22. September 1853.

***) Ers.-Instr. §. 29. 5.

†) Instr. f. V. A. §. 8.

ZWEITER ABSCHNITT.

Militärärztliche Atteste über Militär-Personen während der Dienstzeit derselben im Heere.

1. Atteste über Marsch- und Transportunfähigkeit.

Begriffsbestimmung.

Marschunfähig ist derjenige, welcher einen vorgeschriebenen Marsch, d. h. die Zurücklegung einer bestimmten Entfernung deswegen zurückzulegen ausser Stande ist, weil ihm dazu die erforderlichen Kräfte im Allgemeinen fehlen, oder ein Krankheitszustand besteht, welcher die Thätigkeit des Marschirens ausschliesst oder durch dieselbe verschlimmert werden würde. Zunächst ist dabei die Unfähigkeit zu verstehen, einen Marsch zu Fuss zurückzulegen, dann bei Berittenen, event. auch die Unfähigkeit, einen Marsch zu Pferde zu machen. Die Unfähigkeit einen Weg auch nicht zu Wagen zurücklegen zu können, fällt in den Begriff der Transportunfähigkeit.

Vorkommen.

Die Bescheinigung der Marsch-Unfähigkeit Seitens des Arztes kommt vor: 1) bei marschirenden Truppen, wenn der Eine oder Andere aus Gesundheitsrücksichten ausser Stande ist, weiter zu marschiren; 2) bei dem Marsche Einzelner*) wie er von Reservisten, von untauglich oder invalide Entlassenen, in die Heimath Entsendeten oder von in Heilbäder Geschickten auszuführen ist.

Transportunfähigkeit.

Constatirt in diesen Fällen der Arzt Transportunfähigkeit, so müssen derartige Individuen am Orte selbst, wenn kein Militär-Lazareth daselbst ist von der Ortsbehörde untergebracht und versorgt werden.**) Der Arzt hat in dem bezüglichen Atteste zu erklären, „dass der Kranke nicht ohne Gefahr für Gesundheit und Leben ins nächste Militär-Lazareth

*) Laz.-Regl. §. 160.

**) Laz.-Regl. §. 31. §. 143. b. Anm.

Eitner, Gutachten.

geschafft werden kann, unter Angabe des Namens des Kranken und der Krankheit.“ Das Truppen-Commando theilt dies sofort der Intendantur des bezüglichen Armee-Corps in welchem der Ort liegt, mit; bei Einzelnen hat die Ortsbehörde Letzteres zu thun und zugleich den betreffenden Truppentheil zu benachrichtigen. Die Fortschaffung in ein Militär-Lazareth ist, sobald es nur angeht, stets im Auge zu behalten. — Die Unterbringung ansteckender Kranken in Bürger-Quartieren ist möglichst zu vermeiden. *) — Die Kosten der Behandlung und Verpflegung werden bei den Intendanturen liquidirt. Der Kommandoführer bezahlt sie nur insoweit, als der Erkrankte noch beim Kommando anwesend ist. **)

Marschunfähigkeit.

Besteht hingegen nach dem Ausspruche des Arztes nur Marschunfähigkeit, so bedarf es einer ärztlichen Bescheinigung derselben in dem Falle gar nicht, wenn dieselbe von voraussichtlich so kurzer Dauer ist, dass sie in wenigen Tagen gehoben ist, und der Truppentheil im Stande ist, den Marschunfähigen mittelst der ihn begleitenden Wagen mit sich zu führen. ***) Ist letzteres aber nicht der Fall, so ist zur Uebermittlung des Kranken in das nächste Militärlazareth die Herbeischaffung eines Transportmittels erforderlich. Da wo Eisenbahn oder Post nicht anwendbar, ist eine Vorspannfuhre zu stellen. Für 1 bis 2 Kranke wird ein einspänniger, für 3 bis 5 ein zweispänniger, für 6 bis 8 ein vierspänniger Wagen gewährt. Von Leichtkranken können auch noch mehr auf einen Wagen untergebracht werden. Für 1 bis 2 Officiere, Aerzte etc. gehört ein besonderer Wagen. Beim Vorhandensein von 2 zweispännigen oder 1 vierspännigen Transport-Gepäckwagen bei den Truppen dürfen Krankenwagen bloß bei mehr als 3 Kranken, oder Falls Kranke nach einem seitab besonders nahe gelegenen Lazarethe zu schaffen sind, requirirt werden.

†) Sind Militär Sträflinge bei der Entlassung nach ärztlichem Atteste dauernd marschunfähig, so übernimmt der

*) San.-Pol.-Regul. 8. Aug. 1835. §. 15.

**) Rekr.-Verpfl.-Regl. §. 103.

***) Krm. 28. Sept. 1830.

†) Regul. über die Behdl. der Mil.-Sträflinge 6. Nov. 1858. §. 105.

Staat die Kosten ihrer Fortschaffung in die Heimath per Eisenbahn, Post etc. und gewährt ihnen für jeden Reisetag 15 Gr.

Attest über Marschunfähigkeit.

Das ärztliche Attest muss Namen eines jeden Kranken und dessen Krankheit enthalten und sich darüber aussprechen dass derselbe seines Uebels wegen den Weg von bis zu Fuss zurückzulegen ausser Stande ist. *)

**) Bei Ausstellung dieser Atteste haben sich die Militärärzte pflichtmässiger Genauigkeit zu befleissigen und haben sich in denselben nicht blos über die wirkliche Unfähigkeit zum Marsche zu Fuss bestimmt auszusprechen, sondern auch dergleichen Atteste für die als dienstuntauglich zu entlassenden Leute nur dann zu ertheilen, wenn dieselben nach des Militärarztes Ueberzeugung nicht im Stande sein sollten, in kleinen Tagereisen zu Fuss nach der Heimath zu gehen.

Untersuchung auf Marschunfähigkeit durch Civilärzte.

Die Untersuchung marschunfähig gewordener Mannschaften durch Civil-Aerzte kann nur vorkommen bei Nichtvorhandensein von Militärärzten. ***)

†) Wenn weder vom Staate noch von Kommunen besoldete Civilärzte sich der Ausstellung von Attesten über auf dem Marsche begriffene Militärkranke unterziehen, so erscheint es wünschenswerth, dass dieselben daraus keine besondere Ansprüche auf Remuneration herleiten. Sollten sie aber eine Remuneration fordern, so haben sie für die Ausstellung des Attestes den niedrigsten Satz der Taxposition I. 20 nemlich 10 Sgr. zu fordern, welcher Kostenbetrag auf der Vorspannsliquidation Behufs Erstattung aus den Militärfonds in Ansatz zu bringen ist, wenn die Untersuchung in der Wohnung des Arztes stattgefunden hat. Wenn aber der Arzt Behufs der Untersuchung sich zu dem Kranken zu begeben genöthigt ist, so darf er ausser der Gebühr von 10 Sgr. für die Ausstellung des Attestes noch die

*) Laz.-Regl. §. 30.

**) Cirk. 30. Okt. 1822 ad. 3.

***) Laz.-Regl. §. 376.

†) Min. der Polizei 22. April 1831. — Fr. Laz.-Rglm. §. 385. — Min. d. M.-Aglht. 21. Nov. 1837.

dafür fällige Bestimmung der Taxe in Anwendung ziehen. — Für die Untersuchung des betreffenden Individuum an demselben Orte, aber ausserhalb der Wohnung des Arztes, hat derselbe 20 Sgr. für den Besuch zu liquidiren.

*) Die Kreis-Medicinal-Beamten, welche nur dann zur Ausstellung von Marsch-Unfähigkeits-Attesten herangezogen werden können, wenn der marschirende Truppentheil nicht von Militärärzten begleitet wird, oder am Ort der Untersuchung Militärärzte nicht vorhanden sind, sind bei Gelegenheit ihrer Vertheidigung zu Protokoll verpflichtet, die Constatirung und Attestirung der Marsch-Unfähigkeit der Soldaten auf diesfallige Requisition der betreffenden Behörden unentgeltlich vorzunehmen.

**) Ueberall da wo in Ermangelung von Physikern solche Atteste nicht ohne Kosten oder bei nothwendiger Requisition eines Civil-Arztes und Gestellung des Kranken in des Arztes Behausung nicht für 10 Sgr. erlangt werden können, genügt die pflichtmässige Bescheinigung des Commandoführers, oder bei einzelnen marschirenden Soldaten der Ortsvorstände über die Nothwendigkeit der Vorspannentnahme zum Fortschaffen marschunfähig gewordener Soldaten, entweder bis in das nächste Militärlazareth oder bis zu demjenigen Orte auf der Marschroute in welchem sich ein Ober-Militärarzt befindet, welcher sich der weiteren Untersuchung des Krankheitszustandes zu unterziehen hat.

***) Bei Untersuchungen durch einen Civilarzt ausserhalb seiner Wohnung soll vom Commandoführer der Grund dafür angeführt werden. — Ist der Kreis-Physikus oder Civilarzt genöthigt, zur Constatirung der Marschunfähigkeit eines Soldaten eine Reise zu unternehmen, so haben sie die reglements-mässigen Diäten und Reisekosten zu liquidiren, für das Attest aber dürfen die Medicinal-Beamten auch dann nichts liquidiren.

*) Min. d. Med.-Aglhtn. 26. Nov. 1844. — Krm. 16. April 1845. — Min. d. I. 31. Jan. 1844. — Min. d. I. 22. April 1831. — Fr. Laz.-Rglm. §. 383. 386.

**) Krm. 20. April 1849. — Cirk. 4. Mai 1849. — Min.-Verf. 20. Juli 1852.

***) Krm. 16. April 1845. — Min. d. Med.-Aglhtn. 21. Nov. 1837. — Fr. Laz.-Rglm. §. 384.

2. Krankheits-Atteste.

Sie werden erfordert a) bei Beantragung eines Urlaubs in die Heimath oder in einen anderweitigen Kurort aus Gesundheitsrücksichten, b) bei Erkrankung auf Urlaub, welche die rechtzeitige Rückkehr verhindert.

a) Krankheits-Atteste behufs Beurlaubung resp. Entlassung aus Lazarethen. *)

*) Die Beurlaubung kranker Soldaten aus den Lazarethen in die Heimath etc. um daselbst ihre vollständige Wiederherstellung, überhaupt den Ausgang der Krankheit abzuwarten, ist ausnahmsweise dann gestattet, wenn die Angehörigen sich zuvor zur Aufnahme und unentgeltlichen Verpflegung etc. solcher Kranken ausdrücklich und schriftlich verpflichten. Diese Verpflichtung kann durch den Truppentheil, dem der betreffende Kranke angehört, eingeholt werden oder durch die Lazareth-Commission, bei der der Arzt dies zu beantragen hat.

Der Arzt wird den Urlaub in der Regel schriftlich bei dem zugehörigen Truppentheile beantragen und sich in Form eines Gutachtens darüber aussprechen. Entweder beantragt er einen Urlaub von bestimmter Dauer (4 bis 6 Wochen) z. B. nach Typhus, Lungenentzündung oder da wo sich eine Herstellung nicht absehen lässt, von unbestimmter Dauer z. B. bei contagiöser Augenentzündung, zur Disposition des Truppentheils.

Die qu. Atteste haben unter Darlegung der Verhältnisse, Art und Dauer der Krankheit ein motivirtes Urtheil zu enthalten über die Dauer des beantragten Urlaubs.

Der Antrag auf Urlaub für unbestimmte Zeit aus Gesundheitsrücksichten zur Disposition der Ersatz-Behörden fällt zusammen mit der temporären Dienstuntauglichkeits-Erklärung (s. unten). Ueber den Antrag auf Urlaub zu einer Badereise s. unter Bade-Atteste.

**) Die auf unbestimmte Zeit Krankheitshalber zur Disposition ihres Truppentheils beurlaubten Mannschaften des stehenden Heeres haben, wenn sie nach Empfang ihrer Einberufungs-

*) Mil.-Oek.-Dep. 27. Mai 1852. — Fr. Laz.-Rglm. §. 143 f. Anm.

**) Fr. Laz.-Rglm. §. 143 e.

ordre in der Heimath erkranken, Anspruch auf kostenfreie Verpflegung im nächsten Garnisonlazareth.

Atteste behufs Entlassung von kranken Reservén in die Heimath, deren Herstellung im Lazareth nicht abzusehen ist. *)

Eines ärztlichen Gutachtens bedarf es ferner, wenn Reserve-Mannschaften, sie mögen bei ihrer Entlassung zur Reserve sich bereits krank in Lazarethen befunden haben, oder erst während des Marsches in die Heimath erkrankt und in Lazarethe aufgenommen sein — an langwierigen oder chronischen Uebeln leiden und eine Herstellung nicht abzusehen ist. In diesen Fällen haben die Lazareth-Commissionen von dem Krankheitszustande der betreffenden Individuen unter Beifügung des ärztlichen Gutachtens, welches sich wo möglich auch über die Ursachen der Krankheit auszusprechen hat, der Corps-Intendantur Anzeige zu machen, damit diese sich in Bezug auf die weitere Behandlung und Verpflegung der Kranken für Rechnung des Kommunal- oder Landarmen-Fonds mit der betreffenden Regierung in Verbindung setze.

Entlassung von unbrauchbaren oder invaliden, die noch der weiteren Pflege bedürfen, in die Heimath. **)

Dasselbe Verfahren tritt auch ein bei der Entlassung von zeitig oder für immer unbrauchbaren oder invalide erachteten Lazareth-Kranken, welche in ihrer Heimath voraussichtlich noch längere Zeit der ärztlichen Pflege bedürfen werden, z. B. bei Knochengeschwüren, Schwindsucht etc., um ihnen in der Heimath das nöthige Unterkommen und die erforderliche ärztliche Hülfe zu sichern. ***)

b) **Krankheits-Atteste bei Erkrankung auf Urlaub.**

Der Einsendung eines Krankheits-Attestes bedarf es bei Erkrankungen auf Urlaub, welche die rechtzeitige Rückkehr verhindern. Wenn das bezügliche ärztliche Attest die Genesung resp. die Rückkehr zu einem bestimmten Termine in

*) Fr. Laz.-Rgl. §. 143 d. Anm. alin. 2.

**) Mil. - Oekon. - Dep. 18. Nov. 1853. — Cirk. 25. Nov. 1853
26. Febr. 1858.

***) Fr. Laz.-Rgl. §. 160.

Aussicht stellte, letztere aber wegen Fortdauer der Krankheit nicht innegehalten werden kann, so bedarf es eines neuen Attestes und Beantragung eines neuen Urlaubs aus Gesundheitsrücksichten.*)

Erkrankung Beurlaubter und deren Aufnahme resp. Ueberkunft in die Lazarethe.

Die beurlaubten Mannschaften des stehenden Heeres, so lange sie zur effektiven Stärke der Armee gehören, haben Anspruch auf kostenfreie Behandlung und Verpflegung in einem Militärlazareth. Für ihre Ueberkunft dahin müssen die Beurlaubten aber selbst Sorge tragen**). Befindet sich am Urlaubsorte resp. bei Erkrankung während des Hin- und Rückmarsches, in dem Erkrankungsorte kein Militärlazareth, und ist der Kranke nach dem von einem approbirten Arzte auszustellen- den und von der Ortsbehörde zu bestätigenden Zeugnisse, nicht ohne Gefahr für Gesundheit und Leben in das nächste Militärlazareth zu transportiren, so ist in Ermangelung eines im Orte befindlichen Militärarztes, die Kur und Behandlung durch einen Civilarzt zulässig. Die alsdann entstehenden Kur-, Wartungs-, Verpflegungs- und Arznei- (event. auch Beerdigungs)-Kosten trägt der Krankenpflege- und resp. Arzneifonds. Zieht der Beurlaubte es jedoch vor, sich in dem Orte, wo er erkrankt, durch Verwandte etc. pflegen und von einem Civilarzte behandeln zu lassen, so hat er auf Erstattung der Kosten aus dem Militärfonds keinen Anspruch.

Aufnahme von wegen contagiöser Augenkrankheit Beurlaubten.*)**

†) Die nach überstandener contagiöser Augenkrankheit von ihren Truppentheilen beurlaubten oder zur Reserve entlassenen Individuen haben ebenfalls Anspruch auf kostenfreie Aufnahme in das nächste Militär-Lazareth, wenn innerhalb Jahr und Tag seit ihrer Entlassung aus dem stehenden Heere Rückfälle eintreten. Die Beförderung in das Lazareth übernimmt die Regierung resp. die Ortsbehörde, bei

*) Helldorf, Dienstvorschriften 1. 2. S. 171.

**) Fr. Laz.-Rgl. §. 143 b.

***) cfr. Dienstuntauglichkeit wegen derselben.

†) Fr. Laz.-Rgl. §. 143 u. Anm.

Mittellosigkeit, die Rücksendung geschieht auf Kosten des Militärfonds. — Bei später eintretenden Rückfällen fällt die Sorge für die Behandlung dieser Individuen der Civil-Behörde anheim. (s. auch weiter unten „Dienstuntauglichkeit wegen contag. Augenkrht.“)

Krankheitsatteste Seitens der Mil.-Aerzte in ihrer Civil-Praxis.*)

Ueber die Anfertigung von Krankheitsattesten spricht sich die nachstehende Verfügung des Chefs vom 23. Nov. 1861 aus: „Ein kürzlich vorgekommener Fall hat gezeigt, dass bei Ausstellung sogenannter Krankheitsatteste oder Krankenscheine nicht immer mit der so nöthigen Umsicht verfahren wird. Die Herren Corps-Generalärzte fordere ich deshalb hierdurch auf, sämmtlichen Militärärzten ihres Geschäftsbereichs es zur Pflicht zu machen, wenn sie aus Anlass ihrer Civilpraxis genöthigt sind, derartige Scheine, namentlich für Personen des Soldatenstandes auszustellen, nicht nur die bestehenden Bestimmungen genau zu beachten, sondern sich auch stets einfach auf Konstatirung der Thatsache des Krankseins (der Bettlägerigkeit, der Marschunfähigkeit etc.) unter Angabe der Krankheit und ihrer Dauer zu beschränken, niemals aber auf weitläufigere Erörterungen sich einzulassen. Ohne diese unerlässliche Beschränkung kann ein solcher Schein zwar der Form nach die Verletzung des §. 14 der Instruction für die Militärärzte vom 9. Dezember 1858 vermeiden, dem Wesen nach aber ein Untauglichkeitsattest darstellen, welches letztere doch immer nur auf Requisition einer kompetenten Militärbehörde abgegeben werden darf. — Auch mache ich auf die Bestimmungen vom 16. November 1822**) und vom 13. Febr. 1828***) aufmerksam. Die erstere fordert Civilärzte auf, in ihren auf blosse Privatauforderung über den Gesundheitszustand militärpflichtiger junger Leute auszustellenden Attesten kein Urtheil über vermeinte Dienstauglichkeit auszusprechen, sondern sich auf die Angabe der ihnen bekannten Gebrechen und Gesundheitsverhältnisse zu beschränken.

Nach der Verfügung vom 13. Februar 1828 sollen Ge-

*) Cirk. 23. Nov. 1861.

**) Min. d. p. Med.-Aglhtn. 13. Febr. 1828. — Cirk. 1. Juni 1858 ad 5.

***) Min. d. Med.-Aglhtn. 16. Nov. 1822.

sundheits- und Krankheitsatteste Seitens der Medicinalpersonen überhaupt nicht ohne dringende Veranlassung, also nur da ausgestellt werden, wo Schaden und Nachtheil abzuwenden ist (s. ob. S. 3 ad 4).

3. Gesundheitsattest für die Militär-Wittwen-Kasse.

*) Eines nach der folgenden Vorschrift ausgestellten und bestätigten Gesundheitsattestes bedarf es nicht, wenn die Aufnahme in die Anstalt sofort im nächsten Termin nach der Verheirathung oder der erlangten Aufnahme-Fähigkeit nachgesucht wird, dagegen ist die Beibringung desselben erforderlich bei dem verspäteten Beitritt, sowie bei allen Erhöhungen der Wittwen-Pension. Dieses Attest ist von einem Regiments- oder Bataillonsarzte, oder einem Physikus oder auch von einem approbirten Arzte, unter Beidrückung des Dienstsiegels oder in dessen Ermangelung des Privatsiegels des Ausstellers, zu ertheilen, genau und wörtlich nach der Vorschrift zu fassen und darf ganz besonders die Versicherung an Eidestatt niemals fehlen. Hinter diesem Attest stellen vier Zeugen, unter denen, wo es angeht, der Kommandeur des Regiments oder Bataillons oder die sonst Vorgesetzten des Aufzunehmenden begriffen sein müssen, welche aber auch, in deren Ermangelung aus anderen Officieren und Beamten bestehen können, folgende (s. unten) Bescheinigung aus, und drücken derselben ihr Dienstsiegel, oder wo sie ein solches nicht führen, das Privatsiegel bei. Dieses Attest (Gesundheits-) darf im Termine der Aufnahme — 1. Januar oder 1. Juli — nicht über 6 Wochen alt sein, mithin niemals vor dem 19. November oder resp. 17. Mai ausgestellt werden.

Vorschrift zum Gesundheits-Attest.

„Dass der (Name und Charakter des Aufzunehmenden) weder mit der Schwindsucht, Wassersucht oder einer andern chronischen Krankheit, die ein baldiges Absterben befürchten lässt, behaftet, auch überhaupt nicht krank, noch bettlägerig, sondern gesund, nach Verhältniss seines Alters bei Kräften und fähig ist, seine Geschäfte zu verrichten, versichere ich hiermit an Eidesstatt.“

Ort und Datum der Ausstellung.

(Siegel, Name und Charakter des Ausstellers.)

*) Reglement 28. December 1775. Dass. 3. März 1792. Dass. 3. März 1843. — Cirk. 18. Juni 1845 §. 15 d. —

„Dass uns der im vorstehenden Atteste Benannte (Name und Charakter des Aufzunehmenden) bekannt ist, und wir das Gegentheil von dem Inhalte dieses Attestes weder wissen noch vermuthen, versichern wir hiermit.“

Ort und Datum.

Namen, Charakter und Siegel der vier Aussteller.

Ausser den zum Beitritt in die Militär-Wittwen-Kasse Verpflichteten (alle aktiven und inaktiven Officiere der Armee, sowie die mit Gehalt oder Pension zur Disposition gestellten, sämtliche Militärärzte und die pensionsberechtigten Militär-Beamten, sämtliche im Ressort des Kriegsministeriums angestellten, aus dem Militär-Etat besoldeten Civil Beamten, insofern sie ein etatsmässiges Dienst Einkommen von mehr als 250 Thlr beziehen) und Berechtigten (Officiere des Beurlaubtenstandes und der Landwehr, die mit Aussicht auf Wiederanstellung im Militärdienst aus dem aktiven Dienste geschiedenen Officiere und Beamten, und die Beamten der Militär-Verwaltung etc.) müssen auch die Gendarmen*) im Falle ihrer Verheirathung zur „Allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt“ beitreten. Das hierbei allemal wörtlich auszustellende Attest lautet:

Attest für den Beitritt der Gendarmen zur Wittwen-Kasse.

„Dass der (Fuss- oder berittene) Gendarm (Vor- und Familien-Name) nach meiner besten Wissenschaft weder mit der Schwindsucht, Wassersucht, noch einer andern Krankheit, so ein baldiges Absterben befürchten lässt, behaftet, überhaupt nicht krank noch bettlägerig, sondern gesund, nach Verhältniss seines Alters bei Kräften und fähig ist, seine Geschäfte zu verrichten — Solches versichere ich hiermit auf Pflicht und an Eidesstatt“ u. s. w.

Auf dieses Zeugniss bemerken dann noch 4 Mitglieder der Wittwengesellschaft oder — im Falle diese nicht zu erlangen sind, 4 andere redliche Männer „dass ihnen der Aufzunehmende bekannt sei und sie das Gegentheil von dem, was der Arzt attestirt, nicht wissen.“

3^a. Lebens-Versicherungs-Atteste.**)

„Mit dem bei der Direktion einzureichenden Versicherungs - Antrage ist ein formell vorgeschriebenes ärzt-

*) Beitritt von Gendarmen Ges. 17. Mai 1856.

**) Krm. 26. Dec. 1872. — A. C.-O. 26. Dec. 1871. — Statut der Lebensversicherungs-Anstalt für die Armee und Marine. §. 14.

liches Attest einzureichen, dessen Richtigkeit ein zweiter Arzt zu beglaubigen hat. Von den beiden Aerzten muss jedenfalls der das Attest beglaubigende ein aktiver Stabs- oder Oberstabsarzt sein.

Bei dem gleich anfänglichen Eintritt der aktiven Offiziere, Aerzte und Beamten mit einem pensionsberechtigenden Einkommen in die Anstalt mit dem Minimalsatz von 100 Thlrn., sowie in Höhe derselben Versicherungssumme bei dem Eintritt unmittelbar nach der Ernennung zum Offizier, ist die Beibringung eines ärztlichen Attestes nicht erforderlich.

Die Kosten für die ärztliche Untersuchung hat der Antragsteller auch für den Fall zu tragen, dass die Ablehnung erfolgen sollte.“

NB. Hiernach braucht der Attest-Aussteller kein Militärarzt zu sein, nur der Beglaubigende muss es sein.

Vorschriften über derartige Atteste, bis jetzt nicht gegeben, bleiben zu erwarten. Vermuthlich werden dazu ähnliche Schemata vorgeschrieben werden, als für die Privat-Lebensversicherungs-Gesellschaften meistens existiren.

Die Beglaubigung eines qu. Attestes kann ein Militärarzt nicht ablehnen, die Attestausstellung kann er ablehnen, da sie ihm auf Grund bestehender Bestimmungen nicht befohlen werden kann.

Auch zu event. Attestausstellung resp. zur Beglaubigung dürfte der Arzt eine dienstliche Requisition zu fordern berechtigt sein. *)

**) „Dem Verwaltungsrathe liegt es auch ob, zur gutachtlichen Aeusserung über die Annahme von Versicherungs-Anträgen die erforderlichen Aerzte aus der Zahl der in Berlin stationirten Militärärzte heranzuziehen.“

***) „Die Aufnahme eines Interessenten, dessen Gesundheitszustand nach dem ärztlichen Attest nicht ein vollständig normaler ist, kann nach gutachtlicher Aeusserung des Anstaltsarztes (§. 8)? zu der Prämie eines erhöhten Lebensalters erfolgen.“

*) Anm. des Verf.

**) ib. §. 8.

***) ib. §. 18.

*) „Ist die Frist von 30 Tagen nach Fälligkeit der Prämie verstrichen, so ist die Police zwar erloschen, doch kann dieselbe binnen 6 Monaten vom Tage der abgelaufenen Zahlungsfrist an gerechnet wieder in Kraft treten, wenn

2) durch das Gutachten eines von der Direktion bestimmten Arztes dargethan wird, dass die Gesundheitsverhältnisse des Interessenten keine nachtheilige Veränderung erlitten haben.“

**) „Die Anstalt ist berechtigt, von dem Versicherungsvertrage zurückzutreten:

3) wenn der Versicherte von seinem bisherigen Beruf zu einem andern übergeht, welcher sein Leben und seine Gesundheit ausserordentlichen Gefahren aussetzt. Jeder Versicherte ist daher verpflichtet, derartige Berufsänderungen der Direktion mitzutheilen. Hat er dies versäumt und stirbt er in Folge einer durch den neuen Beruf herbeigeführten Gefahr, so sind seine Ansprüche aus der Police erloschen.“

4) Wenn sich der Versicherte erweislich einem ausschweifenden Lebenswandel z. B. der Trunksucht ergiebt.“

***) War die Versicherung auf den Antrag des Versicherten in den Fällen ad §. 21. 3 (Reisen in Gegenden, in welchen notorisch Krieg oder innere Unruhen oder Epidemien herrschen; alle Reisen ausserhalb Europas und Seereisen, ausgenommen auf zu regelmässiger Personen-Beförderung benutzten Dampfern, sowie auf Kriegsschiffen und Kriegsfahrzeugen; hiervon sind ausgenommen alle Reisen, welche, ohne selbst als dienstliche anzusehen, nur mit Allerhöchster Genehmigung zur Information oder zu Studienzwecken unternommen werden) zeitweilig suspendirt und ist die Veranlassung zur Suspension fortgefallen, so tritt die Versicherung wieder in Kraft, nachdem ein von der Direktion bezeichneter Arzt durch ein Gutachten ausgesprochen, dass der Gesundheitszustand des Versicherten keine nachtheilige Veränderung erlitten hat.

*) ib. §. 19.

**) ib. §. 21.

***) ib. §. 22.

*) Jeder Anspruch gegen die Anstalt aus dem Versicherungsvertrage geht verloren:

- 5) wenn er (der Versicherte) sich selbst das Leben genommen oder verkürzt hat. — War der verstorbene Versicherte zur Zeit der That als unfrei in Bezug auf seine Willensbestimmung anzusehen, so kann der Verwaltungsrath (allein aus Billigkeitsrücksichten) nach Befinden der Umstände den Rechtsnachfolgern des Versicherten $\frac{2}{3}$ der Reserve und selbst die volle Versicherungssumme bewilligen.

Desgleichen kann der Verwaltungsrath einen Theil oder die ganze Versicherungssumme bewilligen, wenn der Versicherte im Zweikampf fiel und nachgewiesen ist, dass er gemäss §§. 28. 29 u. 30 des Gesetzes vom 20. Juli 1843 als entschuldigt anzusehen ist.

4. Bade-Atteste.

I. Allgemeine Bestimmungen über die Ausstellung von Bade-Attesten.

A. Bade-Atteste für die Mannschaften vom Feldwebel abwärts.

- a) Verordnung von Bade- resp. Trinkkuren innerhalb der Garnison.

Benutzung der Bade-Anstalten in den Lazarethen.**)

Die Bestimmung des Friedens-Lazareth-Reglements über die Benutzung der Badeanstalten in den Lazarethen, wonach Niemandem, der nicht zu den im Lazareth förmlich aufgenommenen Kranken gehörte, ein Bad verabreicht werden durfte, mit Ausnahme einzelner gehörig motivirter Fälle, worüber die Intendanturen in Vereinigung mit den Corps-General-Aerzten zu befinden hatten, sind jetzt dahin modificirt, dass Verwundete, Krätzkranke und solche Kranke, denen die Behandlung in ihren Familien gestattet ist, soweit solche zur kostenfreien Lazareth-Verpflegung berechtigt und die Bade-Vorrichtungen in den Lazarethen ausreichen, zum Gebrauche der Bäder in den Lazarethen zugelassen werden können.

Förmliche Badecuren in den Lazarethen.

Behufs Instituirung einer förmlichen Badekur mit Be-

*) ib. §. 23.

**) Krm. 2. Nov. 1866.

nutzung der Badeanstalten der Lazarethe bleibt indess nach wie vor die Genehmigung des Corps-Generalarztes Seitens der Lazareth-Kommission nachzusuchen, welche dies auf Grund eines dem Gesuche beizufügenden motivirten Attestes des behandelnden Arztes, in welchem die Krankheit genau anzugeben ist und die Nothwendigkeit der beantragten Badekur zu motiviren ist, thut.

Trink- und Brunnenkuren, Molkenkuren in der Garnison.

Das gleiche Verfahren gilt in Betreff der Verordnung von Trink- resp. Brunnenkuren, Molkenkuren, natürlichen und andren Bädern.

Der §. 32 der Instruction über die Versorgung der Armee mit Arzneien etc. bestimmt hierüber Nachstehendes: „Der Gebrauch der natürlichen oder künstlichen Mineralbrunnen, sowie der natürlichen Mineral- und andrer Bäder z. B. Dampfbäder etc. darf nur in den Fällen verordnet werden, wo der in den Lazarethen veranstaltete Gebrauch innerlicher und äusserlicher Mittel nicht den erwünschten Erfolg gehabt hat und die Wiederherstellung durch Anwendung derselben zu erwarten steht. Die Verabreichung und resp. Benutzung derselben ist jedoch von der in jedem speciellen Falle einzuholenden Genehmigung des Kriegs-Ministerii abhängig und nur, wenn diese erfolgt ist, dürfen die hierdurch veranlassten Kosten, insofern die Bäder nicht unentgeltlich gewährt werden, auf den Arzneifonds übernommen werden. *)

Verordnung von Selterser- und Sodawasser.

**) Ueber die Verordnung von Selterser- und Sodawasser ergingen nachstehende Bestimmungen:

Wenngleich es den Militärärzten unbenommen bleibt, bei Schwindsüchtigen oder sonstigen Schwerkranken einige Flaschen Selterserwasser zur Labung sofort verabreichen zu lassen, so kann es doch nicht gestattet werden, dem §. 32 der Instruction über die Versorgung der Armee mit Arzneien und Verband:

*) § 32 der Instr. über die Vers. der Armee mit Arzneien etc.

**) Cirk. 30. April 1842 ad 4.

mitteln zuwider, förmliche Brunnen-Kuren zu unternehmen und Dampfbäder, welche in den Lazarethen nicht selbst gewährt werden können, zu verordnen und anzuwenden, ohne zuvor die Genehmigung des Kgl. Kriegsministerii zu dergleichen Kuren erlangt zu haben. In dieser Hinsicht haben sich die Lazareth-Kommissionen unter Beifügung eines die Kur motivirenden Attestes des betreffenden Militärarztes an den Generalarzt des Corps zu wenden, der den Antrag der Kommission mit seiner Begutachtung der Königlichen Intendantur zur weiteren Veranlassung zuzustellen hat.

*) Unter Abänderung der die Beschaffung von Selterser- und Sodawasser in den Lazarethen beschränkenden Vorschriften, darf künftig Selterser- und Sodawasser zu Fabrikpreisen (wenigstens 20 Flaschen zu 1 Thlr.) ohne höhere Genehmigung auf Vorrath für die Dispensiranstalten beschafft werden und im Arznei-Defekt-Buche auf den Namen des betreffenden Kranken verschrieben und lediglich als Arznei- und Labemittel in denjenigen Fällen verabreicht werden, in denen ein solches dringend erforderlich ist. Lazarethe an solchen Orten, in welchen derartige Fabriken sich nicht befinden, können qu. Wasser ohne erhebliche Mehrkosten aus der nächsten Fabrik eventuell durch Vermittlung der Lazareth-Kommissionen des betreffenden Ortes beziehen.

**) Dem sehr bedeutenden Verbrauch von Selterser- und Sodawasser, welcher im Wesentlichen die Ueberschreitung des Arzneifonds veranlasst hat, muss durch rationelle Einschränkung der Verordnungen jedenfalls Einhalt gethan werden.

b. Verordnung von Bade- resp. Brunnenkuren ausserhalb der Garnisonorte

Der Gebrauch natürlicher Mineralbäder ist nur ausnahmsweise statthaft.*)**

Für die Wiederherstellung im Dienste erkrankter Militärs von Feldwebel und Wachtmeister abwärts, wird durch deren kostenfreie Aufnahme in die Garnison-Lazarethe so viel als möglich gesorgt. Es kommen aber Krankheiten vor z. B.

*) Mil.-Oek.-Dep. 5. Sept. 1867.

**) Krm. 15. Okt. 1868 u. 22. Juni 1869 ad 2.

***) Krm. 22. Juni 1836. — Fr. Laz.-Rglm. §. 389 sequ.

chronische Gicht, Rheumatismen, auch Brustübel, welche der beharrlichsten Kur in den Lazarethen trotzen und bei denen der Gebrauch innerer und äusserer Arzneien und selbst künstlicher Mineralbäder und Brunnen nicht immer den gewünschten Erfolg hat, so dass die Anwendung natürlicher Mineralbäder etc. als letztes Mittel zum Versuch der wo möglichen Herstellung des Kranken nur noch übrig bleibt. §. 389. Der Gebrauch der Bade- und Brunnenkur, insbesondere an der Quelle selbst, darf jedoch nur ausnahmsweise in unabweislich nothwendigen und zwar solchen Fällen nachgegeben werden, wo die mit der Kur in den Lazarethen gebrauchten innern und äussern Mittel erfolglos waren und nur noch von jenem Gebrauche ein günstiger Erfolg mit Wahrscheinlichkeit zu hoffen steht. (§. 390).

Aeusserung über die Marschfähigkeit.*)

Es dürfen dergleichen Bade- und Brunnenkuren an der Quelle selbst stattfinden: in den schlesischen Bädern zu Warmbrunn, Salzbrunn, Landeck, Reinerz, ferner im Bade zu Aachen und in dem zu Teplitz. (§. 391). Regel ist, dass die Mannschaften den Marsch nach dem Bade zu Fuss zurücklegen (§. 404.) Insofern jedoch die Atteste der Militärärzte oder Brunnenärzte sich dahin aussprechen, dass der Kranke ausser Stande ist, den Weg zu Fuss zurückzulegen, wird ihnen ein Postfreipass oder die bestimmungsmässige Vergütung oder bei besonderer ärztlicher Seits bescheinigter Gebrechlichkeit Vorspann gewährt. (§. 405.)

Möglichste Beschränkung der Badekuren).**

Da die Verordnung von Brunnenkuren für Militärs, auch in den Garnisonsorten, sehr zugenommen hat, und es hin und wieder den Anschein gewinnt, als ob die desfallsigen Verordnungen nicht lediglich auf solche Fälle beschränkt blieben, in welchen durch den in den Lazarethen veranstalteten Gebrauch innerlicher und äusserlicher Arzneimitteln die Herstellung der Kranken nicht hat gelingen wollen, so werden die Militärärzte

*) Cirk. 30. Juni 1836 ad 5 d. — cfr. Krm. 21. März 1871 ad 7.

**) Cirk. 18. August 1842 ad 2.

aufgefordert, den für kranke Militärs verstatteten Gebrauch von Brunnen- und Badekuren überhaupt auf keine Weise zu missbrauchen, sondern denselben, sowie die Verordnung von Molken, neben dem Gebrauche des Ober-Salzbrunnens zu beschränken.

Beschränkung der Badekuren. *)

Da trotz vorstehender Bestimmungen die Anträge auf Bewilligung der Kosten der von den Militärärzten für kranke Militärs von Feldwebel und Wachtmeister abwärts verordneten Brunnen und Badekuren zugenommen haben, so werden die Militärärzte von Neuem angewiesen, das Verordnen von Brunnen- und Badekuren für kranke Militärs auf solche Fälle zu beschränken, in welchen die Herstellung des Kranken durch den im Lazarethe veranstalteten Gebrauch innerer und äusserer Heilmittel fruchtlos versucht worden und nicht zu erwarten ist und wo dagegen von der in Vorschlag gebrachten Brunnen- oder Badekur ein günstiger Erfolg mit Wahrscheinlichkeit zu hoffen steht. Nicht minder sind alle solche Fälle auszuschliessen, wo entweder schon von vorn herein die Erfolglosigkeit der Brunnen- oder Badekur abzusehen ist, oder wo dieselbe bereits wohl gar wiederholt ohne genügenden Erfolg gebraucht worden ist.

Ausnahmsweise Badeorte für Verwundete etc. von 1864.

Im Jahre 1864 erklärten sich während des dänischen Feldzuges verschiedene Brunnen- und Badeverwaltungen bereit, Verwundete und Kranke (Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften) der mobilen Armee, welche einer Bade- oder Brunnenkur bedurften, unentgeltlich aufzunehmen, so dass in diesem Jahre ausser den staatlichen Einrichtungen Badekuren in ausgedehnterem Umfange ermöglicht wurden, und auch bereits als unbrauchbar entlassene Mannschaften von der mobilen Armee, wenn solche nach ärztlichem Urtheil einer Badekur dringend bedurften dazu eingegeben werden durften. **)

Die Zahl der zur Disposition gestellten Bäder vermehrten sich in dem nachfolgenden Jahre 1865 und nach dem Feldzuge von 1866 und sind dieselben in zahlreichen Erlassen vorzugs-

*) Cirk. 10. Sept. 1846. ad 2.

**) Krm. Mil.-Oek.-Dep. 20. Juni 1864.

weise in dem Erlasse des Kriegsministeriums Mil.-Oek.-Dep. vom 27. Februar 1867 aufgeführt. Diese Erlasse sind durch die Krm.-Verfügung vom 21. März 1871 (S. S. 58. sub e), welche die jetzt zur Disposition stehenden Bäder enthält, überflüssig gemacht. *)

Massgebend für die Ausstellung der Bade-Atteste für im Kriege von 1866 Verwundete oder Erkrankte etc., sowie auch im Allgemeinen sind insbesondere nachstehende Kriegsministerielle Erlasse, in Sonderheit der sub c vom 21. März 1871.

Beschränkung der Badekuren für nicht mehr aktive von 1866 her Invalide etc. auf die nöthigsten Fälle, bei unzweifelhafter Herleitung aus dem Kriege.

a **) 1) Im Kriege von 1866 verwundete oder erkrankte demnächst invalide gewordene resp. nicht mehr im aktiven Dienste befindliche Mannschaften vom Feldwebel abwärts, sollen auch ferner zum Gebrauche von Heilbädern für Rechnung des Staates zugelassen werden. Die bezüglichen Ausgaben sind aber auf das Aeusserste zu beschränken. Zu diesem Behufe wird den Corps-Generalärzten zur Pflicht gemacht aufs Strengste die Einhaltung der Vorschrift zu überwachen, nach welcher nur solche Leute zu Badekuren in Vorschlag gebracht werden sollen, bei welchen davon wirklich ein wesentlicher Erfolg vorauszusehen und deren Herstellung auf andere Weise nicht zu erwarten ist. Auch dürfen ferner nur im Kriege Verwundete resp. solche Kranke zugelassen werden, deren Leiden unzweifelhaft aus dem Feldzuge herrührt. Die ärztlichen Atteste werden sich in dieser Beziehung auszusprechen haben.

Bei nur wahrscheinlicher Entstehung im Kriege 1866.

2) Fälle, in denen der Ursprung der Krankheiten aus dem Feldzuge nur wahrscheinlich ist, werden event. durch diesseitige Vermittlung den wohlthätigen Gesellschaften zur Berücksichtigung überwiesen werden müssen.

Die Anträge zu Badekuren sind nicht hervorzurufen durch Bekanntmachungen.

3) Endlich ist für angemessen erachtet worden, ferner nicht, wie in frühern Jahren, in Betreff der Badekuren der oben bezeichneten Mannschaften eine öffentliche Bekanntmachung zu er-

*) Krm. 27. Februar 1867. — Krm. 21. März 1871.

**) Krm. 10. März 1869.

lassen. Vielmehr werden nur die beteiligten Landwehr-Behörden und Militärärzte über die Behandlung der eingehenden — aber nicht hervorzurufenden — Anträge im obigen Sinne zu instruiren sein.

Beifügung eines Journalblattes resp. einer Krankengeschichte.*)

4) Sämmtlichen Bade-Attesten, auch bei Gesuchen für noch aktive Mannschaften, ist für die Folge von dem ordinirenden Arzte, Falls der Patient an der betreffenden Krankheit im Lazareth behandelt wurde, eine Abschrift des Journalblattes, im andern Falle eine kurze, aber das Wesentliche enthaltende Krankheits-Geschichte beizufügen und hat der Herr Corps-General-Arzt hiernach die Militärärzte zu instruiren.

**) b) In Folge des Schlusspassus des Schreibens vom 10. h. werden die Königlichen General-Commandos benachrichtigt, dass nach der Bestimmung Sr. Excellenz des Herrn Kriegs- und Marine-Ministers in Betreff der Zulassung der Militärs vom Feldwebel abwärts zum Gebrauch von Bade- und Brunnenkuren auch für dieses Jahr und für die Folge die Verfügung des Königlichen Militär-Oekonomie-Departements vom 27. Februar 1867 mit nachstehenden Massregeln resp. Modificationen massgebend bleiben:

Disponible Badeorte*).**

- 1) Den in dieser Verfügung genannten Bädern treten noch die in dem Erlasse vom 22. Februar 1868, Armee-Verordnungs-Blatt No. 7 genannten Kurorte hinzu.

Aufnahme des Journals resp. der Krankengeschichte in das Attest.†)

- 2) Den Bade-Attesten der ordinirenden Aerzte soll, wenn der Patient an der betreffenden Krankheit im Lazareth behandelt wurde, ein Auszug aus dem Kranken-Journal, im andern Falle eine Krankheitsgeschichte beigelegt werden. Dies ist für die Folge mit der Massgabe zu beachten, dass die bezüglichen Angaben zur Vermeidung

*) cfr. Krm. 31. März 1869 ad 2 S. unten. ad 2.

**) Krm. M. - M. - A. 31. März 1869.

***) cfr. Krm. 21. März 1871 S. 59.

†) cfr. Krm. 10. März 18619 ad 4 s. ob. sub 4.

eines besonderen Schriftstücks in das ärztliche Attest selbst aufzunehmen sind.

Angabe, wenn ein bestimmtes Bad allein empfohlen wird.

- 3) In denjenigen Fällen, in welchen ärztlicherseits von dem vorgeschlagenen Bade allein und ausschliesslich ein günstiger Erfolg erwartet wird, so dass demselben ein anderes Bad nicht substituiert werden kann, ist dies in dem Attest ausdrücklich zu bemerken.

Event. Angabe der Kurperiode resp. Jahreszeit.

Falls eine bestimmte Kurperiode resp. Jahreszeit für einen Patienten als ungeeignet erachtet wird, muss das Attest ebenfalls eine nähere Angabe hierüber enthalten.

Revision der ärztlichen Atteste durch die Generalärzte und Anfertigung einer Uebersicht der vorgeschlagenen Mannschaften durch dieselben.

- 4) Die Corps-Generalärzte überreichen der Militär-Medicinal-Abtheilung nach Revision der ärztlichen Atteste resp. nach gehaltenem Vortrage bei den Königlichen General-Commando's, eine Uebersicht der zur Zulassung vorgeschlagenen Mannschaften, geordnet nach den einzelnen Bädern event. Kurperioden und nach Krankheiten.*)

Eventuelle Entscheidung der Mil.-Med.-Abth. über die Badegesuche.

- 5) Alle Gesuche

- a) welche von den Corps-Generalärzten aus irgend einem Grunde zur Abweisung vorgeschlagen werden,
- b) welche aus lokalen oder andern Gründen von dem Königlichen General-Commando, in dessen Bezirk das genehmigte Bad liegt, nicht berücksichtigt werden können,
- c) bei welchen in den oben ad 3 bezeichneten Fällen Seitens des Generalarztes eine Abweichung von dem Inhalte des Attestes für erforderlich resp. zulässig erachtet wird, und
- d) in welchen andre, als die in dem betreffenden Armee-

*) S. S. 58 sub 3.

Corps nach den Erlassen vom 27. Februar 1867 und 22. Februar 1868 zur Disposition stehenden Kurorte vorgeschlagen werden, gelangen mit den betreffenden Papieren resp. mit der Aeusserung des Corps-General-Arztes behufs der Entscheidung resp. anderweitigen Berücksichtigung an die Militär-Medicinal-Abtheilung.

Berichte der Generalärzte nach Ablauf des 3. Quartals an die M.-M.-Abth.

- 6) Die bisher von den Generalärzten nach Ablauf des 3. Quartals d. i. am Schlusse der Bade-Saison, über die Badekuren dem General-Stabsarzt der Armee erstatteten Berichte werden auch ferner der Militär-Medicinal-Abtheilung eingereicht, und zwar muss daraus hervorgehen, ausser der Art der Krankheit und den Notizen über den Verlauf und den Erfolg der Badekur, ob der Kranke früher im Lazareth oder im Revier behandelt ist, und ob schon früher gegen dasselbe Leiden eine Bade- oder Brunnenkur gebraucht ist, sowie die Dauer und der Anfang- resp. End-Termin der Kur.

Event. Aeusserung der Badeärzte über den Erfolg der Kur.

Wünschenswerth wäre es, wenn auch die Badeärzte über das Befinden der Kranken beim Eintreffen am Badeorte, beim Kurgebrauche und beim Abgange sich aussprechen würden, event. durch Notizen auf dem Nationale der betreffenden Mannschaften.

Wo durch geeignete Einwirkung der Corps-Generalärzte eine solche Aeusserung der betreffenden Badeärzte ohne Mehrkosten zu erreichen sein sollte, ist dieselbe dem Berichte des Generalarztes beizufügen.

Inspection der Badeorte durch die Generalärzte und Berichterstattung im Reiseberichte.

- 7) Die betreffenden Corps-Generalärzte nehmen bei ihrer jährlichen Inspectionsreise möglichst Gelegenheit die im Bereiche des Armeecorps gelegenen Badeorte zu besuchen und sich persönlich von der Unterbringung, Verpflegung und von dem Befinden der zur Kur dort ver-

weilenden Soldaten zu überzeugen und zugleich etwa vorhandene Uebelstände durch geeignete Massnahme, event. nach vorherigem Einvernehmen mit der Corps-Intendantur zu beseitigen. Dem allgemeinen Reiseberichte ist ein diesen Gegenstand betreffender Passus beizufügen.

Die entsprechenden Ausgaben sind auf das durchaus Nothwendige zu beschränken und ist Alles zu vermeiden, was Anträge hervorzurufen geeignet wäre.

Einholung der Genehmigung des Krm. zu Badekuren für Invalide von 1864 resp. andrer Kategorieen.

*) c) Es sind Fälle vorgekommen, dass Invalide, deren Krankheit entweder aus dem Feldzuge von 1864 oder aus dem Friedensdienste sich herschreibt, ohne specielle Genehmigung des Kriegs-Ministeriums zu Badekuren zugelassen sind. — Da für Rechnung des etatsmässigen Krankenpflege-Fonds nur aktive Mannschaften der Armee Bade- und Brunnenkuren gebrauchen dürfen, und diese Vergünstigung nach der diesseitigen Mittheilung vom 10. März a. c. nur ausnahmsweise auf ehemalige Combattanten des Feldzuges von 1866 ausgedehnt ist, so werden Invalide andrer Kategorieen auf Staats-Kosten in der Regel nicht zugelassen werden dürfen, resp. wird in vorkommenden besonderen Fällen, sofern von der Kur wirklich ein wesentlicher Erfolg abzusehen ist, Behufs Sicherstellung der bezüglichen Kosten immer die diesseitige Mitwirkung erforderlich sein. — Dem Königlichen General-Commando erlaubt sich die Abtheilung zur Beurtheilung künftig etwa vorkommender ähnlicher Fälle hiervon ergebenst Mittheilung zu machen.

Maassgebende Grundsätze für die Ausstellung der Bade-Atteste.)**

d) Aus den zu Folge des Passus 5 a und b des Erlasses vom 31. März v. J. (S. S. 52.) hierher gelangten Eingaben ist im Allgemeinen die Wahrnehmung gemacht, dass bei den Anträgen auf Bade- und Brunnenkuren für Mannschaften vom Feldwebel abwärts die Nothwendigkeit und Zweckmässigkeit solcher Kuren nicht immer gehörig erwogen war und dass deshalb auf Beschränkung jener Anträge hingewirkt wer-

*) Krm. M.-M.-Abth. 19. Nov. 1869.

**) Krm. M.-M.-Abth. 19. März 1870.

den muss. Die Abtheilung wiederholt daher resp. führt in Nachstehendem näher aus die Grundsätze, welche bei Beurtheilung der bezüglichen Fälle, namentlich für die Militärärzte massgebend sein müssen:

Anträge zu Bade- etc. Kuren sind nur ausnahmsweise, in specie nur da zu machen, wo ein dauernder Erfolg, resp. Heilung zu erwarten steht.

1) Zuvörderst ist darauf hinzuweisen, dass überhaupt Bade- etc. Kuren auf Kosten des Krankenpflegefonds immer nur ausnahmsweise und nur in den Fällen statthaft sind, in welchen die betreffenden Individuen nach den Bestimmungen des Lazareth-Reglements auf kostenfreie Krankenpflege Anspruch haben und die in den §§. 389 u. 390 l. c. angeführten Bedingungen zutreffen. Unter dem als eine solche Bedingung bezeichneten, mit Wahrscheinlichkeit zu erhoffenden „günstigen Erfolg“ ist bei Mannschaften des aktiven Dienststandes Heilung der Krankheit, wo möglich bis zur Wiederherstellung der Militärdienstfähigkeit, immer aber ein dauernder Erfolg zu verstehen. Die Nichtbeachtung dieses Gesichtspunktes hat der Staatskasse schon unnöthige Kosten verursacht, und erklärt die hier gemachte Beobachtung, dass die durch Bade- etc. Kuren erzielten definitiven Erfolge im Allgemeinen nicht den Erwartungen entsprechen, welche nach den ärztlichen Attesten hätten gehofft werden dürfen. Es handelt sich dabei um Fälle, deren Heilung nach der Natur der Krankheit überhaupt selten erfolgt.

Badekuren für altgediente Unterofficiere wegen chronischer Uebel, welche durch dieselbe zwar temporär gebessert, aber nicht dauernd geheilt werden, sind nicht zu beantragen.

In der Regel sind die Betheiligten ältere Unterofficiere, welche aus der Armee mit Pension ausscheiden, sobald sie das nöthige Dienstalder erreicht haben und ihre Invalidität festgestellt ist. Diese Leute leiden vorzugsweise an eingewurzelten chronischen Uebeln (chronischem Bronchialcatarrh, chronischem Muskel-Rheumatismus ohne objectiv wahrnehmbare Symptome etc.), welche von den Anstrengungen des Dienstes unterhalten werden und während desselben den pharmaceutischen Mitteln widerstehen, bekanntlich aber auch durch Brunnen- und Badekuren höchstens temporär gebessert, jedoch nicht

dauernd geheilt werden. Die Erfolglosigkeit dieser letztgenannten Kuren dient dann nur zum Beweise der Unheilbarkeit d. i. der Invalidität. Zu diesem Zwecke bedarf es aber nicht erst einer kostspieligen Badekur. —

Für Schwindsüchtige sind nur die Anträge zu formiren, wenn noch ein dauernder günstiger Erfolg erwartet werden kann.

Eine strengere Erwägung ist ferner bei Anträgen für Schwindsüchtige anzuwenden. Mehrfach sind dergleichen Kranke in einem so weit vorgerückten Stadium des Brustleidens nach den Kurorten gelangt, dass eine längere Lazareth- oder Hospitalbehandlung nöthig war, welche nicht selten nicht allein den Kurgebrauch verhinderte, sondern in einzelnen Fällen selbst den tödtlichen Ausgang nicht abwenden konnte. Die Herren Corps-Generalärzte haben daher künftig die Angabe der Nothwendigkeit der qu. Kuren nach Massgabe der geschilderten objektiven Symptome und mit Bezug auf die Frage des dauernden Erfolges genau zu prüfen.

Ausnahmsweise Bewilligung von Badekuren für inaktive und aktive Mannschaften vom Feldzuge 1866. (cfr. S. 59. sub c.)

2) Die Zulassung solcher Leute zu Badekuren, welche sich nicht mehr im activen Dienste befinden, ist durch das Lazareth-Reglement überhaupt nicht vorgesehen, muss daher als eine besondere Vergünstigung angesehen werden, welche nur in vorzugsweise motivirten Fällen gewährt werden kann. Bis auf Weiteres ist die Genehmigung bezüglich der Gesuche nach dem diesseitigen Schreiben vom 10. März v. J. (S. S. 50) dem Königlichen Generalcommando anheimgestellt in Betreff solcher Individuen, deren Leiden zweifellos aus dem Feldzuge von 1866 herrührt, und in Betreff welcher die Kur einen wesentlichen Erfolg voraussehen lässt. Demnach dürfen von den bereits als invalide mit Pension versorgten Leuten auf Staatskosten nur solche Berücksichtigung finden, bei welchen durch den Gebrauch der qu. Kur eine Erhöhung der Erwerbsfähigkeit durch Beseitigung von intercurrenten mit der Invaliditäts-Ursache zusammenhängenden Störungen der relativen Gesundheit (z. B. bedingt durch Abstossung von Knochensplit-

tern etc.) oder durch Behebung von Folgeübeln der Dienstbeschädigung (Gelenksteifigkeit) etc. mit ziemlicher Sicherheit vorhergesagt werden kann. Bei den noch nicht als invalide anerkannten Inactiven muss aber der Nachweis der Entstehung des betreffenden Leidens im Feldzuge von 1866 durch eine den Angaben der Kriegsstammliste entsprechende Bescheinigung der militärischen Vorgesetzten analog dem Dienstbeschädigungsattest und durch ein militärärztliches Attest unzweifelhaft geliefert sein. Diese Forderung ist unbedingt aufrecht zu erhalten, weil bereits mehrfach bei Anträgen auf Bewilligung von Invaliden-Wohlthaten sowohl von den betreffenden Invaliden, wie von den betheiligten Instanzen die Zulassung zu Brunnen- und Badekuren auf Staatskosten als Beweis dafür angeführt ist, dass die Krankheit etc. bereits als Folge einer Dienstbeschädigung anerkannt ist.

Welche Anträge bei den Generalcommandos und welche bei dem Kriegsministerium, Abtheilung für Medicinal-Angelegenheiten, entschieden werden.

Das Königl. Generalcommando erlaubt sich die unterzeichnete Abtheilung ganz ergebenst zu ersuchen, dem Vorstehenden gemäss, die betreffenden Militärbehörden und die Militärärzte mit Anweisung gefälligst versehen zu wollen und über alle eingehenden Gesuche — für die Folge auch über die in dem diesseitigen Schreiben vom 31. März v. J. unter 5a. und 5c. bezeichneten nach Anhörung der Corps-Intendantur (welche insbesondere die Berechtigung zur freien Krankenpflege für Rechnung des Militär-Krankenpflegefonds zu prüfen hat) und des Corps-General-Arztes dortseits gefälligst Entscheidung treffen zu wollen. Zur diesseitigen Cognition würden demnach künftig nur die in Passus 5b. und 5d. des Schreibens vom 31. März v. J. bezeichneten Fälle gelangen.*)

Im Uebrigen wird in Betreff der Zulassung von Inactiven noch ganz ergebenst bemerkt:

Anträge für ehemalige Combattanten aus 1866 auf Badekuren, nicht auf Staatskosten, sondern auf Kosten von Wohlthätigkeits-Instituten.

1) Dass in einzelnen besondern Fällen, in welchen bei ehemaligen Combattanten von 1866 die obigen Bedingungen nicht

*) cfr. S. 52.

vollständig zutreffen, die Zulassung auf Staatskosten also nicht gerechtfertigt ist, gleichwohl aber dringende Umstände und Billigkeits-Rücksichten für die Gewährung sprechen, die Sicherstellung der bezüglichen Kosten aus milden, durch die Wohlthätigkeit der Nation gebildeten Fonds versucht werden kann; hierauf gerichtete Anträge würden vorher mit Angabe der ungefähren Gesamtkosten entweder direkt an die betreffenden Gesellschaften, oder hierher zu richten und die von der Corps-Intendantur demnächst zusammenzustellenden wirklichen Kosten an betreffender Stelle zu liquidiren sein.

Gesuche für ehemalige Combattanten aus 1864 sind nur auf Rechnung der Kronprinzen-Stiftung zu berücksichtigen.

2) Dass etwaigen Gesuchen für ehemalige Combattanten des Feldzuges 1864 in keinem Falle auf Staatskosten, sondern eventuell nur für Rechnung der Kronprinz-Stiftung entsprochen werden kann und Anträge auf Bewilligung der bezüglichen Kosten vorher an die Abtheilung für das Invalidenwesen im Kriegsministerium zu richten sind.

Anträge für Inactive im Friedensdienst sind stets zur Entscheidung des Kriegsministeriums zu bringen.

3) Dass berücksichtigungswerthe Gesuche für Inactive, welche im Friedensdienst unmittelbar beschädigt sind (z. B. beim Turnen, bei Schiessübungen etc.) stets zur diesseitigen Entscheidung gelangen müssen. Betreffs der Punkte 2 und 3 wird auf das diesseitige Schreiben vom 19. November v. J. Bezug genommen. (S. S. 54.) Schliesslich werden die Corps-Generalärzte von der in Passus 4 des Schreibens vom 31. März vorgeschriebenen Einreichung einer Uebersicht der zur Kur vorgeschlagenen Mannschaften (S. S. 52) entbunden, da dieselbe für administrative Zwecke entbehrlich ist, in medicinischer Hinsicht aber die nach Passus 6. l. a. zu erstattenden Berichte genügen. (S. S. 53. sub. 6.)

e) Bestimmungen über die Zulassung der Militärs vom Feldwebel abwärts zum Gebrauch von Brunnen- und Badekuren vom Jahre 1871 ab bis auf Weiteres.*)

Berechtigung zu freien Brunnen- und Badekuren.

1) Auf Zulassung zu Brunnen- und Badekuren auf Staats-

*) Krm. 21. März 1871. — Armee-V.-Bl. 29. März 1871. Beil. No. 6.

kosten unter den im §. 389 und 390 des Friedenslazareth-Reglements bestimmten Bedingungen, — d. i. wenn bei Erfolglosigkeit der Lazareth-Behandlung der Gebrauch von Brunnen- oder Bädern nothwendig erscheint — haben Anspruch:

- a) alle im aktiven Dienst befindlichen Militärs vom Feldwebel abwärts, welche auf freie Lazareth-Verpflegung Anspruch haben.
- b) Die bereits aus dem Dienst geschiedenen Combattanten des Feldzuges gegen Frankreich aus dem Unterofficier- und Gemeinen-Stande, welche verwundet oder in Folge der Kriegsstrapazen erkrankt sind.

Anmerkung. *) Es sind hierunter nicht bloß die, welche die feindliche Grenze überschritten haben zu verstehen, sondern auch Leute des Beurlaubtenstandes, welche bei immobilen Truppen während des Krieges eingezogen durch anstrengenden Dienst bei der Gefangenen-Bewachung, Küstenbesetzung etc. sich schwere Leiden zugezogen haben und daher einer Badekur bedürftig sind.

- c) ausnahmsweise in dringenden Fällen auch solche Mannschaften des inaktiven Standes deren Leiden zweifellos aus dem Feldzuge 1866 herrührt.

Disponible Kurorte.

- 2) Folgende Kurorte stehen für Mannschaften vom Feldwebel abwärts zur Disposition, nämlich für Reconvalescenten

aus dem Bezirke des Garde- und 3. Armee-Corps: Tep-
litz, Oeynhausens und Sool- und Seebad Colberg,
aus dem Bezirke des 1., 5. und 6. Armee-Corps: Warm-
brunn, Landeck, Reinerz, Salzbrunn Sool- und
Seebad Colberg und Königsdorf-Jastrzemb,
aus dem Bezirke des 2. Armee-Corps: Teplitz, Warm-
brunn und Sool- und Seebad Colberg,
aus dem Bezirke des 4. Armee-Corps: Teplitz, Wildun-

*) Krm. M.-M.-Abth. 10. Juli 1871.

gen, Nenndorf, Rehburg, Norderney und Soolbad Lüneburg,

aus dem Bezirke des 7. und 8. Armee Corps und des General-Gouvernements im Elsass: Aachen, Oeynhaus-
sen, Neuenahr, Wildungen, Nenndorf, Soolbad
Lüneburg und für Leute des 7. Armee-Corps auch
Rehburg und Norderney,

aus dem Bezirke des 9. Armee-Corps: Wildungen und
Soolbad Lüneburg,

aus dem Bezirke des 10. Armee-Corps: Wildungen, Nenn-
dorf, Rehburg, Norderney und Soolbad Lüne-
burg,

aus dem Bezirke des 11. Armee-Corps: Wildungen und
Nenndorf,

wobei bemerkt wird, dass die in anderen Corpsbezirken garni-
sonirenden oder abkommandirten Truppentheile eines Corps
auch auf die Badeorte jener Bezirke angewiesen sind. Ausser-
dem können für Leute aus allen Bezirken noch nachbenannte
Heilquellen, sofern dieselben für einzelne Patienten ärztlicher-
seits als vorzugsweise wohlthätig erachtet werden, benutzt wer-
den, nämlich:

Lippsprunge, Pyrmont, Ems, Langenschwalbach,
Münster a. Stein, Creuznach und Wiesbaden.

Aerztliche Atteste.*)

Den Bade-Attesten von ordinirenden Aerzten ist, wenn
der Patient an der betreffenden Krankheit im Lazareth behan-
delt wurde, ein Auszug aus dem Kranken-Journal, im
andern Falle eine Krankheitsgeschichte beizufügen und
können die bezüglichen Angaben zur Vermeidung eines beson-
dern Schriftstücks in das ärztliche Attest selbst aufgenommen
werden; ob bereits früher Badekuren gebraucht, resp. mit wel-
chem Erfolge, haben, die Militär-Aerzte ausdrücklich anzugeben.

In denjenigen Fällen in welchen ärztlicherseits von dem
vorgeschlagenen Bade allein und ausschliesslich ein gün-
stiger Erfolg erwartet wird, so dass demselben ein anderes Bad

*) cfr. Krm. 10. März 1869 ad 4. S. 51 und Krm. 31. März 1869
ad 2 S. 51.

nicht substituiert werden kann, ist solches in dem Attest ausdrücklich zu bemerken.*) Falls eine bestimmte Kurperiode resp. Jahreszeit für einen Patienten als ungeeignet erachtet wird, muss das Attest ebenfalls eine nähere Angabe hierüber enthalten.

Eingaben.)**

4) Die Anmeldungen der zur Badekur zuzulassenden Mannschaften belegt mit den ärztlichen Attesten und Nationalen, sind von den Truppentheilen und Landwehr-Bezirks-Commandos, resp. wenn die Patienten sich noch im Lazareth befinden, von den betreffenden Königl. Lazareth-Commissionen zu den möglichst frühzeitig festzustellenden Terminen in vorschriftsmässiger Weise an die Königl. General-Commandos resp. General-Gouvernements einzureichen. Die letzteren werden nach Prüfung der ärztlichen Atteste durch die Corps-General-Aerzte, über die Zulassung entscheiden — wobei mit Rücksicht auf den zu erwartenden grossen Andrang zu den Bädern, eine strenge Controlle der Anträge geboten erscheint — resp. die genehmigten Gesuche denjenigen stellvertretenden General-Commandos, zu deren Ressort die betreffenden Bäder gehören, zur weiteren Veranlassung zuzusenden, — so dass also sämtliche Eingaben für das Sool- und Seebad Colberg bei dem Königlichen stellvertretenden General-Commando 2. Armee-Corps für Teplitz, bei dem des 4. Armee-Corps, für Warmbrunn, bei dem des 5. Armee-Corps, für Salzbrunn, Landeck, Königsdorf-Jastrezemb und Reinerz, bei dem des 6. Armee-Corps, für Oeynhausen, Lippspringe, Pyrmont und Wildungen, bei dem des 7. Armee-Corps,

*) cfr. S. 52. ad 3.

**) Die Eingaben für Wiesbaden, Ems, Langenschwalbach, Nauheim, sind spätestens bis zum 25. jeden Monats beim General-Commando, bis zum 20. beim Brigade-Commando, bis zum 15. bei der Kav.-Brigade zu machen.

Die Badezeit ist für

Wiesbaden	vom 1. April bis 30. October.
Ems	- 1. - - 30. September.
Nenndorf	- 15. Mai - 15. -
Langenschwalbach	- 1. - - 30. -
Nauheim	- 1. April - 30. October.

für Aachen, Neuenahr, Münster am Stein und Creuznach,
 bei dem des 8. Armee-Corps,
 für das Soolbad Lüneburg, Rehburg und Norderney, bei
 dem des 10. Armee-Corps,
 für Wiesbaden, Nenndorf, Ems und Langenschwalbach,
 bei dem des 11. Armee-Corps zu concentriren.

Die zuletzt genannten Königl. General-Commandos werden ergebenst ersucht, nach Anhörung des General-Arztes und der Provinzial-Intendantur, — welche letztere mit den an den betreffenden Badeorten nöthigen Einrichtungen beauftragt ist, — die Vertheilung der für die einzelnen Bäder angemeldeten Mannschaften, auf die ganze Badezeit resp. auf die einzelnen Kurperioden gefälligst zu übernehmen, die Einberufungen zu verfügen, beziehungsweise die andern Königl. General-Commandos mit Nachricht über die Absendung etc. der Leute zu versehen. Bei der Vertheilung auf die Kurperiode wird auf nachträgliche eingehende Gesuche zu rechnen sein.

Ausnahmsweise zu gewährende Badeorte.

5) Diejenigen ausnahmsweisen Fälle in welchen entweder einer der oben genannten, aber für den betreffenden Corps-Bezirk oder allgemein nicht zur Disposition stehenden Kurorten oder ein oben nicht genannter zur Aufnahme von Militärs nicht eingerichteter Kurort als ausschliesslich geeignet angegeben wird, sind im Falle, dass die betreffenden Vorschläge durch den Generalarzt gebilligt werden, der Militär-Medicinal-Abtheilung des Kriegsministeriums zur Entscheidung vorzulegen. (cfr. S. 52 ad 3.)

Sammlung und Beaufsichtigung am Badeorte.

6) Die nöthigen Anordnungen in Betreff der Sammlung resp. Vereinigung der nach den Badeorten abgehenden resp. von da zurückkommenden Leute in militärische Transporte, sowie in Betreff der Beaufsichtigung der Mannschaften am Badeorte, werden dem gefälligen Ermessen der betreffenden Königlichen General-Commandos überlassen.

Die erforderliche Beaufsichtigung wird in der Regel an kleinen Badeorten durch einen der zur Kur daselbst befindlichen Avancirten ausgeführt werden können. Sollten sich an solchen Kurorten, an welchen Garnisonen nicht befindlich sind, die Kommandirung eines Feldwebels oder event. eines Officiers als noth-

wendig herausstellen, so ist dieselbe durch das betreffende General-Commando zu veranlassen und hiervon behufs Normirung der in einem solchen Falle etwa zu gewährenden Zulage der Militär-Medicinal-Abtheilung Mittheilung zu machen.

Kompetenzen der Mannschaften in den Badeorten.

7) Bezüglich der Kompetenzen für die in die Bäder zu sendenden Mannschaften wird Folgendes festgesetzt:

- a) In Betreff der Reisen der zur Kur zugelassenen Leute nach den Badeorten resp. nach den etwa bestimmten Sammelorten, und zurück, gelten die bezüglichlichen allgemeinen Vorschriften, jedoch mit der Massgabe, dass allgemein von der Feststellung der etwaigen Marschfähigkeit abgesehen werde, und überall die Gewährung der bestimmungsmässigen Reisevergütung resp. bei geschlossenen Commandos der desfalls vorgeschriebenen Kompetenzen eintreten kann. *)
- b) Auf die Dauer der Badekur beziehen sämtliche Mannschaften nach Massgabe der bisherigen Bestimmungen ihre volle chargenmässige Löhnung etc., Brotgeld. Die nicht mehr im activen Dienst befindlichen Mannschaften, jedoch ausschliesslich der mit Invaliden-Pensionen ausgeschiedenen, — erhalten diese Kompetenzen extraordinär und zwar in demjenigen Betrage, welchen sie vor ihrem Ausscheiden zuletzt bezogen. Invaliden behalten an Stelle jener Kompetenzen ihre Pension.
- c) An den einzelnen Badeorten werden von der Militärverwaltung Vorkehrungen getroffen, dass Quartiere sowie die zu gebrauchenden Bäder, Brunnen etc. und etwaige Medicamente den Patienten kostenfrei gewährt werden.
- d) Sowie die Mannschaften die Mundverpflegung nicht in Kurhäusern oder Lazarethen durch Vermittelung der Militärverwaltung resp. aus Staatsfonds kostenfrei erhalten, wird ihnen zur Selbstbeköstigung in Folge Allerhöchster Genehmigung vom 21. Januar 1867 auf die Dauer des Aufenthalts in den betreffenden Badeorten eine extraordinäre Zulage von 15 Sgr. pro Mann und Tag gezahlt.

*) cfr. Marschfähigkeits-Atteste.

Ersteres wird zur Zeit in den Badeorten Colberg, Teplitz, Warmbrunn, Landeck, Aachen, Lüneburg und Wiesbaden in der Regel der Fall sein. Soweit solches aus besonderen Gründen auch bei den nach diesen Orten kommenden Mannschaften nicht angängig ist, haben die beteiligten Provinzial-Intendanturen zu veranlassen, dass jenen die Beköstigungs-Zulage von 15 Sgr. für Rechnung der betreffenden Truppentheile gezahlt wird. —

- e) Die Mannschaften sind mit völlig guter Kleidung zu versorgen, damit von ihnen an den Badeorten Sauberkeit und Sorgfalt in der äusseren Erscheinung verlangt werden kann.

Es erhält jeder Soldat:

1 Mütze mit Schirm, 1 Mantel mit hohem Kragen, den 1. und 2. Waffenrock, 1 paar tuchene 2 paar weissleinene Beinkleider, 2 Halbinden, den Tornister resp. Packtasche, 2 Hemden, 2 paar wollene Socken, 2 paar Unterhosen, 1 grosses wollenes Tuch, 2 Schnupftücher, 1 Unterjacke von Flanell, 1 Verbindezeug, ferner ausreichende Fussbekleidung und 1 paar leichte Schuhe.

Die Kosten für Beschaffung der hier erwähnten nicht etatsmässigen Stücke sind aus dem Ersparniss-Fonds zu bestreiten.

Von den Ersatz-Truppentheilen und Landwehr-Bezirks-Commandos etc., welche keine Ersparnisse besitzen, sind die betreffenden Ausgaben zur extraordinaireren Erstattung zu liquidiren, ingleichen die etatsmässige Abnutzungs-Entschädigung für die nach dem Nachfolgenden aus ihren Beständen herzugebenden Dienstbekleidungs-Gegenstände.

Mannschaften, welche nicht mehr im aktiven Dienste sich befinden resp. als Invaliden entlassen sind, werden insofern sie sich nicht mehr als Patienten in Lazarethen befinden, behufs Benutzung der Bäder zu dem heimathlichen Landwehr-Bezirks-Commando eingezogen, vollkommen so, wie es die vorstehende Vorschrift besagt, eingekleidet (Invalide erhalten jedoch an Waffenrock und Mantel keine Achselklappen) und während der ganzen Kurzeit bei dem betreffenden Landwehr-Bezirks-Commando attachirt geführt. Für die Bekleidung etc. der als

Passanten in den Lazarethen befindlichen Leute sorgen die früheren Truppentheile resp. Ersatz-Truppentheile nach den rechtzeitigen Requisitionen der Lazareth-Commissionen.

Diese Truppentheile resp, Bezirks-Commandos haben auch die Zahlung und Liquidirung der oben ad a. b. und d. bezeichneten Kompetenzen zu bewirken.

Dauer der Kur.

8) Die Dauer der Kur wird für die einzelnen Mannschaften durch die von den General-Aerzten zu approbirenden ärztlichen Atteste bestimmt. Die etwa nöthige Verlängerung der Kur erfolgt auf Anordnung des Bade-Arztes welche indess in der Regel von dem General-Arzt des betreffenden Bezirks ebenfalls vorher zu approbiren sein wird.

Liquidation der Kosten.

9) Sämmtliche Kosten für Badekuren der oben ad 1a. und b. bezeichneten Mannschaften (einschliesslich für Reisen, Bekleidung, sowie für Löhnung etc. der Inactiven) sind zusammen beim Titel 34 des Kriegsjahres-Etats von der General-Kriegskasse unter einem besondern Abschnitte als „Badekurkosten“ zu verrechnen.

Die Kosten für die oben ad l. c. erwähnten Kombattanten des Jahres 1868 werden auf den laufenden Fonds übernommen.

10) Durch die vorstehenden Bestimmungen ist für die nothwendigen Bedürfnisse der zu Badekuren zuzulassenden Kombattanten des letzten Feldzuges auf Staatskosten ausreichend gesorgt, so dass daneben auf die Unterstützung der freiwilligen Krankenpflege nicht zu rechnen ist. Wie in ausnahmsweisen Fällen zu verfahren ist, in welchen die nach Obigem gewährten Beneficien dennoch ungenügend erscheinen sollten, — z. B. wenn der Kranke auf der Reise oder am Badeorte besonderer Begleiter oder kostspieliger Pflege bedarf, wenn Kuren an oben nicht genannten Orten durchaus nothwendig werden, oder die Familie durch die Abwesenheit des Betreffenden zur Kur Noth leiden sollte, — darüber wird den Königlichen General-Commandos besondere Mittheilung zugehen.

Sorgfalt in der Auswahl der Kranken und der Badeorte.*)

Im vergangenen Jahre hat sich die Beobachtung wiederholt, dass die Verordnungen von Bade- und Brunnenkuren nicht immer zweckentsprechend erfolgen, es sind z. B. in Bäder Kranke geschickt worden, deren Zustand einer Besserung überhaupt nicht mehr fähig war, z. B. mit vorgeschrittenen Lungenphthisen, andererseits solche, bei welchen die anderweitigen Kurmittel noch nicht erschöpft waren, resp. solche, für deren Behandlung Bäder nicht als nothwendig anerkannt werden können, z. B. die zahlreichen Fälle von chronischem Rheumatismus ohne Ergüsse und Anschwellung der Gelenke, ja sogar solche, bei welchen die qu. Kuren etc. eher schädlich als nützlich wirken, z. B. Tabetische. In nicht seltenen Fällen endlich war die Wahl des betreffenden Bades eine unzweckmässige, insofern z. B. nach Ems oder in klimatisch relativ ungünstig gelegene Orte Brustkranke mit Neigung zu Blutungen gelangt sind.

Bezüglich der Attestausstellung selbst ist zu bemerken, dass die Atteste oft ohne Requisition oder Befehl, lediglich auf Wunsch der Betreffenden ausgestellt waren, dass bei entlassenen Mannschaften der Nachweis des ursächlichen Zusammenhangs mit dem Feldzuge oder dem Militärdienste fehlte, dass die Nothwendigkeit des Gebrauchs solcher Bäder, welche für den betreffenden Corps-Bezirk oder allgemein nicht zur Disposition gestellt, oder aber für die Aufnahme von Militärs überhaupt nicht eingerichtet, und die bei der grossen Zahl der zum Gebrauche zugelassenen Bäder nur noch in Ausnahmefällen indicirt sein können, zum Theil ungenügend, zum Theil gar nicht motivirt war. Euer Hochwohlgeboren wollen daher darauf halten, dass die Militärärzte Ihres Corps-Bezirks in ihren, die Anträge auf Badekuren etc. begleitenden Attesten den wissenschaftlichen Grundsätzen und dienstlichen Vorschriften folgen, sie deshalb zum Studium neuerer balneotherapeutischer Schriften (z. B. derjenigen von Braun in Rehme) veranlassen, sie warnen, dass sie sich nicht durch die Wünsche des Nachsuchenden bestimmen lassen und nicht aus falscher

*) Krm. 12. März 1872.

Humanität bei den Kranken unerfüllbare Hoffnungen auf die Wirkungen eines Bades etc. erwecken, so dass das spätere Ablehnen einer Kur bei denselben den Eindruck der Härte und Inhumanität hervorruft. Sie wollen demnächst auf strenge Beachtung der kriegsministeriellen Verfügungen vom 19. März 1870 und 21. und 28. März 1871 hinweisen. Für die Durchführung dieser Vorschriften müssen die Herren Corps-Generalärzte selbst verantwortlich gemacht werden, denen durch die Superrevision der Atteste das Recht und die Pflicht auferlegt ist, entsprechende Remeduren eintreten zu lassen. (S. S. 50. 54. 58.)

B. Für Officiere, Aerzte, Beamte etc.

Angabe der Kurdauer in dem ärztlichen Atteste.*)

Den Allerhöchsten Bestimmungen zufolge ist in den Attesten über die Nothwendigkeit des Gebrauchs eines Bades oder Brunnens für Officiere und Königliche Officianten von dem Arzte in jedem Falls auch bestimmt anzugeben, wie lange der Gebrauch des Brennens oder Bades von ihm für nöthig erachtet wird.

Gewissenhaftigkeit und Strenge.)**

Dem Kriegsministeriellen Erlasse vom 1. Juli 1819 zufolge soll die Nothwendigkeit des Gebrauchs einer Badekur für Officiere nur nach gewissenhafter Prüfung und in den dringendsten und unumgänglichsten Fällen und zwar auch nur dann attestirt werden, wenn durch den Gebrauch der in den meisten Garnisonorten zu erlangenden künstlichen Bäder das Uebel nicht sollte gehoben werden können, welches letztere dann jedes Mal in dem desfallsigen Atteste auszudrücken ist.

Bescheinigung der Nothwendigkeit des Gebrauchs auswärtiger Bäder.*)**

Der Gebrauch auswärtiger Bäder ist den Königl. Officianten und namentlich den Officieren nur dann gestattet, wenn durch ein ärztliches Attest pflichtmässig bezeugt wird, dass keine der inländischen Mineralquellen†) die Hei-

*) Cirk. 19. Mai 1817.

**) Cirk. 30. Juli 1819 ad 3.

***) Cirk. 1. Juni 1838 ad 6.

†) Instr. f. Mil.-Aerzte 9. Februar 1800. Cirk. 1. Juni 1828 ad 6.

lung des Kranken bewirken könne, sondern die gewählte ausländische dazu nothwendig sei. — In gleicher Weise spricht sich die Instruction für die Aerzte vom 9. Februar 1800 aus, dass, soweit es der therapeutische Zweck gestattet, mehr die inländischen als die ausländischen Bäder in Anwendung kommen sollen.

Es sind möglichst nahe gelegene Badeorte zu verordnen. *)

Wegen des immer häufiger hervortretenden Umstandes, dass Seitens der Officiere Urlaubsgesuche zum Gebrauche entfernt von ihren Garnisonen liegender Bäder in Fällen eingereicht werden, wo näher gelegene Heilquellen augenscheinlich mit Aussicht auf ebenso günstigem Erfolg hätten gebraucht werden können, sieht sich der Kriegsminister veranlasst, die Militärärzte durch den Chef anzuweisen, dass sie in Zukunft von den zur Kur gleich geeigneten Badeorten, nur diejenigen, soweit es zulässig, zum Gebrauche verordnen und in den desfallsigen Attesten nachmahft machen, welche dem resp. Garnison- und Aufenthaltsorte des Patienten am nächsten liegt.

**) Gleiches wird den Militärärzten wiederum eingeschärft und in dem Falle der Verordnung sehr entfernter oder gar ausländischer Bäder stetts die vorschriftsmässige Bezeugung hinzuzufügen anbefohlen, dass keine andere Heilquelle die verordnete ersetzen könne.

Verordnung von Wasserheil-Anstalten. *)**

Insonderheit sind die Militärärzte angewiesen, bei Verordnung von Wasserheil-Anstalten nur dann die ausländischen den inländischen vorzuziehen, wenn jene einen entschiedenen und nachgewiesenen Vorthail vor diesen haben, da durch die häufige Beurlaubung von Officieren in die erst gedachten Anstalten unter denen besonders Gräfenberg nachmahft gemacht wird, der Dienst leidet.

Aerztliche Bade-Atteste für Feldbeamte. †)

Nach dem Feldzuge von 1866 ist mehrfach von Feldbeamten die Zulassung zu Badekuren und die Gewährung

*) Cirk. 10. Sept. 1846 ad 6.

**) Cirk. 31. März 1848 ad 2.

***) A. C.-O. 29. April 1843. — Krm. 29. April 1843.

†) Krm M.-M.-Abth. 18. März 1871.

von Beihilfen zu letzteren als Beweis des Vorhandenseins von Leiden aus dem Feldzuge Behufs ihrer Invalidisirung benutzt worden.

Um unbegründeten Ansprüchen aus Anlass des Krieges gegen Frankreich zu begegnen, erscheint es erforderlich, dass die Anträge auf Zulassung zu Badekuren einer strengen Prüfung unterworfen und Beihilfen nur gewährt werden, wo es feststeht, dass die Leiden wirklich Folgen der Kriegsstrapazen sind, in den Bescheiden auf solche Gesuche aber Ausdrücke vermieden werden, welche für eventuelle Pensions-Gesuche präjudiciell sein könnten, resp. dieserhalb ein Vorbehalt gemacht wird.

Hinsichtlich der Pensions-Ansprüche selbst*) wird den Intendanturen empfohlen, Pensionsgesuche der Beamten dem Kriegsministerium erst vorzulegen, nachdem die, die Pensions-Ansprüche begründenden Ursachen amtlich genau und unzweifelhaft festgestellt worden sind. Es wird in dieser Beziehung auf den §. 15 Th. I. des Reglements über die Geldverpflegung der Armee im Kriege und hinsichtlich der Lazareth-Beamten noch namentlich auf den Erlass vom 15. Juli 1870 verwiesen.

Als vollgültige ärztliche Atteste bei derartigen Gesuchen können aber nur solche angesehen werden, welche auf Requisition der den Beamten vorgesetzten Behörden unter ausdrücklicher Angabe des Zweckes, zu dem dieselben dienen sollen von obern Militärärzten ausgestellt und von den General-Aerzten superrevidirt worden sind.

Bei Ausstellung qu. Atteste ist mit der nöthigen Vorsicht zu verfahren und die Behörde auf deren Requisition sie erfolgt, sowie der Zweck zu welchem das Attest benutzt werden soll, zu erwähnen.

Auch die Civilärzte sind angewiesen Badereisen erst nach Erwägung aller Umstände (Vermögens- und Familienverhältnisse) anzurathen und wo möglich lieber inländische Bäder zu empfehlen.**)

*) Cfr. Invaliden-Atteste.

**) Min. d. M.-Abthl. 21. Febr. 1828.

II. Specielle Bestimmungen für einzelne Bndeorte.

a) Teplitz. *)

Das Bade-Institut zu Teplitz ist nach den Bestimmungen des Königlichen Kriegsministeriums vom 5. Februar 1866 zunächst für die Feldwebel, Wachtmeister, Unterofficiere und Soldaten des Gardecorps des 2., 3. und 4. Armee-Corps, die sich in Reihe und Glied bei den Linien-Regimentern und den Landwehrstämmen befinden, desgleichen der Artillerie- und Pionier-Abtheilungen, welche im Bereiche des 2., 3. und 4. Armee-corps dislocirt sind, bestimmt.

Wirkliche Invalide dieser Corps sind nur in besonderen Fällen aufzunehmen. Diejenigen Theile des Gardecorps, welche ausserhalb des Bezirks des 2., 3. und 4. Armee-corps sich befinden, ingleichen die übrigen Armee-corps können an dieser Begünstigung, theils wegen der weiten Entfernung, theils wegen Mangel an Raum nicht Theil nehmen.

Dauer der Badezeit. **)

Die Badezeit dauert 4 Monate und in jedem Monate können 20 Mann, überhaupt also jährlich 80 zugelassen werden. Zum 1. April sollen die Corps dem Kriegsministerium die namentlichen Verzeichnisse der Leute, für welche der Gebrauch des Bades gewünscht wird, eingeben.

Aerztliches Attest. ***)

Die ärztlichen Atteste, mit welchen die Eingaben zu begleiten sind, müssen nicht nur das Krankheitsübel nach Sitz und Natur desselben angeben, sondern sich auch über den Grad der Nothwendigkeit der Badekur stets und bei jedem einzelnen Individuum aussprechen, und zwar, ob dieselbe unbedingt nothwendig, oder nothwendig, oder sehr wünschenswerth, oder wünschenswerth ist, damit hierdurch ein zuverlässigerer Anhalt für die Auswahl dieser Leute als bisher gewonnen werde. — Ferner muss sich das Attest dar-

*) Krm. 5. Febr. 1866. — Cirk. 12. April 1826 ad 5. — cfr. Krm. 21. März 1871 ad 2 S. 58.

**) A. C.-O. 29. Januar 1827.

***) Cirk. 12. Juli 1832 ad 5. — Krm. 8. April 1839. — Cirk. 12. April 1839.

über aussprechen, ob dem Vorgeschlagenen das Bad im laufenden Jahre besonders nöthig ist, oder ob er bis zum nächsten Jahre zurückgestellt werden kann, und ob für den Kranken der Gebrauch des Bades in den Monaten Juni und September, wo dasselbe der abwechselnden Witterung wegen für leichter Kranke zulässig, oder in den Monaten Juli und August, wo es für schwerere Kranke geeigneter ist, in Antrag gebracht wird. — In der Regel ist die Badezeit auf einen Monat bestimmt; sollte bei einzelnen Kranken hiermit nicht auszureichen sein, so muss dies in dem ärztlichen Atteste ausgesprochen werden und müsste alsdann ein solcher Kranker zwei Monate in der Anstalt verbleiben.

Eine sechswöchentliche Kur*) darf nicht beantragt werden. Die Badezeit beginnt künftighin statt am 1. Juni schon Mitte Mai und endet dagegen schon Mitte September. Für das Jahr 1865 wurde die Badezeit**) ausnahmsweise auf 5 Monate, vom 1. Mai bis ult. September und zwar auf 5 Perioden a. c. Monat ausgedehnt. Desgleichen für 1867. — Die Eingaben für Teplitz von andern als den oben angegebenen Armee-Corps müssen bis zum 1. März beim Corps, bis Mitte Februar bei der Brigade eingehen.***)

Schonung nach der Rückkehr†).

Nach der Rückkehr in die Garnison sollen die Leute, welche das Bad gebraucht haben, wenngleich von ihren Beschwerden befreit, noch 4 Wochen lang von allem Dienste geschont bleiben.

Sorgfältige Auswahl.

Im Uebrigen wird den Militärärzten eine sorgfältige Auswahl der Kranken anempfohlen, dass nicht solche in Vorschlag gebracht werden, gegen deren Krankheitszustand die dortigen Bäder nicht heilsam wirken können und die wegen ihres geschwächten Körperzustandes entweder die Reise gar nicht aus-

*) Cirk. 22. Juli 1832 ad 5.

**) A. C.-O. 2. Februar 1865. — A. C.-O. 4. April 1867. — Krm. 15. April 1869.

***) Cfr. Krm. 21. März 1871 ad 4. S. 58.

†) Cirk. 7. Januar ad 4 nebst Zus. 14. Januar 1827.

halten oder doch vom Bade wenig oder gar keinen Gebrauch machen können.

Nochmalige ärztliche Untersuchung der Kranken kurz vor ihrer Absendung*).

Es ist deshalb erforderlich, dass die Militärärzte die früher von ihnen in Vorschlag gebrachten Kranken kurz vor ihrem Abgange nochmals untersuchen und die unterdessen durch Verschlimmerung ihres Zustandes etwa eingetretene Unzulässigkeit ihrer Absendung dem Truppen-Commando anzeigen. Ein gleiches Verfahren wird auch hinsichtlich der Brunnen und Bäder in Schlesien und zu Aachen anempfohlen, damit nicht etwa durch unheilbare oder nicht angemessen ausgewählte Kranke anderen heilbaren der Platz genommen werde.

**) Vorstehende Bestimmungen werden zur genauesten Beachtung den Militärärzten wiederholt in Erinnerung gebracht, insonderheit ist das Nationale immer vollständig anzugeben, Sitz und Natur der Krankheit, sowie deren Veranlassung genau zu bezeichnen und die Bestimmung, ob die Kur unbedingt nothwendig, nothwendig, sehr wünschenswerth, wünschenswerth ist, genau zu beachten.

***) Zur Aufsicht der Soldaten wird ein Feldwebel, Wachtmeister oder ein dem Geschäft ganz gewachsener Unteroffizier des Garde-Corps nach Teplitz kommandirt, der daselbst während der viermonatlichen Badezeit verbleibt. Ueber den Marsch und den Transport der Mannschaften aus ihrem Garnisonorte nach Teplitz, deren Competenzen daselbst und die Liquidation der Kosten für Bäder, Arztlohn und Arzneien enthalten die §§. 407 und 400 des Friedens-Lazareth-Reglements die massgebenden Bestimmungen.

b) Die Bäder in Schlesien (Landeck, Reinerz, Warmbrunn, Salzbrunn).†)

Dieselben sind vorzugsweise für kranke Militärs, vom Feldwebel abwärts vom 1., 5. und 6. Armee-Corps bestimmt, in

*) Cirk. 30. Juni 1836. — 27. Novbr. 1837 ad 3.

**) Chef 30. März 1864.

***) Fr.-Laz.-Regl. § 399. 400. 407.

†) Krm. 22. Juni 1836. — Cirk. 30. Juni 1836. — Cirk. 8. Juni 1859. — Cirk. 13. September 1854. — Fr.-Laz.-Regl. §§. 393 - 395. 402---406.

einzelnen Fällen auch für solche vom Garde- 2., 3. und 4. Armee-Corps. Sie erhalten die Bäder kostenfrei. Für nöthig erachtete Douchebäder, Frottirbäder oder den Mitgebrauch der Molken kann auf Kosten des Kranken-Pflege-Fonds extra liquidirt werden.

*) Da in der Regel die Mannschaften den Weg nach dem Bade zu Fuss zurückzulegen haben, so muss ein besonderes ärztliches Attest sich darüber aussprechen, wenn die betreffenden Individuen hierzu ausser Stande sind, oder wenn gar für dieselben Vorspann (an dessen Stelle auch Lohnfahren oder Personenwagen zu benutzen sind, wenn die desfallsigen Kosten die des Vorspanns nicht übersteigen) erfordert wird. Die Originale dieser Atteste gelangen mit den Liquidationen über Transportkosten für die Hinreise nach dem Badeorte und den namentlichen Verzeichnissen der zur Kur zu Verstattenden an die Intendanturen. Es muss in ihnen vorkommenden Falls die Nothwendigkeit von etwa zu gewährenden Transportmitteln ausgedrückt werden. Beglaubigte Abschriften dieser Atteste werden den Liquidationen über Transportkosten für die Rückreise beigelegt, unter welchen der Bade- oder Brunnenarzt eine Bescheinigung dahin auszustellen hat, dass entweder auch der Rückmarsch nicht zu Fuss zurückgelegt werden kann, oder je nach dem veränderten Zustande des Kranken eine andere Art des Transportes erforderlich ist. Diese beglaubigten Abschriften der obermilitärärztlichen Atteste sendet die Militärbehörde, welche die Kranken nach dem Bade abfertigt, entweder an die betreffende Ortsbehörde oder an die Brunnenverwaltung und ersucht diese Behörden um die demnächstige Einleitung des Rücktransportes der Kranken in den speciell erforderlichen Fällen, event. um vorschussweise Zahlung dessen, was ihnen für die Rückreise competirt und was dann alsbald von dem Truppentheile rückerstattet wird.

**) In Betreff der nochmaligen Untersuchung der Kranken vor ihrer Absendung in das Bad gilt das oben unter „Teplitz“ im Cirk. 14. Januar 1827 Angeordnete.

*) Cfr. Krm. 21. März 1871 ad 7 a. S. 61.

**) Cfr. S. 72.

α) Salzbrunn.*)

Den Militärärzten des 1., 5. und 6. Armee-Corps wird bekannt gemacht, dass die Brunnenverwaltung zu Salzbrunn in Bezug auf die den Militärpersonen des Unteroffizier- und Gemeinenstandes verstattete, meist unentgeltliche Brunnenkur, vom Jahre 1843 ab nachstehende Bedingungen gestellt hat:

- 1) Die Dauer der Kur in Salzbrunn für Militairs ist mit Ausnahme ganz dringender Fälle auf 4 Wochen beschränkt.
- 2) Der Zeitraum vom 20. Juni bis zum 15. August (seit 1847, früher nur bis zum 1. August) ist für den Brunnengebrauch Seitens der Militärpersonen ganz ausgeschlossen.
- 3) Für den Gebrauch von Molken sind pro Mann 20 Sgr. wöchentlich zu entrichten und können zur Liquidation gebracht werden.

Die Kur der nach Salzbrunn zu entsendenden Individuen kann hiernach in 2 Perioden, nämlich von der Mitte Mai bis zur Mitte Juni und zweitens vom 15. August ab stattfinden. Da aber die Witterung in den schlesischen Gebirgen während des Mai und Anfangs Juni häufig noch rauh ist, so erscheint die zweite Periode für die Mehrzahl der Kranken, besonders solche, welche an den Respirations-Organen leiden, angemessen und es werden für die erste Periode mehr solche zu bestimmen sein, die wegen chronischer Unterleibsleiden den Brunnen gebrauchen sollen. Eine Verlängerung der Kur über 4 Wochen**) hinaus kann nur in der zweiten Periode zulässig werden. Sie ist von den Militärärzten nicht im Voraus zu verlangen, sondern es muss in hartnäckigen Krankheitsfällen die Nothwendigkeit der Beurtheilung des Brunnenarztes überlassen bleiben.

Möglichste Beschränkung der Brunnenkuren.*)**

Da übrigens die Verordnung von Brunnenkuren für Militairs auch in den Garnisonorten sehr zugenommen hat und es hin und wieder den Anschein gewinnt, als ob die diesfallsigen

*) Krm. 4. August 1842. — Cirk. 18. August 1842 ad 2. — Cirk. 18. März 1847 ad 4.

**) Cirk. 18. August 1842.

***) S. oben.

Verordnungen nicht lediglich auf solche Fälle beschränkt bleiben, in welchen durch den in den Lazarethen veranstalteten Gebrauch innerlicher und äusserlicher Arzneimittel die Herstellung des Kranken nicht hat gelingen wollen, so werden die Militärärzte aufgefordert, den für kranke Militärs verstatteten Gebrauch von Brunnen- und Badekuren überhaupt auf keine Weise zu missbrauchen, sondern denselben, sowie die Verordnung von Molken neben dem Gebrauche des Ober-Salbrunnens nach Möglichkeit zu beschränken. Weiter wird den Militärärzten empfohlen, die Brunnenkuren in Salzbrunn an der Quelle nur auf wenige unabweislich nothwendige Fälle zu beschränken, vielmehr den Gebrauch des natürlichen oder künstlichen Ober-salzbrunnens in den Garnisonorten selbst, jedoch unter Beachtung der hierüber bestehenden in dem Cirkularschreiben vom 30. April 1842 ad 4 in Erinnerung gebrachten Vorschrift eintreten zu lassen. Ueberhaupt wird der damit verbundenen kostspieligen Reisen wegen die Verordnung von Brunnen- und Badekuren, zumal in weit entlegenen Badeorten, nach Möglichkeit zu beschränken sein und insbesondere eine öftere Wiederholung solcher Kuren bei einem und demselben Kranken zu vermeiden sein.

Vermeidung der Absendung hoffnungsloser Kranken nach Salzbrunn.*)

Die Fürstlich Pless'sche Brunnenverwaltung zu Salzbrunn hat diesseits zur Sprache gebracht, dass nicht selten Militärpersonen zum Kurgebrauche dorthin überwiesen werden, die von Hause aus hoffnungslos erkrankt, daselbst sehr bald in ein sie rasch dem Tode zuführendes Siechthum verfallen und daran das Ersuchen geknüpft, dass derartige Leidende, sowohl in ihrem eigenen, wie im Interesse der Staatskasse von jenem Badeorte fern gehalten werden möchten. Indem dem Königlichen General-Commando das diesseitige hiervon ganz ergebenst Mittheilung macht, stellt es dem Ermessen desselben ebenmässig anheim, in geeigneter Weise darauf hinwirken zu wollen, dass die Absendung von solchen Militärpersonen zum Kurgebrauche nach Salzbrunn, deren Zustand hoffnungslos ist, und nicht nur

*) Cirk.-Verf. Gen.-Comm. 6. A.-C. an das 5. A.-C., 28. Mai 1868. — Cfr. Krm. 19. März 1870 ad 1 S. 54. — Cfr. Krm. 12. März 1872. S. 66.

keine Besserung, sondern vielmehr eine tödtlich endende Verschlimmerung befürchten lässt, möglichst vermieden werde. Die Lazareth-Commission zu Freiburg ist übrigens diesseits angewiesen worden, auf Requisition der Brunnen-Verwaltung zu Salzbrunn derartig schwer erkrankte und der Lazarethpflege bedürftige Militärpersonen aufzunehmen.

β Warmbrunn n. *)

Die Bade-Polizei-Direktion zu Warmbrunn wünscht, dass die Militär-Kranken in zwei Perioden, von denen die eine vom 1. Mai bis 15. Juni, die zweite von Mitte August bis Ende September währt, dahin gesendet werden.

**) Für das Jahr 1865 wurden 60 Freistellen für Kombattanten aus dem Kriege 1864 zur Verfügung gestellt mit ganz freier Unterkunft und Verpflegung. Dieselben vertheilten sich auf die Badeperioden im Mai und Juni und wurden die Militärärzte darauf aufmerksam gemacht, für den Mai nur diejenigen zu bestimmen, welche frei von rheumatischer Disposition und Neigung zu Catarrhen sind, für den Juni aber Verwundete mit rheumatischer Disposition resp. Complication, oder überhaupt nur mit rheumatischen Leiden Behaftete in Vorschlag zu bringen. (Vom 1. Juli bis 15. August werden in Warmbrunn keine Freibäder verabreicht.)

Militär-Kurhaus. ***)

Vorstehende Bestimmungen werden wesentlich modificirt durch das seit dem Kriege 1866 in Warmbrunn gestiftete Militär-Kurhaus. Dasselbe ist durch ein Privat-Comité aus patriotischen Beiträgen gegründet und im Monat Juni 1866 eröffnet worden. Die Anmeldungen zur Aufnahme in dasselbe werden nach Prüfung der ärztlichen Atteste durch den Corps-Generalarzt jedesmal bis zum 15. April von dem General-Commando an die Direction des Militär-Kurhauses zu Warmbrunn (Potsdamerstrasse No. 106a.) übermacht. Die betreffenden Mannschaften erhalten für die Dauer der Badekur die Löhnungs- und Brotgeld-Competenzen unverkürzt und nach § 405 des Laz.-Rglm. event. die bestimmungsmässigen Reise-Benefizien.

*) Krm. 10. März 1844.

**) Cirk. 8. April 1865.

***) Krm M.-Oek.-Dep. 5. Mai 1866.

Auszug aus den provisorischen Statuten.

§. 3. Die Aufgenommenen erhalten freie Wohnung und Verpflegung, freie ärztliche Behandlung und Medicamente, freie Bäder, freie Wäsche und, wenn es gewünscht wird, ein Hauskleid. — Der Arzt der Anstalt bestimmt die Dauer der Kur.

§. 4. Zur Aufnahme berechtigt sind: a) Zunächst alle aktiven preussischen Militärs und Seemannschaften bis zu den dem Unteroffizierstande angehörigen Chargen einschliesslich aufwärts, welche in Folge der im dänischen Feldzuge von 1864 erhaltenen Wunden oder erlittenen Strapazen des Gebrauchs dieser Bäder bedürfen. — b) Diejenigen Personen, welche im gleichen Stande den Krieg mitgemacht haben, aber bereits wieder in das bürgerliche Leben zurückgetreten sind. — Ausserdem nur für spätere Zeiten c) alle activen Mannschaften der Kgl. preussischen Armee und Flotte bis zum Unteroffizierstande einschliesslich aufwärts, welche des Gebrauchs der Bäder bedürfen. — d) Alle anerkannte und unbemittelte Invaliden, sowie alle unbemittelten Landwehrmänner und Reservisten, welche den Gebrauch der Bäder nothwendig haben und deren Uebel in dem und durch den Militärdienst entstanden ist. §. 5. Die Aufnahme und der Unterhalt der Kranken erfolgt gewöhnlich vom 1. Juni bis 1. October. Ausnahmefälle bestimmt das Directorium. Die gewöhnliche Kurzeit ist auf 4 Wochen festgesetzt, längere oder kürzere Zeit bestimmt der dirigirende Arzt. §. 6. Zur Aufnahme ist Folgendes nöthig: Die Anmeldung muss möglichst vor Beginn der Badesaison, spätestens aber 4 Wochen vor Beginn der Kur schriftlich von dem den Anspruch erhebenden resp. den Truppen-Commandos direct oder durch Vermittelung des Königlichen Kriegsministeriums an die Direction des Militär-Kurhauses zu Warmbrunn in Berlin gemacht werden. Beizufügen ist: 1) Ein ärztliches Attest über die Nothwendigkeit der Kur, 2) eine amtliche Requisition der Militär- oder Civilbehörde, und im letzteren Falle auch Bescheinigung des früheren Militärdienstes, 3) die Erklärung, dass der Angemeldete die Kosten der Hin- und Rückreise tragen wird. Ausnahmefälle in Betreff der Anmeldezeit etc. bestimmt das Directorium.

Zusatz. Die für die Freikranken nicht erforderlichen Räume des 1. Stockes sollen an Offiziere in und ausser

Dienst, welche eine Badekur gebrauchen müssen, zu einem mässigen Preise vermietet werden. — Der Miethspreis 2 Thlr. pro Woche und Stube oder Stube und Cabinet fliesst in die Hauptkasse.

γ) Landeck. *)

In Landeck wurde 1865 freies Bad und freie Wohnung, freie Bettwäsche, Handtücher, Lagerstellen, Utensilien für je 20 Militärpersonen zu gleicher Zeit geliefert, so dass die Badezeit zu 5 Monaten, die Badekur zu 4 Wochen gerechnet, im Ganzen 60 Personen in dieser Weise untergebracht wurden. Die übrigen über die Zahl 60 hinaus nach Landeck Dirigirten erhielten nur freie Bäder.

c) Oeynhausen. **)

Es wird daselbst kranken Militär-Personen während der ganzen Kurzeit von Mitte Mai bis Mitte September die Benutzung der Bäder zu ermässigten Preisen, nämlich Subaltern-Offizieren zu 5 Sgr. und Mannschaften vom Feldwebel abwärts zu 2 $\frac{1}{2}$ Sgr. für jedes Bad gestattet und letzteren die erforderliche ärztliche Hülfe und Arznei unentgeltlich gewährt. Auch vermittelt die Bade-Verwaltung die Unterkunft der Patienten und die Beschaffung einer wohlfeilen und nahrhaften Kost. Unter diesen Umständen können Militärpersonen des 7. und 8. Armee-Corps in den von den Militärärzten für geeignet befundenen Fällen daselbst Aufnahme finden. In Ausnahmefällen kann auch auf kranke Militärs aus anderen Armee-Corps gerücksichtigt werden, was den Militärärzten bekannt gemacht wird. Solche Fälle sind nach §. 408 des Lazareth-Reglements vorher zur Entscheidung des Militär-Oeconomie-Departements zu bringen.

d) Aachen. ***)

Die Bäder in Aachen *) sind vorzugsweise für das 7. und 8. Armeecorps bestimmt, die Bedingungen für die Zulassung zu denselben sind dieselben wie die in dem Erlasse vom 22. Juni

*) Cirk. 21. April 1865.

**) Krm. 19 Novbr. 1863. — Chef 25. Novbr. 1863. — Krm. 16. September 1865.

***) Cirk. 8. Juli 1836.

1836 (S. 72) in Bezug auf die Zulassung zum Gebrauche der Bäder in Schlesien gestellten. Die Mannschaften werden in bestimmter Zahl dem Brunnenverein überwiesen und hinsichtlich ihrer Competenzen wie die dem Bade-Institute zu Teplitz Ueberwiesenen behandelt, wonach sie Traktament, Victualien-Zulage und Brotgeld für die Dauer der Kur unverkürzt erhalten. Ausser diesem können in einzelnen Fällen noch Kranke dem Garnison-Lazarethe in Aachen überwiesen werden, die dann nur freie Bäder erhalten. Die Zahl der jährlich für den Gebrauch der Bäder zu designirenden Mannschaften vom 7. und 8. Armee-Corps ist, ausser einzelnen ganz dringenden Fällen auf 12 incl. 2 Officiere zu beschränken. *)

e) *Johannisbad.* **)

Dasselbe gewährt in einer durch Privatsammlungen gegründete Stiftung vorläufig je einem Oesterreichischen und Preussischen Soldaten den zur Bestreitung eines vierwöchentlichen Aufenthaltes daselbst hinreichenden Betrag von je 30 Gulden Oesterreichischer Währung, die Annahme der Stiftung für einen Preussischen Soldaten ist durch A. C.-O. vom 27. August 1859 genehmigt. Die chargemässigen Reisecompetenzen für die Reise hin und zurück werden gewährt. Vom Jahre 1860 ab werden alternirend 2 Jahre 1 Mann vom 6. Armeecorps und im 3. Jahre 1 Mann von der 9. Division in Vorschlag zu bringen sein. ***) Die betreffenden sind auf vorgängige Präsentation durch die Militär-Behörde dem jedesmaligen Statthalter von Böhmen in Prag namhaft zu machen und der bezügliche Vorschlag wenigstens 3 Wochen vor dem mit dem Monat Juni eintretenden Beginn der Kurzeit dem Statthalter zn machen, mithin zum 1. Mai jeden Jahres. Von der Absendung ist Seitens des General-Commandos dem Kriegsministerium Anzeige zu machen.

Die Eingabe erfolgt beim General-Commando 5. Armee-Corps zum 15. April, bei der Division zum 5. April, bei der Brigade zum 20. März.

Aerztliche Notizen. *Johannisbad* liegt im Jitiner Kreise

*) Cirk. 23. Juli 1850.

**) Krm. 10. Sept. 1859.

***) Krm. 10. Januar 1860.

des Königreichs Böhmen. Die Quelle entspringt aus Kalkfelsen unter Entwicklung zahlreicher Gasblasen, hat eine Temperatur von 22,8 bis 23° R., das Wasser ist klar, hell, farblos, bleibt an der atmosphärischen Luft lange unverändert, hat nur ein geringes Quantum fester Bestandtheile und gehört in die Reihe der indifferenten alkalisch-erdigen Quellen. Die Wirkung derselben ist reizend, belebend auf die Haut und ihre Uebergänge, lösend auf das Drüsen- und Lymphsystem, verdünnend auf die Säfte-masse, beruhigend auf den Erethismus der Gefässe und Nerven. Sie äussert die besten Wirkungen 1) bei allgemeiner Schwäche (Nervenschwäche) bedingt durch zu grosse körperliche oder geistige Anstrengung oder durch lang andauernde schwere Krankheiten; 2) bei beginnender Rückenmarksdarre; 3) bei Gicht wo noch keine Knoten sind; 4) bei rheumatischen Leiden der Gelenke, Aponneurosen u. s. w.; 5) bei Magenverschleimung; 6) bei Trägheit der Darmfunction, Hypochondrie, Hysterie wo jedoch auch zugleich der innere Gebrauch solvirender Mineralwässer nothwendig ist; 7) bei Störungen der Menstruation, Uterin- oder Ovarien-Hypertrophie u. s. w.; 8) bei starken Säfteverlusten.

f) Neuenahr, im Kreise Ahrweiler.*)

Die Direction der Actiengesellschaft für Gründung des Bades Neuenahr hat sich bereit erklärt, Mannschaften aus dem 7. und 8. Armee-Corps unter folgenden Bedingungen zum Gebrauche des Bades zuzulassen; 1) Für jeden der beiden Corps-Bezirke werden während der ganzen Badesaison täglich 3 Freibäder an Mannschaften aus dem Stande der Unteroffiziere und Gemeinen verabreicht. Für jedes Bad über diese Zahl hinaus ist der Preis von 3 Sgr. zu entrichten. Zum Trinken des Brunnens werden dagegen sämtliche kranke Mannschaften auch über die Zahl 3 hinaus unentgeltlich zugelassen. 2) Offiziere resp. Militär-Beamte mit Officier-Rang erhalten, wenn sie es verlangen, Bäder und Brunnen zum halben Abonnementspreise. 3) Die ärztliche Behandlung der zur freien Kur zugelassenen Militärpersonen findet kostenfrei Statt. Etwaige Medicamente können aus der der Badeverwaltung zur Disposition stehenden Haus-Apotheke frei verabfolgt werden. 4) Die Sorge für Unter-

*) Krm. 17. Mai 1864.

kunft und Beköstigung (Frühstück, Mittag und Abendessen der Mannschaften vom Feldwebel abwärts für einen mit der Militär-Verwaltung zu vereinbarenden Maximalpreis — für das laufende Jahr 8 Sgr. pro Mann und Tag — hat die Bade-Direktion übernommen.) Ausserdem stellt dieselbe noch 2 Stellen für Offiziere (aus jedem Corpsbereiche einen) für den ermässigten Pensionsatz von je 1 Thlr. für Beköstigung und Logis pro Tag zur Disposition.

Die namentlichen Verzeichnisse der zuzulassenden Mannschaften nach erfolgter Feststellung mit dem Gutachten des Corps-General-Arztcs sendet das General-Commando an die Corps Intendantur durch deren Vermittelung die Unterbringung erfolgt. Die Kosten werden beim Krankenpflegefonds liquidirt. Die Kranken behalten während der Kurzeit ihre sämtliche Kompetenzen, der Beköstigungszuschuss von 5 Sgr. pro Mann und Tag wird aber nicht gezahlt. Hinsichtlich der Hin- und Rückreise gelten die §§. 404—406 des Lazareth-Reglements.

h) Bukowine*), im Kreise Polnisch-Wartenberg, Provinz Schlesien,

ein alkalisch-erdiges Bad offerirte für 1867 Bäder, Beköstigung und Wohnung für 35—40 Soldaten.

i) Muskau.**)

offerirte für 1867 freie Wohnung und Bäder für 20 Kranke, die vom 2., 3., 5. und 6. Armee-Corps benutzt wurden, für 1868 für 24 Kranke für 1869 für 10 Kranke.

k) Alexisbad.***)

versendete für 1867 den Brunnen an die Lazareth-Commissionen auf Requisition gratis von Mitte Mai ab. N. B. Die Freistellen, welche der Dr. Beil zu Abassil bei

l) Cairo

in seiner Heilanstalt für Brustkranke dem Johanniter-Orden für einen Offizier jährlich offerirt hatte (Krm. 7. November 1862 cfr. Prager Nachtrag S. 72) ist eingegangen, nachdem derselbe die Anstalt nicht mehr besitzt. (Krm. 6. August 1864.)

*) Generalarzt 5. A.-C. 30. Octbr. 1866.

**) Krm. 26. April 1869.

***) Chef 24. April 1867. Krm. 7. Nov. 1862. Krm. 6. August 1864.

III. Formelles über die Ausfertigung von Bade-Attesten.

Dienstliche Requisition.*)

Zur Ausstellung von Bade-Attesten für Mannschaften bedarf es nach den allgemeinen Bestimmungen einer dienstlichen Aufforderung an den Militärarzt und ist dieselbe auf dem Atteste zu bemerken. Die Ausstellung erfolgt in der Regel durch den zugehörigen Truppenarzt. — Auch die von den Militärärzten auszustellenden Atteste über die Nothwendigkeit von Bade- und Brunnenkuren für Offiziere**) gehören zu den amtlichen Attesten der Militärärzte, welche als solche unter Beobachtung der in Bezug auf die amtlichen Atteste der Militärärzte überhaupt und der Bade-Atteste insbesondere gegebenen Bestimmungen von den Militärärzten ausgefertigt werden müssen. Hieraus folgt, dass auch die Bade-Atteste, wenn gleich das nicht besonders ausgesprochen ist, immer nur auf Requisition der betreffenden vorgesetzten Behörde ausgestellt werden dürfen. — Wenn ein Militärarzt von einem Offizier aufgefordert wird, unter dem von einem Civilarzte für ihn ausgestellten Atteste über die Nothwendigkeit dieser oder jener Brunnen- und Badekur sein Einverständniss zu erklären, so folgt aus dem Vorangeführten, dass der Militärarzt, wenn er nicht selbst die Sache bei der dem Offizier vorgesetzten Behörde zur Sprache bringen will, diesem anheim zu geben hat, zu veranlassen, dass er — der Militärarzt von der vorgesetzten Behörde zur Untersuchung des Patienten etc. aufgefordert werde. Lediglich seiner Ueberzeugung gemäss hat hiernach der Militärarzt sein Einverständniss mit dem Vorschlage des Civilarztes oder seine abweichende Meinung auszusprechen, wenn er es vorkommenden Falles nicht vorziehen sollte, die Erklärung seines Einverständnisses unter dem betreffenden Atteste ganz abzulehnen.

Die Intendantur-Beamten dürfen nur Bade-Atteste von Militärärzten einreichen.*)**

Die Intendantur-Beamten sind angewiesen ihre Bade-

*) Cirk. 12. April 1826 ad 10.

**) Chef 8. August 1857.

***) Krm. 16. Febr. 1868. — Cfr. Bade-Atteste für Feldbeamte. — Krm. 18. März 1871. S. 68.

Atteste Behufs Nachsuchung eines Badeurlaubs nur von Militärärzten ausstellen zu lassen. „Im vorigen Jahr haben längere Beurlaubungen von Intendantur-Beamten zum Behufe von Badekuren etc., sowie Bewilligungen extraordinärer Beihülfen zu Kurkosten in aussergewöhnlichem Umfange stattgefunden, indem dabei die Anstrengungen beim Feldzuge des Vorjahres berücksichtigt wurden, das Kriegsministerium auch durch besonders zur Verfügung gestellte Fonds sich in der Lage befand, zu den Kosten der Kuren, welche durch die Strapazen etc. des Feldzuges bedingt waren, extraordinäre Unterstützungen zu bewilligen. Letzteres ist jetzt in gleicher Weise nicht mehr der Fall und das dienstliche Interesse erfordert es, für die Zukunft hinsichtlich der Urlaubsbewilligungen wieder die bei normalen Zuständen massgebenden Grundsätze zur Anwendung zu bringen. Demnach veranlasse ich Euer Hochwohlgeboren mir bezügliche Gesuche nur bei dringender Veranlassung vorzulegen, dann aber die Nothwendigkeit der beabsichtigten Kur durch militäroberärztliches Attest — welches als im dienstlichen Interesse erfordert — kostenfrei auszustellen ist — näher darthun zu lassen.

Eingaben zu Badekuren.*)

Die Eingaben zu einer Badekur für Mannschaften macht das Truppenkommando resp. die Lazareth-Commission nach einem vorgeschriebenen Schema unter Beifügung des ärztlichen Attestes und eventuell des Marschunfähigkeits-Attestes auf dem Instanzenwege an das General-Commando. Dieses lässt nachdem der Corps-Generalarzt sich gutachtlich über die Atteste ausgesprochen von den wegen dringenden Bedürfnisses zur Kur Anerkannten namentliche Verzeichnisse aufstellen, welche den Intendanturen zur weiteren Ausführung übergeben werden.**)

Die für Teplitz bestimmten Verzeichnisse gehen an das 4. Armee-Corps, früher an das Kriegsministerium. Desgleichen die Bade-Vorschläge über Invaliden, die nicht von 1866 herkommen. Cfr. oben Krm. 19. Nov. 1869 S. 54., 31. März 1869 ad 5 S. 51 u. 60 und 31. März 1871 ad 4 S. 50 u. 58.

*) Cirk. 22. Juni 1836. — Krm. 21. März 1871 ad 4. S. ob. S. 50 u. 58.

**) Fr.-Laz.-Reglem. §. 392.

Die Termine zur Eingabe sind im Allgemeinen Anfang April und Mitte Juli. Dieselben sind in den verschiedenen Armeecorps durch Corps-, Divisions- und Brigadebefehle festgestellt.

Das Schema, nach welchem die Eingaben gemacht werden, enthält folgende Rubriken:

Nachweisung von denjenigen Kranken des N. N. Bataillons, Regiments Armeecorps vom Feldwebel abwärts, welchen der Gebrauch einer Bade- oder Brunnenkur angerathen worden ist.

1) No.. 2) Vor- und Zuname. 3) Truppentheil und Garnisonort. 4) Dienstzeit. 5) Krankheit und Entstehung derselben. 6) Ob der Kranke im Lazareth gewesen, wo? und wie lange? 7) Pflichtmässiges Gutachten des Militär-Oberarztes über die Krankheit und die mögliche Wiederherstellung des Kranken. (Wird in der Regel von dem Arzte eigenhändig eingetragen.)

8) Gutachten des Generalarztes des Corps. 9) Der Gebrauch der Heilquelle wird angerathen in von bis Bemerkungen. (Nebst ärztlichem Attest, event. Marsch-Unfähigkeits-Attest).

Form.

Die Bade-Atteste werden auf einem ganzen Bogen in der für dienstliche Atteste im Allgemeinen vorgeschriebenen ausführlichen Weise sorgsamst ausgestellt und untersiegelt.

Gesuche um Bade-Urlaub und Unterstützung Seitens der Offiziere.*)

Die Bade-Urlaubsgesuche und Anträge auf Bade-Unterstützungen Seitens der Offiziere, Zahlmeister etc. gehen in duplo auf dem militärischen Instanzenwege, das Gesuch in der Regel in Privatbriefform, event. durch die Königl. General-Commandos event. bis zum Kriegsministerium, Allgem. Kriegs-Departement, und zwar mit den monatlichen Gesuchs-Listen. Am Schlusse des ärztlichen Attestes haben der Commandeur und die Stabsoffiziere des Regiments, die nicht Regimentirten der Nächstvorgesetzte und 2 Stabsoffiziere der Gar-

*) Krm. 5. Octob. 1853. — Krm. 14. März 1822. A. C.-O. 18. Juni 1817. — Krm. 21. Juni 1817.

nison zu bezeugen, dass das Leiden, welches den Gebrauch der verordneten Heilquelle nothwendig macht, nach ihrer Ueberzeugung Folge des Dienstes sei. Die Gesuche der Militär-Beamten gehen auf dem Instanzenwege an's Kriegsministerium. — Die Gesuche der Militärärzte gehen gemäss §. 32 der Verordnung über die Organisation des Sanitätscorps vom 27. März 1868 den militärärztlichen und den militärischen Instanzenweg.

Instruction für den Offizier-Unterstützungsfonds. *)

Anträge auf Brunnen- und Badekuren, auch in der Garnison ausserhalb der Lazarethe oder in einem Kurorte für Offiziere unter Beihülfe des Offizier-Unterstützungsfonds bedürfen der ärztlichen Bezeugung, dass der Betreffende in „Folge des Dienstes“ an einem Uebel oder an einer allgemeinen Schwäche in der Genesung von einer Krankheit oder dergleichen leide, bezüglich gelitten habe, welche (zum Zwecke der Wiederherstellung völliger Dienstfähigkeit oder Gesundheit) die näher zu bezeichnende Kur nothwendig macht.

5. Impf-Atteste. **)

Der Ausstellung von besonderen Attesten Seitens der Militärärzte über die Revaccination der Soldaten und deren Mitgabe an die letzteren bei ihrer Entlassung (§. 12 der durch Ordre vom 16. Juni 1834 genehmigten Vorschriften vom 6. April 1834 über die Verhütung der Menschenpocken bei der Armee) bedarf es nicht mehr. Dagegen sind die von den Militärärzten mit grösster Sorgfalt und Genauigkeit zu führenden Revaccinations-Listen am Jahresschluss mit nachstehendem Attest zu versehen:

„Die Richtigkeit der in vorstehender Liste verzeichneten Resultate der im Jahre 18 . . . vorgenommenen Vaccinationen und Revaccinationen wird hierdurch pflichtmässig bescheinigt.“

N. N., den . . . ten . . . 18 . .

*) 8. April 1845. §. 9.

**) A. C.-O. 30. Nov. 1861. — Chef 20. Jan. 1862.

DRITTER ABSCHNITT.

Militärärztliche Atteste über Militär-Personen Behufs des Ausscheidens derselben aus dem Dienstverhältniss.

1) Dienstuntauglichkeits-Atteste.

Begriff der Dienstuntauglichkeit.

Wenn eine Person des Militärstandes körperlich oder geistig unfähig wird, ihren Dienstverpflichtungen fernerhin zu genügen, so wird sie unter Beobachtung eines bestimmten Verfahrens, welchem stets ein ausführliches militärärztliches Attest zu Grunde gelegt wird,*) für unfähig zur Fortsetzung des Dienstes erklärt, als dienstuntauglich entlassen. — Je nachdem das Leiden, welches den Grund zur Dienstuntauglichkeit abgiebt, Folge des Dienstes ist resp. während und durch denselben entstanden ist, oder nicht, mithin je nachdem Versorgungsansprüche erhoben werden können oder nicht, ergiebt sich die Invaliditäts-erklärung oder die einfache Dienstuntauglichkeitserklärung. Wir haben daher die Dienstuntauglichkeit im engeren Sinne, bei der es sich nur um Constatirung derselben handelt, ohne dass aus derselben Ansprüche an den Staat hergeleitet werden können, und die Dienstuntauglichkeit mit der Berechtigung Versorgungsansprüche zu erheben, zu unterscheiden. Im vorliegenden Abschnitte haben wir es nur mit ersterer zu thun, die letztere wird im folgenden Kapitel unter „Invaliditäts-Atteste“ ihre Erörterung erfahren.

**) Ob in den ärztlichen Attesten über Dienstunfähigkeit resp. Invalidität der Soldaten die Ausdrücke „unfähig“, „unbrauchbar“, „untauglich zum Militärdienste“ oder aber invalide anzuwenden sind, hängt davon ab, ob das betreffende Individuum Seitens des Truppencommandos Behufs der Anerkennung als Invalide höheren Orts eingegeben werden soll oder nicht. Ist Ersteres der Fall, soll also die Anerkennung, sei es ordentlich oder sei es ausnahmsweise, herbeigeführt werden, so sind die Ausdrücke „halbinvalide“ und resp. „ganz-

*) Ers.-Instr. §. 187. 4.

**) Instr. f. M.-Aerzte §. 43.

invalide“ zu gebrauchen. Andern Falls dagegen, wenn Versorgungsansprüche nicht gemacht werden und nicht gemacht werden dürfen, resp. die Anerkennung als Invalide von dem Truppencommando nicht beabsichtigt wird, sollen in den desfallsigen Attesten immer nur die Bezeichnungen „dienstuntauglich“ oder „unbrauchbar“ oder „untauglich zum Dienste“ gewählt werden und zwar resp. entweder „für jetzt unbrauchbar“ oder „unfähig zum Felddienst, aber noch brauchbar zum Garnisondienst“ oder endlich „zu jedem Militärdienst untauglich“.

Anmerkung. *) Damit die Militärärzte nicht in Zweifel sind, welche Ausdrücke sie in den Attesten zu gebrauchen haben, sind die Truppentheile angewiesen worden, über jeden in Bezug auf Dienstuntauglichkeit resp. Invalidität zu Untersuchenden dem Militärarzt zugleich ein, von ihm aufzubewahrendes National zuzufertigen, in welchem jedesmal bemerkt sein soll, ob beabsichtigt wird, für das betreffende Individuum Invaliden-Wohlthaten zu beantragen oder nicht.

Die Dienstuntauglichkeits-Erklärung bezieht sich entweder a) auf die Mannschaften des aktiven Dienststandes, b) auf die Mannschaften des Beurlaubtenstandes (der Reserve und Landwehr), c) auf Offiziere, Aerzte und Beamte des aktiven Dienststandes oder der Reserve und Landwehr.

A. Dienstuntauglichkeits-Atteste für Mannschaften des aktiven Dienststandes.

a) Im Allgemeinen.

Gang und Form des Verfahrens.

Aerztliche Untersuchung. **)

Wenn ein Mann des aktiven Dienststandes für dienstuntauglich erklärt werden soll, so befiehlt entweder das Truppencommando unter Uebersendung eines Nationales (cfr. Anm. zu §. 43 der Instruktion für Militärärzte) dem zuständigen Ober-Militärarzt die Untersuchung desselben vorzunehmen und das bezügliche Attest auszustellen, oder der Arzt meldet dem Com-

*) Cfr. Krm. Instr. 11. Octbr. 1870 §§. 39.

**) Instr. f. M.-Aerzte §. 43 Anm.

mando das Vorhandensein derartiger Individuen, worauf er von Letzterem den Befehl zur Ausfertigung des Attestes erhält.

Der Truppen-Commandeur berichtet hierauf, jedoch nur, wenn er der Ansicht des Arztes beitrifft, unter Anschluss des ärztlichen Attestes und eines nach Schema 33 (Ers.-Instr.) anzufertigenden Nationales (unter welchem er sein Einverständniss mit der Ansicht des Arztes auf Grund eigener Ueberzeugung ausspricht) an die vorgesetzte Behörde, um auf dem Militär-Instanzenwege die Entlassung des betreffenden Mannes beim General-Commando zu erwirken.*)

Entlassung durch das General-Commando.

Den General-Commandos liegt es ob, derartige Anträge und besonders die denselben zu Grunde liegenden ärztlichen Atteste selbst und auch durch den Corps-Generalarzt zu prüfen und prüfen zu lassen und demnächst die Entlassung des betreffenden Mannes event. dessen ferneres Verbleiben im Dienste zu verfügen.**)

Die Entlassung erfolgt in derartigen Fällen stets zur Disposition der Ersatzbehörden und kann nur durch dasjenige General-Commando zu dessen Ressort der Truppentheil des zu Entlassenden gehört, bei Mannschaften der Marine nur durch das Ober-Commando der letzteren verfügt werden. Die vorschriftsmässig gelernten Preussischen Jäger kann die Inspektion der Jäger und Schützen vor beendeter Dienstzeit entlassen.***) Diese Soldaten gehören bis zu der definitiven Entscheidung über ihr Militär-Verhältniss zu den Mannschaften des Beurlaubtenstandes.†)

Entscheidung der Ersatzbehörden.††)

Soldaten, welche wegen Dienstunbrauchbarkeit entlassen werden, nachdem sie mit der Waffe ausgebildet sind oder nachdem sie bereits ein Jahr, einjährig Freiwillige 9 Monate bei der Fahne gedient haben, dürfen nicht wieder von Neuem für das stehende Heer ausgehoben werden. Dieselben sind:

*) Ers.-Instr. §. 187. 4.

**) Ers.-Instr. §. 187. 4. al. 3.

***) Ers.-Instr. §. 186. 2.

†) ib. §. 50. 4. Ver. betr. die Organis. der Landwehrbehörden 6. Sept. 1867. §. 24.

††) Ers.-Instr. §. 51. 2.

a) insofern sie körperlich militärdienstbrauchbar bez. nur vorübergehend dienstunbrauchbar befunden werden, oder sofern sie auf Reklamation entlassen sind, der Reserve ihrer Waffe zu überweisen, wobei indess diejenigen, welche beim Garde-Corps gestanden haben, zur Provinzial-Reserve ihrer Waffe, die Jäger, sowie die Garde-Schützen zur Reserve der Infanterie übertreten;

*) b) sofern sie nur Garnisondienstfähig sind (§§. 35 und 36 der Instruction für Militärärzte) der Provinzial-Landwehr zuzutheilen;

c) sofern sie dauernd unbrauchbar zum Dienst mit der Waffe befunden werden, definitiv auszumustern.

**) Soldaten, welche vor einjähriger Dienstzeit, einjährig Freiwillige vor neunmonatlicher Dienstzeit — wegen Dienstunbrauchbarkeit als unausgebildet mit der Waffe vom Truppentheile entlassen worden, sind:

a) wenn die Gründe, welche ihre Entlassung herbeigeführt haben, beseitigt sind, wieder auszuheben;

b) wenn die Gründe, welche ihre Entlassung herbeigeführt haben, noch bestehen, ebenso wie die mit ihnen in gleichem Lebensalter stehenden Militärpflichtigen zu behandeln;

c) wenn sie dagegen das 24. Lebensjahr überschritten haben — und nicht etwa vor ihrer Einstellung oder nach ihrer Entlassung eine Dienst- oder Control-Entziehung stattgefunden hat — bei vorhandener Dienstunbrauchbarkeit als Disponibel der Ersatz-Reserve zu überweisen.

***) Für die Garde und Jäger ist keiner der vor beendigter Dienstzeit Entlassenen wieder auszuheben, auch ist keiner für eine andere Waffe zu bestimmen, als bei der er zuletzt gedient hat, insofern er nicht eines Fehlers wegen, der seine Brauchbarkeit gerade für diese Waffe ausschliesst, entlassen sein sollte.

*) Cfr. §. 187. 3. Verord. etc. 5. Sept. 1867. §. 38.

**) Ers.-Instr. §. 51. 3.

***) Ers.-Instr. §. 51. 5.

*) Ebenso wird mit den wegen körperlicher Untüchtigkeit aus den Unteroffizierschulen entfernten Zöglingen verfahren, indem sie zur Disposition der Ersatzbehörden entlassen werden, wovon die Unteroffizierschule dem betreffenden Landwehr-Bezirks-Commando Kenntniss giebt.

Vorstellung vor die Departements-Ersatz-Kommission.)**

Die wegen Dienstunbrauchbarkeit von den Truppentheilen vor beendeter Dienstzeit entlassenen Soldaten werden von den Bezirks-Commandos in der Vorstellungsliste F. Schema 19 zusammengestellt, der Departements-Ersatz-Kommission vorgestellt, welche über dieselben zu entscheiden hat, gemäss §. 51 s. oben. Bis zu dieser Entscheidung gehören die betreffenden Individuen zu den Mannschaften des Beurlaubtenstandes.

Verfahren mit Rekruten.*)**

Zu den Mannschaften des aktiven Dienststandes gehören auch die Rekruten von dem Momente ab, wo sie in die Verpflegung ihres Truppentheils aufgenommen sind, während sie von ihrer definitiven Aushebung für das stehende Heer, durch die Departements- bez. Marine-Ersatz-Kommission oder in deren Auftrage durch die Kreis-Ersatz-Kommission ab bis zu ihrer Einstellung in die Truppe resp. ihren Eintritt in die Militär-Verpflegung event. unter Auswechselung ihres Loosungs- und Gestellungsscheins gegen einen Pass (Schema 11) vorläufig in die Heimath beurlaubt sind, und unter Controlle der Landwehrbehörden stehen, wie jeder Soldat des Beurlaubtenstandes.†)

Erkrankung resp. Dienstuntauglichkeit der Rekruten vor ihrer Einstellung.††)

Wenn Rekruten nach der Aushebung (bis zu ihrer Einstellung) erkranken, dienstunbrauchbar werden etc., so haben die Landwehr-Bezirks-Commandeure dem Brigade-Commandeur dies sogleich zu melden. Letzterer hat zu entscheiden, ob der Rekrut auf ein Jahr, dies ist bis zur nächsten Aus-

*) Ers.-Instr. §. 140. 5.

**) Ers.-Instr. §. 90. 1. §. 88. §. 102 3. §. 50 8.

***) Ers.-Instr. §. 120 1 u. 2.

†) ib. §. 124. 1. §. 123.

††) Ers.-Instr. §. 124. 4.

hebung, event. nur bis zu einer der im Laufe der Zeit erforderlich werdenden Nachgestellungen zurückzulassen, oder ob derselbe unter Anrechnung auf das dem beteiligten Truppentheile zu überweisende Ersatz-Contingent in ein Militär-Lazareth aufzunehmen ist.

Dienstuntauglichkeit der Rekruten. *)

Das Verfahren bei Entlassung der Rekruten wegen Dienstunbrauchbarkeit ist formell dasselbe wie bei den schon länger dienenden Soldaten und geschieht auf Grund eines von dem mit der körperlichen Untersuchung beauftragten Arzte auszustellenden gehörig motivirten Attestes. Das Verfahren wird aber sachlich dadurch modificirt, dass Rekruten, welche eingestellt, aber noch nicht mit der Waffe ausgebildet sind, rücksichtlich ihrer Militärdienst-Brauchbarkeit wie Militärpflichtige**) beurtheilt werden, während für die Beurtheilung der event. im Laufe der Zeit eingetretenen Untauglichkeit der Soldaten die §§. 35 und 36 der Instruction der Militär-Aerzte besonders beachtet werden müssen.

Concurrenz des Generalarztes resp. kommissarisch ärztliche Untersuchung. *)**

Ferner ist für die Begründung der Dienstuntauglichkeit der Rekruten, wegen Fehler, welche, gleichviel ob sie vor oder nach der Aushebung entstanden sind, bei der bei Ankunft der Rekruten bei ihrem Truppentheile vorzunehmenden körperlichen Untersuchung gefunden werden, vorgeschrieben, dass am Sitze des General-Commandos der betreffende Rekrut dem Generalarzt des Corps und an andern Orten, an denen sich mehrere Ober-Militärärzte befinden, einer aus zwei bis drei derselben bestehenden Commission vorgestellt und von dieser für dienstunbrauchbar erklärt wird. An Orten, wo sich mehrere Ober-Militärärzte nicht befinden, ist die Entlassung event. von dem Truppentheile, unter Beifügung eines Gutachtens des Ober-Militärarztes des letzteren zu beantragen. Die Entlassung des Rekruten kann, sofern der Truppen-Commandeur der ärztlichen

*) §. 187. 4

**) Ers.-Instr. §. 187. 3.

***) ib. §. 187. 1.

Ansicht beitrith, sofort beantragt und von dem General-Commando verfügt werden.

Ermittelungen über angebliche schwer zu erkennende Krankheiten. *)

Geben Rekruten nach ihrem Eintreffen beim Truppentheile an, an Schwerhörigkeit, Epilepsie oder andern derartigen nicht sogleich erkennbaren Fehlern zu leiden, ohne dass die Ueberweisungslisten darüber eine Notiz enthalten, so haben die Truppen derartige Angaben sogleich der zuständigen Departements-Ersatz-Commission anzuzeigen. — Diese haben die nöthigen Ermittlungen anzustellen und das Resultat dem Truppentheil anzuzeigen.

Wie lange ist ein Soldat als Rekrut anzusehen? **)

Es kann kein Zweifel darüber entstehen, wie lange ein Soldat von seiner Einstellung ab als Rekrut im obigen Sinne anzusehen ist, wie lange daher das oben vorgeschriebene Entlassungsverfahren durch eine Commission zu beobachten ist. Der Chef hat unter dem 29. August 1865 entschieden, dass die vor Ablauf des 1. Dienstjahres als dienstuntauglich von den Truppen entlassenen Soldaten im Medicinalbericht als Rekruten anzusehen sind; dann früher sub 27. December 1858, *) dass Rekruten, welche noch nicht mit der Waffe ausgebildet sind, rücksichtlich der Beurtheilung ihrer Dienstbrauchbarkeit wie Militär- oder Ersatzpflichtige behandelt werden, dass aber nach den beim Garde-Corps bestehenden Dienstvorschriften die militärische Ausbildung der Rekruten bei der Infanterie im drei, bei der Cavallerie in vier Monaten beendet sein soll.

In diesem Sinne hat z. B. das General-Commando 5. Armee-Corps (sub 18. September 1868) bestimmt, dass die Vorstellung des Rekruten vor dem Generalarzt des Corps resp. vor der durch den Corps-Generalarzt zu ernennenden Commission, welche das von dem Truppenarzt auszustellende Attest mitunterzeichnet, für alle Individuen Anwendung finden soll, welche noch nicht volle drei Monate gedient haben. —

*) Ers.-Instr. §. 187. 2.

**) Chef 29. August 1865.

***) Chef 27. Decbr. 1858. — Ers.-Instr. §. 187. 3.

Im Nothfalle kann der Militar-Oberarzt durch einen Assistenzarzt vertreten werden. (Krm. 11. Dec. 1861.)*)

Untersuchung der Rekruten im Stabs-Quartiere auf ansteckende Krankheiten etc.

Die Untersuchung der Rekruten bei ihren Truppentheilen ist nicht zu verwechseln mit derjenigen, welche bei ihrer Sammlung am Stabs-Quartiere des Bezirks-Commandos angestellt wird und welche sich vorzugsweise auf ansteckende Krankheiten (Syphilis, Krätze, Augenkrankheiten) sowie event. auf Marsch- und Transportfähigkeit zu richten hat.

Das Vorhandensein eines ansteckenden Leidens resp. eines Leidens, welches die Reisefähigkeit behindert oder aufhebt, bedingt die Aufnahme in das nächste Militärlazareth, wo diese Rekruten als Passanten ihres Truppentheils geführt werden, bei Transportunfähigkeit in ein Militärlazareth kann die Aufnahme in eine Civil-Heilanstalt oder die Verpflegung in einem Bürger-Quartiere bez. unter Fürsorge der Ortsbehörde angeordnet werden.

Zu einer förmlichen Attestausstellung Seitens des Militärarztes kann eine derartige Untersuchung nicht führen, sondern derselbe wird sein Urtheil in der Regel kurz in die Mannschaftsliste eintragen.

**) Die zur Disposition zu entlassenden Mannschaften erhalten von ihrem Truppentheil einen Militärpass und Führungs-Attest.

Beurtheilung der Dienstunfähigkeit des Soldaten.

Für die Beurtheilung der Dienstuntauglichkeit resp. zur Begründung der Dienstuntauglichkeit der Soldaten sind im Allgemeinen die §§. 18—21 der Instruction für Militärärzte,***) welche diejenigen Fehler enthalten, welche nur zu bestimmten Waffen (§. 18), welche im Frieden von der Einstellung ausschliessen, im Kriege aber nicht in Betracht kommen können (§. 19), welche während der Dauer des Leidens unbrauchbar machen

*) Krm. 11. Decbr. 1861.

**) Ers.-Instr. §. 190. 3.

***) Instr. f. M.-Aerzte §§. 18—21. S. Beil. I.

(§. 20) und welche für immer unbrauchbar machen (§. 20) zu Grunde zu legen, indem im Allgemeinen der Grundsatz gilt, dass Fehler, welche bei Militärpflichtigen die Einstellung verhindern, auch bei Soldaten, wenn sie nach der Einstellung entstehen, die Dienstuntauglichkeit begründen.

*) Für die Beurtheilung der Dienstuntauglichkeit der Rekruten gilt dies vollkommen, indem dieselben rücksichtlich ihrer Militärdienstbrauchbarkeit, wie Militär-Dienstpflichtige beurtheilt werden.

Benutzung der Instruction für Militär-Aerzte bei Beurtheilung der Dienstuntauglichkeit der gedienten Soldaten.)**

Dagegen können die in der Instruction für Militärärzte aufgestellten Grundsätze bei der ärztlichen Untersuchung bereits gedienter Soldaten, welche nach kürzerer oder längerer Dienstzeit entweder sich selbst als dienstunfähig angeben oder von den Truppen dafür angesehen werden, hinsichtlich der Beurtheilung ihrer Dienstunfähigkeit nur im Allgemeinen Anwendung finden, und können nicht alle und jede körperliche Fehler wegen derer die Einstellung eines Militärpflichtigen unstatthaft erscheint, auch als ein Grund zur Unbrauchbarkeit eines sich schon im Dienste befindenden und ausgebildeten Soldaten gelten. Es findet hier ein wesentlicher Unterschied statt und es kann bei der Erklärung der Dienstunfähigkeit bereits ausgedienter Soldaten nicht genau und streng genug verfahren werden, weil das Heer durch das Ausscheiden der bereits ausgebildeten Leute einen Verlust erleidet, der durch die Einstellung eines Rekruten nicht sobald zu ersetzen ist. Es dürfen daher auch in Reih und Glied stehende und bereits ausgebildete Soldaten mit einfachen Leisten- und Schenkelbrüchen, wenn diese sich durch ein passendes Bruchband zurückhalten lassen und keine Beschwerden verursachen, nicht nach den für die Militärpflichtigen aufgestellten Grundsätzen für nicht vollkommen dienstfähig erachtet und ebensowenig dürfen Soldaten, die während ihrer Dienstzeit solche Uebel erlangt haben, welche nach §. 21 bei noch nicht eingestellten Militärpflichtigen Dienstuntauglichkeit bedingen würden, unter allen Umständen für ganz untauglich zum Militärdienste erklärt

*) Ers.-Instr. §. 187. 3.

**) Instr. f. M.-Aerzte §. 36.

werden. Es ist vielmehr zu unterscheiden, ob und in welchem Grade der Soldat durch den betreffenden Fehler in seinen Dienstverrichtungen gehindert wird oder nicht, und im ersten Falle ob er durch denselben nur unfähig zum Felddienste, oder auch unbrauchbar zu dem minder beschwerlichen Garnisondienst, mithin ganz dienstuntauglich zu erachten ist, und es darf die Untauglichkeit in keinem Falle früher ausgesprochen werden, als bis der Arzt sich entweder aus der Beschaffenheit des vorhandenen Uebels, oder der bei innern Krankheiten durch eine ohne Erfolg angewendete Kur und hinlänglich lange Beobachtung des Individuums davon überzeugt hat, dass die Gebrechen desselben ihn zur Erfüllung des Dienstes entweder nur bei Feldtruppen oder auch bei Garnisontruppen unfähig machen.

Arten der Dienstuntauglichkeit. *)

Die Dienstunfähigkeit ist ihrer Natur nach entweder eine für das ganze Leben andauernde, oder eine vorübergehende temporäre, **) sie ist ferner entweder eine vollständige, zu jedem Militärdienst untauglich machende, oder eine unvollständige, insofern sie zwar die Felddienstunfähigkeit begründet, aber die Garnisondienstfähigkeit noch erhält. Diese Unterscheidungen sind indess von den Aerzten der Truppen in den von diesen auszustellenden Attesten nicht zu machen, da alle Individuen, welche Unbrauchbarkeit halber vor erfüllter Militär-Dienstpflicht zur Entlassung kommen, sich noch vor die Ersatzbehörden ihrer Heimath zu stellen haben und erst von diesen definitiv über sie entschieden wird. Diese Individuen sind stets nur als für jetzt dienstuntauglich zu bezeichnen. ***)

Atteste.

Beschaffenheit der Dienstuntauglichkeits-Atteste. †)

In den Attesten, welche der Arzt über die zum Militärdienst unbrauchbar befundenen Militärpflichtigen (event. Rekruten) auszustellen hat, müssen die bei der Untersuchung vorgefundenen Fehler oder Krankheiten kurz und bündig, jedoch genau

*) Instr. f. M.-Aerzte. §. 35.

**) Cirk. 8. Decbr. 1829 ad 1

***) Ers.-Instr. §. 51. 2.

†) Instr. f. M.-Aerzte §. 41. ib. §. 42.

verständlich und soweit wie möglich mit Angabe des deutschen Namens der Krankheit mit ihrer Einwirkung auf die Dienstfähigkeit nach Massgabe der im §. 15 der Instruktion für Militärärzte ad b. c. d (nicht vollkommen dienstfähig, zur Zeit dienstunbrauchbar, für immer unbrauchbar zum Militärdienst) angeführt werden.

Ferner ist in demselben immer die Behörde anzugeben auf deren Requisition die Untersuchung stattgefunden hat. Die Darstellung der Gründe der Dienstuntauglichkeit muss kurz und deutlich sein, der Grad und die Veranlassung muss angegeben werden, so weit sie dem Arzte aus der Behandlung des Individuums oder auf einem andern Wege bekannt geworden ist und ausdrücklich bemerkt werden, dass die Dienstfähigkeit nicht durch den Dienst entstanden ist. Bei Entstehung in Folge des Dienstes etc. handelt es sich um Invalidität, darüber s. unten.

*) Für die Ausstellung der Dienstuntauglichkeits-Atteste ist endlich der §. 44 der Instruction für Militärärzte ebenso massgebend, wie für alle förmlichen Atteste, wie dies bereits im allgemeinen Theile berührt worden ist.

b) Im Besonderen.

Eine besondere Erörterung erheischen noch einige Fehler, welche Veranlassung zur Dienst-Untauglichkeit werden können, und zwar:

a) Angebliche, schwer zu erkennende Krankheiten und Gebrechen.**)

Die Angabe von einigen Krankheiten und körperlichen Gebrechen, deren Constatirung nicht immer leicht, zumal auf Grund einer einmaligen kurzen Untersuchung nicht immer möglich ist, welche daher nicht selten vorgeschützt oder wirklich nachgeahmt und erkünstelt werden, kommt zunächst bei der Ersatz-Aushebung vor. Die Kreis-Ersatz-Commission hat in solchen Fällen, nachdem sie ausser fremden ärztlichen Zeugnissen noch besonders von den Gemeinde-Vorstehern, Ortspolizei-Behörden, Geistlichen und Lehrern, sowie von den-

*) Instr. f. M.-Aerzte §. 44. S. S. 11.

***) Instr. f. M.-Aerzte §. 22. — Ers.-Instr. §. 74. 3. 4. — 1. Beim Ersatz-Geschäft. — Cfr. §. 187. ad 2 der Ers.-Instr.

jenigen Militärpflichtigen, welche mit dem angeblich Untauglichen nähere Bekanntschaft gehabt, Zeugnisse angenommen bez. eingezogen hat, wenn sie keine genügende Ueberzeugung von dem Vorhandensein angeblicher Uebel gewinnt, die Departements-Ersatz-Commission auf diese Militärpflichtigen besonders aufmerksam zu machen und event. deren versuchsweise Einstellung event. die Aufnahme in ein Militärlazareth anheim zu stellen, sofern nicht etwa genügende Gründe vorhanden sind, wider einen solchen Militärpflichtigen wegen Simulation die gerichtliche Bestrafung zu beantragen.

Es folgt hieraus, dass unter den neueingestellten Rekruten stets einige mit derartigen Leiden angeblich Behaftete sein werden, über welche die Ersatz-Behörden nicht haben entscheiden können, die daher versuchsweise resp. Behufs Feststellung des angeblichen Leidens den Truppentheilen überwiesen werden.

Es wird in diesen Fällen sogleich dem betreffenden Lazareth oder Truppentheile von der vermeindlichen Krankheit oder körperlichen Gebrechen des Militärpflichtigen Kenntniss gegeben, um denselben der sorgfältigsten Beobachtung zu unterwerfen.

*) Epilepsie darf Seitens der Ersatz-Commission erst als vorhanden angenommen werden, wenn mindestens drei glaubhafte Zeugen an Eidesstatt vor einem Mitgliede der Kreis-Ersatz-Commission oder einer andern Behörde protokollarisch erklären, dass und in welcher Weise sie selbst die epileptischen Zufälle an den betreffenden Militärpflichtigen wahrgenommen haben. Die solchergestalt aufgenommenen Verhandlungen werden Seitens der Kreis-Ersatz-Commission der Departements-Ersatz-Commission vorgelegt.

**) Die im Sinne vorstehender Bestimmungen versuchsweise Eingestellten können, wenn die angegebenen geistigen oder körperlichen Leiden und Gebrechen wirklich vorhanden sind, nach §. 187 der Ersatz-Instruction wegen Dienstunbrauchbarkeit entlassen werden. (S. ob.)

*) Ers.-Instr. §. 74. 5.

**) ib. §. 106. 2.

2. Bei der Rekruten-Einstellung.

*) Geben Rekruten bei ihrer Einstellung an, an derartigen Uebeln zu leiden, ohne dass die Ueberweisungslisten darüber eine Notiz enthalten, so hat der Truppentheil sogleich der Departements-Ersatz-Commission davon Anzeige zu machen, welche dann die erforderlichen Ermittlungen anstellt, und das Resultat dem Truppentheile mittheilt. — Natürlich können aber derartige Leiden bei gedienten Soldaten ebenso sich später einstellen resp. von denselben vorgeschützt und erkünstelt werden.

Zu den in Rede stehenden Leiden gehören: Der Wahnsinn nebst den übrigen Seelenkrankheiten, die Epilepsie und andere Convulsionen und Krämpfe, Gliederzittern, Starrsucht, Schwindel, Nachtwandeln, chronische Gicht und chronischer Rheumatismus, Augen-Entzündungen, Gesichtsschwäche, schwarzer Staar, Nacht- und Tagblindheit, Taubheit, Stummheit, Engbrüstigkeit, Bluthusten, Blutbrechen, Blutharnen, Unvermögen den Urin zu halten und nächtliches Bettpissen, Lähmung der einen oder anderen Extremitäten, und ausserdem auch Windgeschwülste des Hodensackes oder an anderen Theilen.

β) Die contagiöse Augenentzündung.

Einfluss der contagiösen Augenentzündung auf die Diensttauglichkeit Militärpflichtiger.

**) Zum Militärdienst für jetzt und zur Zeit wo die Untersuchung Statt findet, und während der Dauer des Uebels unbrauchbar zu erachten sind: 3) Diejenigen, welche an solchen Krankheiten oder körperlichen Fehlern leiden, welche wahrscheinlicher Weise durch Arzneimittel oder durch eine chirurgische Operation zu beseitigen sind, als b) Entzündungen der Augen und Augenlider, insofern sie nicht habituell sind und nicht auf Dyscrasie beruhen, sowie Schleimfluss der Bindehaut und dessen Folgen: chronische Röthung, Auflockerung und Granulationen der Bindehaut. —

*) Ers.-Instr. §. 187. 2.

**) Instr f. M.-Aerzte §. 20. 3 b.

Primäre Granulationen gestatten die Einstellung. *)

Einfache primäre Granulationen aber schliessen, die übrige Tauglichkeit vorausgesetzt, nicht von der Einstellung resp. Aushebung aus. Die im §. 20 3b. genannten Bezeichnungen „Auflockerung und Granulation“ gehören zusammen und sind Folgekrankheiten. Leute mit primären Granulationen sind unbedenklich einstellbar, doch ist die Einstellung solcher Leute eine Sache von Wichtigkeit und erfordert die ganze Aufmerksamkeit und pflichtmässige Thätigkeit der Truppenärzte, aber zu umgehen ist sie nicht, wenn nicht viele tüchtige Leute der Armee entzogen werden sollen. Derartige Granulationen geringer Art verschwinden nach den gemachten Beobachtungen mitunter auch von selbst oder weichen doch sehr oft einer einfachen ärztlichen Behandlung.

**) Dagegen begründet chronische habituelle Entzündung eines Auges oder beider Augen und Augenlider die Untauglichkeit zum Militärdienst für immer.

Wiedereinstellung früher augenkrank gewesener zur Disposition entlassener Soldaten. *)**

Die Militärärzte werden aufgefordert, bei Untersuchung früher augenkrank gewesener, zur Disposition der Ersatzbehörden entlassener Soldaten, (welche gemäss §. 51 ad 2 und 3 der Ersatz-Instruction beurtheilt werden) mit der grössten Aufmerksamkeit und Vorsicht zu Werke zu gehen, damit einerseits Missbräuche, die durch Erkünstelung von Augenlider Entzündung herbeigeführt werden könnten, verhütet werden, andererseits aber nicht solche Leute wieder eingestellt werden, bei denen die Spuren der frühern contagiösen Augenkrankheit nicht völlig verschwunden sind. †) Für die Garden und Jaeger ist keiner der vor beendigter Dienstzeit Entlassenen wieder auszuheben.

††) Desgleichen sollen nicht solche Leute für einstellungsfähig erklärt werden, welche früher in ihrem Civilverhält-

*) Cirk. 12. Decbr. 1861. — Krm. 25. März 1861.

**) Instr. f. M.-Aerzte §. 21. 8.

***) Cirk. 5. März 1823 ad 1.

†) Ers.-Instr. §. 51. 5.

††) Cirk. 20. Mai 1844 ad 1.

niss an der contagiösen Augenkrankheit gelitten haben und bei welchen die Spuren hiervon, als chronische Röthe, sammetartige Auflockerung und Granulation der Augenlider - Bindehaut nicht ganz geschwunden sind. Dies ist besonders für die Ersatz-Mannschaften der Garde zu beachten.

Beurlaubung resp. Entlassung wegen contagiöser Augenentzündung.*)

Wenn nun aber Soldaten von der contagiösen Augen-Entzündung ergriffen werden (sei es, dass durch die Einwirkung der dienstlichen Schädlichkeiten die mit primären Granulationen Behafteten an höhern Graden der contagiösen Augenentzündung erkranken, sei es, dass ganz Gesunde durch Ansteckung**) davon ergriffen werden), so sind dergleichen Individuen, besonders bei den höhern Graden der Krankheit, wenn es nach einer mehrmonatlichen ärztlichen Behandlung in den Lazarethen und Beobachtungs-Anstalten nicht gelungen ist, den normalen Zustand der Augenlider-Bindehaut zurückzuführen, nach der Kriegsministeriellen Verfügung vom 19. Juli 1821 in ihre Heimath zu beurlauben oder selbst vor Beendigung ihrer Dienstzeit in die Reserve zu entlassen, wenn namentlich eine chronische Röthung, Auflockerung und Granulation jener Haut zurückgeblieben ist. Dieselben müssen aber nach dem Zeugniß des betreffenden Arztes in der Reconvalescenz so weit vorgeschritten sein, dass eine Ansteckungsfähigkeit bei denselben nicht mehr stattfindet, namentlich darf jene Röthung und Auflockerung der Bindehaut nicht mehr mit krankhafter Schleimabsonderung, Schmerz oder Empfindlichkeit des Auges oder anderen Beschwerden verbunden sein, vielmehr müssen diese krankhaften Erscheinungen vor der Entlassung beseitigt worden sein. Das früher (nach Cirk. 15. August 1821 ad 1) über jeden zu Entlassenden von dem betreffenden Militärarzte auszustellende beim Truppentheil als Belag verbleibende Attest, dahin lautend, „dass der N. N. durch die noch zurückgebliebenen Spuren der contagiösen Augenkrankheit in seinem Selbsterwerbe nicht behindert werde“, ist wohl nicht mehr erforderlich, da bei der In-

*) Cirk. 15. August 1821. — Krm. 19. Juli 1821.

**) Regul. bei ansteckenden Krankheiten vom 8. August resp. 25. October 1835 §. 62 ad 2.

validisirung die Erwerbsfähigkeit ohnehin in Frage kommt und bei der Entlassung zur Disposition der Ersatz-Behörden so wichtige Sehstörungen, dass dieselben den Selbsterwerb hindern könnten, nicht vorhanden sein dürfen.

Vor ihrer Entlassung in die Heimath müssen die in Rede stehenden Individuen übrigens durch ein lauwarmes Seifenbad, ihre Kleidungsstücke aber, nach Beschaffenheit des Materials durch Waschen und Räuchern gereinigt werden.

Verhütung der Ansteckung durch entlassene Soldaten.*)

Zur Verhütung der Fortpflanzung des Contagiums in der Civilbevölkerung durch derartig entlassene augenkrankte Reconvalescenten erhalten die Königl. Regierungen durch die Truppentheile namentliche Listen mit Angabe des Wohnorts von den in ihre Heimath zu entlassenden Leuten. Die Regierungen benachrichtigen Ihrerseits die Kreis- und Medicinalbeamten, Ortsvorsteher und Aerzte, welche sich an dem Orte des in die Heimath Entlassenen oder in dessen Nähe befinden, mit der Aufforderung ein vorzügliches Augenmerk auf jene Reconvalescenten zu richten. —

Das Publicum ist durch Amtsblatt über die gegen solche Reconvalescenten zu beobachtenden Vorsichtsmassregeln zu belehren. — Die Aerzte, die dergleichen Kranke behandeln, haben über jeden derselben ein genaues Journal zu führen und von 10 zu 10 Tagen mittelst Einsendung desselben an die Regierung zu berichten. — Bei etwa eintretenden Rückfällen aber ist ein solcher Kranker, wenn er noch nicht über Jahr und Tag aus dem Heere entlassen ist, ohne Weiteres dem nächsten Militär-Lazareth zur freien Kur und Pflege zu überweisen, wogegen ältere Reserve- und Landwehr-Mannschaften der Obsorge der Civilbehörden anheimfallen.

Entscheidung der Departements-Ersatz-Kommission.)**

Die vorgedachten, nach überstandener contagiöser Augenkrankheit, wegen zurückgebliebener, in den Lazarethen nicht zu beseitigender Reste dieses Uebels von den Truppen in ihre Heimath entlassenen Soldaten müssen sich gleich den andern

*) Cirk. 18. Febr. 1822, — Regul. §. 62 ad 4. — Krm. 19. Juli 1821.

**) Cirk. 5. März 1823 ad 1.

vor erfüllter Dienstzeit wegen temporärer Unbrauchbarkeit Entlassenen zur abermaligen Prüfung ihres Gesundheitszustandes vor der nächsten Departements-Ersatz-Kommission stellen und weitere Bestimmungen über sich erwarten.

Die Ausdrücke „untauglich“ und „unbrauchbar“ sind in den bezüglichen Attesten nicht anzuwenden. *)

Diese Individuen des aktiven Heeres, welche nach überstandener contagiöser Augenentzündung bei noch schwacher Röthung und Auflockerung der Augenlidbindehaut, aber bei völliger Freiheit von Schleimabsonderung, Schmerzen und Empfindlichkeit des Auges, in die Heimath entlassen werden sollen, sind nicht als dienstunbrauchbar, sondern nur vorläufig zur Disposition der Ersatz-Behörden zu entlassen und demgemäss sind die ärztlichen Atteste auszustellen. — Diese Bestimmung ist durch die Instruction für Militärärzte vom 9. December 1858 nicht aufgehoben. **) Die Ausdrücke untauglich und unbrauchbar sind also in diesen Attesten zu vermeiden, da die Entlassenen sonst, mögen sie im Selbsterwerbe behindert sein oder nicht, als Invaliden mit Anspruch auf Pension anerkannt werden müssen, und ist die Nothwendigkeit der Entlassung unter Berufung auf die kriegsministeriellen Erlasse vom 19. Juli 1821 und 23. Juni 1837 zu attestiren.

In Betreff der contagiösen Augenentzündung, insofern dieselbe Invaliden-Ansprüche ***) begründet und der in späterer Zeit geltend gemachten Ansprüche wegen angeblich während der aktiven Dienstzeit überstandener contagiöser Augenentzündung s. das Capitel über Invalidität.

Verhältniss der granulösen Augenkrankheit zur contagiösen. †)

Von grosser Wichtigkeit für die Ausfertigung der Dienstuntauglichkeits-Atteste wegen der contagiösen Augenentzündung ist endlich nachfolgende, anlässlich eines Specialfalles, in welchem ein Oberstabsarzt die „granulöse“

*) Krm. 23. Juni 1837.

**) Krm. 26. August 1861.

***) Invalidität durch die contagiöse Augenentzündung s. später S. 159 u. 167.

†) Krm. M.-M.-Abtheilung 11. März 1870.

Augenkrankheit nicht als „contagiöse“ bezeichnen zu dürfen glaubte, gegebene Verfügung des Krm. Militär-Medicinal-Abtheilung. Die Frage, ob eine während des aktiven Dienstes überstandene granulöse Augenkrankheit, die eine Unbrauchbarkeit zum ferneren Militärdienst und eine theilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge gehabt hat, im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen gleichbedeutend mit einer contagiösen Augenkrankheit zu erachten ist (wenn auch die Krankheit nur vereinzelt in dem Truppentheile vorgekommen und ihre Entstehung weder durch Ansteckung im Truppentheile nachweisbar ist, noch eine Weiterverbreitung derselben in dem Truppentheile stattgefunden hat, was hierbei nicht in Betracht kommt) ist von der Medicinal-Abtheilung des Kriegsministeriums vollkommen bejaht worden. Der reglementarische Ausdruck „contagiöse Augenkrankheit“ ist in den ärztlichen Attesten auch ferner beizubehalten, jedoch steht es dem Arzte frei, die technische Bezeichnung „granulös“ etc. als Erläuterung beizufügen. Der allgemeine Ausdruck „contagiöse“ statt „granulöse“ Augenkrankheit ist aus praktischen wohlerwogenen Gründen gewählt worden. Die Granulationen nämlich, deren Benennung vom einem Vergleiche mit den sich in heilenden Wunden entwickelnden Fleischwärtchen herrührt, sind nur eine Theilerscheinung jener gefährlichen Augenkrankheit, die sonst auch als „militärische oder ägyptische“ bezeichnet wird und bilden in zwei Formen derselben, das hervorragendste Symptom, in den übrigen aber treten sie der Art gegen andere Erscheinungen zurück, dass man die letzteren Formen mit besonderen Namen (granulirender Catarrh, akute und chronische Blenorrhoe) belegt hat, deshalb empfahl es sich für die gesetzlichen Bestimmungen statt einer complicirten Nomenclatur eine Bezeichnung zu wählen, die das charakteristische Merkmal der betreffenden Augenkrankheit und zugleich deren für die Armee wichtigste Eigenschaft im Namen selbst zum Ausdruck bringt. Dies Merkmal ist die Ansteckungsfähigkeit, welche allen, auch die speciell als granulös bezeichneten Formen anhaftet, sobald sie mit Secretion verbunden sind.

Führt eine granulöse Augenkrankheit zu den die Dienstfähigkeit beeinträchtigenden Veränderungen, so ist sie durch ein

Stadium der Contagiosität durchgegangen. — Dass die durch Uebertragung von Trippersecret entstehende und ebenfalls ansteckende Augenentzündung im gesetzlichen Sinne nicht derjenigen Augenkrankheit beigezählt werden kann, welche event. auf Invaliden-Benefizien Anspruch gewährt, bedarf keiner weiteren Ausführung, weil in einem solchen Falle die ausserdienstliche Krankheitsursache nachzuweisen und die Dienstunbrauchbarkeit selbst verschuldet ist, resp. den Betreffenden zum Vorwurfe gereicht. In dieser Richtung kann daher der Gebrauch des Wortes „contagiöse Augenentzündung“ zu Missverständnissen nicht führen.

γ) Dienstuntauglichkeit durch Leisten- und Schenkelbrüche.*)

Leisten- und Schenkelbrüche, die durch ein Bruchband zurückgehalten werden können, sowie in sehr ausgesprochenem Grade vorhandene anatomische Anlage zu Brüchen, insbesondere zum Leistenbruche, durch erwiesene abnorme Erweiterung des äussern und innern Leistenringes und des Leistenkanals machen Dienstpflichtige (und daher auch Rekruten) zur Zeit des Friedens nicht einstellungsfähig, kommen aber während des Krieges und einer damit verbundenen ungewöhnlichen Ergänzung des Heeres nicht in Betracht, bedingen daher, die übrige Brauchbarkeit vorausgesetzt, die Designirung zur Ersatzreserve I. Klasse.

Bei Oekonomie-Handwerkern.

Oekonomie-Handwerker können mit Hernien eingestellt werden, wenn dieselben die vorgeschriebene militärische Ausbildung möglich machen, resp. nicht allzu schwierig machen.

**) Hernien bei Oekonomie-Handwerkern, welche sich durch ein Bruchband zurückhalten lassen, dürfen doch nie so bedeutend sein, dass deren durch den Krm.-Erlass vom 7. November 1860 (Militär-Wochenblatt 1860, S. 312) vorgeschriebener militärischen Ausbildung zu grosse Schwierigkeiten entgegenstehen.

*) Instr. f. M.-Aerzte §. 19. 1.

**) Krm. 7, Novbr. 1860. — Krm. 23. Novbr. 1861.

Diensuntauglichkeits-Atteste über Oekonomie-Handwerker.*)

Bei Beurtheilung der Dienstuntauglichkeit der Oekonomie-Handwerker handelt es sich darum, ob der Betreffende mit Rücksicht auf seine Bestimmung als Handwerker zum Militärdienst tauglich ist. Es muss daher das resp. Dienstuntauglichkeitsattest, besonders wenn das betreffende Individuum die vorgeschriebene militärische Ausbildung bereits erlangt hat, ein Urtheil darüber enthalten, ob dasselbe fähig ist, den Dienst als Handwerker zu leisten oder nicht, und es wird neben der Untauglichkeit zum Militärdienst überhaupt noch die Unbrauchbarkeit zum Handwerkerdienste auszusprechen sein.

Brüche bei der Einstellung.

**) Grosse und solche Brüche am Unterleibe, die wegen Vernachlässigung nicht zurückgebracht werden können, oder sich durch ein Bruchband schwer oder gar nicht zurückhalten lassen, bedingen bei Dienstpflichtigen (resp. Rekruten) die Militärdienst-Untauglichkeit für immer. Hiernach sind Dienstpflichtige und Rekruten, welche sich vor ihrer Einstellung Brüche zugezogen haben, zu beurtheilen.

Bei gedienten Soldaten.*)**

Ausgebildete Soldaten dagegen, welche sich während ihrer Dienstzeit Brüche zuziehen, welche sich durch ein Bruchband zurückhalten lassen und keine Beschwerden machen, sind nicht als dienstuntauglich zu entlassen, sondern erhalten auf Grund eines militärärztlichen Attestes ein passendes Bruchband aus einer Dispensir-Anstalt auf Kosten des Arznei-Verpflegungs-Fonds und dienen weiter.

†) Mit bedeutenden Brüchen behaftete Soldaten, deren Leben und Gesundheit durch die Fortsetzung des Dienstes gefährdet erscheint, sind als unbrauchbar zu bezeichnen.

††) Wenn der Bruch im Dienste erworben wurde, so ist dies alsbald festzustellen und von dem Truppenführer alsbald ein Dienstbeschädigungs-Attest darüber auszustellen, das

*) Chef 18. Novbr. 1862.

**) Instr. f. M.-Aerzte §. 21. 46.

***) Instr. f. M.-Aerzte §. 36. — Cirk. 28. August 1835.

†) Arznei-Verpflegungs-Instr. §. 18. — Cirk. 12. Februar 1840.

††) Krm. 5. Januar 1832. — Krm. 30. Januar 1832.

Attest ist dem Mann bei seiner Entlassung mitzugeben Behufs seiner Legitimation vor der Landwehr-Behörde bei Erneuerung des Bruchbandes.

*) Diese Leute, welche von den Truppen nach Erfüllung ihrer Dienstpflicht entlassen werden und mit im Dienst erhaltenen Bruchschäden behaftet sind, welche durch ein Bruchband zurückgehalten werden können, nehmen die Bruchbänder, die sie während ihrer Dienstzeit erhalten haben, bei ihrer Entlassung in die Heimath mit und erhalten nach Massgabe des Gebrauches während der Zeit, wo sie sich im Kriegsreserve- und Landwehr-Verhältnisse befinden, neue Bruchbänder. — Behufs Erneuerung eines Bruchbandes wenden sich dieselben an die Landwehr-Bezirks-Commandos, welche ihnen auf Grund des Dienstbeschädigungs-Attestes, welches den Liquidationen bei der Königlichen Corps-Intendantur beigelegt wird, ein neues Bruchband verabreichen. — Die Intendantur bemerkt auf dem Atteste die neue Verabfolgung und remittirt dasselbe sofort. Die Tragezeit eines Bruchbandes ist auf zwei Jahre festgesetzt. Können die Bruchbänder durch Reparatur auf längere Zeit brauchbar gemacht werden, so werden die diesfälligen Kosten liquidirt und angewiesen. Kleine Reparaturen an dem Lederüberzuge haben die Mannschaften selbst zu besorgen.

**) Eine frühere Verabreichung neuer Bruchbänder vor zwei Jahren kann nur ausnahmsweise stattfinden, wenn das alte Bruchband ohne Schuld des Trägers vor Ablauf von zwei Jahren unbrauchbar geworden ist.

Bei Reservisten und Landwehrmännern.

Den im Reserve-Verhältniss stehenden Leuten und den Landwehr-Männern 1. Aufgebots können in Rücksicht auf die Einziehung derselben zu den grossen Landwehrübungen Bruchbänder selbst dann verabreicht werden, wenn sie sich den Bruchschaden auch bei nichtdienstlicher Veranlassung zugezogen haben sollten, insofern nur der Bruch durch ein Bruchband zurückgehalten werden kann. — Landwehrmänner des 2. Aufgebotes, die erst in heimathlichen Verhältnissen sich einen Bruchschaden zuziehen, erhalten so lange sie nicht im

*) Krm. 5. Januar 1832. — Krm. 29. März 1836.

**) Krm. 2. Novbr. 1858.

Dienst, sondern nur zu Controlversammlungen einkommen, auf Kosten des Staates kein Bruchband; dagegen können in einzelnen Fällen und ohne deshalb einen Anspruch zuzugestehen, Leuten, welche mit im Dienst erhaltenen Bruchschäden entlassen werden, im Landwehr-Verhältnisse des 2. Aufgebots und ausnahmsweise selbst nach dem Ausscheiden aus letzterem, wenn es nach den Vermögens-Verhältnissen nöthig erscheint, die Bruchbänder erneuert werden.

Vorstehende Bestimmung wird auch nachdem die Theilung der Landwehr in ein I. und II. Aufgebot aufgehört hat, bei Beurtheilung vorkommender Fälle als Anhalt dienen können.

*) Die Kosten der Bruchbänder (und Suspensorien), welche an Mannschaften des Reserve- und Landwehr-Verhältnisses verabreicht werden, werden bei Tit. 27 der General-Militärkasse liquidirt und durch die Rechnungen der betreffenden Lazareth-Commissionen ausgebracht. Sämmtliche, auch an die Mannschaften der Reserve und Landwehr zu verabreichenden Bruchbänder werden aus den Beständen der Dispensiranstalten genommen und auf Kosten des Medicamenten-Fonds angekauft.

Die Verabfolgung an die genannten Mannschaften kann Seitens der Dispensiranstalten in der Regel nur auf Requisition der Landwehrbataillone, welche die Ansprüche zu prüfen haben resp. die Beschaffung für Rechnung derselben erfolgen. — Die Anmerkung zu §. 30 der Instruction über die Versorgung der Armee mit Arzneien etc. wird hierdurch aufgehoben, so wie die im Cirk. vom 7. Mai 1836 ad 5 und 10 April 1841 ad 2 gegebenen Bestimmungen hierdurch modificirt werden.

Atteste über die Verausgabung von Bruchbändern.)**

Die erfolgte Verausgabung von Bruchbändern (und Suspensorien) aus den Beständen der Dispensiranstalt ist durch besondere von dem ordinirenden Arzte auszustellende und der betreffenden Verbandmittel-Berechnung beizufügende Atteste nachzuweisen, in denen die Nothwendigkeit des Bruchbandes

*) Cirk. 25. Juli 1847. — Krm. 11. Mai 1847.

**) Arznei-Verpflegungs-Instruction §. 33.

etc. für den N. N. und die erfolgte Verabreichung und Anlegung desselben zu bescheinigen ist.

*) Bei einberufenen Reservisten oder Wehrmännern ist noch hinzuzufügen, dass der Bruch nicht zur Zeit der Uebung etc. erworben und dass zur Zeit zum ersten Male ein Bruchband dagegen verabfolgt worden ist.

Brüche bei Gensdarmen und Grenzaufsehern.)**

Die Anstellung bei der Gensdarmmerie wird durch einfache leichte Bruchschäden, welche nicht zu grossen Umfang haben, durch ein Bruchband vollständig zurückzuhalten sind und keine Beschwerden machen, mithin die Felddienstfähigkeit nicht beeinträchtigen, nicht behindert. Dasselbe gilt von der Anstellung im Grenzdienste.

Bei Kranken- und Kasernenwärtern.*)**

Versorgungsberechtigte Individuen, welche als (Kranken- oder Kasernen)-Wärter angestellt werden sollen, sollen vorher oberärztlich untersucht werden, ob und mit welcher Art von Bruchschäden sie etwa schon behaftet sind, ob diese ihre Beschäftigung als Wärter ohne Nachtheil für den Dienst zulassen und ob die Individuen mit den nöthigen Bruchbändern zur Zurückhaltung ihrer Schäden versehen sind oder nicht. Im ersteren Falle erfolgt für die Dauer ihres Dienstes die Instandhaltung ihrer Bruchbänder und deren nöthig werdender Ersatz durch neue auf Kosten des Medicamenten-Fonds. Im letzteren Falle, wenn der Bruchschaden nach dem oberärztlichen Zeugnisse die Annahme des Individuums als Wärter nicht hindert, wird ihm das erforderliche Bruchband auf Kosten des Medicamenten-Fonds unentgeltlich verabreicht und für die Dauer seines Dienstes unterhalten.

Ebenso erhalten diejenigen Wärter während der Dauer ihres Dienstes die für sie nöthig werdenden Bruchbänder unentgeltlich auf Kosten des Medicamenten-Fonds, welche sich bei der Ausübung ihrer Dienstpflichten Bruchschäden zuziehen.

*) Cirk. 10. April 1841 ad 2.

**) Instr. f. M.-Aerzte §. 34.

***) Krm. 26. Novbr. 1838. — Cirk. 19. Januar 1839. Lazareth-Reglem. Anmerk. zu §. 559.

Invalidität durch Bruchschäden.

Im Dienste acquirirte Bruchschäden können übrigens durch spätere Verschlimmerung des Leidens und Beschränkung der Arbeits- und Erwerbsfähigkeit zur Invalidität führen, wenn sie den im §. 21. 42 angegebenen Grad erreichen und nicht nachgewiesen werden kann, dass den Betreffenden hierbei eine Vernachlässigung oder eigene Schuld trifft. cfr. Invaliden-Atteste.

d) Dienstuntauglichkeit durch Geisteskrankheiten.*)

Geisteskranke Soldaten werden zunächst einem Garnison-Lazareth übergeben, jedoch nur während der Beobachtungsperiode resp. so lange als nöthig ist um die Natur der Krankheit und auch zu ermitteln, dass dieselbe nicht eine kurz vorübergehende, nur einige Wochen dauernde, in dem Lazareth nicht zu hebende ist.

Beobachtung im Lazareth.

Diese Beobachtungsperiode ist um so mehr abzukürzen, wenn der Kranke wegen Tobsucht und Neigung zu gefährlichen Handlungen grössere Aufsicht erfordert und Störungen im Lazareth verursacht. Auch ist selbst bei Blödsinnigen und solchen Schwermüthigen, durch welche die Sicherheit anderer Personen und Kranker nicht direkt gefährdet wird, die Beobachtung nicht so weit auszudehnen, dass die Heilversuche darüber leiden, und die Aufnahme in eine Irrenheilanstalt durch die längere Dauer der Krankheit erschwert oder erfolglos gemacht wird.**)

Aufnahme in Irren-Heilanstalten.*)**

Solche Kranke, bei denen die Krankheit als chronische, zwar schwer zu beseitigende, aber noch heilbare bezeichnet wird, sind in Irren-Heilanstalten aufzunehmen. (Diese übernehmen bei ihrer Gründung, wenn die Staatskasse irgendwie dabei concurrirt, die Verpflichtung, eine bestimmte Anzahl von Freistellen für Militärs resp. die Aufnahme von Offizieren gegen ermässigte Pensionssätze, und sind auch sonst veranlasst bei ihrer Gründung hierauf zu rücksichtigen.

*) Fr.-Laz.-Reglem. § 180—192.

**) Cirk. 7. Jannar 1827 ad 1. — Cirk. 26. Mai 1829.

***) A. C.-O. 15. Mai 1829. — M.-Oek.-Dep. 14. Mai 1829.

Aerzliches Attest Behufs Aufnahme in eine Irrenanstalt.

Die Unterbringung geisteskranker Soldaten geschieht durch die General-Commandos nach Anhörung der Intendantur und des Corps-Generalarztes, indem sie dem betreffenden Oberpräsidium oder Regierungen das von zweien Militärärzten und in Ermangelung derselben oder in Abwesenheit eines oder des andern obern Militärarztes von dem Kreis- oder Stadt-Physikus mitunterschriebene Attest nebst dem Nationale des betreffenden Individuums und die Angaben über die Angehörigkeits- und Vermögens-Verhältnisse etc., welche die betreffenden Anstalten nach Massgabe der bestehenden Gesetze bei der Aufnahme der Kranken statutenmässig bedürfen, übersenden. Von jeder erfolgten Aufnahme eines geisteskranken Soldaten in eine Irren-Heilanstalt macht die Corps-Intendantur dem Kriegsministerium (Militär-Oeconomie-Departement) Anzeige.

Einleitung des Blödsinnigkeits-Prozesses.

Die Gerichts-Behörde des Garnisonortes wird vor oder nach der Aufnahme davon benachrichtigt, damit dieselbe nach §§. 1—5 Tit. 38 der allgem. Gerichts-Ordnung wegen Bestellung eines Kurators, Administration des Vermögens und Einleitung des Wahn- oder Blödsinnigkeits-Prozesses Verfügung treffen kann. Diese Benachrichtigung erfolgt meist durch die betreffende Militärbehörde, zuweilen statutengemäss durch die Irrenanstalt. Die Gerichtsbehörde benachrichtigt ihrerseits wieder die Militärbehörde von der eingeleiteten Untersuchung des Gemüthszustandes und dem Ausfalle des Urtheils.

Diese Kranken bleiben im Etat ihres Truppentheils und überhaupt im Militärverbande, bis sie für unheilbar erklärt sind, falls nicht etwa schon früher Veranlassung genommen wurde (wenn sie schon lange krank sind und ihre Wiedergenesung ungewiss ist, deren Ausscheiden aus dem Militär zu veranlassen.

Die Kosten für solche Kranke, wenn sie nicht unentgeltlich in der Anstalt sind, zahlt der Truppentheil vorschussweise an die Anstalten und liquidirt sie besonders bei der Corps-Intendantur zur Erstattung. Nach erfolgter Unheilbarkeits-Erklärung wird der Kranke nach eingeholter Genehmigung des General-Commandos beim Truppentheile in Abgang gebracht

und hört die Verpflichtung des Militär-Fiskus für seine Unterhaltung auf. Dieselbe geht dann auf den Kranken selbst, wenn er Vermögen besitzt, sonst auf die Angehörigen und bei gänzlichem Unvermögen der gesetzlich dazu Verpflichteten auf den betreffenden Armenverband über. — Sollte das Individuum sich während der Militärdienstzeit Anspruch auf Invaliden-Pension erworben haben, so wird dieselbe vor seinem Ausscheiden von der Militärbehörde auf dem vorgeschriebenen Instanzenwege beantragt, die event. bewilligte Pension wird an die Anstalt, wenn er in dieser verbleibt oder an den gezahlt, welcher für die fernere Unterhaltung des Kranken zu sorgen hat.

Der Blödsinnigkeits-Prozess.*)

Der Blödsinnigkeits-Process wird immer civilgerichtlich abgemacht unter Zuziehung zweier promovirter praktischer Aerzte als Sachverständiger (bez. Ober-Militärärzte und promovirter Assistenzärzte.) Nicht promovirte Wundärzte I. Klasse sind nicht als Sachverständige zuzuziehen, sondern höchstens als Zeugen, wenn sie behandelnde Aerzte waren.**)

Verfahren bei gerichtsärztlichen Untersuchungen zweifelhafter Gemüths-zustände.***)

1) Die Aerzte haben von dem Gemüthszustande der auf Requisition der Gerichtsbehörden zu explorirenden Person vor dem zu diesem Behufe anberaumten Termine durch Besuche des Imploraten, sowie durch Rücksprache mit den Angehörigen und dem Arzte desselben sich zu informiren.

2) In dem Explorationstermine haben die Aerzte von ihrem Standpunkte als Sachverständige aus, auf Grund und mit Benutzung der Resultate ihrer vorgängigen Information — den Befund des körperlichen Zustandes, des Habitus, Benehmens u. s. w. des Imploraten, sowie das mit demselben zur Erforschung des Gemüthszustandes geführte „Kolloquium nach Frage und Antworten“ speciell und vollständig zu Protokoll zu geben und ihr vorläufiges Gutachten über den Gemüthszustand

*) A. L.-R. Th. II. Tit. 18. §. 13. A. G.-O. Tit. 18. §. 8.

**) Min. d. Med.-Angel. 20. Novbr. 1840. — Justiz-M. 18. März 1841.

***) Min. d. Med.-Angel. u. der Justiz 14. Novbr. 1841.

des Imploraten „nach der im Allgemeinen Landrecht bestehenden Terminologie und Begriffsbestimmung“ beizufügen*) — wobei es ihnen unbenommen bleibt, gleichzeitig den Krankheitszustand im Sinne der Wissenschaft zu bezeichnen. Die Protokolle über Gemüthszustands - Untersuchungen haben in gerichtsärztlicher Beziehung dieselbe Wichtigkeit und Bedeutung wie die Obduktionsprotokolle, nämlich: vollständige Ermittlung, Darlegung und Feststellung der Ergebnisse des Befundes als Grundlage für das abzugebende Gutachten. Um diese wünschenswerthe Uebereinstimmung mit den bei Obductions-Verhandlungen längst bestehenden gesetzlichen Bestimmungen noch zu vervollständigen, haben die Sachverständigen — 3) in der Regel — von welcher eine Ausnahme nur in den am Schlusse dieser Verfügung erwähnten Fällen gestattet ist — nach dem Termine ein besonderes und motivirtes Gutachten der Gerichtsbehörde einzureichen und in demselben mit Zugrundelegung der Ergebnisse der vorgängigen Information, der vorhandenen Acten und der protokollarischen Verhandlungen in termino, sowie unter Berücksichtigung der Cirk.-Verfügung vom 9. April 1838 (es wird hierin eine ausführliche Lebens- und Krankheitsgeschichte als höchst wesentlich erfordert) eine „vollständige Geschichtserzählung“ zu geben — ferner durch Vergleichung und Kritik der darin mitgetheilten Krankheitserscheinungen, Beweismittel und Thatsachen, den vorliegenden Fall einer medicinisch-technischen Beurtheilung zu unterwerfen und somit endlich ihr vorläufig im Termine abgegebenes Gutachten oder das etwa davon Abweichende nach Kunst und Wissenschaft zu begründen.

Das Königl. Justiz-Ministerium wird vorstehende Bestimmung zur Kenntniss der Gerichtsbehörden bringen und letztere anweisen a) die als Sachverständigen vorgeschlagenen promovirten Aerzte zeitig genug vor dem anberaumten Termine von der Requisition zu benachrichtigen, damit dieselben sich schon vorher von dem Zustande der Exploraten informiren können und b) durch den Gerichts-Deputirten Behufs der Controllirung der Aerzte, im Protokolle vermerken zu lassen: ob „von Seiten

*) Cfr. Zurechnungsfähigkeit.

derselben die vorgängige Information geschehen sei oder nicht“. Ueberdies hat der Herr Justizminister angeordnet c) dass niemals für mehr als 3 vor dem Explorationstermin gemachte Besuche bei dem Provokaten die taxmässigen Gebühren zugewilligt werden und d) dass auch die Gebühren für das nach dem Termin abzugebende besondere und motivirte Gutachten dann wegfallen, wenn das Ergebniss der Untersuchung im Termine ein ganz zweifelloses gewesen ist, und der Arzt deshalb sogleich ein „definitives“ Urtheil zu Protokoll aussprechen konnte.

Von den als Sachverständige zugezogenen Aerzten wird erwartet, dass sie vor dem Termine nur die zu ihrer gehörigen Information „unerlässlichen“ Besuche machen, und sich, wenn möglich, besonders bei auswärtigen (n. b. alle Gemüthszustands-Untersuchungen müssen am Wohnorte des Provokaten vorgenommen werden (Kult.-Min. 25. October 1834) oder unvermögenden Exploranden, zu diesem Behufe auf einen einzigen Besuch beschränken werden. — Dagegen mag es den Aerzten im Einverständniss mit den Gerichts-Deputirten überlassen bleiben: in denjenigen Fällen von „einfachem Blödsinn oder Wahnsinn“, in welchem das Ergebniss der Exploration unzweifelhaft ist, statt des nach dem Termine einzureichenden besondern und motivirten Gutachtens ein solches sofort im Termine in Gemässheit der vorstehend gestellten Anforderungen zu Protokoll zu geben.

Aufhebung der Vormundschaft.*)

Bei Aufhebung der Vormundschaft werden ausser dem Vormund die nächsten Verwandten oder der Kurator und ein Sachverständiger, den das vormundschaftliche Gericht ernannt, zugezogen.

**) Von den beiden im Blödsinnigkeits-Prozess thätigen Aerzten wird der eine von dem Kurator, der andre von den Verwandten vorgeschlagen.

***) Sind die beiden Sachverständigen mit einander nicht einig, so muss der Richter entweder von Amtswegen einen drit-

*) A. L.-R. Th. II. Tit. 18. §. 815.

**) A. G.-O. Tit. 38. §. 6.

***) ib. §. 7.

Eitner, Gutachten.

ten Sachverständigen ernennen, und mit Zuziehung desselben die Untersuchung wiederholen lassen, oder er muss von den beiden ersten Sachverständigen schriftliche mit Gründen unterstützte Gutachten erfordern, dieselben mit den Akten dem collegio medico der Provinz vorlegen und von diesem die Eröffnung seiner sachkundigen Meinung erbitten.

Superrevision der Gutachten durch das Medicinal-Collegium.*)

Behufs der technischen Controlle über die auf Requisition der Militärgerichte sowohl von Militär- als von Civilärzten verrichteten Leichenöffnungen und Gemüthszustands-Untersuchungen werden die desfalls abgegebenen Gutachten und gepflogenen Verhandlungen von den Militärgerichten abschriftlich durch die betreffende Regierung an das Medicinal-Collegium der Provinz eingereicht. Die Militärgerichte können auch eine höhere Begutachtung militärärztlicher Gutachten bei dem Medicinal-Collegium einholen.

B. Dienstuntauglichkeits-Atteste etc. von Mannschaften des Beurlaubtenstandes.

(Reserve und Landwehr.)

**) 1) Reservisten und Wehrleute, welche dauernd felddienstunfähig werden, sind, sofern sie noch garnisondienstfähig sind, bis zur Erfüllung ihrer Gesamtdienstplicht hinter den ältesten Jahrgang der Landwehr zurückzustellen. Mannschaften der Reserve und Landwehr, welche als dauernd ganz dienstunbrauchbar anerkannt werden, sind aus dem Militärverhältnisse zu entlassen.

***) 2) Bei den Controll-Versammlungen (sie werden alljährlich zwei Mal, im Frühjahr und Herbst für die Mannschaften der Reserve, sowie für die zur Disposition der Ersatz-Behörden entlassenen und die zur Disposition der Truppentheile beurlaubten Mannschaften, für die Mannschaften der Landwehr aber nur einmal im Herbst abgehalten) sind die Mannschaften, welche sich für felddienstunfähig oder dienstunbrauchbar halten, aufzufordern, dies anzugeben. Dieselben werden

*) Krm. 29. Oct. 1841. — Justiz.-M. 5. Juni 1818. 3. Jan. 1840.

**) Verordnung, betreffend die Organisation der Landwehr-Behörden etc., 5. Sept. 1867 §. 38.

***) ib. §. 44 ad 1.

notirt, in eine nach Schema 10 anzulegende Liste zusammengetragen und vor die Kreis-Ersatz-Kommission bei deren nächsten Zusammentritt beordert.

Vorstellung beim Aushebungs-Geschäft.

(Diese Vorstellungsliste für die felddienstunfähig resp. dienstuntauglich gewordenen Reservisten und Wehrleute des Kreises N. N. . . . pro 18 . . enthält nachstehende Rubriken. 1) Laufende No. 2) Jahrgang und No. der Stammliste. 3) Truppengattung. 4) Charge. 5) Vor- und Zuname. 6) Gewerbe. 7) Ob und welche Feldzüge und welche Uebungen mitgemacht. 8) Orden und Ehrenzeichen. 9) Aufenthaltsort, Amt (Bürgermeisterei). 10) Angebliches Leiden. 11) Gutachten des Arztes der Kreis-Ersatz-Kommission. 12) Antrag des Landwehr-Bezirks-Commandeurs. 13) Gutachten des Arztes der Departements-Ersatz-Kommission. 14) Entscheidung des Brigade-Commandeurs.)

Ärztliche Untersuchung beim Kreis-Ersatz-Geschäft.

3) Beim Kreis-Ersatz-Geschäft sind diese Mannschaften im Beisein des Landwehr-Bezirks-Commandeurs ärztlich zu untersuchen. Der Arzt der Kreis-Ersatz-Kommission trägt das Resultat der Untersuchung event. unter Angabe der Krankheit, in die betreffende Colonne der Liste ein. Wird hierzu ein Schreiber verwendet, so hat der Arzt jedes seiner Urtheile zu unterschreiben. Auf Grund dieses ärztlichen Gutachtens und seiner eigenen Wahrnehmung bestimmt der Landwehr-Bezirks-Commandeur demnächst durch Eintragung seines Urtheils in die Liste, ob die Betreffenden in ihrem bisherigen Dienstverhältnisse verbleiben, oder ob sie zur Zurückstellung hinter den ältesten Jahrgang der Landwehr resp. zur Entlassung vorgeschlagen sind.

Beim Departements-Ersatz-Geschäft.

4) Diejenigen Mannschaften, welche hiernach zur Zurückstellung oder zum gänzlichen Ausscheiden designirt werden, sind zur Superrevision bei Gelegenheit des Departements-Ersatz-Geschäfts zu beordern. Der Arzt der Departements-Ersatz-Kommission trägt gleichfalls sein Gutachten in die Liste ein, und der Brigade-Commandeur vermerkt eigenhändig, ob er

die Vorschläge des Landwehr-Bezirks-Commandeurs bestätigt oder modificirt.

Bei Mannschaften des Beurlaubtenstandes des Garde-Corps hat der Brigade-Commandeur auf das Gutachten des der Departements-Ersatz-Commission zugetheilten Stabsoffiziers des Garde-Corps zu hören.

Jäger der Klasse A dürfen nur mit Zustimmung der Inspektion der Jäger und Schützen aus dem Dienstverhältniss entlassen werden.

Entscheidung der Brigade.

5) Diejenigen Mannschaften, welche in Folge der Entscheidungen des Brigade-Commandeurs als ganz dienstunbrauchbar anerkannt werden, sind in den Stammlisten unter Angabe des Grundes und des Datums der Entscheidung zu löschen und durch den Landwehr-Bezirks-Commandeur, unter Eintragung derselben Angaben in den Militärpass, aus der Reserve resp. Landwehr zu entlassen.

Diejenigen, welche als nur garnisondienstfähig zurückgestellt werden, bleiben zwar in der Stammliste auf ihren bisherigen Platze stehen, sind jedoch, um sie bei der Beordnung der Mannschaften sogleich zu erkennen, in der Liste deutlich zu marquieren. Um sie demnächst, wenn nach Einziehung aller felddienstfähigen Mannschaften der Landwehr auf sie zurückgegriffen werden muss, leicht in den Listen auffinden zu können, werden sie in eine besonders für sie zu führende Hilfsliste, enthaltend die Rubriken: Laufende Nr., Jahrgang und Nr. der Stammliste, Truppengattung, Charge, Vor- und Zunamen, Aufenthaltsort, Amt, Bürgermeisterei etc., Bemerkungen, zusammengetragen. Einen entsprechenden Vermerk enthalten auch die Ueberweisungs-Nationale.

6) Die ad 4 erwähnten Listen mit den Entscheidungen des Brigade-Commandeurs sind von den Landwehr-Bezirks-Commandos als Beläge zu den Stammlisten sorgfältig aufzubewahren.

Nach vorstehendem bedarf es zur Dienstuntauglichkeits-Erklärung der Mannschaften des Beurlaubtenstandes, keines förmlichen ärztlichen Attestes. Hinsichtlich der Beurtheilung der Dienstuntauglichkeit derselben ist Seitens der Militär-

ärzte der §. 36 der Instruction für Militärärzte als massgebend zu erachten.

C. Dienstuntauglichkeit von Offizieren, Aerzten, Beamten etc.

a) Des aktiven Dienststandes. *)

Es liegt in der Natur der Sache, dass Dienstuntauglichkeits-Erklärungen von Offizieren, Aerzten und Beamten, des aktiven Dienststandes äusserst selten vorkommen werden, da bei diesen viel häufiger Invaliditäts-Erklärungen erfolgen. Bei einer Dienstzeit unter 10 Jahren ist die Berechtigung der Offiziere und Militär-Beamten auf lebenslängliche Pension von dem Nachweise abhängig, dass die Unfähigkeit zur Fortsetzung des Dienstes durch eine unmittelbar bei Ausübung des Dienstes ohne eigene Verschuldung erlittene Verwundung oder sonstige Beschädigung herbeigeführt worden ist. — Bei einer Dienstzeit von 10 Jahren und darüber wird die Pensionsberechtigung der Offiziere und Militär-Beamten durch den Nachweis der Unfähigkeit zur Fortsetzung des Dienstes begründet.

) Wenn bei einer Dienstzeit unter 10 Jahren die Unfähigkeit zur Fortsetzung des Dienstes in Folge des Dienstes eintritt, so kann bei nachgewiesener Vermögenslosigkeit und wenn mindestens 5 Jahre ununterbrochen im Militär gedient wurde, die Pension des bezüglichen Grades auf ein oder einige Jahre gewährt werden, damit die Betreffenden ihre Gesundheit herstellen und sich für eine andere Bestimmung vorbereiten können und zwar bei einer Dienstzeit von 5 Jahren auf 1 Jahr, von 7 Jahren auf 2 Jahre, von 9 Jahren auf 3 Jahre, von 11 Jahren auf 4 Jahre und von 13 Jahren auf 5 Jahre. *)

b) Des Beurlaubtenstandes.

Um so häufiger ereignen sich Dienstuntauglichkeits-Fälle bei Offizieren etc. des Beurlaubtenstandes, welche im Frieden nur den Anspruch auf Pension haben, wenn sie durch unmittelbare Dienstbeschädigung zur Fortsetzung jeder Art des Militärdienstes dauernd unfähig werden,

*) Gesetz 27. Juni 1871 §. 2. — A. C.-O. 28. April 1859 ad 1 u. 2.

**) Pens.-Regl. A. C.-O. 13. Juni 1825.

***) A. C.-O. 27. April 1826.

und welche nur im Kriege den Offizieren etc. des stehenden Heeres bezüglich der Pensionsansprüche gleich stehen.

Dienstuntauglichkeits-Attest. *)

Für die Beurtheilung der Dienstunfähigkeit der Offiziere etc. kann die Instruction für Militärärzte nur einen ganz entfernten Anlass gewähren. Im Allgemeinen sind, ebenso wie den Invaliditäts-Attesten über Offiziere etc. die Bestimmungen des Chefs des Militär-Medizinal-Wesens, genehmigt durch die A. C.-O. vom 16. März 1826 zu Grunde zu legen, welche später bei den Attesten über Invalidität der Offiziere etc. (w. m. s.) genau angegeben werden. Hiernach ist der Zustand des Dienstuntauglichen mit seiner Einwirkung auf die Dienstverrichtungen ausführlich, die Veranlassung oder angebliche oder wahrscheinliche Veranlassung, die Behandlungsart und Dauer ausführlich anzugeben und der Schluss zu ziehen, dass bei der Art des Uebels eine völlige Beseitigung desselben oder Wiederherstellung nicht zu erwarten sei. Einer Bezugnahme auf einen §. der ärztlichen Instruction bedarf es bei den Attesten der Offiziere nicht. **)

***) Bei Beurtheilung der Dienstuntauglichkeit der Offiziere wird es sich nach Analogie des §. 30. der Instruction für Militärärzte, welcher von den an Offizier-Asspiranten zu machenden Ansprüchen handelt, darum handeln, ob dieselben an Fehlern leiden, durch welche sie zu ihrem Berufe als Offiziere unfähig gemacht werden. — Der Grad der Dienstuntauglichkeit, ob nur die Felddienstfähigkeit oder auch die Garnisondienstfähigkeit, mithin vollständige Untauglichkeit zu jedem Militärdienste und ob dieselbe dauernd oder vorübergehend ist, ist in jedem Falle zu erwägen und anzugeben.

Dienstuntauglichkeit der Militärärzte.

In gleicher Weise ist bei der Beurtheilung der Dienstuntauglichkeit der Militärärzte zu erwägen, ob dieselben unfähig geworden sind als Militärärzte ferner zu dienen resp. ob sie nicht mehr felddienstfähig, aber noch garnisondienstfähig

*) A. C.-O. 16. März 1826 §. 9. — Chef 12. April 1826. 28. April 1826.

**) Chef 1. Juni 1865.

***) Instr. f. M.-A. §. 30.

oder letzteres nicht mehr sind. Der §. 27. der Instruction für Militärärzte kann auch hier als entferntes Analogon dienen. S. auch die bei den Attesten für Aspiranten in die militärärztlichen Bildungsanstalten angezogenen Bestimmungen und die Bestimmungen über Invalidisirung der Militärärzte cfr. Cirk. vom 4. April 1854. *)

Dienstuntauglichkeit der Zahlmeister, Beamten, Pharmaceuten, Rossärzte etc. **)

Für die Beurtheilung der Dienstuntauglichkeit der Zahlmeister, Beamten, Pharmaceuten, Rossärzte, kurz aller Militärpersonen, welche nicht zum Dienste mit der Waffe berufen sind, ist die bei den Invaliditäts-Attesten über diese Categorieen mitgetheilte Bestimmung des Chefs vom 14. August 1867 wohl zu beachten.

Dienstuntauglichkeit von Offizieren des Beurlaubtenstandes. *)**

Wenn beurlaubte Reserve-Offiziere felddienstunfähig werden, aber noch garnisondienstfähig bleiben, so ist ihre Versetzung zur Landwehr unter Beifügung eines von dem Landwehr-Bezirks-Commandeur zu bestätigenden militärärztlichen Attestes auf dem Waffen-Instanzenwege zu beantragen. Die bezüglichen Vorschläge werden Seitens des Landwehr-Bezirks-Commandeurs durch die Rangirungslisten zum 1. October eingereicht.

Versetzung aus der Reserve in die Landwehr.

Die Versetzung verfügt der commandirende General desjenigen Armee - Corps - Bezirks, in welchem die resp. Offiziere ihren Wohnsitz haben, bei den Offizieren der Artillerie, der Pioniere, Jäger, Schützen und des Trains die betreffenden General-Inspecteure, resp. Inspecteure.

Verabschiedung. †)

*) Die Verabschiedung von Reserve-Offizieren welche freiwillig nach erfüllter Dienstpflicht im stehenden Heere (7 Jahre) im Reserveverhältniss verblieben sind, a) nach zurück-

*) Cfr. S. 22. — Cirk. 1. April 1854.

**) Chef 14. August 1867.

***). Verordnung, betr. die Dienstverhältnisse der Offiziere des Beurlaubtenstandes, 4. Juli 1868 §. 11 5 u. 2.

†) ib. §. 11, 7 u. 8.

gelegter 12jähriger Gesamtdienstzeit, b) bei eintretender Dienstunbrauchbarkeit oder c) Behufs Nachsuchung des Auswanderungs-Consenses, wird durch die Landwehr-Bezirks-Commandeure auf dem Instanzenwege mittelst Gesuchsliste Allerhöchsten Ortes beantragt. Sie können aber auch nach erfüllter 12jähriger Dienstzeit freiwillig ihre Versetzung zur Landwehr, wie oben beantragen.

Versetzung zur Landwehr resp. Verabschiedung mobiler Reserve-Offiziere.*)

Reserve - Offiziere welche zu kriegsbereiten oder mobilen Truppen beziehungsweise deren Ersatz-Abtheilungen eingezogen sind, können nur wegen eingetretener Halb- und Ganzinvalidität zur Landwehr versetzt, beziehungsweise verabschiedet werden. Bezügliche Anträge sind vom Truppen-Commandeur, unter Benachrichtigung des Landwehr - Bezirks - Commandeurs mittelst Gesuchsliste zur Allerhöchsten Entscheidung zu bringen.

Verabschiedung von Landwehr-Offizieren nach erfüllter Dienstpflicht resp. wegen gänzlicher Unbrauchbarkeit.)**

Die Verabschiedung von Landwehr-Offizieren (aus oben §. 11. 7. a. b. c. genannten 3 Gründen zulässig) geschieht nur auf den schriftlichen Antrag bei dem Landwehr-Bezirks-Commandeur, welcher das Gesuch auf dem Instanzenwege zur Allerhöchsten Entscheidung bringt. Ohne Ansuchen eines Offiziers kann die Entlassung nur beantragt werden, wenn sein längeres Verbleiben in der Landwehr dem dienstlichen Interesse nicht entsprechen sollte. — Wenn ein Landwehr-Offizier vor erfüllter Dienstpflicht gänzlich dienstunbrauchbar wird, so ist seine Verabschiedung unter Beifügung eines von dem Landwehr-Bezirks-Commandeur zu bestätigenden militärärztlichen Attestes zu beantragen. — Landwehr Offiziere, welche nach befohlener Mobilmachung der Armee zum Dienste eingezogen sind, können nur wegen eingetretener gänzlicher Dienstunbrauchbarkeit zur Verabschiedung in Vorschlag gebracht werden und zwar Seitens des Commandeurs des Truppentheils, bei welchem sie stehen, unter Benachrichtigung des Landwehr-Bezirks-Commandeurs.

*) ib. §. 11. 9.

**) ib. §. 21.

2. Invaliden-Atteste.

I. Allgemeine Bestimmungen.

Die Bestimmungen über die Ausstellung der ärztlichen Invaliden-Atteste finden sich 1) in der Instruction für Militärärzte vom 9. Dezember 1858, von welcher die Instruction des Kriegsministerii vom 3. August 1865 zum Invalidengesetz, vom 6. Juli 1865 im §. 57 und die Instruction vom 11. October 1870 im §. 7*) sagt, dass sie die massgebenden Bestimmungen enthalte und dass bei Abfassung der ärztlichen Atteste nach den bisherigen Bestimmungen verfahren werde; 2) In der kriegsministeriellen Instruction betreffend das Verfahren bei Anmeldung und Prüfung der Versorgungs-Ansprüche invalider Soldaten vom Oberfeuerwerker etc. abwärts vom 11. October 1870, 3) in dem Invalidengesetz vom 27. Juni 1871 nebst den kriegsministeriellen Ausführungsbestimmungen vom 18. August 1871; 4) in zahlreichen kriegsministeriellen Erlassen und Erläuterungen.

Die Abfassung der Invaliden-Atteste gehört zu den schwierigsten und zu den wichtigsten Aufgaben des Militärarztes; zu den schwierigsten, weil die Berücksichtigung aller einschlägigen Momente, welche auf den Grad und die Dauer der Invalidität und Erwerbsfähigkeit von Einfluss sind, die Beurtheilung der für Bewilligung von Pensionszulagen ins Gewicht fallenden Momente der Tauglichkeit zur Uebernahme einer Civilanstellung etc., eine scharfe und genaue Beurtheilung des die Invalidität bedingenden Leidens erfordern, mit Zuhülfenahme aller Hilfsmittel der medizinischen Wissenschaften; nur militärärztliche Umsicht und Erfahrung wird im Stande sein, den Einfluss auf die militärische Dienstfähigkeit mit Präcision festzustellen; die Abschätzung der Arbeitsunfähigkeit, insofern sie aus einer erworbenen Invalidität resultirt, erfordert eine vielseitige Beurtheilung; zu den wichtigsten Aufgaben des Militärarztes gehört die Ausstellung der Invalidenatteste, weil durch die Erklärung eines Soldaten zum Invaliden das Heer nicht nur einen dienstlich ausgebildeten Mann verliert, der durch die Einstellung eines Rekruten nicht zu ersetzen ist, sondern auch, weil von der richti-

*) Krm. Instr. 3. August 1865 §. 57. — Krm. Instr. 11. Oct. 1870 §. 7. — Ausführungs-Bestimmungen zum Invaliden-Gesetz vom 27. Jnni 1871 vom 18 August 1871 ad 5.

gen Beurtheilung des Falles Seitens des Militärarztes in seinem Atteste der gerechtfertigte Anspruch des Invaliden auf die ihm zuständigen Benefizien, andererseits das fiskalische Interesse der Staatskasse abhängig ist.

Obwohl der Militärarzt niemals eine Entscheidung über einen Invaliditätsfall zu treffen hat, sondern die Beurtheilung des Falles stets in der Hand militärischer Behörden liegt, so bildet sein Gutachten resp. Attest doch, der Natur der Sache nach, so wesentlich die Grundlage für die militärische Beurtheilung des Falles, dass nach erfolgter technischer Superrevision seines Attestes die Anerkennung zu bestimmten Benefizien nur als die formelle Ausführung der in dem Atteste enthaltenen Principien resp. die Subsumption des ärztlicher Seits festgestellten Sachverhältnisses unter die Form des Gesetzes anzusehen ist. — Darum sagt auch das Invalidengesetz vom 27. Juni 1871 §. 62 „Die Invalidität und der Grad derselben werden sowohl für sich, als in ihrem ursächlichen Zusammenhange mit einer erlittenen Dienstbeschädigung auf Grund militärärztlicher Bescheinigung durch die dazu verordneten Militärbehörden festgestellt“ und die Instruktion vom 11. Oct. 1870 im §. 7 „das Vorhandensein der Dienst- resp. Erwerbsunfähigkeit und ihre Entstehung durch Dienstbeschädigung resp. durch die Anstrengungen des Dienstes im Allgemeinen bei längerer Dienstzeit wird durch militärärztliches Gutachten festgestellt.

Benutzung der Instruction für Militärärzte.

Die für die Ausstellung amtlicher militärärztlicher Atteste im Allgemeinen bestehenden Bestimmungen finden für die Invaliden-Atteste die ausgedehnteste Anwendung. Dass die Instruction für Militärärzte bei Beurtheilung von Invaliditätsfällen nur im Allgemeinen als Grundlage dienen kann, und dass nicht alle und jede körperlichen Fehler, welche die Einstellung eines Militärpflichtigen unstatthaft machen, auch als Grund zur Invalidität eines Soldaten gelten, dass es vielmehr bei der Beurtheilung der Invalidität in jedem Falle zu unterscheiden ist, ob und in welchem Grade der Soldat durch einen Fehler in seinen Dienstverrichtungen gehindert wird, bestimmt bereits der §. 36 der Instruction für Militärärzte.

Eigene Ueberzeugung.*.)

Invaliditäts-Atteste sollen in keinem Falle eher abgegeben werden, als bis die Militärärzte entweder aus der Beschaffenheit der vorhandenen Leiden und körperlichen Fehler oder bei innerlichen Krankheiten durch die erfolglose Behandlung und längere Beobachtung des betreffenden Individuums die vollkommene Ueberzeugung erlangt haben, dass die Gebrechen ihn zur Fortsetzung des Dienstes unfähig machen.

Dienstbeschädigung.)**

Die Thatsache einer erlittenen Dienstbeschädigung muss durch dienstliche Erhebungen nachgewiesen sein. Ueber die Ausstellung des Dienstbeschädigungs-Attestes resp. Berichtes s. den spec. Theil, desgl. über commissarisch-ärztliche Untersuchung, Aufnahme in's Lazareth zur Beobachtung, sowie über die Ausstellung der Invalidenatteste über bereits entlassene Soldaten.

Objektivität ohne Nebenrücksichten.*)**

Die Invaliditäts-Atteste sollen ohne Rücksicht auf alle und jede Nebenumstände und Verhältnisse lediglich auf Grund des körperlichen Befundes ausgestellt werden. Wenn es, dieser Weisungen ungeachtet, hin und wieder vorgekommen ist, dass von einzelnen Militärärzten in dem zu weit gehenden Bestreben, den betreffenden Invaliden in einer ihre Pläne fördernden Weise nützlich zu werden, Soldaten für ganz invalide und gänzlich erwerbsunfähig erklärt worden sind, die dennoch im Widerspruche mit dieser Erklärung im Stande waren, bald nachher den beschwerlichsten Post- oder Eisenbahn- oder anderen Dienst zu übernehmen, zu dessen Leistung offenbar ein sonst gesunder Mann erforderlich ist, so wird, sollte wider Erwarten ein solcher Fall abermals vorkommen und zur Kenntniss der Behörden gelangen, der betreffende Arzt unfehlbar zur Untersuchung gezogen und jede nachgewiesene absichtliche oder durch offenbare Fahrlässigkeit herbeigeführte Unrichtigkeit in den ärztlichen Attesten streng geahndet werden.

*) Chef 20. Mai 1849. — Instr. f. M.-A. §. 36. Schluss.

**) Inv.-Ges. 27. Juni 1871 §. 62.

***) Chef 20. Mai 1849. — Instr. f. M.-A. §. 44. — Cirk. 30. Aug. 1851.

Präcision und Kürze.*)

Die Atteste über die Invalidität der Soldaten müssen in Bezug auf die Darstellung der Grade der Invalidität unter Erwägung dessen, worauf es nur ankommen kann, sich einer präzisen Fassung und bündigen Kürze befleißigen, da lange medicinisch-wissenschaftliche Abhandlungen hier nicht am rechten Ort sind.

Enthaltung jeder Aeusserung über Invaliden-Benefizien Seitens des Arztes.)**

Die Militärärzte haben sich in ihren Attesten jeder Aeusserung über die Berechtigung der von ihnen Untersuchten zu diesem oder jenem Benefizium zu enthalten. Der Arzt hat sich lediglich an den Befund bei der körperlichen Untersuchung zu halten und sich nicht auf Dinge einzulassen, welche ausser der ärztlichen Sphäre liegen und solche in seinem Ausspruche zu benutzen. — In wie weit der betreffende Invaliden noch zur Verwaltung eines Civildienstes geeignet sein möchte, ist der Beurtheilung des Arztes nicht unterworfen (cfr. Civilversorgungsschein). — Die oben citirten im §. 44 der militärärztlichen Instruction niedergelegten Grundsätze wurden auf Erlass des Chefs des Mil.-Verwalt.-Wesens vom 11. Januar 1866 wieder den Militärärzten in's Gedächtniss zurückgerufen und denselben ausdrücklich untersagt, sich in ihren Attesten über die Berechtigung eines Untersuchten zu diesem oder jenem Invaliden-Benefizium auszulassen, da derartige Urtheile zu missverständlicher Auffassung, und wenn sie, wie häufig, dem Betreffenden bekannt werden, zu ungerechtfertigten Ansprüchen führen. Unter Vermeidung derartiger Erklärungen und Urtheile hat sich der Arzt bei Ausstellung der qu. Atteste lediglich an den Befund bei der körperlichen Untersuchung zu halten und hiernach seinen Ausspruch pflichtmässig abzugeben. Verstösse der bezeichneten Art, welche in neuerer Zeit namentlich bezüglich der Auffassung der A. C.-O. vom 2. März 1865: Erweiterung des Begriffes der Dienstbeschädigung, vorgekommen sind, lassen sich aber auch hier leicht vermeiden, wenn der Arzt nach dem Befunde der

*) Chef 20. Mai 1849. — Instr. f. M.-Aerzte §. 42. — A. C.-O. 14. März 1811. — Krm. 15. April 1816.

**) Instr. f. M.-Aerzte §. 44 u. §. 38. — Cirk. 13. Juli 1832 ad 4.

Untersuchung und nach Prüfung der Entstehungsursache des vorgefundenen Leidens sein Urtheil dahin abgiebt, dass der Untersuchte in Folge einer Beschädigung im Dienst, welcher Begriff ja durch das Gesetz definirt und determinirt wird, invalide etc. ist, ohne sich später über die aus diesem Urtheil entspringenden Consequenzen auszusprechen.

Befehl zur Untersuchung.*)

Der Arzt bedarf zur Ausstellung eines Invaliden - Attestes resp. zur Untersuchung eines Mannes auf Invalidität des Befehls des Regiments-Commandeurs, welchen derselbe unter Uebersendung der Invalidenliste und des Dienstbeschädigungsattestes resp. Berichtes auf ersterer abgiebt. Ohne solchen Befehl dürfen von Militärärzten Untersuchungen von Soldaten auf Invalidität nicht vorgenommen werden.

Durch diese Bestimmung dürfte die ältere (Anm. zu §. 43 der Instr. f. V.-B. vom 9. Dec. 1858), wonach den Militärärzten ein von ihnen aufzubewahrendes Nationale zuzufertigen wäre, in welchem bemerkt sein sollte, ob für das betreffende Individuum Invaliden-Wohlthaten beabsichtigt werden oder nicht, als überflüssig und daher als wegfallend zu erachten sein.

Allgemeiner Inhalt.

Das bezügl. Individuum ist in Uebereinstimmung mit den Angaben der Invalidenliste nach Vor- u. Zunamen, Lebensalter, Geburtsort, Provinz, Dienst Eintritt etc. genau zu charakterisiren; die Behörde, auf deren Befehl resp. Requisition die Untersuchung stattgefunden hat, anzugeben; es folgt dann eine genaue Schilderung des körperlichen Befundes, eine motivirte Herleitung des eventuellen Leidens aus dienstlicher Einwirkung und die ebenfalls zu motivirende Schlussfolgerung, in welchem Grade durch dasselbe die Dienst- und event. Erwerbsfähigkeit des Betreffenden beeinträchtigt ist, ob diese Beeinträchtigung dauernd oder temporär ist, ob der Betreffende einfach oder mehrfach verstümmelt, ob er erblindet ist, wie bei Erblindung eines Auges der Zustand des andern ist, ob ein Verlust der Sprache vorliegt, ob eine Störung der aktiven Bewegungsfähig-

*) Instr. 11. Oct. 70. §. 32.

keit eines Gliedes, welche dem Verluste desselben gleich zu achten ist, vorliegt, oder eine andere wichtige Beschädigung, welche in ihren Folgen für die Erwerbsfähigkeit einer Verstümmelung gleich zu achten ist, vorhanden ist, event. ob bei gänzlicher Erwerbsunfähigkeit der Betreffende ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann. (Siehe auch „das ärztliche Attest.“)

*) In Betreff der Uebereinstimmung des Nationales in dem ärztlichen Atteste, in der Invalidenliste und dem Dienstbeschädigungs-Atteste erschien nachstehende kriegsm. Verfügung: „In Folge des Antrages des Generalcommandos III. A.-C. vom 16. Jan., den Erlass einer allgemeinen Verfügung betreffend, wonach sämtliche Militärbehörden veranlasst werden sollen, für die Folge in den Dienstbeschädigungs- und ärztlichen Attesten etc. die vollständigen Vor- und Ruf-Namen der zu invalidisirenden Mannschaften aufzunehmen,“ beehrt sich das K. Gen.-Comm. die Abtheilung ganz ergebenst zu benachrichtigen, dass bei der bevorstehenden Umarbeitung der Instruction für Militär-Aerzte vom 9. Dec. 1858 dem obigen Vorschlage Rechnung getragen werden wird. Schon jetzt eine bezügliche Verordnung zu extrahiren, erscheint daher nicht geboten und kann dem K. Gen.-C. die Abtheilung nur ganz ergebenst anheimstellen, Specialfälle in denen die dortseits für nöthig erachtete Vervollständigung der ärztlichen und Dienstbeschädigungs-Atteste nicht zu erreichen sein sollte, gefälligst zur Sprache zu bringen.

II. Specielle Bestimmungen.

A. Invaliditäts-Atteste für Mannschaften.

a) Für Soldaten, welche unmittelbar aus dem aktiven Dienste als Invalide entlassen werden.

1. Form und Gang des Verfahrens.

Nachweise für die Invalidität.**)

Der Begriff der Invalidität involvirt zwei unerlässliche Nachweise:

1) Den Nachweis der Dienstunfähigkeit, sowie unter

*) Krm. Abthl. f. Inv.-W. 24. Januar 1872

**) Krm. Instr. 11. Oct. 1870. §. 2 u 3.

Umständen den Nachweis vorhandener Erwerbsunfähigkeit;

- 2) den Nachweis, dass die vorhandene Dienstunfähigkeit resp. Erwerbsunfähigkeit durch den aktiven Militärdienst verursacht ist.

In letzterem Falle ist dieselbe entweder a) in Folge des Dienstes oder b) durch Beschädigung bei Ausübung des Dienstes entstanden.*)

a) **durch militärärztliches Attest.**)**

Beide Nachweise, sowohl „das Vorhandensein der Dienst- resp. Erwerbsunfähigkeit als ihre Entstehung durch Dienstbeschädigung resp. durch die Anstrengungen des Dienstes im Allgemeinen bei längerer Dienstzeit wird durch militärärztliches Gutachten, resp. auf Grund militärärztlicher Bescheinigung durch die dazu verordneten Militärbehörde festgestellt.“

b) **durch Dienstbeschädigungs-Attest.**

***) Die Grundlage für den militärärztlichen Ausspruch, dass die vorhandene Dienstunfähigkeit etc. durch den aktiven Militärdienst entstanden ist, liefert dem Arzte neben event. eigener Beobachtung und der aus der Natur des Leidens gewonnenen Ueberzeugung das Dienstbeschädigungs-Attest, oder die Bescheinigung des nächsten direkten Vorgesetzten des Soldaten, in der Regel des Compagnie-, Schwadrons- oder Batterie-Chefs, dass derselbe eine Dienstbeschädigung erlitten hat, oder dass er den Anstrengungen des Militärdienstes längere Jahre hindurch ausgesetzt gewesen und dass die Zerstörung seiner Gesundheit nicht erweislich durch ausserdienstliche Vorkommnisse veranlasst ist.

Der Ausstellung des Dienstbeschädigungs-Attestes und der Anfertigung der Invalidenliste, welche principaliter der ärztlichen Untersuchung vorausgehen müssen, geht vorher die Anmeldung der Invaliden-Ansprüche und die Prüfung, ob dieselben begründet sind oder nicht.

*) Krm. Instr. 11. Octbr. 1870 §. 7.

**) Gesetz 27. Juni 1871. §. 62.

***) Krm. Instr. 11. Oct. 1870 §. 7 ad b

Anmeldung der Versorgungs-Ansprüche. *)

„Zur Anmeldung einer erlittenen Dienstbeschädigung ist der Soldat grundsätzlich selbst verpflichtet, es sei denn, dass die Beschädigung an und für sich ihn dazu unfähig macht, ebenso ist es seine Sache Versorgungs-Ansprüche selbst anzumelden, und zwar sind dieselben vor der Entlassung aus dem aktiven Dienste in der Regel auf frischer That, spätestens aber bei Friedens-Verhältnissen vor Unterzeichnung der Angaben der Stammrolle, die unmittelbar vor der Entlassung erfolgt, bei Kriegs-Verhältnissen vor Anerkennung der Kriegs-Stammliste, in welche jede Beschädigung (Verwundung und contagiöse Augenkrankheit inbegriffen). welche der Soldat bei Ausübung des Dienstes erleidet bei dem National desselben notirt werden muss, anzumelden.**)“

In wie weit spätere Anmeldungen von Versorgungs-Ansprüchen nach der Entlassung aus dem aktiven Dienste berücksichtigt werden dürfen, wird sub A. b. angegeben.

Belehrung der zur Entlassung kommenden Mannschaften über die Anmeldung ihrer Versorgungs-Ansprüche.

„Sämmtliche zur Entlassung kommenden, sowohl gesunde als unbrauchbare oder invalide Mannschaften müssen vor der Entlassung über Alles das, was sich auf die rechtzeitige Anmeldung der Versorgungs-Ansprüche, beziehungsweise auf den dabei innezuhaltenden Dienstweg und auf die gesetzlich notwendige Begründung von dergleichen Ansprüchen bezieht, besonders belehrt werden, und ist darüber, dass dies geschehen, in der Stammrolle resp. Kriegsstammliste ein Vermerk aufzunehmen und (so wie in letztere selbst d. V.) in die Entlassungspapiere die etwa constatirte Dienstbeschädigung zu notiren.“

***) Die Belehrung der Mannschaften in den Unterrichtsstunden über Versorgungsansprüche, insbesondere der Weiterdienenden vor ihrer Kapitulation, wird den Truppen-Befehlshabern besonders empfohlen.

*) Krm. Instr. 11. Octbr. 1870 §§. 14 u. 20. §. 19. ib. §. 24. Gesetz 27. Juni 1871 §. 81.

**) Instr. 11. Oct. 1870 ib. 49.

***) Krm. Instr. 3. August 1865 §. 4.

Mittheilung, betreffend die Dienstbeschädigung zwischen militärischem Vorgesetzten und Militärarzt. *)

Behufs rechtzeitiger Constatirung von Dienstbeschädigungen, welche häufig eher zur Kenntniss der Aerzte als der militärischen Vorgesetzten gelangen, ist eine Kommunikation der Letztern mit dem Arzte nothwendig und bestimmt daher die Instruction, dass „wenn im Frieden ein Soldat wegen einer bei Ausübung des Dienstes erlittenen Beschädigung in militärärztliche Behandlung tritt, dem betreffenden Arzt bei der Aufnahme durch den Vorgesetzten des Erkrankten kurze Mittheilung gemacht werde, deren Inhalt im Kranken-Journal zu notiren ist. Dagegen muss auch der Arzt seinerseits dem Vorgesetzten Mittheilung machen, wenn dergleichen Ursachen zunächst ihm bekannt werden, damit die Thatsache der Beschädigung nachträglich festgestellt werde.“

„Mit besonderer Sorgfalt ist in denjenigen Fällen zu verfahren, in welchen die Beschädigung als eine, lange Zeit vorher erlittene geringe Verletzung, oder in denen sie als durch das Erleiden schädlicher Einflüsse entstanden angezeigt wird. In letzterer Hinsicht muss festgestellt werden, welcher Art die Dienstleistung gewesen, durch welche oder bei welcher die Thatsache der Beschädigung durch schädliche Einflüsse eingetreten ist und welcher Art diese Einflüsse gewesen sind.“ (**)

Nähere Prüfung des angemeldeten Anspruchs. *)**

Die der Anmeldung der Versorgungs-Ansprüche folgende Prüfung derselben hat festzustellen, ob dieselben als begründet, zweifelhaft oder unbegründet zu erachten sind.

Zuziehung des Arztes.

Auch hierbei concurrirt der Arzt wesentlich mit und „hat sich der Vorgesetzte schon bei der ersten Prüfung über den Zustand des betreffenden Soldaten mit dem Arzte des Truppentheils zu besprechen und erforderlichen Falles zu veranlassen, dass dem Letztern zuvor Gelegenheit gegeben werde, den Mann

*) Krm. Instr. 11. Oct. 1871. §. 23.

**) Allgem. K.-Dep. u. Chef 28. Sept. 1858.

***) Krm. Instr. 11. Oct. 1870 §. 25.

kennen zu lernen und ihn einer vorläufigen Untersuchung zu unterwerfen.“

Unbegründete Ansprüche.*)

„Unbegründet ist der Anspruch auf Invaliden-Versorgung, wenn

- a) die angegebene Dienstuntauglichkeit etc. nicht vorhanden, oder
- b) Dienstuntauglichkeit zwar vorliegt, aber nicht erwiesen ist, dass die Ursache derselben in einer Dienstbeschädigung besteht, oder wenn bei angeblich in Folge des Dienstes eingetretener Dienstuntauglichkeit das erforderliche Maass der Dienstzeit nicht erfüllt ist.“

Die Frage ad a wird vom Arzt festgestellt, die Frage ad b wird wesentlich ebenfalls durch militärärztliches Gutachten festzustellen sein.

Wie mit den Soldaten, welche unbegründete Ansprüche erheben, zu verfahren ist, resp. welche Wege letztere dann einzuschlagen haben, wenn sie gegen die Entscheidung des General-Commandos beim Kriegs-Ministerium Recurs ergreifen wollen, bestimmen die §§. 26—29 der Instruction vom 11. Octbr. 1870.

Zweifelhafte Ansprüche.)**

„Zweifelhaft ist ein Versorgungs-Anspruch nur dann, wenn die Dienst- resp. Erwerbsunfähigkeit zwar feststeht, sich jedoch nicht mit der erforderlichen Bestimmtheit hat feststellen lassen, dass dieselbe entweder in Folge des Dienstes nach längerer Dienstzeit oder durch Beschädigung bei Ausübung des Dienstes entstanden ist. Wenn in dergleichen Fällen der Arzt resp. eine ärztliche Commission Anstand nimmt, zu bescheinigen, dass die Dienst- resp. Erwerbsunfähigkeit durch den aktiven Militärdienst verursacht ist, oder der Compagnie- etc. Chef Bedenken trägt, das Dienstbeschädigungs-Attest auszustellen, so wird an den Regiments-Commandeur berichtet, welcher die etwa noch erforderlich erscheinenden Ermittlungen veranlasst und demnächst stets die Entscheidung des General-Commandos auf dem Instanzenwege herbeiführt.“

*) Krm. Instr. 11. Oct. 1870 §. 26. §. 7. §. 9 u. 10.

**) ib. §. 30.

Begründete Ansprüche.*)

„Wenn der angemeldete Versorgungs-Anspruch sowohl hinsichtlich des Bestehens der Dienst- resp. Erwerbsunfähigkeit, als hinsichtlich des Entstehens derselben durch den aktiven Dienst als begründet erscheint, so wird das Invaliditäts-Prüfungs-Verfahren eingeleitet. Der Antrag zur Einleitung dieses Verfahrens wird vom Vorgesetzten des Soldaten (Compagnie- etc. Chef) gestellt.

Aufstellung der Invalidenliste.

Derselbe hat zu diesem Behuf die Invaliden-Liste, in welcher die Rubriken über die persönlichen und Dienst-Verhältnisse des Soldaten ausgefüllt sind, unter Beifügung des Dienstbeschädigungs-Attestes (§. 36) resp. eines Berichtes vorzulegen.“

NB. Das Schema zu den Invaliden-Listen ist durch den Erlass des Kriegs-Ministeriums, Abth. für d. Inv.-Wesen, vom 13. Juni 1861 festgestellt.

Befehl zur militärischen Untersuchung.)**

„Auf Grund der vorgelegten Invalidenliste ordnet der Regiments-Commandeur, wenn er bei der Sache nichts zu erinnern findet, die militärärztliche Untersuchung durch Befehl auf der Invaliden-Liste an. Ohne solchen Befehl dürfen durch Militärärzte Untersuchungen auf Invalidität nicht vorgenommen werden.“

„Dem mit der Untersuchung beauftragten Militärarzt wird die Invaliden-Liste nebst Dienstbeschädigungs-Attest resp. Bericht zugestellt; der Arzt fügt das Ergebniss der Untersuchung (das ärztliche Attest der Liste in besonderer Anlage bei, oder trägt es, wenn der Raum ausreicht, in die Liste selbst ein.“***)

Anm. Die Krm.-Instr. zum Inval.-Ges. vom 3. Aug. 1865 bestimmt im §. 56, dass die Rubrik „Ursache der Invalidität“ einen möglichst kurzen Auszug aus dem ärztlichen Atteste enthalte.

*) ib. §. 31.

**) ib. §. 32.

***) ib. §. 33.

Kommissarische ärztliche Untersuchung.*)

„In Fällen, welche der ärztlichen Untersuchung resp. Begutachtung besondere Schwierigkeiten bieten, kann der damit beauftragte Militärarzt die Zutheilung eines 2. und event. eines 3. Arztes beantragen, wie solche auch Seitens des Regiments-Commandeurs angeordnet werden kann, wenn dieser hierzu Veranlassung hat.“

„Alsdann wird das commissarische ärztliche Attest von den betreffenden Aerzten gemeinschaftlich ausgestellt. Bei vorhandener Meinungsverschiedenheit fertigt Jeder der dissentirenden Aerzte ein besonderes Attest aus und ist schliesslich das Votum des superarbitrirenden Corps-General-Arztes entscheidend.“

Heranziehung aus detachirten Garnisonen in das Stabsquartier, beziehungsweise Aufnahme in ein Lazareth zur Beobachtung.)**

„Ist behufs genauerer ärztlicher, resp. kommissarisch-ärztlicher Untersuchung oder Beobachtung die Heranziehung eines als Invalide angemeldeten Soldaten aus einem andern Garnisonort in das Regiments-Quartier oder sonst eine grössere Garnison erforderlich, so wird dieselbe vom Regiments-Commandeur veranlasst.“

Die längere Beobachtung eines als Invalide angemeldeten Soldaten im Lazareth muss angeordnet werden, wenn der mit der Untersuchung beauftragte Arzt, beziehungsweise die ärztliche Commission dieselbe zur Feststellung des ärztlichen Urtheils für nothwendig erklärt.“

Weiterreichung der Invalidenliste nebst Anlagen.*)**

„Mit dem ärztlichen und dem Dienstbeschädigungs-Attest resp. zugehörigem Bericht gelangt die Invaliden-Liste an den Regiments-Commandeur zurück. Dieser setzt den Compagnie-etc. Chef von dem Ausfall der militärärztlichen Untersuchung in Kenntniss, klärt die Sache, im Falle der Compagnie-Chef Einwendungen zu machen hat, auf, und beantragt, unter Vorlegung des gesammten Materials, von welchem auf dem Regiments-Bureau beglaubigte Abschriften zurückbehalten sind, die Aner-

*) ib. §. 34.

**) ib. §. 35.

***) ib. §. 38.

kennung des betreffenden Soldaten als Invaliden beim General-Commando.“

Unterschriften der Invaliden-Eingaben.*)

„Das Original der Invaliden-Liste wird vom Regiments-Commandeur, das der Zubehörstücke (ärztliches und Dienstbeschädigungs-Attest resp. Bericht) vom Arzt resp. vom Compagnie-Chef unterschriftlich vollzogen.

Der Beidrückung von Siegeln bedarf es nicht.“

NB. Die ärztlichen Atteste unterliegen der Superrevision der Generalärzte.**)

Anm.: Das Dienstbeschädigungs-Attest des Compagnie-Chefs wurde früher unter das ärztliche Attest gesetzt. Im Falle des Widerspruches beider Atteste erfolgte die Entscheidung, welches von den beiden das massgebende bleibt, durch die anerkennende Behörde.

Ressortverhältniss, wenn die zu Invalidisirenden sich im Lazareth oder auf Urlaub etc. befinden.*)**

„Das Invaliditäts-Prüfungs-Verfahren und die Invalidisirungs-Anträge bezüglich solcher aktiven Soldaten, welche sich bei Anmeldung ihrer Versorgungs-Ansprüche nicht bei ihrem Truppentheile befinden, können gleichwohl nur vom Regiments-Commandeur resp. selbstständigen Bataillons- und Abtheilungs-Commandeur derselben veranlasst werden.

Dasselbe gilt für die nach ihrer Entlassung in einem Lazareth der Garnison verbleibenden oder auf dem Marsche in die Heimath erkrankten und in ein Lazareth aufgenommenen Soldaten.“

†) In den beiden letztern Fällen hat die Lazareth-Commission bei dem Truppentheil die erforderliche Anzeige resp. die zur Aufstellung der Invaliden-Eingaben erforderlichen Mittheilungen zu machen.

*) ib. §. 39.

**) Krm. Instr. 3. August 1865 §. 57. u. §. 58. — Instr. f. M.-Ä. §. 45.

***) Krm. Instr. 11. Octob. 1870. §. 40.

†) Krm. Instr. 3. Aug. 1865 §. 62 u. 56.

Ressort-Behörden. *)

Die Invaliden-Listen werden allmonatlich eingereicht. Die Ressort-Behörden sind das Brigade-Commando, General-Commando, sowie in letzter Instanz das Kriegs-Ministerium Abtheilung für das Invaliden-Wesen. Obgleich die General-Commandos die anerkennende Behörde sind, nach Maassgabe der A. C.-O. vom 29. Januar 1852 (ausgenommen die Aufnahme in die Invalidenhäuser und die Entlassung aus denselben, sowie die Entscheidung in allen zur ausnahmsweisen Berücksichtigung geeigneten Fällen, welches dem Kriegs-Min.-Abth. für Inv.-W. vorbehalten bleiben. Die Anerkennung zum Forstversorgungs-Scheine ist der Inspektion der Jäger und Schützen vorbehalten), so bleibt es doch den General-Inspektionen der Artillerie, des Ingenieur-Corps und der Festungen, der technischen Institute der Artillerie, sowie der Inspektion der Jäger und Schützen und Train-Inspektion und dem Chef der Land-Gendarmerie unbenommen, die Invaliden-Listen der ihnen untergebenen Truppentheile resp. Institute vor Einreichung an die königlichen General-Commandos einer Controle zu unterwerfen, resp. dieselbe durch die untergebenen Inspektionen ausüben zu lassen. **)

***) Die Ausübung derselben Controle steht auch dem Chef des Militär-Medicinal-Wesens hinsichtlich der Eingaben der Unterärzte zu.

†) Die Anerkennung der im Militär-Administrationsdienst angestellten und beschäftigten Invaliden erfolgt durch das Kriegs-Min.-Abth. f. Inv.-Wesen.

Abwarten der Entscheidung. ††)

„Die Entscheidung auf die gestellten Anträge haben die betreffenden Mannschaften in der Regel bei ihrem Truppentheile abzuwarten. Dies gilt auch für die zur Uebung einberufenen Mannschaften des Beurlaubtenstandes.“ — Eine Beurlaubung solcher Mannschaften zur Probe-Dienstleistung im Civildienst

*) Krm. 25. Juli 1851. — Krm. Instr. 11. Octbr. 1870 §. 27. §. 66.

**) Krm. Instr. 3. August 1865 §. 71. — ib. §. 2 u. §. 78.

***) ib. §. 72.

†) §. 76.

††) Krm. Instr. 11. Octbr. 1870 §. 41.

resp. Behufs Uebernahme einer civildienstlichen Beschäftigung nach beendetem Prüfungs-Verfahren ist gestattet.

Eintragen der Entscheidung in die Entlassungspapiere.*)

Eine jede Entscheidung, sie sei auf einen unbegründeten, zweifelhaften oder begründeten Antrag ergangen, wird in den Entlassungsscheinen resp. Militär-Pässen verzeichnet. In letzterem ist auch der Tag genau anzugeben, bis zu welchem der Entlassene sich in der Verpflegung seines Truppentheils (event. Lazareths) befunden hat.

Verfahren mit Wehrmännern, welche bei Ausübung des aktiven Dienstes Invalide werden.)**

Wehrmänner, welche bei den Friedensübungen durch Beschädigung bei Ausübung des Dienstes Halb- oder Ganzinvalide werden, werden nach denselben Bedingungen beurtheilt, wie die aus dem aktiven Dienste als Invalide Ausscheidenden, jedoch nur dann, wenn die Beschädigung während oder am Schlusse der Uebung festgestellt und die darauf gründenden Ansprüche innerhalb der nächsten 6 Monate nach beendigter Uebung angemeldet werden.

***) Vermeint ein Reservist oder Wehrmann während der Uebung bei Ausübung des aktiven Dienstes eine Beschädigung und in Folge davon einen Nachtheil an seiner Gesundheit erlitten zu haben, so hat er dies sogleich, jedenfalls vor Beendigung der Uebung zur Anzeige zu bringen, und die Feststellung des Thatbestandes zu beantragen. Versorgungs-Ansprüche, welche hierauf gegründet werden, müssen spätestens innerhalb der nächsten sechs Monate nach beendeter Uebung angemeldet werden. Spätere Meldungen oder Ansprüche, welche mit Bezugnahme auf eine erst nach Beendigung der Uebung zur Sprache gebrachte Beschädigung erhoben werden, können keine Berücksichtigung finden.

Prüfungs-Verfahren nach Eintritt einer Mobilmachung.†)

Die den Linien-Truppentheilen in Friedenszeiten obliegen-

*) ib. §. 42 u. §. 21.

**) Inv.-Ges. §. 81. — Ges. 6. Juli 1865. §. 18.

***) Verordnung, betreffend die Organisation der Landwehr-Behörden und die Dienstverhältnisse des Beurlaubtenstandes, 5. Sept. 1867 §. 56 ad 2.

†) Krm. Instr. 11. Octbr. 1870 §. 68.

den Funktionen, bezüglich des Prüfungs-Verfahrens bei Anmeldung von Versorgungs-Ansprüchen dienstunbrauchbar gewordener Soldaten gehen während der Dauer des mobilen Verhältnisses auf die Ersatz-Truppen resp. die stellvertretenden Commandos über.

Invalidisirung von Mannschaften im Kriege.

Das Invaliditäts-Prüfungs-Verfahren erleidet eine wesentliche Modifikation im Kriege in Betreff der von den Feldtruppen den Ersatztruppentheilen zugehenden resp. dienstunbrauchbaren Mannschaften.

Attest des Chefarztes. *)

Die nach dem Urtheile der ordinirenden Stabsärzte der Feld- resp. Kriegs-Lazarethe als Halb- oder Ganzinvalide resp. dienstunbrauchbar zu entlassenden Leute sind dem Chefarzte zur Feststellung des Grades der Invalidität resp. Dienstunbrauchbarkeit nach Maassgabe der Instruktion für Militärärzte vom 9. Dezember 1858 vorzustellen.

Ueber den Befund hat der Chefarzt zu den Akten des Feld-Lazareths ein Protokoll aufnehmen zu lassen und ein besonderes Attest auszustellen. Eine Ausfertigung dieses Attestes wird dem Ersatz-Truppentheile des zu Entlassenden übersandt, welcher das Weitere wegen der Anerkennung der Invalidität resp. der Entlassung veranlasst. — Diese Vorschriften werden durch Vermittlung der nächsten Etappen-Commandantur zu deren Ersatz-Truppentheilen instradirt.

Eine Ausnahme hiervon ist nur hinsichtlich der Schwerverwundeten resp. Amputirten zur Vermeidung weiter Reisen zulässig, welche durch die Etappen-Commandantur direkt in ihre Heimath abgesandt werden dürfen. Letztere hat den betr. Ersatz-Truppentheil zu benachrichtigen, welche alsdann die dem Aufenthaltsorte des Mannes zunächst gelegene Etappen-Behörde zur Uebernahme der Controlle requirirt.

**) Das Attest des Chefarztes kann dem Ersatz-Truppentheile zugleich als Dienstbeschädigungs-Attest dienen. Wo jedoch irgend welche Zweifel bestehen, hat der Ersatz-Truppentheil

*) Instr. über das Sanitätswesen im Felde vom 29. April 1869 §. 125.

**) Krm. Instr. 11. Octbr. 1870 §. 68.

diese durch Communication mit dem Linien-Truppentheil aufzuklären.

Entlassung dienstunbrauchbarer Mannschaften der mobilen Armee aus inländischen Lazarethen. *)

In Betreff der Entlassung solcher dienstunbrauchbaren Kranken der mobilen Armee, welche aus evacuirten Feldlazarethen in inländische Lazarethe aufgenommen sind, ist Nachstehendes bestimmt:

**) Aus kleineren Lazarethen, bei denen kein Ober-Militärarzt fungirt, werden derartige Mannschaften dem nächsten grössern Garnisonlazareth im Corpsbereich, bei dem ein oberer Militärarzt fungirt, zur Anerkennung der Dienstunbrauchbarkeit und Veranlassung der Entlassung überwiesen.

***) Nach ärztlicher Feststellung ihrer Dienstunbrauchbarkeit werden dieselben dem Ersatz-Truppentheile ihrer Regimenter etc. Behufs Auskleidung und Ueberweisung an die heimathlichen Landwehr-Bataillone gesendet.

†) Die ärztlichen Mitglieder der Lazareth-Commissionen, welche nach dem Erlasse des Mil.-Oek.-Dep. vom 22. April 1864 überhaupt die Unbrauchbarkeit von Mannschaften der mobilen Armee anerkennen dürfen, stellen das gehörig motivirte Dienstunbrauchbarkeits- resp. Invaliditäts-Attest aus, ohne hierzu eine Requisition des betr. Truppentheils abzuwarten und übersenden dasselbe dem Ersatz-Truppentheile, welchem der zu Entlassende überwiesen wird. Eines Protokolls über den Befund bei dem Kranken wird es in der Regel nicht bedürfen. Der betreffende Ersatz-Truppentheil stellt die Invalidenliste oder den Entlassungsantrag wegen Dienstunbrauchbarkeit auf, sorgt für die erforderlichen Dienstbeschädigungs-Atteste resp. Uebereinstimmungs-Erklärungen, nöthigen Falls auf Grund einer Communication mit dem mobilen Truppentheile und bringt diese Anträge event. durch die betr. Zwischen-Instanz zur Entscheidung des General-Commandos oder stellvertretenden General-Commandos.

*) Krm. Mil.-Oek.-Dep. 14. Mai 1868.

**) Chef 25. Mai 1864.

***) Mil.-Oek.-Dep. 22. April 1864.

†) Krm. A. Kr.-Dep. 7. Juni 1864.

Etwaige Zweifel sind zwischen dem ärztlichen Vorstand des betr. Lazareths und dem Commando des Ersatz-Truppentheils event. durch Benehmen mit dem mobilen Theile zum Austrage zu bringen.

Meldung von anerkannten Invaliden bei den Bezirks-Feldwebeln.*)

„Von den zur Entlassung kommenden Invaliden haben sich innerhalb der nächsten 14 Tage nach ihrer Ankunft in dem gewählten Aufenthaltsorte bei dem Landwehr-Bezirks-Feldwebel zu melden:

- a) die Halb-Invaliden, welche noch im Reserve- oder Landwehrrpflichtigen Alter stehen,
- b) die auf Zeit anerkannten Invaliden (Temporär-Invalide),
- c) die dauernd Ganz-Invaliden, aber temporär in gewissem Grade Erwerbsunfähig anerkannten Invaliden.“

Temporär-Invalide, deren weitere Untersuchung vor den Departements-Ersatz-Behörden.)** (§. 46).

Die sub b. und c. bezeichneten Temporär-Invaliden haben sich in dem Jahre, in welchem ihre Pensions-Anerkennung abläuft, den Departements-Ersatz-Behörden zur weiteren Untersuchung zu stellen, wozu sie eine besondere Ordre vom Bezirks-Feldwebel erhalten.

Folge der unterlassenen Gestellung. (§. 47.)

Die Versäumniss zieht event. Verlust der Pension nach sich.

Verhinderung der Gestellung durch Bettlägrigkeit. (§. 48.)

Bettlägrigkeit ist durch ärztliche und obrigkeitliche Atteste durch ihre Angehörigen und durch die Ortsbehörde beim Bezirks-Feldwebel anzuzeigen.

Untersuchungen ausserhalb der Zeit des Ersatz-Geschäfts.*)**

Untersuchungen ausser der Zeit des Ersatzgeschäftes von bereits anerkannten Invaliden, dürfen nur dann angeordnet werden, wenn eine erhebliche Verschlimmerung des Leidens als Folge der erlittenen Verwundung Dienstbeschädigung oder contagiösen Augenentzündung eine Hinausschiebung nicht ohne

*) Krm. Instr. 11. Octbr. 1870 §. 45. seq. 58.

**) Cfr. unten.

***) ib. §. 61. 62.

Nachtheil für den Leidenden möglich macht. Der betr. Invalide ist dann in dem Garnisonstabsquartier oder in dem nächsten Garnisonorte, wo ein Ober-Mil.-Arzt sich befindet, von diesem auf Requisition zu untersuchen, event. wenn er nicht mehr transportabel ist, ausnahmsweise durch einen Civilarzt — in der Regel durch einen Militärarzt des Beurlaubtenstandes resp. durch den Kreis-Physikus — auf Kosten des Untersuchten, Falls sich die Angaben als unbegründet erweisen.

Einverständniss des Bezirks-Kommandeurs unter dem ärztlichen Attest.*)

Unter den in diesen Fällen zu extrahirenden ärztlichen Attesten haben die Landwehr-Bezirks-Commandeure resp. die Commandeure auf deren Requisition die ärztliche Untersuchung stattgefunden hat, zu bescheinigen, dass ihnen der Untersuchte sich persönlich vorgestellt, und dass sie dem ärztlichen Atteste zustimmen event. ihre auf den Augenschein gegründete abweichende Meinung anzugeben. Hiernach gehen die Anträge an das entscheidende General-Commando.

2. Ursache der Invalidität.

**) Die Berechtigung zu Versorgungs-Ansprüchen als Invalide setzt voraus vorhandene Dienstuntauglichkeit, sowie event. vorhandene Erwerbsunfähigkeit und den Nachweis, dass dieselbe durch den aktiven Militärdienst verursacht ist.

***) Den Nachweis der Invalidität zu führen haben Soldaten nach 18jähriger oder längerer aktiver Dienstzeit nicht mehr nöthig, um Invaliden-Versorgung zu erlangen.

†) Unterschied zwischen Invalidität und Dienstuntauglichkeit.

Die durch den aktiven Militärdienst hervorgerufene Dienstuntauglichkeit (welcher gegensätzlich die zwar während der Militärzeit hervortretende, aber nicht erwiesener Maassen durch den Militärdienst verursachte Dienstunbrauchbarkeit, welche keinen Auspruch auf Versorgung, sondern nur auf Entlassung aus dem Militärdienst bedingt, gegenüber steht) ist entweder entstanden

*) ib. 63.

**) Instr. 11. Octbr. 1870 §. 2.

***) Inv.-Ges. 27. Juni 1871. §. 58. — Krm. Instr. 11. Oct. 1870. §. 1. —

†) ib. §. 2. — ib. §. 3.

- a) in Folge des Dienstes
- b) durch Beschädigung bei Ausübung des Dienstes.

a) Invalidität in Folge des Dienstes.*)

„Invalidität in Folge des Dienstes ist vorhanden, wenn der sie bedingende Zustand (Leiden, Schaden, Verbrauch der Kräfte, Abstumpfung der Sinne etc.), allmählich durch die, längere Jahre hindurch fortgesetzte, Erfüllung der militärischen Obliegenheiten des Soldaten oder durch dabei erduldete, der Gesundheit mit der Zeit nachtheilige Einwirkungen entstanden ist.“

„Die Invalidität in Folge des Dienstes berechtigt zur Versorgung nur in Verbindung mit einer gewissen Dauer der zurückgelegten aktiven Dienstzeit, und zwar von mindestens acht Jahren. Der höhere oder geringere Anspruch wird in den verschiedenen Stufen des Dienstalters alsdann noch bedingt durch den höhern oder geringern Grad der Invalidität resp. Erwerbsunfähigkeit.“**)

b) Beschädigung bei Ausübung des Dienstes. (Dienstbeschädigung.***)

„Invalidität durch Beschädigung bei Ausübung des Dienstes ist vorhanden, wenn als Ursache ein bestimmtes schädliches, den militärischen Verhältnissen zur Last zu legendes Moment ermittelt ist, welches den in dienstlichen Funktionen gewesenen Soldaten betroffen und seine Gesundheit mehr oder weniger plötzlich beeinträchtigt hat.

†) „Die durch Dienstbeschädigung entstandene Invalidität begründet den Versorgungsanspruch ohne Rücksicht auf die Dauer der Dienstzeit. Invalidität durch Verwundung vor dem Feinde oder äussere Dienstbeschädigung bedingt Pension stets auf Lebenszeit. Gesetz §. 4. Die Höhe der Benefizien richtet sich nach dem Grade der gesetzten Erwerbsunfähigkeit.“

*) Anm. Invalidität in Folge des Dienstes kommt nach dem Inv.-Ges. vom 27. Juni 1871 nicht mehr in Frage und ist dieser Ausdruck in den Attesten zu vermeiden. Es genügt die Constatirung der Dienstunbrauchbarkeit resp. der Erwerbsunfähigkeit zur Begründung des Anspruchs. Krm. M.-M.-Abthl. 16. April 1872.

**) Inv.-Ges. 27. Juni 1871 §. 58. Instr. 11. Octob. 1870. §. 4.

***) Instr. 11. Octobr. 1870 §. 3.

†) ib. §. 5. Inv.-Ges. 27. Juni 1871. §. 4.

Arten der Dienstbeschädigungen.*)

„Als Dienstbeschädigung sind anzusehen:

- a) Verwundung vor dem Feinde.
- b) sonstige bei Ausübung des aktiven Mililärdienstes im Kriege oder Frieden erlittene äussere Beschädigung (äussere Dienstbeschädigung).
- c) erhebliche und dauernde Störung der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit, welche durch die besonderen Eigenthümlichkeiten des aktiven Militär- resp. Seedienstes veranlasst sind (innere Dienstbeschädigung). Hierher gehören auch epidemische und endemische Krankheiten, welche an dem den Soldaten zum dienstlichen Aufenthalte angewiesenen Orte herrschen insbesondere
- d) die contagiöse Augenkrankheit.

Ehemaliger Begriff der Dienstbeschädigung.)**

Anmerk. Die ehemals gültige Bestimmung über den Begriff der Dienstbeschädigung fasste denselben viel enger und rechnete hierzu nur Beschädigungen z. B. durch das Auf-
fliegen von Munition, Verbrennen beim Geschütz, Zerspringen eines Gewehrlaufes, Verwundungen bei den Uebungen, Sturz mit dem Pferde, Herabfallen von den Festungswerken bei nächtlichen Patrouillen u. dergl. m., kannte mithin nur die äussere Dienstbeschädigung und schloss die durch Witterungs-Einflüsse veranlasste Erkrankung und Invalidität, welche das Individuum bei physischer Anlage auch in andern als den militärischen Verhältnissen betroffen haben würde, direkt und unter allen Umständen aus.

***) Desgleichen besagt die Instruktion für Militärärzte vom 9. December 1858, dass nur Verletzungen durch Auffliegen von Munition, Verbrennungen durch Geschütz, Zerspringen eines Gewehrlaufes, Verwundungen bei den Uebungen, Sturz mit dem Pferde, Herabfallen von Festungswerken bei nächtlichen Patrouillen und mehr der gleichen als Beschädigungen im Dienste be-

*) Inv.-Gesetz 27. Juni 1871 §. 59. — Instr. 11. Octbr. 1870 §. 6. — Instr. 3. Aug. 1865. §. 51. — A. C.-O. 2. März 1865. — Krm. 14. Juni 1865.

**) A. C.-O. 29. Januar 1852. — Krm. Instr. 29. März 1852 §. 42.

***) Instr. f. M.-Aerzte §. 39.

trachtet werden sollen. Die Folgen von Erhitzungen, Erkältungen, Durchnässungen im Dienste, die Folgen angestrenzter Märsche und sonstiger im Militärdienste nicht zu vermeidender Strapazen sind dagegen nur als Folgen des Dienstes aber nicht als unmittelbare Dienstbeschädigungen anzusehen.

Jetziger Begriff.

Dagegen kommt es jetzt, nachdem der Begriff der Dienstbeschädigung durch den Begriff der „inneren Dienstbeschädigung“ erweitert worden ist, nur auf den Nachweis an, dass eine vorhandene Dienstuntauglichkeit resp. Erwerbsunfähigkeit durch in Ausübung des Dienstes erlittene schädliche Witterungseinflüsse oder ausserordentliche Anstrengungen und Entbehrungen entstanden ist, oder die Folge von solchen Krankheiten ist, die aus der Eigenthümlichkeit der militärischen Verhältnisse unter der Einwirkung lokaler Schädlichkeiten entsprungen sind und vorübergehend oder dauernd an einem Orte geherrscht haben, beziehungsweise herrschen. Dahin gehören epidemische, endemische und andere derartige Krankheiten. —

Die Frage ob ein Individuum bei physischer Anlage auch in andern als den militärischen Verhältnissen einer derartigen Erkrankung unterworfen gewesen sein würde, kommt nicht mehr in Betracht.

Die Verwundung vor dem Feinde und die während des aktiven Dienstes überstandene contagiöse Augenentzündung, welche früher neben der Beschädigung bei Ausübung des Dienstes standen, bilden jetzt Unterabtheilungen oder Arten der Dienstbeschädigung.

Entscheidende Instanzen.*)

Die Kriegsministerielle Instruction zum Invalidengesetz vom 3. August 1865 bestimmt, dass über Invaliditätsfälle, welche nicht durch äussere Beschädigung entstanden sind, nur dann die General-Commandos zu entscheiden haben, wenn der betreffende Soldat spätestens innerhalb eines dem Tage der schädlichen Einwirkung unmittelbar folgenden achttägigen Zeitraumes in ein

*) Krm. Instr. 3. August 1865 §. 51. — A. C.-O. 2. März 1865. — Krm. 14. Juni 1865.

Lazareth aufgenommen wurde, andern Falls ist die Entscheidung des Kriegsministerii nachzusuchen.

Amtliche Bescheinigung in Betreff epidemischer und endemischer Krankheiten.

Zum Nachweise der Invalidität, in Folge von Krankheiten, welche epi- oder endemisch an dem betreffenden Garnisonorte geherrscht haben resp. herrschen, bedarf es einer amtlichen Bescheinigung, dass die die Invalidität angeblich bedingende Krankheit zur Zeit daselbst geherrscht hat und ist auch in diesen Fällen, in dem Falle, dass über die Natur der Verhältnisse eine Unsicherheit besteht, aber nur dann, die Einholung der Kriegsministeriellen Entscheidung vorgeschrieben.

Dauernde Störung der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit.*)

Die Auffassung, dass, weil die A. C.-O. vom 2. März 1865 (wie auch das neue Invalidengesetz dies thut) das Vorhandensein einer dauernden Störung der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit zur Bedingung mache, alle Diejenigen, welche der Vorsicht halber nur für temporär-invalid und im Erwerbe behindert erklärt werden, von den Wohlthaten der A. C.-O. ausgeschlossen bleiben sollten, gab dem Kriegsministerium zu der Erklärung Veranlassung, dass es auch dann eine Berücksichtigung auf Grund jener A. C.-O. eintreten zu lassen für gerechtfertigt halte, wo zwar nicht die absolute Gewissheit, aber doch eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür vorliegt, dass die durch den aktiven Militärdienst veranlasste Schädigung der Gesundheit dauernd eine Minderung der Erwerbsfähigkeit zurücklassen werde. Andern Falls würde die den Militärärzten bei Ausstellung von Invaliden-Attesten zur Pflicht gemachte Vorsicht für die beteiligten Invaliden unbeabsichtigte Nachtheile zur Folge haben, die der Gerechtigkeit und Billigkeit nicht entsprechen.

Nachweis der Dienstbeschädigung.)**

Eine Beschädigung kann nur dann als eine im aktiven Dienste erlittene bezeichnet werden, wenn der Militärarzt selbst durch eigene Beobachtung oder durch vorgelegte amtliche Zeugnisse die Ueberzeugung davon erlangt hat.

*) Krm. Abth. f. Inv.-Wes. 8. Sept. 1869.

**) Instr. f. M.-Aerzte §. 39.

Aus diesem Grunde bedarf der Militärarzt zur Ausstellung des Invaliden-Attestes des Dienstbeschädigungs-Attestes, um auf Grund desselben in seinem Atteste den Ausspruch zu thun, dass die vorhandene Dienstunfähigkeit durch Dienstbeschädigung entstanden ist.

Dienstbeschädigungs-Attest. *)

Das Dienstbeschädigungs-Attest ist die von dem nächsten directen Vorgesetzten, in der Regel dem Compagnie-Schwadron- oder Batterie-Chef gegebene Bescheinigung, dass der betreffende Soldat eine Verwundung oder anderweitige Beschädigung (äussere Dienstbeschädigung) erlitten hat, oder dass er an contagiöser Augenkrankheit gelitten hat, oder dass er den Anstrengungen des Militärdienstes längere Jahre hindurch ausgesetzt gewesen und dass die Zerstörung seiner Gesundheit nicht erweislich durch ausserdienstliche Vorkommnisse veranlasst ist, oder dass an dem betreffenden Orte die betreffende Krankheit epidemisch geherrscht hat.

Thatbestand der Dienstbeschädigung. **)

„Wenn eine Dienstbeschädigung bescheinigt werden soll, so muss festgestellt sein:

- a) die Thatsache der Beschädigung an sich, ihre Art und unmittelbare Wirkung;
- b) das militärische Verhältniss als Ursache der Beschädigung.

Die Thatsache der Beschädigung an sich muss constatirt, Ort und Zeit müssen mit Gewissheit nachgewiesen, Entstehung der Erkrankung soweit als möglich aufgeklärt sein.

Was nur auf Vermuthungen u. s. w. beruht, kann vom Vorgesetzten zwar in einem Berichte über den Sachverhalt mit Hervorhebung der Gründe für die grössere oder geringere Wahrscheinlichkeit angeführt, darf aber nicht als Thatsache bescheinigt werden. ***)

*) Instr. 11. Octbr. 1870 §. 7.

**) ib. §. 8.

***) Cfr. §. 31 al. 3.

Dienstliches Verhältniss zur Zeit der Beschädigung.*)

In Bezug auf das dienstliche Verhältniss kann die Bescheinigung, dass der Soldat eine Beschädigung bei Ausübung des Dienstes erlitten hat, von dem Vorgesetzten nur dann ertheilt werden, wenn die Beschädigung den Soldaten betroffen hat

- a) bei dienstlich versammelter Truppe;
- b) bei einer ihm unmittelbar aufgetragenen dienstlichen Ver-
richtung;
- c) bei Erfüllung allgemeiner Dienstobliegenheiten und Pflichten, welche durch die militärischen Gesetze, Verordnungen, Dienstvorschriften, Befehle oder Instructionen dem Soldaten geboten sind und deren Unterlassung oder Uebertretung ihm zum Vorwurf gereichen oder ihn strafbar machen würde.

Abgesehen von diesem ausschliesslich den Begriff der Ausübung des Dienstes berührenden Verhältniss wird die Beschädigung als Dienstbeschädigung angesehen,

- d) wenn sie ihre Ursache in epidemischen, endemischen oder andern derartigen Krankheiten hat, welche an demjenigen Orte auftreten oder herrschen, der dem Soldaten zu seinem dienstlichen Aufenthalte angewiesen ist;
- e) wenn sie durch eine contagiöse Augenkrankheit während der aktiven Dienstzeit herbeigeführt ist;

Formen des Dienstbeschädigungs-Attestes.)**

„Bei der Ausstellung des Dienstbeschädigungs-Attestes kommen den vorhandenen Umständen nach folgende Formen zur Anwendung:

- a) dass der N. N. . . . Jahre hindurch den militärdienstlichen Anstrengungen ausgesetzt gewesen ist und dass seine Gesundheitsstörungen nicht erweislich durch ausserdienstliche Vorkommnisse verursacht sind;
- b) dass der N. N. am . . . ten . . . eine Verwundung und zwar . . . erlitten hat, und daran am . . . ten . . . in ärztliche Behandlung getreten ist;

*) ib. §. 11.

**) ib. §. 36.

- c) dass der N. N. am . . . ten . . . bei Ausübung des (näher zu bezeichnenden) Dienstes eine Beschädigung, bestehend in . . . erlitten hat und daran am . . . ten . . . der ärztlichen Behandlung überwiesen ist;
- d) dass der N. N. während des aktiven Militärdienstes und zwar vom . . . ten . . . bis . . . ten . . . an contagiöser Augenkrankheit militärärztlich behandelt worden ist;
- e) dass der N. N. nach (Art der militärdienstlichen Anstrengung etc.) revierkrank, am . . . ten . . . lazarethkrank geworden ist und vorher gesund war;
- f) dass zu der Zeit, wo der N. N. wegen . . . ins Lazareth gekommen ist, die . . . (betr.) Krankheit in epidemischer (endemischer) Ausbreitung (an dem Orte) geherrscht hat (der dem Soldaten zu seinem dienstlichen Aufenthalte angewiesen war) wird hierdurch bescheinigt.

(Ort, Datum, Unterschrift, ohne Siegel).

Kann die Bescheinigung, aus irgend welchen Gründen nicht unbedingt ertheilt werden, so ist in den Schlussworten auf den beizufügenden Bericht Bezug zu nehmen.“

*) Das Attest des §. 36 a. entspricht dem Falle des §. 3 a. (in Foige des Dienstes).

Das Attest des §. 36 b. entspricht dem Falle des §. 6 a. (Verwundung vor dem Feinde.)

Das Attest des §. 36 c. entspricht dem Falle des §. 6 b. (sonstige äussere Verletzung: äussere Dienstbeschädigung.)

Das Attest des §. 36 d. entspricht dem Falle des §. 6 c. (Ueberstehen einer contagiösen Augenkrankheit während des aktiven Dienstes).

Das Attest des §. 36 e. entspricht dem Falle des §. 6 d. bleibende, aus der Eigenthümlichkeit des Militärdienstes entspringende Störungen der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit, welche verursacht sind durch in Ausübung des Dienstes erduldete schädliche Witterungseinflüsse, ausserordentliche körperliche Anstrengungen und Entbehrungen, oder andere die Gesundheit dauernd und wesentlich zerstörende, durch Ausübung des Dienstes hervorgerufene Einflüsse).

*) Krm. Abth. f. Inv.-Wes. 21. Sept. 1871. cfr. S. 140 u. 141.

Das Attest des §. 36f. entspricht dem Falle des §. 11 d., wenn die Dienstbeschädigung ihre Ursache in epidemischen, endemicschen oder andern derartigen Krankheiten hat, welche an demjenigen Orte auftreten oder herrschen, der dem Soldaten zu seinem dienstlichen Aufenthalte angewiesen ist.

Was insbesondere die Atteste des §. 36 e. betrifft, denen wohl meist die im alinea 3 des §. 31, der zur Instruction erwähnten Berichte beizufügen sein werden, so kann die Bescheinigung über die

„Art der militärischen Anstrengung“
durch allgemeine Angaben wie:

„Strapazen des letzten Krieges“,

„Fourageholen aus x bei schlechtem Wetter“

als erbracht nicht angesehen werden, es muss vielmehr ersichtlich gemacht werden, dass ein bestimmtes und schädliches den militärischen Verhältnissen zur Last zu legendes Moment ermittelt ist, welches den in dienstlichen Funktionen gewesenen Soldaten betroffen und seine Gesundheit mehr oder weniger plötzlich beeinträchtigt hat wie die §§. 8, 9, 10 (s. S. 144) und 11 (s. S. 145) der nachgedachten Instruction dies des Weiteren ausführen.

* Endlich muss auch die Bescheinigung, „dass der zu invalidisirende Mann vorher gesund gewesen“ auf angemessenen Feststellungen beruhen. (Krm. Abtheilung für Invaliden-Wesen 21. Sept. 1871.)

Dienstbeschädigungs-Attest bei Beantragung des Civilversorgungsscheins.*)

„Bei Beantragung des Civilversorgungsscheins muss das Dienstbeschädigungs-Attest noch folgende Bescheinigung erhalten:

„Zugleich wird bescheinigt, dass der N. N sich während seiner Dienstzeit als ein rechtschaffener und ehrliebender Soldat zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten geführt hat und für moralisch qualificirt gehalten wird, im Civil versorgt zu werden, sowie auch, dass derselbe nicht an Epilepsie leidet.“

Feststellung der Thatsache der Dienstbeschädigung.)**

„Die Thatsache der Dienstbeschädigung wird von dem Vorgesetzten festgestellt.“

*) ib. §. 37. — **) ib. §. 22.

*) „Kann die Thatsache der erlittenen Beschädigung nicht ohne Weiteres als erwiesen bescheinigt werden, so muss zu einer Beweisaufnahme vor besetztem militärischen Untersuchungsgericht geschritten werden.

**) Die dienstliche Bescheinigung des Vorgesetzten giebt den Beweis für den Thatbestand der Dienstbeschädigung, wo eine solche nicht gegeben werden kann, entbehrt der vermeintliche Versorgungs-Anspruch der Begründung.

Ausstellung nur auf Befehl.

***) Dienstbeschädigungs-Atteste dürfen nur auf Befehl oder Requisition von Militärbehörden ausgestellt und nur letztere überliefert werden.

†) Dass jede Dienstbeschädigung bei dem Nationale in der Stammrolle, resp. Kriegsstammliste zu notiren ist, sowie dass die Militärärzte verpflichtet sind, dem nächsten Militär vorgesetzten von allen Beschädigungen und Krankheiten der Soldaten, welche ärztlichem Dafürhalten nach sich auf besondere dienstliche Veranlassungen zurückführen lassen, Meldung zu machen, wurde bereitsoben unter „Anmeldung“ erwähnt. (S. S. 128 u. 129).

3. Grad und Dauer der Invalidität.

Feststellung durch die ärztlichen Gutachten.††)

Die Feststellung des Grades und der Dauer der Invalidität geschieht auf Grund militärärztlicher Bescheinigung durch die dazu verordneten Militärbehörden.

Grad der Invalidität. Halb- und Ganzinvalidität.†††)

Dem Grade nach ist die Invalidität entweder Halbinvalidität d. h. Untauglichkeit zum Feld- beziehentlich Seedienst, aber Tauglichkeit zum Garnisondienst, oder

Ganzinvalidität d. h. Untauglichkeit zu jedem Militärdienst.

*) ib. §. 22. — Ges. 27. Juni 1871 §. 62.

**) ib. §. 12.

***) ib. §. 13.

†) ib. §. 19. §. 23.

††) Inv.-Ges. 27. Jnni 1871 §. 62.

†††) ib. §. 61. — Instr. f. M.-Aerzte §. 35. 37.

Die Beurtheilung des Grades der Invalidität erfordert von Seiten des Arztes ebenso grosse Umsicht und Erfahrung als Gewissenhaftigkeit, da zum Theil dieselben Gebrechen (§. 21 der Instr. für M.-Ä.) nach Verschiedenheit ihres Grades und ihrer Einwirkung auf die Dienstfähigkeit entweder nur die Felddienstfähigkeit oder auch die Garnison-Dienstfähigkeit aufzuheben vermögen.

Benutzung der ärztlichen Instruction. *)

Die dieser Beurtheilung zu Grunde zu legende Instruktion für Militärärzte kann daher hierbei nur im Allgemeinen als Anhalt dienen und bedarf es in jedem einzelnen Falle genauester Invalidisirung, um überzeugend nachzuweisen, dass ein vorhandenes Uebel in solchem Grade die Militär-Diensttauglichkeit beeinträchtigt, dass die Halb- resp. Ganzinvalidität die Folge davon ist.

Körperfehler, welche die Invalidität begründen. (Beilage I.).

In Betreff der die Invalidität begründenden körperlichen Fehler verweise ich auf die in Beilage I. gegebene alphabetische Anordnung derselben.

) Der Dauer nach ist die Invalidität, und zwar sowohl die Ganz- als die Halbinvalidität entweder dauernd oder temporär, je nachdem der sie bedingende Zustand als ein dauernder oder voraussichtlich vorübergehender oder einer Besserung fähiger zu bezeichnen ist. Auch hierüber hat sich das ärztliche Attest auszusprechen. Das Urtheil über die Dauer der Invalidität richtet sich nicht nur nach der Natur des die Dienstuntauglichkeit gewissen Grades hindernden Leidens, sondern wird wesentlich auch von dem Lebens- und Dienstalder des betreffenden Soldaten abhängen. *) Aeltere und länger Gediente werden in der Regel als dauernd invalide zu bezeichnen sein, wogegen „bei solchen Invaliden, die noch jung sind und erst kurze Zeit dienen. wie das z. B. bei den durch unmittelbare Dienstbeschädigung oder in Folge der contagiösen Augenkrankheit invalide gewordenen Individuen, oder auch bei bloß brust-

*) Instr. 11. Octbr. 1870 §. 7a. — Instr. 3. August 1865 §. 57.

**) Krm. Instr. 3. August 1865 §. 57.

*** Instr. f. M.-Aerzte §. 38.

kranken Soldaten häufig der Fall ist, sich der Arzt auch darüber auszusprechen hat, ob, soweit sich dies im Voraus übersehen lässt, mit der Zeit eine Besserung zu erwarten ist oder nicht.“

Temporäre Invalidität bei kurzer Dienstzeit. *)

Der Anspruch auf Pension ist bei einer kürzern als zehnjährigen Dienstzeit zuvörderst auf ein Jahr oder einige Jahre zu beschränken, insofern die Unfähigkeit zur Fortsetzung des aktiven Militärdienstes nicht mit Sicherheit als eine bleibende angesehen werden kann. Mit der Wiederherstellung zur völligen Dienstfähigkeit erlischt die Berechtigung zur Pension.

Beruhet die Ursache jedoch in einer vor dem Feinde erlittenen Verwundung oder äusserlichen Dienstbeschädigung, so findet die Gewährung der Pension stets auf Lebenszeit statt.“

**) Invaliden von kürzerer als achtjähriger Dienstzeit, bei denen eine Besserung des Zustandes zu erwarten ist, haben nicht sogleich den Anspruch auf lebenslängliche, sondern nur auf vorübergehende Versorgung, bis ihr Zustand ein endgültiges Urtheil möglich macht.“

***) Von den bei den Truppen zur Dienstuntauglichkeits-Erklärung resp. Invalidisirung vorgeschlagenen und noch nicht 8 Jahre gedient habenden Mannschaften sind nur diejenigen für dauernd dienstuntauglich resp. invalide zu erklären, deren Körperzustand eine Besserung des Invaliditätsgrades unzweifelhaft nicht annehmen und erwarten lässt.

†) „Für Temporär-Invalide (§. 63) sind die Pensions- und Pensionszulage-Bestimmungen so lange massgebend ohne Einschränkung, bis ihrem Zustande nach definitiv über sie entschieden wird.“

Wenn sich das ärztliche Attest daher nicht für dauernde Invalidität ausspricht, so ist der Ausspruch der temporären Invalidität stets dadurch zu motiviren, dass angegeben wird, ob Besserung zu erwarten ist, oder nicht.

*) Inv.-Ges. 27. Juni §. 4.

**) Inv.-Ges. 27. Juni 1871 §. 63. — Krm Instr. 3. Aug. 1865. §. 5. §. 37.

***) Krm. M.-M.-Abthl. 30. April 1872.

†) Inv.-Ges. 27. Juni 1871 §. 86.

*) Als Temporär-Invalide sind nur solche junge Leute zu bezeichnen, welche vermöge der Dauer ihrer Dienstzeit bei eintretender Invalidität noch keine Versorgungs-Ansprüche erworben haben, dagegen nicht diejenigen Invaliden, welche nach einer Dienstzeit von 12 Jahren Halbinvalide oder nach einer Dienstzeit von 25, 20, 15, 12 oder 8 Jahren Ganzinvaliden werden.

4. Grad und Dauer der Erwerbsunfähigkeit.

Erwerbsunfähigkeit.)**

„Ausser der Dienstfähigkeit oder Unfähigkeit resp. Invalidität wird aber auch jedoch nur bei versorgungsberechtigten **Ganzinvaliden**, die Fähigkeit des betreffenden Individuums, sich seinen Lebensunterhalt zu erwerben, Gegenstand der ärztlichen Untersuchung, indem die Militärärzte in ihren desfallsigen Invaliditäts-Attesten sich pflichtmässig darüber auszusprechen haben, ob und in welchem Grade der Untersuchte erwerbsunfähig ist.

Grade der Erwerbsunfähigkeit.

Es sind in dieser Beziehung 4 Klassen der versorgungsberechtigten Ganzinvaliden zu unterscheiden, nämlich

- a) solche, welche in dem Selbsterwerbe ihres Unterhaltes nicht behindert werden:
- b) solche, welche theilweise erwerbsunfähig sind;
- c) solche, welche grösstentheils erwerbsunfähig sind und
- d) solche, welche als gänzlich erwerbsunfähig angesehen werden müssen.

Gänzliche Erwerbsunfähigkeit.

Als in die Klasse der gänzlich erwerbsunfähigen Ganzinvaliden gehörig, können ärztlicher Seits nur diejenigen erachtet werden, welche an bedeutenden, das Sehen beeinträchtigenden Augenfehlern, an Taubheit, Stummheit, Geisteskrankheit, erwiesener Epilepsie, Lähmung oder gänzlichem Verlust einer oder der andern grossen

*) Krm. 5. März 1866. — Instr. 3. Aug. 1865 §. 5.

**) Instr. f. M.-Aerzte §. 38.

Gliedmasse, Verkrüppelung, Abscheu erregenden Geschwüren im Gesichte, Krankheiten wichtiger innerer Organe und überhaupt an solchen Uebeln leiden, mit welchen ein dauerndes Siechthum oder ein Schwächezustand verbunden ist, der jede, auch nur mit geringer Anstrengung verknüpfte Arbeit und Beschäftigung unzulässig macht. Nur solche Individuen sind nach ihrem Körperzustande, den die Aerzte bei der Beurtheilung nur zum Grunde zu legen haben, für gänzlich erwerbsunfähig zu erachten.“

*) Invalide, welche einfach verstümmelt sind, werden als gänzlich erwerbsunfähig, diejenigen, welche mehrfach verstümmelt sind, als solche angesehen, die ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen können.

Ueber die Begriffe der Lähmung, des Siechthums und einen jede Beechäftigung hindernden Schwächezustand, s. unten bei Pensionszulagen.

Grösstentheilige und theilweise Erwerbsunfähigkeit. Völlige Erwerbsunfähigkeit.)**

„Die übrigen Ganzinvaliden sind nach ihren die Invalidität begründenden Uebeln oder nach ihrer Körperconstitution, entweder zum Selbsterwerbe ihres Unterhaltes nur wenig durch Arbeit beizutragen im Stande, oder es sind solche, denen der Betrieb ihres früheren bürgerlichen Gewerbes oder erlernten Handwerks oder einer andern Beschäftigung nur in einem geringen Grade oder gar nicht erschwert wird; sie sind also resp. entweder grösstentheils oder theilweise oder gar nicht erwerbsunfähig, welches Urtheil aber in jedem Falle näher zu motiviren ist.“

Anm. Es ist hieraus bereits ersichtlich, dass es sich bei der Beurtheilung der Erwerbsunfähigkeit lediglich um den Begriff einer relativen resp. individuellen Arbeits- und Erwerbsunfähigkeit handeln kann. „Arbeitsfähigkeit in foro ist die Fähigkeit, die gewohnte körperliche oder geistige Thätigkeit in gewohntem Masse auszuüben.“ (Casper) und insofern diese

*) Inv.-Ges. 27. Juni 1871 §. 73.

**) Instr. f. M.-Aerzte §. 38.

Arbeitsfähigkeit die Quelle des Erwerbes ist, ist durch Störung der erstern die Erwerbsfähigkeit aufgehoben oder vermindert, der Knecht und Arbeitsmann, welcher sein Brod mit schwerer Arbeit erwirbt und auf andre Weise, als mit Aufwand körperlicher Kraft keinen Erwerbszweig betreiben kann, wird in seiner Erwerbsfähigkeit durch Alles beeinträchtigt, was das Mass seiner Körperkraft und Leistungsfähigkeit vermindert; dasselbe Leiden, welches den Einen völlig erwerbsunfähig macht, sei es auch nur, dass es ihn an der Betreibung seines erlernten Erwerbes verhindert, erlaubt einem Andern, welcher eine bessere Ausbildung genossen hat, z. B. sich durch Schreiben seinen Unterhalt erwerben kann, noch recht gut, wesentlich zu dem Selbsterwerbe seines Unterhalts beizutragen. — Eine absolute Erwerbsunfähigkeit concedirt das Gesetz unter allen Umständen den Verstümmelten.*)

Dauernde oder temporäre Erwerbsunfähigkeit.)**

Die Erwerbsunfähigkeit kann dauernd und temporär sein, und hat sich das ärztliche Urtheil ausser über den Grad der Erwerbsunfähigkeit auch über die Dauer auszusprechen.

Hiernach sind folgende Kategorien von Invaliden denkbar:

- 1) Dauernd Halbinvalide.
- 2) Temporär Halbinvalide.
- 3) Dauernd Ganzinvalid und dauernd völlig erwerbsunfähig.
- 4) Dauernd Ganzinvalid und dauernd grösstentheils erwerbsunfähig.
- 5) Dauernd Ganzinvalid und dauernd theilweise erwerbsunfähig.
- 6) Dauernd Ganzinvalid und dauernd völlig erwerbsfähig.
- 7) Dauernd Ganzinvalid und temporär völlig erwerbsunfähig.
- 8) Dauernd Ganzinvalid und temporär grösstentheils erwerbsunfähig.
- 9) Dauernd Ganzinvalid und temporär theilweise erwerbsunfähig.

*) Inv.-Ges. 27. Juni 1871 § 73.

**) Krm. Instr. 3. August 1865 §. 57 u. §. 5.

- 10) Dauernd Ganzinvalide und temporär völlig erwerbsfähig.
- 11) Temporär Ganzinvalide und temporär völlig erwerbsunfähig.
- 12) Temporär Ganzinvalide und temporär grösstentheils erwerbsunfähig.
- 13) Temporär Ganzinvalide und temporär theilweise erwerbsunfähig.
- 14) Temporär Ganzinvalide und temporär völlig erwerbsfähig.

Dauernde Erwerbsunfähigkeit setzt dauernde Ganzinvalidität voraus. Die Zeit, wie lange nach ärztlichem Urtheil die temporäre Invalidität resp. die temporäre Erwerbsunfähigkeit auszusprechen ist, ist in dem ärztlichen Atteste anzugeben.

Superrevision der Temporär-Invaliden beim Departements-Ersatz-Geschäft. *)

Die Temporär-Invaliden, d. h. also alle Invaliden, bei denen entweder eine temporäre Invalidität oder eine temporäre Erwerbsunfähigkeit resp. Beides ausgesprochen wurde, sind vor Ablauf der Frist, innerhalb welcher ihnen Invaliden-Beneficien zuerkannt sind, den Departements-Ersatz-Kommissionen zur Prüfung ihres Zustandes vorzustellen. Die Bestimmung des Zeitraums für temporäre Anerkennung richtet sich zunächst zwar nach dem ärztlichen Attest. Der Ablauf dieses Zeitraums muss jedoch über den Termin der Superrevision durch die Departements-Ersatz-Kommission hinausgreifen, damit die etwaige weitere Pensionszahlung nicht ins Stocken geräth. — Versäumniss der Superrevision durch eigene Schuld des Temporär-Invaliden bedingt in der Regel die Vornahme derselben erst im nächsten Jahre. — Wenn der Zustand des Temporär-Invaliden nach der ersten Anerkennung bei der Superrevision unverändert fortbesteht, so verbleiben sie im Genuss der zuerkannten Pension. — Bei Feststellung von theilweiser Besserung oder gänzlicher Wiederherstellung erfolgt Herab-

*) Krm. Instr. 3. August 1865 §. 6 b. § 10. — Inv.-Ges. 27. Juni 1871. §. 86. — Instr. 11. Oct. 1870 §. 45. — Instr. 11. Oct. 1870 §. 47. — Krm. Instr. 3. Aug. 1865 §. 7. — Krm. Instr. 3. August 1865 §. 8. — Krm. Instr. 3. August 1865 §. 9 u. 10. — Inv.-Ges. 27. Juni 1871 § 84.

setzung oder Einziehung der Pension. — Wenn nach erfolgter durch die Departements-Ersatz-Kommission constatirter theilweiser Besserung die Pension herabgesetzt wurde, später wieder eine Verschlimmerung eintritt und damit der bei der Entlassung vorhanden gewesene Grad der Invalidität und Erwerbsunfähigkeit, so kann ihm wieder die bei der Entlassung zuerkannte Pension gewährt werden, nach Massgabe des §. 84 al. 1 (resp. §. 82 A 1 u. 2 sub a); wenn aber bei Temporär-Invaliden eine Verschlimmerung eintritt, welche über den bei der ersten Anerkennung vorhanden gewesenen Grad der Invalidität und Erwerbsunfähigkeit hinausgeht, so werden sie nach §. 84 al. 2 des Gesetzes vom 27. Juni 1871 beurtheilt. — Steigerungen der Invalidität bei dauernd Versorgungsberechtigten werden nach §. 84 u. 85 des Invaliden-Gesetzes vom 27. Juni 1871 beurtheilt.

Superrevision dauernd Ganzinvaliden und temporärer Erwerbsunfähiger. *)

Die Superrevision dauernd Ganzinvaliden und temporär in gewissem Grade Erwerbsunfähiger erstreckt sich nur auf Feststellung des temporären Grades der Erwerbsunfähigkeit, vorausgesetzt, dass der Anerkennung der betreffenden Leute als dauernd Ganzinvaliden nicht etwa ein später nachgewiesener Irrthum oder ein Versehen zu Grunde gelegen hat.

Form der Superrevision der Temporär-Invaliden beim Departements-Ersatz-Geschäft. **)

Das förmliche Prüfungs-Verfahren beim Departements-Ersatz-Geschäft, (in Verbindung mit der Prüfung aller nach der Entlassung aus dem aktiven Dienst beim Bezirks-Commando angemeldeten und von diesem bereits gemäss §§. 51—62 der Instruction vom 11. October 1870 geprüften Versorgungs-Ansprüche cfr. unten) besteht in der ärztlichen Untersuchung und in der Prüfung des Seitens des Bezirks-Commandeurs nach §. 57 gesammelten Materials. Die Temporär-Invaliden werden nach einer von den resp. Bezirks-Commandos aufzustellenden namentlichen Liste (sämmlicher vorkommenden Anträge) sub A dem Brigade-Commandeur vorgestellt. — Die Untersuchung wird vor

*) Krm. 15. Jan. 1868. — Krm. M.-M.-A. 30. April 1872.

**) Instr. 11. Oct. 1870 §§. 58—60.

dem Arzte der Departements-Ersatz-Kommission in deren Gegenwart vorgenommen. Behufs der erforderlichen Information müssen dem Arzte die Personalpapiere des zu Untersuchenden, insbesondere die über denselben vorhandenen ärztlichen Atteste in angemessener Frist vor der Untersuchung vorgelegt werden. Bei Nichterscheinen durch Krankheit wird die ärztliche Untersuchung durch den nächsten Ober-Militärarzt veranlasst. — Der Arzt der Departements-Ersatz-Kommission und der Brigade-Commandeur machen in resp. zu den nach §. 57 vorgelegten Eingaben ihre bezüglichen Bemerkungen und reicht das Brigade-Commando diese vom Landwehr-Bezirks-Commando aufgestellten resp. aufzustellenden Listen schliesslich direkt an das Generalcommando (bei Gardemannschaften an das des Garde-Corps) ein.

Die von dem Arzte als dienstfähig bezeichneten, noch nicht als Invalide anerkannten Mannschaften werden durch das Landwehr-Bezirks-Commando mit ihren unbegründeten Ansprüchen abgewiesen.

In Betreff der Untersuchungen ausserhalb der Zeit des Departements-Ersatz-Geschäfts für sechs Monat nach dem Anlass angemeldeten Ansprüche s. S. 138.

5. Invaliden-Benefizien.

*) Als Invaliden-Versorgung gelten:

- a) Pension und
- b) Pensionszulagen,
- c) der Civilversorgungsschein,
- d) die Aufnahme in Invaliden-Institute,
- e) die Verwendung im Garnisondienste.

a) Pension.

) Die den versorgungsberechtigten Unteroffizieren und Soldaten zu gewährenden Invaliden-Pensionen zerfallen für jede Rangstufe (Feldwebel, Sergeant, Unteroffizier, Gemeiner in fünf Classen. *) „Die Höhe der Pension wird bemessen nach der Dienstzeit und dem pensionsfähigen Dienststein-

*) Ges 27. Juni 1871 §. 64.

**) Ges. 27. Juni 1871. §. 65.

***) ib. §. 6.

kommen der mindestens während eines Dienstjahres innerhalb des Etats bekleideten Charge.“ Bei Pensionirung in Folge von Dienstbeschädigung nach der bei der eintretenden Pensionirung bekleideten Charge auch in dem Falle, dass der Pensionär dieselbe noch kein volles Jahr bekleidet. Die Beförderung über den Etat, die blosse Charakter-Erhöhung während des Dienstes oder beim Ausscheiden aus demselben, sowie die vorübergehende Verwendung in einer höher dotirten Stelle, gewähren keinen höhern Pensionsanspruch.

*) Ohne Nachweis der Invalidität wird die Pension 1. Klasse gezahlt nach einer aktiven Dienstzeit von 36 Jahren, die Pension 2. Klasse nach 30 Jahren, die Pension 3. Klasse nach 24 Jahren, die Pension 4. Klasse nach 18 Jahren.**)

***) Ganzinvalidität und gänzliche Erwerbsunfähigkeit, so dass der Betreffende ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann nach 25jähriger Dienstzeit oder durch Dienstbeschädigung bedingt Pension 1. Klasse.

†) Ganzinvalidität und gänzliche Erwerbsunfähigkeit nach 20jähriger Dienstzeit oder durch Dienstbeschädigung bedingt Pension 2. Klasse.

††) Ganzinvalidität und grösstentheilige Erwerbsunfähigkeit nach 15jähriger Dienstzeit oder durch Dienstbeschädigung bedingt Pension 3. Klasse.

†††) Ganzinvalidität und theilweise Erwerbsunfähigkeit nach 12jähriger Dienstzeit oder durch Dienstbeschädigung bedingt Pension 4. Klasse.

*†) Ganzinvalidität nach 8jähriger Dienstzeit oder durch Verwundung vor dem Feinde, äussere Dienstbeschädigung oder contagiöse Augenkrankheit erzeugte gänzliche Militärdienst-Untauglichkeit bedingt Pension 5. Klasse.

*) ib. §. 66—69 A.

**) ib. §. 58.

***) §. 66 B. 1 und 2.

†) §. 67 B. 1 und 2.

††) §. 68 B. 1 und 2.

†††) §. 69 B. 1 und 2.

*†) §. 70 A. u. B.

Halbinvalidität nach 12jähriger Dienstzeit oder Untauglichkeit zum Feld- resp. Seedienst oder in Folge von Verwundung vor dem Feinde, äussere Dienstbeschädigung oder contagiöse Augenkrankheit bedingt Pension 5. Klasse.

Die Pensions-Klassen betragen monatlich:

	1. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	4. Kl.	5. Kl.
	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.	Thlr.
a) für Feldwebel . .	14	11	9	7	5
b) für Sergeanten . .	12	9	7	5	4
c) für Unteroffiziere .	11	8	6	4	3
d) für Gemeine . .	10	7	5	3	2

b) Pensions-Zulage.*)

α) Kriegs-Zulage.

„Unteroffiziere und Gemeine, welche nachweislich durch den Krieg ganzinvalid geworden sind, erhalten eine Pensions-Zulage von 2 Thlr. monatlich neben der Pension“ (Kriegs-Zulage.)

Diese ehemals Verwundungs-Zulage, genannte Zulage steht nur Ganzinvaliden zu, jedoch ist nicht ausgeschlossen, dass auch denjenigen Leuten, welche ihrer Zeit als Halbinvalide an den Folgen einer vor dem Feinde erlittenen Verwundung anerkannt sind, die Verwundungszulage gewährt werden kann, wenn dieselben später durch die Folgen ihrer Wunden Ganzinvalid werden.**)

Zusätze.*)**

a) Nach dem Wortlaute des Gesetzes und nach dem Sinne der diesem zu Grunde liegenden Motive kommt es bei Beurtheilung der Frage über die Zulässigkeit der Bewilligung der Pensions-Zulage des §. 71 nicht sowohl darauf an, ob der anzuerkennende Invalide zu den Kombattanten des Heeres gehört und ob die in Frage kommende Invalidität auf dem Kriegsschauplatze eingetreten ist, als vielmehr nur darauf, dass die Ganz-

*) Ges. 27. Juni 1871 §. 71.

**) Krm. 27. März 1867.

***) Krm. 15. September 1871. — Die Kriegszulage ist nur zahlbar an Ganzinvaliden, wenn die Invalidität unmittelbare Folge dienstlicher durch den Krieg hervorgerufener Anforderungen ist.

invalidität bei oder in unmittelbarer Folge dienstlicher Anforderungen eingetreten und hervorgerufen ist, welche allein durch **den Krieg** und die mit diesem verbundene Operationen, ausserordentliche Strapazen, Bivouaks und sonstigen aussergewöhnlichen Leistungen nöthig geworden. Es werden somit nur die während der Dauer des Krieges entstandenen oder hervorgetretenen Invaliditätsfälle nach §. 71 des Gesetzes vom 27. Juni nicht berücksichtigt werden dürfen, von denen nach Lage der Verhältnisse angenommen werden muss, dass sie während des Friedens und bei gewöhnlichen Friedensübungen auch eingetreten sein würden.

*) b) Die Frage ob und auf welche Zeit rückwärts die Bewilligung der Pensionszulage des §. 71 auch an die Invaliden früherer Kriege, welche ihre Versorgungs-Ansprüche vor der Entlassung aus dem aktiven Dienste geltend machen, zulässig ist, wurde vom Kriegsministerium dahin bejahend beantwortet, dass

der 2. Theil des Gesetzes vom 27. Juni nur allein für die der aktiven Armee nicht mehr angehörenden Theilnehmer eines Krieges die Rückbeziehungen auf die Folgen desselben beschränkt, und es hiernach vom rechtlichen Standpunkte unbedenklich ist, dass den aus dem aktiven Dienste ausscheidenden Invaliden die qu. Zulage zu gewähren ist, sobald deren Invalidität nachweislich durch eine während irgend eines im heimathlichen und vaterländischen Truppenverbande mitgemachten Krieges acquirirte Beschädigung herbeigeführt ist.

Wenn das Gesetz für die in heimathlichen Verhältnissen lebenden ehemaligen Theilnehmer eines Krieges Bezugnahmen auf die Folgen desselben bereits drei Jahre nach dem bezüglichen Friedensschlusse theils beschränkt, theils ganz ausschliesst, weil sich die thatsächlichen Verhältnisse mit der Zeit verwischen, so wird sich, unabhängig von dem rechtlichen Standpunkte in der Praxis auch bei den Mannschaften, welche nach einem Kriege im aktiven Dienste und den Anstrengungen desselben Jahre

*) Krm. 6. Octbr. 1871 u. 9. Novbr. 1871. — Die Kriegszulage ist auch zahlbar an Invalide aus frühern Kriegen, welche erst später resp. 3 Jahre nach dem Friedensschluss Invalide werden, sobald der unsächliche Zusammenhang der Invalidität mit den Strapazen des Krieges nachgewiesen wird.

lang ausgesetzt bleiben, bei schliesslich eintretender Invalidität der ursächliche Zusammenhang derselben mit den vor langer Zeit erduldeten Kriegsstrapazen nur schwer mit solcher Sicherheit führen lassen, dass die Bewilligung der Pensionszulage des §. 71 zulässig wird.

Von der Führung eines solchen Nachweises (§. 10 der Instruktion vom 11. October 1870 und §. 62 des Gesetzes vom 27. Juni 1871) wird die fragliche Bewilligung allein abhängig bleiben müssen, wobei besonders in den Invaliditätsfällen des §. 59c. des Gesetzes (S. 141) mit einer gewissen Strenge zu verfahren ist, wenn nicht der Begriff der Invalidität des §. 66 bis 69 sub B und §. 70 sub A. B1 ganz illusorisch werden soll (cfr. S. 157).

Bemerkt wird schliesslich noch, dass jede Entlassung aus dem aktiven Dienste die Ausgeschiedenen in Betreff der vorher mitgemachten Feldzüge auch bei späterem Wiedereintritt in das stehende Heer an die Festsetzungen des §. 82 des Gesetzes vom 27. Juni 1871 bindet (cfr. unten).

β) Verstümmelungs-Zulage.*)

Eine Verstümmelungs-Zulage erhalten Unteroffiziere und Gemeine, welche nachweislich durch Dienstbeschädigung, sei es im Kriege oder im Frieden, verstümmelt, erblindet oder in der nachstehend angegebenen Weise schwer und unheilbar beschädigt worden sind, neben der Pension und event. neben einer Pensionszulage.

Dieselbe beträgt je 6 Thlr. monatlich

- a) bei dem Verluste einer Hand, eines Fusses, eines Auges bei nicht völliger Gebrauchsfähigkeit des andern Auges.

Die Erblindung des Auges wird dem Verluste desselben gleich geachtet:

- b) bei Verlust der Sprache;
- c) bei Störung der aktiven Bewegungsfähigkeit einer Hand oder eines Armes, sowie eines Fusses in dem Grade, dass sie dem Verluste des Gliedes gleich zu achten ist.

*) Gesetz 27. Juni 1871 §. 72.

Die Bewilligung dieser Zulage ist ferner zulässig:

- d) bei solchen schweren Schäden an sonstigen wichtigen äussern oder innern Körpertheilen, welche in ihren Folgen für die Erwerbsfähigkeit einer Verstümmelung gleich zu achten sind.

Die unter a bis d aufgeführten Zulagen dürfen den Betrag von 12 Thln. monatlich nur in dem Falle übersteigen, wenn die Invalidität durch Verwundung oder äussere Dienstbeschädigung herbeigeführt ist.

Die für Erblindung eines oder beider Augen ausgesetzten Zulagen von 6 Thln. monatlich, werden jedoch von der vorstehenden Einschränkung nicht betroffen.“

*) Invalide, welche einfach verstümmelt sind, werden gänzlich erwerbsunfähig, diejenigen, welche mehrfach verstümmelt sind, als solche angesehen, die „ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen können.“

Erläuterungen.

Zur Erlangung der Verstümmelungszulage wird nach Obigem gefordert.

Verstümmelung.

ad a) der Nachweis der Verstümmelung. Was ist Verstümmelung?

**) Dies Wort ist abgeleitet von Stummel oder Stumpf, bezeichnet den Verlust irgend eines Körpertheiles, natürlich nicht jedes Körpertheils, sondern eines wichtigen Körpertheils, durch dessen Verlust eine erhebliche, unheilbare Störung einer Function bedingt wird. Offenbar ist hiernach die sub a genannte Bedingung die Definition der Verstümmelung im engeren Sinne, nämlich Verlust einer Hand, eines Fusses, eines Auges bei nicht völliger Gebrauchsfähigkeit des andern Auges. In Betreff der Verstümmelung durch Verlust eines Auges hat sich daher das ärztliche Attest unbedingt über den Zustand des erhalten gebliebenen Auges eingehend zu äussern. Die einfache Verstümmelung ist der Verlust eines Armes, eines Beines, eines Auges, die mehrfache Verstümmelung der

*) ib. §. 73.

**) cfr. Casper Gerichtl. Med. 1860 Th. I. S. 297.

Eitner, Gutachten.

Verlust beider Füsse, beider Arme, beider Augen, eines Armes und eines Beines etc. — Im weitern Sinne sind im Sinne des Gesetzes auch die sub §. 72 b, c, d genannten Leiden als Verstümmlung zu betrachten.

Erblindung.

*) Erblindung. Als erblindet sind solche Invaliden zu erachten, welche nur grosse Gegenstände in aller nächster Nähe zu erkennen resp. nur Hell und Dunkel zu unterscheiden vermögen.

Halberblindung.

) Der Begriff der Halberblindung ist seit längerer Zeit aus der Invaliden-Gesetzgebung verschwunden. Als halberblindet waren alle diejenigen Soldaten zu betrachten, deren Augenleiden sie an ihrem Erwerbe hinderte, so dass sie einer Beihülfe bedürfen. Zur Zeit kommt es nur noch darauf an, ob Erblindung im obigen Sinne besteht. Doch wurden auch damals schon die Militärärzte angewiesen, sich in ihren Attesten über ganz- oder halberblindete Soldaten jederzeit auszusprechen über den Grad der Sehstörung, ob das Sehvermögen auf beiden Augen, oder nur auf einem Auge, grösstentheils oder nur in geringerem Grade verloren gegangen, und ob dadurch die Ganzinvalidität mit gänzlicher oder theilweiser Erwerbsunfähigkeit oder nur Halbinvalidität begründet war. Den Grad der vorgefundenen Sehstörung haben die Militärärzte nach ihrer auf objektive Zeichen und eigene Wahrnehmung basirten Ueberzeugung und nicht nach der Aussage des Kranken allein zu bestimmen.*)

Verlust der Sprache.

ad b) Verlust der Sprache. Bei allen Verletzungen der Sprachorgane, der Zunge, der Kiefer und Wangen wird der Militärarzt die Frage zu beantworten haben, ob ein Verlust der Sprache vorliegt. Wenn schon zur Constatirung dieses Begriffes nicht immer die absolute Unfähigkeit, sich durch artikulirte Töne verständlich zu machen gehören wird, so wird um so sorgfältiger

*) Instr. z. Inv.-Ges. 3. August 1865 §. 16.

**) A. C.-O. 12. März 1829.

***) Chef 25. Juni 1829 ad 1.

zu erwägen sein, ob schon eine derartige Verletzung, in Folge deren die Sprache schwer verständlich und erheblich behindert ist, als Verlust der Sprache, welche die Verstümmelungszulage bedingt, zu bezeichnen ist. — Erhebliche Verletzungen der Zunge, der Kiefer, der Kaumuskulatur werden häufiger, als den Verlust der Sprache, eine derartige Störung des Verdauungs-Prozesses zur Folge haben, dass daraus Ernährungsstörungen folgen, welche die Erwerbsfähigkeit dauernd behindern und alsdann nach §. 72 ad d, des Gesetzes aus diesem Grunde die Gewährung der Verstümmelungszulage gestatten.

Dem Verluste gleich zu achtende Störung der aktiven Bewegungsfähigkeit.

ad c) Störung der aktiven Bewegungsfähigkeit einer Hand, oder eines Armes, sowie eines Fusses in dem Grade, dass sie dem Verluste des Gliedes gleich zu erachten ist.

Diese schwierige Frage ist sehr häufig Gegenstand militärärztlicher Erörterung. Um diese dem Verluste des Gliedes gleich zu achtende Störung der aktiven Bewegungsfähigkeit als vorhanden annehmen zu können, ist der Nachweis erforderlich, dass das betreffende Glied derartig in seinen Bewegungen behindert ist, dass dasselbe absolut nicht gebrauchsfähig ist, mithin ein Vortheil oder Nutzen aus dem Vorhandensein desselben dem betreffenden Individuum nicht erwächst, dessen Erwerbsfähigkeit mithin ebenso beschränkt ist, wie durch den Verlust des Gliedes.

Gänzliche Lähmung.

*) Das neue Gesetz hat den Ausdruck „gänzliche Lähmung“ vermieden und anstatt dieser Worte in obigem §. 72 sub c die Begriffs-Definition selbst hingestellt. Das Invaliden-Gesetz vom 6. Juli 1865 bestimmte im §. 13 „die gänzliche Lähmung der bezeichneten Gliedmassen wird dem Verluste derselben gleich geachtet.“ Die von dem Kriegsministerium, Abtheilung für Invaliden-Wesen in Uebereinstimmung mit dem Chef des Militär-Medicinal-Wesens dazu gegebene Definition lautet: „Gänzliche Lähmung der bezeichneten Gliedmassen (Hand, Arm, Fuss) besteht, wenn die aktive Bewegungsfähigkeit derselben durch

*) Krm. 27. Mai 1867.

Störung der Nerventhätigkeit oder durch krankhafte organische Veränderungen in dem Grade aufgehoben ist, dass eine, jeden Erwerb ausschliessende Unfähigkeit zum Gebrauche derselben die Folge davon ist.“

Wo eine Besserung des Zustandes zu erwarten steht, kann die Zulage auf Zeit gewährt werden.

Anmerk. Das letztere ist sehr zu beachten. Während der Verlust des Gliedes selbstverständlich den dauernden Genuss der Verstümmelungszulage bedingt, wird die dem Verluste gleich zu achtende Störung der aktiven Bewegungsfähigkeit recht oft als nur auf Zeit vorhanden bezeichnet werden müssen. Sowohl die nach Verletzungen und Rheumatismen zurückgebliebenen Störungen der Nervenleitung als die nach denselben bestehenden Contrakturen der Muskeln, Sehnen, Gelenke sind in den meisten Fällen der Besserung oder Heilung fähig.

Auf die unter Bezugnahme auf obigen Erlass des Kriegsministeriums vom 27. Mai 1865 von einem General-Commando gestellte Frage:

„ob die Verstümmelungszulage schon dann zu gewähren sei, wenn die völlige Erwerbsunfähigkeit sich nur auf das verletzte Glied, oder erst dann, wenn sie sich auf die Person des Verletzten überhaupt erstreckt“,
erging nachstehender Kriegsministerieller Erlass:

*) „Der §. 11 des Gesetzes vom 6. Juli 1865 bestimmt, dass Invalide, welche verstümmelt sind, als völlig erwerbsunfähig anzusehen sind, (vide §. 73 des Gesetzes vom 26. Juni 1871), der §. 13 alin. 2, dass die gänzliche Lähmung der betreffenden Gliedmassen dem Verluste derselben gleich zu achten sei“.

In diesen gesetzlichen Bestimmungen hat der Kriegsministerielle Erlass vom 27. Mai 1865 nichts ändern, sondern es hat derselbe nur der technischen Beurtheilung in zweifelhaften Fällen einen Anhalt bieten wollen, was unter dem im Gesetze vom

*) Krm. 17. Febr. 1868. — Zur Erlangung der Verstümmelungszulage bedarf es des Nachweises der völligen Erwerbsunfähigkeit des Individuums, nicht blos der betreffenden Extremität. — Inv. - Ges. 6. Juli 1865 §. 11. — Inv. Ges. 27. Juni 1871 §. 73.

6. Juli 1865 bezeichneten 'Zustande der gänzlichen Lähmung zu verstehen sei.

Wenn daher aus §. 11 b, c hervorgeht, dass als Wirkung der Verstümmelung die völlige Aufhebung der Erwerbsfähigkeit nicht des verstümmelten Gliedes, sondern der Person des Invaliden anzunehmen, nach §. 13 aber die Lähmung einer Gliedmasse dem Verluste (Verstümmelung) derselben gleich zu achten ist, so ist bei dieser Gleichstellung beider Verhältnisse lediglich von der Gleichheit ihrer Wirkung auf den gesammten Zustand des Individuums ausgegangen worden, da in der That ein anderes Motiv für dieselbe nicht denkbar ist. Entbehrt daher eine vorhandene Lähmung jener Gleichheit der Wirkung mit dem Verluste der betreffenden Gliedmasse, so kann ihr auch die Bedeutung des Verlustes dieser Gliedmasse nicht beigelegt und in einem solchen Falle die Gewährung der Verstümmelungszulage als statthaft nicht anerkannt werden. Es können demnach die in dem Erlasse vom 27. Mai 1867 gebrauchten Worte „gänzliche Lähmung etc.“ nur so verstanden werden, dass durch die vorhandene Lähmung nicht blos die Erwerbsfähigkeit der betreffenden Gliedmasse, sondern die Erwerbsunfähigkeit des Individuums bedingt wird.

Zustand der gänzlichen Siechthums.

ad d) Unter diese Bestimmung werden sich alle diejenigen Fälle von Verletzungen subsummiren lassen, welche ohne selbst unter den Begriff der Verstümmelung zu fallen, in ihren Folgen für die betreffenden Individuen und deren Erwerbsfähigkeit einer Verstümmelung gleich zu achten sind. Es ist daher Sache des Arztes diese Folgen für die Erwerbsfähigkeit in das gehörige Licht zu stellen und namentlich hervorzuheben, ob der Verletzte etc. ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann.

*) Durch Einfügung dieser Bestimmung ist einem wesentlichen Mangel des Invalidengesetzes vom 6. Juli 1865 abgeholfen worden, indem Invalide, welche durch ihre Verwundung in einen oft viel bedeutenderen Grad von Hülflosigkeit versetzt sind,

*) Krm. 1. Mai 1869.

als diejenigen, welche ein oder mehrere Glieder verloren haben oder bei denen Gliedmassen in den Zustand der gänzlichen Lähmung versetzt worden sind, auf Gewährung der Verstümmelungszulage keinen Anspruch hatten. Beispielsweise befanden sich Invalide nach perforirenden Brustschusswunden, welche nach langer Eiterung von resp. Fistelgängen mit theilweiser Verödung einer Lunge heilen, dem Gesetz gegenüber in dieser relativ ungünstigen Position. Das Kriegsministerium sah sich dieser Unvollkommenheit des Gesetzes gegenüber daher genöthigt, schon damals zu bestimmen, dass der Anspruch einzelner dieser Leute auf die Verstümmelungszulagen zum Gegenstande einer erneuten Prüfung gemacht und die qu. Zulage ihnen bewilligt werden könne, wenn sie durch die erlittene Verwundung im Laufe der Zeit in einen Zustand gänzlichen Siechthums gerathen sind oder noch gerathen sollten, so dass sie dauernd der Hülfe und Pflege dritter Personen bedürftig wären.

c) Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheines.

NB. Die in dem Invalidengesetz vom 6. Juli 1865 festgesetzte Zulage von 3 Thlrn. monatlich für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheines ist nach dem Gesetz vom 27. Juni 1871 in Wegfall gekommen, cfr. Civilversorgungsschein. (S. 173.)

d) Dienstzulage.

Die nach §. 74 des Gesetzes vom 27. Juni 1871 neben der Pension vom zurückgelegten 18. Dienstjahre ab für jedes weitere Dienstjahr bei eintretender nachweisbarer Ganzinvalidität zahlbare Dienstzulage von 12 Thlrn. monatlich, bietet kein ärztliches Interesse dar.

Temporäre Zahlbarkeit der Verstümmelungszulage.

Die Verstümmelungs-Zulage ist temporär zu bewilligen, wenn die in §. 72 sub a, b, c, d des Invaliden-Gesetzes dieselbe bedingenden Zustände der Besserung resp. Beseitigung fähig erscheinen.

Verstümmelungszulage für Mannschaften nach hoher aktiver Dienstzeit. *)

Die Verstümmelungszulage ist auch an solche Mannschaften zu zahlen, welche sich bei der Entlassung nach einer aktiven

*) Krm. 30. April 1870.

Dienstzeit von resp. 25, 20, 15, 12 oder 8 Jahren in einem als Folge des Dienstes anzusehenden Zustande der Erblindung oder einem der Verstümmelung gleich zu erachtenden Zustande der Lähmung von Gliedmassen befinden.

*) Die Verwundungs- und Verstümmelungszulagen können durch richterliches Erkenntniss nicht entzogen werden und verbleiben auch bei Versorgung im Invaliden-Institute, sowie bei Anstellung im Civildienst neben dem sonst zuständigen Gehalt, Pension etc.

c) Der Civilversorgungsschein.

**) Die als versorgungsberechtigt anerkannten Invaliden erhalten, wenn sie sich gut geführt haben, einen Civilversorgungsschein. Die Ganzinvaliden erhalten diesen Schein neben der Pension, den Halbinvaliden wird derselbe nach ihrer Wahl an Stelle der Pension verliehen, jedoch nur dann, wenn sie mindestens zwölf Jahre gedient haben.

***) Den Civilversorgungsschein können erhalten:

- a) Die Ganzinvaliden des Heeres, der Landgendarmerie und der Marine;
- b) Halbinvalide des stehenden Heeres, der Landgendarmerie und der Marine, welche 12 Jahre gedient haben;
- c) die zur Forstversorgung berechtigten Jäger, welchen bedingungsweise gestattet ist den Forstversorgungsschein gegen den Civilversorgungsschein umzutauschen;
- d) die Landgendarmerie nach 5jähriger ununterbrochener Dienstzeit in der Gendarmerie;
- e) Leute der Berliner Schutzmannschaft, welche im stehenden Heere oder in der Flotte 9 Jahre gedient haben, nach 5jähriger ununterbrochener Dienstzeit in der Schutzmannschaft.

*) Gesetz 9. Febr. 1867 § 2. — Gesetz 27. Juni 1871 §. 102.

**) Gesetz 27. Juni 1871 §. 75. —

Berechtigung zu demselben:

a) Ganzinvalidität,

b) Halbinvalidität nach 12jähriger Dienstzeit.

***) Regl. über die Civilversorgung etc. 20. Juni 1867 §. 2.

Der Civilversorgungsschein giebt den Anspruch auf Versorgung im Civil-Subaltern- und Unterbeamtendienste.

Ausfertigung der Civilversorgungsscheine.

*) Der Civilversorgungsschein wird für die Individuen des Heeres durch dasjenige Generalcommando ausgefertigt, bei welchem die betreffende Person zur Anerkennung als Invalide gelangt ist; bei der Marine durch das Ober-Commando der Marine

Civilanstellungsschein.

**) Ausser dem Civilversorgungsschein wird ein Civilanstellungsschein ertheilt an nachstehende Leute, ohne dass dieselben Invaliden sind:

- a) Unteroffiziere des stehenden Heeres, der Landwehrstämme, der Landgendarmerie und der Marine, welche 12 Jahre im Ganzen gedient haben;
- b) Landgendarmerie, welche 12 Jahre gedient haben;
- c) Leute der Berliner Schutzmannschaft, welche entweder 12 Jahre als solche gedient haben oder welche einschliesslich ihrer Militärdienstzeit 12 Jahre gedient haben;
- d) Zeugfeldwebel und Zeugsergeanten, wenn sie vor ihrer Anstellung im Zeugwesen die Aussicht auf Anstellung nicht schon erlangt haben, nach einer Gesamtdienstzeit von 15 Jahren.

***) Der Civilanstellungsschein verleiht die Aussicht auf Anstellung im Civil-Subaltern- und Unterbeamtendienste.

Ausfertigung des Civilanstellungsscheins.

†) Die Ausfertigung der Civilanstellungsscheine für die in Reihe und Glied stehenden Soldaten, einschliesslich der Landgendarmerie, Zeugfeldwebel und Zeugsergeanten ressortirt von denjenigen Truppen-Commandos, die zur Ausstellung der Entlassungsscheine befugt sind; bei der Marine durch die resp. Marinetheile; für die Schutzmannschaft vom General-Commando des Gardecorps.

*) ib. §. 15.

**) ib. §. 2.

***) ib. 1.

†) ib. §. 15.

Reihenfolge der Inhaber.

*) Die Inhaber des Civilversorgungsscheins rangiren bei vorhandener Qualification hinsichtlich der Reihenfolge ihrer Anstellung vor den Inhabern des Civilanstellungsscheins. Innerhalb einer jeden der beiden Kategorien sind vorzugsweise zu berücksichtigen die im Dienst vor dem Feinde und bei kriegerischen Actionen zur See, dann die im Frieden im Dienste auf See invalide gewordenen Militär-Anwärter, dann die Zeit der Anmeldung zu der in Frage kommenden Stelle, und die Länge der Dienstzeit. (Cfr. Dienstbeschädigungs-Attest.)

Bedingter und unbedingter Civilversorgungsschein.

**) Beide Scheine sind stets nur nach fortdauernd guter Führung zu ertheilen. Bei mangelhafter Führung, welche die Verleihung des unbedingten Civilversorgungsscheins ausschliesst, und sonstiger Qualification, kann ein bedingter Civilversorgungsschein, welcher nur für eine bestimmte Stelle gültig ist, in dem Falle ertheilt werden, dass eine von dem Sachverhältniss vollkommen unterrichtete Civilbehörde sich zur Anstellung des Betreffenden freiwillig bereit erklärt und selbst darauf anträgt; desgleichen kann ein bedingter Civilversorgungsschein an Invalide ertheilt werden, denen bei ihrer selbstverschuldeten Entlassung aus dem Civildienste der Civilversorgungsschein abgenommen worden ist, Falls das Vergehen keinen Mangel an ehrliebender Gesinnung verräth und dessen Folgen vollständig beseitigt sind.

Anstellung ohne Schein.

Ohne besondere Anstellungsschein können angestellt werden:

- a) bei der Landgendarmarie und der Berliner Schutzmannschaft, Unteroffiziere, welche überhaupt im stehenden Heere oder in der Königl. Marine 9 Jahre gedient haben;
- b) als Festungs-Unterbediente, und im Fortifications-Büreau-dienst, Pionier-Unteroffiziere nach 9jähriger Dienstzeit im stehenden Heere.

*) ib. §. 4.

**) ib. §. 2. — ib. §. 14 u. §. 35. — A. C.-O. 29. Jan. 1852. — Instr. dazu §. 32 u. 33.

Halbinvalide, welche mit dem Civilversorgungsschein abgefunden sind, haben gegen Rückgabe des Scheins kein Anrecht auf Pension. Nur denjenigen unter ihnen, welche wegen eines unverschuldeten Leidens von dem Civilversorgungsschein keinen Gebrauch machen können, kann gegen Rückgabe desselben die Pension 5. Klasse gewährt werden.*) — Dagegen können Halbinvalide, wenn sie es wünschen, gegen Sistirung der Pension auch nach ihrer Entlassung in die Heimath mit dem Civilversorgungsschein, insofern sie bei ihrem Ausscheiden einen Anspruch darauf hätten begründen können, nachträglich noch abgefunden werden.

Ausgeschlossen vom Civilversorgungsschein sind.

**) 1) Temporär - Invalide. Denselben darf derselbe erst bei definitiver Feststellung ihrer Ansprüche gewährt werden, insofern ihnen überhaupt ein Anrecht darauf zusteht, cfr. Superrevision der Temporär-Invaliden.

***) Bei dauernder Ganzinvalidität und temporärer Erwerbsunfähigkeit (jeden Grades) kann der Civilversorgungsschein schon beim Ausscheiden gewährt werden, während die Pension nur auf Frist gewährt wird. Die Superrevision dieser Invaliden durch die Departements-Ersatz-Kommission Behufs der Pension findet ebenso Statt, wie bei den Temporär-Invaliden, und sind denselben auch Solche unterworfen, welche auf Grund ihres Civilversorgungsscheins bereits Anstellung im Civildienste gefunden haben.

†) Temporär-Invalide können bei unzweifelhafter dauernder Ganzinvalidität vor dem Termin der Superrevision ersten Anerkennungsverfügung superrevidirt werden, um der möglichst bald in den Genuss des Civilversorgungsscheins zu treten.

††) 2) Invalide, welche an Epilepsie leiden.

*) Krm. Instr. 3. August 1865 §. 13.

**) Krm. Instr. 29. März 1852 §. 34 zu A. C.-O. 29. Jan 1852.

***) Krm. 26. Sept. 1862 zu §. 4 der Instr. vom 29. März 1852.

†) Krm. 26. Jan. 1865. — Chef 30. Jan. 1865.

††) Ges. 27. Jun 1871 §. 76. — Instr. 11. Octbr. 1870 §. 37. — Krm. 9. Juli 1864.

Aus diesem Grunde muss am Schluss des Dienstbeschädigungs-Attestes, wenn der Civilversorgungsschein beantragt wird, die Freiheit des Betreffenden von Epilepsie von dem Vorgesetzten bescheinigt werden, nicht von dem untersuchenden Arzte, da es zur Abgabe dieses Zeugnisses einer auf längere Beobachtung beruhenden nähern Kenntniss der betreffenden Persönlichkeit bedarf, wie sie nur dem Vorgesetzten zur Seite steht.

*) 3) Invalide, welche ihrer Gebrechen wegen zu keinerlei Verwendung im Civildienst tauglich sind.

Der jede Beschäftigung hindernde Schwächezustand.

**) Das Invalidengesetz vom 6. Juli 1865 bestimmte im §. 14 eine Zulage von 3 Thlrn. monatlich für Invalide, welche bei ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienste wegen Verstümmelung, Erblindung oder eines jede Beschäftigung hindernden Schwächezustandes von dem Civilversorgungsscheine Gebrauch zu machen verhindert waren, und die Kriegsministerielle Instruction zu diesem Gesetze vom 3. August 1865 bestimmt im §. 17, dass in Betreff der Gewährung der Pensions-Zulage von 3 Thlrn. monatlich für die Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheines die ärztlichen Atteste sich über den jede Beschäftigung hindernden Schwächezustand auszusprechen haben und zwar, wenn letzterer vorhanden, ob derselbe dauernd oder auf Zeit vorhanden sei. — Dass die Militärärzte aufgefordert waren, sich über den in Rede stehenden Schwächezustand und nur über diesen auszusprechen, während nach §. 14 des Gesetzes auch Verstümmelung und Erblindung in Betreff der Zulage von 3 Thlrn. monatlich dieselbe Wirkung haben, hat darin seinen Grund, dass ein solcher Zustand sich von der aner kennenden Behörde aus den Darstellungen der ärztlichen Atteste nicht mit Bestimmtheit erkennen lässt, während bei vorhandener Verstümmelung oder Erblindung in allen Fällen ein leicht erkennbares und unzweifelhaftes That sachenverhältniss vorliegt.

*) Ges. 27. Jnni 1871 §. 76 al. 3.

**) Gesetz 6. Juli 1865 §. 14. — Instr. 3. August 1865 §. 17. — Krm. 12. März 1867.

*) Der von einem General-Commando gemachte Vorschlag, nach einer gewissen Reihe von Dienstjahren es lediglich in das Belieben des Versorgungsberechtigten zu stellen, ob er den Civilversorgungsschein oder in Stelle desselben die dafür gewährte Zulage nehmen wolle, wurde von dem Kriegsministerium als principaliter unannehmbar erklärt und vielmehr der Grundsatz festgestellt, die Gewährung der Zulage statt des Scheines ausschliesslich an die Bedingungen zu knüpfen, dass der Versorgungsberechtigte sich in dem Zustande der Unfähigkeit befinde, von dem Civilversorgungsscheine Gebrauch zu machen.

Wenn es indess in den Motiven zu dem Gesetze vom 6. Juli 1865 wörtlich heisst: „Dieser neue §. (n. §. 14) erscheint von grosser Wichtigkeit, indem erst dadurch ganz erwerbsunfähige, zur Anstellung ungeeignete Invaliden der Armenpflege enthoben und altgediente Feldwebel etc. vor einem darbenden Alter sicher gestellt werden; es dürfte deshalb diese Bestimmung auch wesentlich auf die Gewinnung eines altgedienten Unteroffiziercorps hinwirken“, — so geht hieraus allerdings die Ansicht hervor, altgedienten Soldaten diese Zulage möglichst zuzuwenden.

Zustand der Abgestumpftheit und des Verbrauchs der körperlichen und geistigen Kräfte.

Es wird sich daher rechtfertigen lassen, Leuten, welche sich bei einer mindestens 30jährigen Dienstzeit nach ärztlichem Gutachten und nach dem übereinstimmenden Urtheile ihrer Vorgesetzten (Compagnie- resp. Escadronchef bis Regiments-Commandeur) in einem Zustande der Abgestumpftheit und des Verbrauchs der körperlichen und geistigen Kräfte befinden, der sie zur Verwendung im Civildienste untauglich macht, die Zulage statt des Scheines auch ohne den Nachweis eines jede Beschäftigung hindernden Schwächezustandes zu bewilligen. Immer wird sich jedoch das Urtheil über einen solchen Zustand auf eine gewissenhafte und sorgfältige Prüfung gründen und dies in dem betreffen-

*) Krm. 16. März 1868. Die erhöhte Pension für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheins ist an den Nachweis der Unfähigkeit zur Benutzung desselben geknüpft.

den ärztlichen Atteste und dessen dienstlicher Bescheinigung ausdrücklich bemerkt werden müssen. Auch wird in dergleichen Fällen anzugeben sein, ob und in welchem Belange der Betreffende ausser seinem Dienst Einkommen resp. der künftigen Pension eigenes Vermögen besitzt.

Erhöhte Pension bei Unfähigkeit zur Benutzung des Civilversorgungsscheins.

*) Die Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheines ist in dem neuen Invalidengesetze gestrichen worden, an ihre Stelle ist für alle diejenigen Invaliden, welche sich beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienste ihrer Gebrechen wegen zu keinerlei Verwendung im Civildienste tauglich zeigen, sowie für die mit Epilepsie behafteten, wenn dieselbe durch Dienstbeschädigung entstanden ist, unter der Voraussetzung der Berechtigung zum Civilversorgungsscheine, das Beneficium getreten, dass sie in diesem Falle nicht die dem Grade ihrer Invalidität entsprechende Invaliden-Pension, sondern sofern sie nicht schon die Pension der ersten Klasse beziehen, die der nächst höhern Klasse erhalten.

**) Die Bewilligung der höhern Pensionsklasse für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheines ist auf Zeit statthaft und ist das Aequivalent für die ehemals gewährten 3 Thlr. auch den dauernd Ganzinvaliden und temporär in gewiesem Grade erwerbsunfähigen zu gewähren, doch nur

- a) beim Ausscheiden aus dem Dienste,
- b) in den Fällen des §. 82 A 1 u. 2a (s. S. 161), sowie B auf die Dauer 3er Jahre nach dem Friedensschlusse, vorausgesetzt, dass der Nachweis der Berechtigung zur Zeit des Ausscheidens aus dem Dienste nachträglich erbracht wird. Nach 3 Jahren tritt gegen die Gewährung des Civilversorgungsscheines die entsprechende Herabminderung der Pension ein.

Diese bei allen schwereren Invaliditätsfällen zur Erörterung kommende Frage wird sich immer nur durch ärztliches Gutachten lösen lassen. Es handelt sich nur darum, ob nach

*) Ges. 27. Juni 1871 §. 76.

**) Krm. 8. Octbr. 1871 ad I.

früheren Bestimmungen der Arzt berechtigt ist, eine Antwort auf die Frage zu geben, ob ein Invalide seines Gebrechens wegen zu keinerlei Verwendung im Civildienste tauglich ist.

Hat der Arzt sich über die Tauglichkeit eines Invaliden zur Verwendung im Civildienst zu äussern oder nicht?

Die Instruction für Militärärzte sagt ausdrücklich §. 38 S. 31. In wie weit der betreffende Invalide noch zur Verwaltung eines Civildienstes geeignet sein möchte, ist der Beurtheilung des Arztes nicht unterworfen und hat sich dieser daher auch nicht darüber zu äussern“ und im §. 44 S. 36: „es steht dem Arzte eine Aeusserung über die Berechtigung des von ihm Untersuchten zu diesem oder jenem Invaliden-Beneficium nicht zu“. Aus dieser Verlegenheit half der §. 17 der Instruction vom 3. August 1865, insofern der Arzt allein den jede Beschäftigung hindernden Schwächezustand constatirte, woraus die Gewährung der Zulage für Nichtbenutzung des Civilversorgungsscheines für die anerkennende Behörde einfach folgte.

Allein schon die oben angeführte Kriegsministerielle Verfügung vom 16. März 1868 fordert eventuell den Nachweis eines Zustandes der Abgestumpftheit und des Verbrauchs der körperlichen und geistigen Kräfte, welcher den Invaliden zur Verwendung im Civildienste untauglich macht Seitens des Arztes in dessen Atteste.

Wenn demnach schon damals es nicht zu vermeiden war, dass der Arzt sich ausdrücklich über die Verwendbarkeit eines Invaliden im Civildienste aussprach, so ist es nach der heutigen Gesetzgebung unmöglich, den Arzt für unbefugt zu erklären, sich darüber auszusprechen, wie es die Instruction für Militärärzte thut. Der Arzt wird vielmehr in allen Fällen, wo er den Invaliden für unfähig zur Uebernahme eines Civilversorgungspostens hält, dies ausdrücklich und motivirt auszusprechen haben.

Dieser Fall wird stets eintreten bei völliger Erwerbsunfähigkeit, (mithin auch bei allen Fällen wo die Verstümmelungszulage gewährt wird) bei dem jede Beschäftigung hindernden

*) Instr. f. M.-Aerzte §. 38. §. 44.

Schwächezustände, bei gänzlichem Siechthum und Verbrauch der Kräfte etc.

*) Die Frage ob nach dem neuen Gesetze für die Gewährung der nächst höhern Pensionsklasse die Unfähigkeit zur Benutzung des Civilversorgungsscheines von dem in §. 14 des Gesetzes vom 6. Juli 1865 geforderten Nachweise eines jede Beschäftigung hindernden Schwächezustandes abzusehen sei, resp. dieselbe nur bei völliger Erwerbsunfähigkeit stattfinden könne, beantwortet das Kriegsministerium dahin, dass die genannte Vergünstigung jetzt auch solchen Leuten gewährt werden kann, deren Erwerbsfähigkeit in einem geringerem Grade beschränkt ist, als dies der §. 14 c. Behufs Erlangung der qu. Zulage verlangte.

Es ist als eine Forderung der Billigkeit angesehen worden, denjenigen sonst berechtigten Invaliden, welche durch die Art ihrer Gebrechen die Fähigkeit eingebüsst haben, eine Beamtenstelle im öffentlichen Dienste zu bekleiden und dadurch zu einer Besserung ihrer Lage zu gelangen, eine besondere Entschädigung zu gewähren.

Hiernach wird den sonst berechtigten auch noch nicht völlig erwerbsunfähigen Invaliden die qu. Vergünstigung zuzuerkennen sein, in Betreff deren in den ärztlichen Attesten überzeugend nachgewiesen wird, dass deren Verwendung als öffentlicher Beamter nicht möglich erscheint.

Die Motive zu derartigen — sowohl für dauernd als nur für einen bestimmten Zeitabschnitt gültigen Erklärungen können in einem allgemeinen, jede Beschäftigung ausschliessenden Schwächezustande, in einem noch nicht abgelaufenen Heilungsprozesse, in widerlichen äusserlichen Entstellungen, in wesentlicher Störung der Sprache oder des Gehörs oder in ähnlichen andern Momenten gefunden werden, welche den qu. Invaliden zu einer Verwendung als öffentlicher Beamter faktisch nicht verwendbar erscheinen lassen. Es liegt hierbei jedoch ebenso in dem wahren

*) Krm. 8. Octbr. 1871 ad II. Die qu. Zulage ist auch zahlbar wenn zwar nicht völlige Erwerbsunfähigkeit besteht, aber die Unfähigkeit zur Verwendung als öffentlicher Beamter.

Interesse der betreffenden Invaliden, als in dem des Staates die Gewährung der Vergünstigung des Alinea 3 des §. 76 — sowohl eine dauernde als auch eine solche auf Zeit — auf das dringende Bedürfniss zu beschränken.

Forstversorgungsschein. *)

Die gelernten Jäger erhalten anstatt des Civilversorgungsscheines den Forstversorgungsschein, welcher den Anspruch auf Anstellung als Förster oder Hilfsaufseher im Königlichen Forstdienst, im Dienst der Kommune und öffentlichen Anstalten gewährt, insofern die Stelle nicht eine weitergehende Qualification als die eines Königlichen Försters erfordert. Derselbe wird nur an Personen ertheilt, welche durch den Militärdienst im Jägercorps die Berechtigung dazu erworben haben. — Es giebt einen unbeschränkten Forstversorgungsschein, welchen die Jägerklasse A. I. erwirbt, und einen beschränkten für die Jägerklasse A. II. Die Klasse A. umfasst die gelernten Jäger. Die Klasse A. I. verpflichtet sich zum 12jährigen Dienste im Jägercorps, davon 4 Jahre aktiv, 8 Jahre in der Reserve. Die Klasse A. II. capitulirt nach 3jähriger Dienstzeit noch auf 1 Jahr und bleibt im Uebrigen wie jene verpflichtet. — Die Klasse B. umfasst alle, welche keinen Anspruch auf Forstversorguug haben. — Die Anerkennung erfolgt durch die Inspection der Jäger und Schützen. **)

Anmerk. Eine Uebersicht der Unterbeamtenstellen, welche, soweit nachstehend nicht ein Anderes bestimmt worden — ausschliesslich mit Militär-Anwärtern zu besetzen sind, giebt die Anlage A zu dem Reglement über die Civilversorgung etc. vom 20. Juni 1867, cfr. Inv.-Ges. 27. Juni 1871 §. 77.

d) Invaliden-Institute.

***) „An Stelle der Pensionirung können Ganzinvaliden mit ihrer Zustimmung auch durch Einstellung in ein Invaliden-Institut (Invalidenhäuser, Invaliden-Compagnien, so lange letztere noch bestehen) versorgt werden. Die Aufnahme kann

*) Regul. vom 1. December 1864.

**) Krm. Instr. 3. August 1865 §. 2.

***) Ges. 27. Juni 1871 §. 78.

nur innerhalb der für dergleichen Institute festgestellten Etats erfolgen.

Die Invalidenhäuser sollen vorzugsweise als Pflegeanstalten für solche Invalide dienen, die besonderer Pflege und Wartung bedürftig sind (Inv.-Gesetz 6. Juli 1865 §. 16) (Erblindete und Verstümmelte).

Das fernere Verbleiben in einem Invaliden-Institut kann von keinem Invaliden beansprucht werden, wenn seine Verhältnisse ihn dazu nicht mehr geeignet erscheinen lassen.“

*) Die Aufnahme in die Invalidenhäuser und die Entlassung aus denselben, sowie die Entscheidung in allen zur ausnahmsweisen Berücksichtigung geeigneten Fällen bleibt dem Kriegsministerium, Abtheilung für Invalidenwesen, vorbehalten. Die Anträge zur Aufnahme können von sämtlichen General-Commandos an das Kriegsministerium, Abtheilung für das Invaliden-Wesen gelangen, Entlassungsgesuche dagegen nur durch die General-Commandos resp. des Garde- und des 2. Armee-Corps, zu deren Ressort die beiden Anstalten (NB. in Berlin und Stolp) gehören. In der Regel kann der Eintritt in ein Invalidenhaus nur unverheiratheten Invaliden zugestanden werden, wegen beschränkter Räumlichkeiten für Verheirathete.**)

e) Verwendung im Garnisondienst.

***), „Halbinvalide Unteroffiziere können im aktiven Militärdienst belassen werden, wenn sie sich zur Verwendung in solchen militärischen Stellen eignen, deren Dienst das Vorhandensein der Feld- beziehungsweise Seedienstfähigkeit nicht erfordert und wenn sie dies statt der Gewährung der Pension wünschen.“

†) Temporär-Halbinvaliden von guter Führung ist bei endgültiger Anerkennung der Halbinvalidität die Wahl zwischen Pension und Einstellung in einen zur Aufnahme von Halbinvaliden bestimmten Truppentheil freizustellen, und sind dieselben vor endgültiger Anerkennung als Halbinvalide über ihre Wünsche in dieser Beziehung zu befragen.

*) Krm. Instr. 3. August 1865 §. 2.

**) ib. §. 21.

***), Ges. 27. Juni 1871 § 79.

†) Krm. im März 1870.

Eitner, Gutachten.

Die unmittelbar aus dem aktiven Dienste als Halb- oder Ganzinvalide ausscheidenden Soldaten sind in den Fällen, wo ihnen die Wahl zwischen Pension und Eintritt in einen für Halb-invalide bestimmten Truppentheil resp. in ein Invaliden-Institut frei steht, über ihre Wünsche zu befragen.

b) Das ärztliche Attest.

Als Resumé aus dem Vorstehenden über die Ausstellung des ärztlichen Invaliden-Attestes ergibt sich Nachstehendes:

*) 1) In Betreff der ärztlichen Gutachten resp. Atteste enthält die Instruction für Militärärzte die massgebenden Bestimmungen.

**) 2) Die militärärztliche Untersuchung geschieht durch Befehl des Regiments-Commandeurs unter Uebersendung der Invalidenliste auf derselben und des Dienstbeschädigungs-Attestes.

***) Das Attest kennzeichnet den zu untersuchenden Mann auf Grund seines Nationalen nach Vor- und Zunamen, Datum und Ort der Geburt, Datum des Dienst Eintritts.

4) Genaue objektive Schilderung des Krankheitszustandes derartig, das aus dieser Schilderung die kontrollirende Behörde mit Sicherheit sich von dem Vorhandensein desselben überzeugen kann.

†) 5) Die Herleitung des Krankheitszustandes aus der Dienstbeschädigung unter Zugrundlegung des Dienstbeschädigungs-Attestes resp. Berichtes.

„Die Frage, ob eine Beschädigung bei Ausübung des Dienstes die Dienstunfähigkeit etc. erzeugt oder nur mittelbar als Gelegenheitsursache dabei mitgewirkt hat, ist vom Militärarzt zu erörtern. — Die Folge von der Einwirkung einer blossen Gelegenheitsursache kann der Regel nach als Dienstbeschädigung nicht anerkannt werden. Dieses ist besonders zu beachten bei denjenigen Beschädigungen, welche angeblich durch das Erleiden schädlicher Witterungseinflüsse bei gewöhnlichen Dienstverrichtungen entstanden sind.

*) Instr. 11. Octbr. 1870 §. 7.

**) ib. §. 32.

***) Instr. f. M.-Aerzte §. 43. Anmerk. Cfr. Krm. 24. Januar 1872 S. 126.

†) Instr. 11. Octbr. 1870 §. 9.

*) Die Folgen der Beschädigung zeigen sich a) entweder sofort und führen in ihrer Fortdauer ununterbrochen zur Invalidität, oder b) sie zeigen sich zwar sofort, die Dienstunfähigkeit tritt aber erst nach Zwischenfällen scheinbarer Genesung hervor oder c) sie kommen erst später zur Erscheinung. In den Fällen ad b und c ist seitens des Arztes unter Berücksichtigung der thatsächlich oder vermuthungsweise bescheinigten Dienstbeschädigung, resp. nach dem der Arzt sich die etwa noch erforderliche Auskunft von Letzterem verschafft hat, der ursächliche Zusammenhang zwischen der Beschädigung und der Dienstunfähigkeit etc. mit ausführlichen Gründen überzeugend nachzuweisen.

6) Die motivirte Schlussfolgerung in welchem Grade das vorhandene Leiden die Dienstfähigkeit beschränkt: Ganzinvalid, Halbinvalid, temporär, dauernd.

7) In welchem Grade bei vorhandener Ganzinvalidität die Erwerbsfähigkeit beschränkt ist: völlige, grösstentheilige, theilweise Erwerbsunfähigkeit, temporär oder dauernd.

8) Bei gänzlicher Erwerbsunfähigkeit, ob der Invalid ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann.

9) Ob der Invalid verstümmelt, erblindet ist; bei Verlust resp. Erblindung eines Auges, wie der Zustand des andern Auges ist; ob dauernd oder temporär.

10) Ob eine dem Verluste des Gliedes gleich zu achtende Störung der aktiven Bewegungsfähigkeit eines Gliedes vorhanden ist: dauernd oder temporär.

11) Bei Verletzung der Sprachorgane, ob die Sprache verloren ist.

12) Ob solche schwere äussere oder innere Schäden vorhanden sind, welche in ihren Folgen für die Erwerbsfähigkeit einer Verstümmelung gleich zu achten.

13) Eventuell ob der Invalid in Folge der Dienstbeschädigung an Epilepsie leidet.

14) Ob der Invalid seiner Gebrechen wegen zu keinerlei Verwendung im Civildienst tauglich ist.

*) ib. §. 10.

15) Versicherung der Wahrheit an Eidesstatt, Ort, Datum, Unterschrift.

Für Soldaten, welche erst nach ihrer Entlassung aus dem aktiven Dienste Versorgungs-Ansprüche erheben.

Die unter A. a. angeführten Bestimmungen gelten auch für die hier in Rede stehenden Fälle, insofern nicht in Nachstehendem Abänderungen enthalten sind.

1. Form und Gang des Verfahrens.

*) „Wer nach seiner Entlassung einen Versorgungs-Anspruch geltend machen darf, kann dies nur thun, indem er sich damit an den Bezirks-Feldwebel — ist das Landwehr-Bezirks-Commando am Orte, an dieses — wendet. Der Antrag ist entweder am Stationsorte des Feldwebels resp. des Bezirks-Commandos an bestimmten Tagen und Stunden oder bei den Frühjahrs - Controllversammlungen vorzubringen. Der Antragsteller hat die Beweisstücke (Entlassungsschein etc.) durch welche er seinen Antrag begründet oder unterstützt, mit zur Stelle zu bringen.“

**) „Der Bezirks-Feldwebel nimmt über den Antrag ein Protokoll auf und ertheilt dem Antragsteller eine Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung des Anspruchs, sowie über den Empfang der eingelieferten Beweisstücke.“

***) Wer wegen Krankheit sich nicht persönlich bei dem Bezirks-Feldwebel melden kann, hat dies dem letztern, unter Vorlegung einer Bescheinigung der Ortsbehörde über seine Marschunfähigkeit anzuzeigen oder anzeigen zu lassen. Der Feldwebel hat alsdann von der Ortsbehörde die Aufnahme des Antrags-Protokolls und die Einsendung desselben nebst Belägstücken zu requiriren. Mit Ausnahme des Falls der bescheinigten Marschunfähigkeit müssen alle Anmeldungen beim Landwehr-Bezirks-Commando etc. persönlich erfolgen.“

†) „Fürsprecher oder Vertreter sind nur als Dolmetscher zulässig, oder nur insofern als der betreffende Soldat unter der vormundschaftlichen oder väterlichen Gewalt dieser Personen steht, oder als dieselben sonst zur Bestreitung seines Unter-

*) Instr. 10. Octbr. 1870 §. 53. — **) ib. §. 54. — ***) ib. §. 55. —

†) ib. §. 28 u. 56.

haltes gesetzlich verpflichtet sind und sich darüber durch eine Bescheinigung der Ortsbehörde ausweisen können.“

*) „Der Bezirks-Feldwebel sendet das Protokoll nebst Anlagen ungesäumt dem Bezirks-Commando ein. Letzteres hat den Antrag zu prüfen“.

Prüfung durch die Bezirks-Commandos.

**) „Von welchen bereits entlassenen Soldaten, beziehungsweise in der Heimath lebenden Invaliden nach der Entlassung noch Versorgungs-Ansprüche angemeldet werden können, ergeben die §§. 14, 17, 18 und §. 20 Schlusspassus der Instruction vom 11. Octbr. 1870 resp. §. 82 des Gesetzes vom 27. Juni 1871.“

Unbegründete Anträge.

***) Die hiernaeh unbegründeten Anträge sind gemäss §. 21 gleich durch das Bezirks-Commando abschlägig zu bescheiden.

Begründete Anträge.

Wenn die Anträge begründet erscheinen, so hat Bezirks-Commando das gesammte, von dem Betreffenden selbst zu liefernde Material (bezügliche Atteste der betreffenden Ortsbehörde und derjenigen Aerzte, von denen der Bittsteller seit der Entlassung an der angeblich durch den Dienst verursachten Krankheit behandelt worden —) welches den Nachweis liefern soll, dass die event. Dienstuntauglichkeit auch wirklich durch den Dienst in der angeblichen Weise entstanden sei, zu sammeln,†) andern Falls sind die etwa erforderlichen Atteste vom Truppentheile des Antragsstellers einzuziehen oder die sonst nothwendigen Ermittlungen und Feststellungen zu veranlassen, die Invaliden-Listen anzufertigen und die qu. Leute durch amtliche Listen, und zwar durch Liste B. (Anträge, die als begründet erachtet werden) C, (Anträge mit zweifelhafter Begründung, D. Anträge (betreffend Mannschaften des Garde-Corps) beim Departements-Ersatz-Geschäft vorzustellen.††)

Aerztliche Untersuchung.

†††) Dem die ärztliche Untersuchung in Gegenwart der Kommission vornehmenden Militärarzt müssen Behufs der er-

*) ib. §. 57. — **) ib. §. 51. — ***) ib. §. 21 u. §. 57. — †) ib. §. 57 u. 58. — ††) ib. §. 59. — †††) ib. §. 60.

forderlichen Information die Personalpapiere des zu Untersuchenden, insbesondere die über denselben vorhandenen ärztlichen Berichte und Atteste in angemessener Frist vor der Untersuchung vorgelegt werden. Diese mit den Bemerkungen des Arztes und des Brigade-Commandeurs versehenen Listen reicht das Bezirks-Commando direkt an das General-Commando, (die Liste D an das Gardecorps) ein. — Sind Leute durch Krankheit am Erscheinen verhindert, (cfr. §. 55), so wird die Prüfung im Geschäftstermine unter etwaiger Anhörung der mit den Verhältnissen des Antragsstellers bekannten und in den Terminen resp. Aushebungsorte anwesenden Personen (Landrath, Ortsvorstand, Ortseinnehmer) erledigt, die ärztliche Untersuchung aber durch den nächsten Ober-Militärarzt veranlasst.

Die von dem Arzte als dienstfähig bezeichneten, noch nicht als Invalide anerkannten Mannschaften werden vom Bezirks-Commando abgewiesen.

Untersuchungen ausser der Zeit des Ersatz-Geschäfts.

*) Ausser der Zeit des Ersatzgeschäftes ist das Invaliden-Prüfungsverfahren in denjenigen Fällen einzuleiten, wo der Anspruch eines Soldaten innerhalb der nächsten 6 Monate nach seiner Entlassung auf Grund einer im Frieden erlittenen und vor der Entlassung festgestellten Dienstbeschädigung erhoben wird, sowie bei erheblicher Verschlimmerung der Leiden eines bereits anerkannten Invaliden, wo ein Aufschub ohne Nachtheil für den Leidenden nicht statthaft erscheint.

Prüfungs-Verfahren in diesem Falle.

**) Die ärztliche Untersuchung erfolgt in diesen Fällen im Stabsquartier des Landwehr-Bezirks-Commandos, oder in dem nächsten Garnisonorte, wo ein Ober-Militärarzt sich befindet, event. bei Intransportabilität durch einen Civilarzt (in der Regel Militärarzt des Beurlaubtenstandes resp. den Kreisphysikus).

Persönliche Vorstellung vor dem Bezirks-Commandeur.

***) Nach stattgehabter ärztl. Untersuchung haben sich diese Soldaten resp. Invaliden dem Landwehr-Bezirks-Commandeur

*) ib. §. 61. — **) ib. §. 62. — ***) ib. §. 63

oder demjenigen Truppenbefehlshaber, von welchem auf Requisition die Untersuchung veranlasst worden ist, persönlich vorzustellen (ausgenommen bei Intransportabilität). Unter dem ärztlichen Atteste ist diese Vorstellung und die Zustimmung des betreffenden Commandeurs zu dem ärztlichen Atteste zu bescheinigen, event. die auf den Augenschein gegründete abweichende Meinung anzugeben.

Weiterreichung der Anträge.

*) Die betreffenden Anträge gehen dann durch das Brigade-Commando an das General-Commando, resp. durch das Garde Landwehrbataillon an das General-Commando des Gardecorps, event. durch das Linien-Brigade-Commando an das General-Commando der Garde. — Die vom General-Commando resp. Kriegs-Ministerium ergehenden Entscheidungen werden auf dem Instanzenwege dem Bezirks-Commando, von diesem in beglaubigter Abschrift durch den Bezirksfeldwebel den Betheiligten mitgetheilt.

Rekurs**) gegen die Entscheidung des General-Commandos ist nur beim Kriegs-Ministerium zulässig.

Kommissarisch ärztliche Untersuchung.*)**

Ein commissarisch ärztliche Untersuchung in Fällen der Prüfung ausser der Zeit des Ersatzgeschäftes kann von Seiten der Vorgesetzten da angeordnet werden, wo in Bezug auf den die Invalidität bedingenden Krankheitszustand Zweifel vorhanden sind, auf Antrag des zu Untersuchenden selbst aber nur insofern, als für den Fiskus besondere Kosten dadurch nicht erwachsen.

2. Ursache der Invalidität.

Führung des Beweises für die behauptete militärdienstliche Ursache der Dienstunfähigkeit.

†) Der Beweis für die militärdienstliche Ursache der Dienst- resp. Erwerbsunfähigkeit muss geführt werden:

- a) bei Theilnehmern an einem vor dem Jahre 1864 geführten Kriege, wenn sie behaupten, durch Beschädigung

*) ib. §. 63 u. §. 59. — **) ib. §. 66. — ***) ib. §. 64. — †) Instr. 11. Octbr. 1870 §. 17.

im Kriege oder bei Besitz eines im Kriege erworbenen Militär-Ehrenzeichens in Folge des Dienstes oder durch Dienstbeschädigung invalide geworden zu sein, durch den Entlassungsschein des Soldaten, durch dienstliche Bescheinigungen der Vorgesetzten, durch sonstige amtliche Urkunden, insbesondere durch Auszüge aus den Rapporten und Listen der Truppen und durch die Lazareth-Listen;

b) bei Theilnehmern an seit Beginn des Jahres 1864 geführten Kriegen, wenn sie, wie sub a angegeben, behaupten,

aa) bei den damals preussischen Soldaten durch die Kriegs-Stammlisten etc.;

bb) bei den damals nicht preussischen Soldaten, gegenwärtig nach den preuss. Invalidengesetzen zu behandelnden Theilnehmern dieser Kriege wie ad a;

c) bei Soldaten, welche an keinem Kriege Theil genommen, welche jedoch während des aktiven Militärdienstes an der contagiösen Augenkrankheit gelitten haben, durch die Bescheinigung ihrer Truppentheile oder Auszüge aus den Listen derselben und den Lazareth-Listen;

d) bei denen, welche eine Beschädigung bei Ausübung des aktiven Dienstes im Frieden erlitten haben, durch Bescheinigung ihrer Truppentheile, selbstverständlich nur innerhalb der Frist von 6 Monaten seit ihrer Entlassung aus dem aktiven Dienste.

Die Betreffenden sind verpflichtet, selbst den Nachweis zu führen, dass die von ihnen als Ursache ihrer Dienstuntauglichkeit etc. angegebenen militär-dienstlichen Vorkommnisse auch wirklich den Grund derselben gewesen sind. Das diesen Nachweis enthaltende Material (bezügliche Atteste der betreffenden Ortsbehörden und derjenigen Aerzte, von denen der Bittsteller seit der Entlassung an der angeblich durch den Dienst verursachten Krankheit behandelt worden) ist dem Militärarzt vor der Untersuchung vorzulegen.

*) Behufs Feststellung von Invaliden-Versorgungs-Ansprüchen ehemaliger Militärpersonen haben die Gerichtsbehörden den Re-

*) Justiz-Min. 23. Febr. 1853

quisitionen der Militärbehörden um eidliche Abhörung der Zeugen nachzukommen.

*) Treten schädliche vor der Entlassung nicht festgestellte Wirkungen der im Kriege überstandenen Strapazen und Entbehungen innerhalb der nächsten drei Jahre nach dem Friedensschlusse, in so erheblichen Maasse hervor, dass sie den Betreffenden im Erwerbe seines Unterhaltes wesentlich beschränken, so ist behufs der einzuholenden Entscheidung des Kriegs-Ministeriums ausnahmsweise eine nachträgliche Feststellung des Thatbestandes der Beschädigung zu veranlassen.

**) Diese Fälle ausgenommen bedingen alle auf angeblich im Frieden erlittene Beschädigungen, welche nicht vor der Entlassung aus dem Dienste festgestellt sind, und auch angeblich im Kriege erlittene Beschädigungen begründeten Ansprüche die sofortige Abweisung als unbegründet.

3. u. 4. Grad und Dauer der Invalidität und Erwerbsfähigkeit.

Beurtheilung der Invalidität bereits entlassener Soldaten.

***) Wenn bereits Entlassene, vor längerer oder kürzerer Zeit aus dem Militärdienste geschiedene Leute einen Anspruch auf Invaliden-Wohlthaten oder auf deren Erhöhung erheben und deshalb den Militärärzten zur Untersuchung ihres Körperzustandes überwiesen werden, so kommt es zwar eigentlich nicht darauf an, dass durch diese Untersuchung die Unfähigkeit jener Leute zum Militärdienst festgestellt werde; da jedoch die Versorgungs-Ansprüche derselben bestimmungsgemäss nur dann Berücksichtigung finden können, wenn die Untersuchten Ganzinvaliden sind, so muss allerdings die Untersuchung auch hierauf mit gerichtet werden und es muss der Grad der vorgefundenen Invalidität in dem desfallsigen Atteste pflichtmässig ausgesprochen werden, wobei die im §. 36 (der Instr. f. M.-A.) angegebenen Grundsätze ebenfalls zur Richtschnur dienen.

Grad der Erwerbsfähigkeit.

Hauptsächlich kommt es aber auch bei diesen, mit der grössten Sorgfalt vorzunehmenden Untersuchungen darauf an,

*) Instr. 11. Octbr. 1870 §. 20. — **) ib. §. 21. — ***) Instr. f. M.-Aerzte §. 39.

dass dargethan werde, ob und in welchem Grade der Untersuchte durch die vorhandene Invalidität zum Selbsterwerbe seines Unterhaltes unfähig gemacht wird. Das Attest muss daher ein mit Gründen gehörig ausgeführtes Urtheil über die Art, den Grad und die Ursache der Invalidität und darüber enthalten, ob und in welchem Grade letztere den Invaliden unfähig macht, sich selbst zu ernähren.

Dauer der Invalidität und Erwerbsunfähigkeit.

*) Auch über die Dauer der Invalidität und Erwerbsunfähigkeit haben sich diese ärztlichen Atteste auszusprechen.

5. Invaliden-Benefizien.

a u. b. Pension und Pensionszulage.

**) Wenn die Invalidität als veranlasst nachgewiesen wird:

- 1) durch eine im Kriege erlittene Verwundung oder äussere Dienstbeschädigung, oder
- 2) durch eine während des aktiven Militärdienstes im Kriege oder im Frieden überstandene kontagiöse Augenentzündung so findet während der auf den Friedensschluss folgenden drei Jahre volle Berücksichtigung nach den Pensions- und Pensionszulage-Bestimmungen statt.

Später kommen zwar die Bestimmungen über Pensions- und Verstümmelungs-Zulagen ohne Einschränkung zur Anwendung, dagegen kann alsdann bei theilweiser Erwerbsunfähigkeit nur die Invalidenpension der 5. Klasse, bei grösstentheils vorhandener Erwerbsunfähigkeit die der 4. Klasse, bei gänzlicher Erwerbsunfähigkeit die der 3. Klasse und bei gleichzeitigem Bedürfniss fremder Wartung und Pflege die der 2. Klasse gewährt werden.

Dieselbe Beschränkung der Pensionsgewährung findet dann statt, wenn die Invalidität durch eine im Frieden überstandene kontagiöse Augenkrankheit veranlasst ist. Die Verstümmelungs-Zulage ist jedoch auch hier zu gewähren.

***) Wenn die Invalidität als veranlasst nachgewiesen wird durch eine im Kriege erlittene innere Dienstbeschädigung

*) Krm. Instr. 3. Aug. 1865 §. 57. — **) Inv.-Ges. 27. Juni 1871 §. 84 §. 82 A. 1 u. 2. — ***) ib. §. 82 B.

oder durch eine auf Seereisen erlittene innere oder äussere Dienstbeschädigung, und die Ansprüche innerhalb dreier Jahre nach dem Friedensschlusse, resp. nach der Rückkehr in den ersten heimathlichen Hafen, geltend gemacht werden, so tritt keine Beschränkung in der Pensionsgewährung ein.

*) Auf die als dauernd versorgungsberechtigt anerkannten Invaliden finden bei späterer Steigerung ihrer Invalidität die vorstehenden Bestimmungen mit der Maassgabe Anwendung, dass auch in den Fällen, wo innerhalb dreier Jahre nach dem Friedensschlusse (beziehentlich nach der Rückkehr in den ersten heimathlichen Hafen), wenn die Invalidität als veranlasst nachgewiesen wird durch eine im Kriege erlittene innere Dienstbeschädigung, oder durch eine auf Seereisen erlittene innere oder äussere Dienstbeschädigung und wo innerhalb sechs Monate nach der Entlassung aus dem aktiven Militärdienste die Invalidität nachweislich durch eine während des aktiven Militärdienstes im Frieden erlittene Dienstbeschädigung verursacht ist, keine Zeitbeschränkung, sondern nur die entsprechende Beschränkung der Pensionsgewährung eintritt.

c) Der Civil-Versorgungsschein.

**) Der Civil-Versorgungsschein kann auch den nach der Entlassung zur Versorgungsberechtigung anerkannten Invaliden gewährt werden unter den gemäss §. 75 und §. 76 1 und 2 gegebenen Bestimmungen.

d) Aufnahme in die Invaliden-Institute.

***) Heimathliche Invaliden können nur ausnahmsweise, folglich nicht ohne Genehmigung der Abtheilung für das Invaliden-Wesen in die Invalidenhäuser und die Invaliden-Compagnieen eingestellt werden.

b) Das ärztliche Attest.

Das ärztliche Attest über heimathliche Invaliden und Soldaten, welche erst nach ihrer Entlassung aus dem aktiven Dienste Invaliden-Ansprüche geltend machen, ist unter Berücksichtigung derselben Anhaltspunkte, wie für die, welche unmit-

*) ib. §. 85. — **) Inv.-Gesetz 27. Juni 1871 §. 87. — ***) Krm. Instr. 3. August 1865. §. 23.

telbar aus dem aktiven Dienste als Invalide ausscheiden, abzufassen.

Dass auch diese Atteste sich über den Grad und die Dauer der Invalidität und Erwerbsunfähigkeit auszusprechen haben, wurde schon oben erwähnt.

Eine besondere Sorgfalt wird in den ärztlichen Attesten dieser Art dem Nachweise des ursächlichen Zusammenhanges der vorhandenen Dienstuntauglichkeit und deren Herleitung aus der Einwirkung militärdienstlicher Schädlichkeiten zu widmen sein. Je später die angeblich in Folge von Dienstbeschädigungen entstandenen Leiden zur Anmeldung gelangen, desto schwerer ist es, die dienstlichen Bescheinigungen und sonstige zuverlässige Beweismittel herbeizuschaffen.

Da, wo diese Beweismittel fehlen, der betreffende Mann aber behauptet, in Folge militärdienstlicher Schädlichkeiten Invalide zu sein, hat der Militärarzt zunächst festzustellen, ob das angebliche Leiden, Fehler, Gebrechen überhaupt vorhanden ist und bejahenden Falls, ob dasselbe Folge des Dienstes resp. einer Dienstbeschädigung ist und sich darüber auszusprechen, ob der behauptete ursächliche Zusammenhang möglich oder wahrscheinlich sei.

*) Findet sich ein Leiden, welches die Dienstunfähigkeit begründet, oder finden sich Spuren stattgehabter Verletzungen, so hat sich der Arzt darüber zu erklären, ob dieselben von der Art sind, dass sie auf die von dem Invaliden angegebene Weise entstanden sein können, resp. die Verletzung als eine angeblich im Dienste erlittene anzuführen und sich darüber auszulassen, ob nach ärztlichem Ermessen anzunehmen sei, dass die Verletzung resp. das Leiden Folge unmittelbarer Dienstbeschädigung sei.

Dass der im §. 39 der Instruction für Militärärzte, S. 32 aufgestellte Begriff der unmittelbaren Dienstbeschädigung nicht mehr als gültig anzusehen ist, wurde bereits erwähnt.

Derselbe §. schreibt für die in Rede stehenden Atteste auch noch vor, dass bei nachgewiesener Verwundung vor dem Feinde, resp. bei nachweisbar während des aktiven Dienstes überstan-

*) Instr. f. M.-Aerzte § 39. — Cirk. 21. August 1834 ad 2 u. 3.

dener kontagiöser Augenentzündung und daraus resultirender gänzlicher Erwerbsunfähigkeit, das Attest sich auch noch darüber äussere, ob der Invalide, wenn von seinen sonstigen Gebrechen abgesehen wird, auch schon in Folge der Dienstbeschädigung für gänzlich erwerbsunfähig zu erachten sei.

„Bezüglich der kontagiösen Augenkrankheit ist es schwierig, ja oft unmöglich, sich bestimmt darüber zu äussern, ob dies früher und zuweilen schon vor Jahren überstandene Augenübel kontagiöser Natur gewesen sei, indem die gewöhnlichen Folgekrankheiten der kontagiösen Augenkrankheit, als Verdunkelungen der Hornhaut, Staphylome oder andere Entartungen der grösseren Gebilde des Augapfels u. s. w. nach so langer Zeit in der Regel nicht mehr mit den dem genannten Uebel eigenthümlichen Merkmalen vergesellschaftet sind.

Um nun das Erkennen zu erleichtern, und um zu verhindern, dass ähnliche Folgekrankheiten anderer Augenübel nicht mit denen des kontagiösen Augenleidens verwechselt werden, wird als Anhalt bemerkt, dass die kontagiöse Natur einer früher überstandenen Augenkrankheit wahrscheinlich ist, wenn das betreffende Individuum bei einem Truppentheile zu einer Zeit gedient hat, wo diese Krankheit häufig vorkam, und wenn es öftere Rückfälle, die dieser Krankheit vorzugsweise eigenthümlich sind, erlitten hat, besonders auch, wenn sich neben den vorhandenen, das Sehvermögen mehr oder weniger störenden Augenleiden noch eine röthliche, sammetartige, wohl gar körnige Auflockerung der Augenlid-Bindehaut vorfindet, welche der kontagiösen Augenkrankheit auch in ihren niederen Graden nicht abgeht. Der untersuchende Arzt soll sich daher jedesmal genau darüber aussprechen, ob und welche der angeführten Umstände bei dem Untersuchten obgewaltet haben und vielleicht durch beigebrachte Atteste nachgewiesen worden sind, woraus die Wahrscheinlichkeit der Kontagiosität der stattgehabten Augenkrankheit gefolgert werden kann.

Anhang I.

Invaliditäts-Atteste über Veteranen.

*) Sollten Veteranen, ohne blessirt, beschädigt oder augenkrank gewesen zu sein, den Militärärzten zur Untersuchung zu-

*) Instr. f. M.-Aerzte §. 39, Schlusspassus.

gewiesen werden, weil sie, ihrer Angabe nach, in Folge der in den Feldzügen von 1806—1813 angeblich erlittenen Anstrengungen erwerbsunfähig geworden sind, so leuchtet ein, dass, nachdem seit jenen Kriegsjahren ein so langer Zeitraum verflossen, ein pflichtmässiges und gewissenhaftes Urtheil hierüber unmöglich ausgesprochen werden kann, und der untersuchende Arzt daher sich wird darauf beschränken müssen, zu erklären: dass er das betreffende Individuum zwar, seines Alters und der im gewöhnlichen Laufe der Dinge damit eingetretenen Gebrechen halber, für erwerbsunfähig und in welchem Grade erachte, allein ausser Stande sei, jetzt und nach Verlauf einer so langen Zeit ein Urtheil darüber abzugeben, ob die Theilnahme an jenen Feldzügen und die möglicherweise dabei gehabt Anstrengungen irgendwie Einfluss auf den gegenwärtigen Körperzustand gehabt haben oder nicht.

Anm. Das Invalidengesetz vom 6. Juli 1865 erhielt rückwirkende Kraft auf die Invaliden der Feldzüge 1806 bis 1815, 1848, 1849 und 1864, und erhielten dieselben die Invaliden-Pension 1. Klasse und die event. Zulagen (Verwundungs-, Verstümmelungs-, Blinden-, Dienstzulagen).

Dagegen hatte dasselbe keine rückwirkende Kraft auf alle Invalide, welche, ohne einen Krieg mitgemacht zu haben, nach den älteren Bestimmungen pensionirt waren. Nur diejenigen unter ihnen, welche während der aktiven Dienstzeit an der contagiösen Augenentzündung gelitten hatten und welche durch eine Verschlimmerung ihres Leidens in höherem Grade erwerbsunfähig werden, als sie es bei ihrer frühern Anerkennung als Invalide waren, können, wenn sie nicht etwa schon die Blindenzulage beziehen, nach Abschn. II. des Gesetzes vom 6. Juli 1865 zu den ihren Verhältnissen entsprechenden Pensionen und Zulagen anerkannt werden.

Ebenso wenig haben alle Veteranen, welche an den Feldzügen von 1806 bis 1815 Theil genommen haben, Anspruch auf Pension (nach dem Gesetze vom 10. März 1863) sondern nur diejenigen ehemaligen Soldaten, welche nach den gesetzlichen Bestimmungen als versorgungsberechtigte Invaliden anerkannt worden sind, d. h. wenn sie sich im Besitze eines im Kriege erworbenen Militär-Ehrenzeichens befinden, wenn sie vor dem

Feinde verwundet sind, wenn sie während des aktiven Dienstes an der contagiösen Augenkrankheit gelitten haben, wenn sie bei Ausübung des Dienstes beschädigt worden sind. Eine solche Beschädigung kann jedoch nachträglich nur geltend gemacht werden, wenn sie im Kriege erlitten worden ist. Bezugnahme auf angeblich vor längerer Zeit im aktiven Dienste während des Friedens erlittene Beschädigungen können nicht berücksichtigt werden.

*) Für diejenigen Veteranen der Feldzüge 1806 bis 1815, welche hiernach zu einer Invaliden-Pension nicht anerkannt werden können, besteht der Veteranen-Unterstützungs-Fonds welchen das Ministerium des Innern verwaltet. Die Eingenahmen an letzteres gehen durch den Landrath resp. die Regierungen, während die Anträge auf Pension durch das nächste Landwehr-Bezirks-Commando gehen.

Anhang II.

Invalidisirung der im Grenz- und Gendarmeriedienste Angestellten und der Schutzmänner.

**) Bei der mit der grössten Vorsicht und Genauigkeit zu bewirkenden Untersuchung der im Grenzdienste und in der Gendarmerie angestellten Individuen bezüglich ihrer Dienstfähigkeit kommt es lediglich darauf an, zu bestimmen, ob der Untersuchte noch fähig ist, den Grenzdienst resp. den Dienst bei der Gendarmerie zu verrichten, da hierdurch die Gründe zur Erklärung der Ganzinvalidität modificirt werden, indem manche körperliche Fehler, welche zum Militär-Feld- und Garnisondienst untauglich machen, dennoch die Dienstfähigkeit als Grenzaufseher resp. Gendarm nicht hindern.

Uebrigens soll dem Militärarzt, welchem ein Individuum der Gendarmerie zur ärztlichen Untersuchung seiner angeblichen Invalidität zugewiesen wird, jedesmal auch ein von der Civildienst-Behörde des zu Untersuchenden über dessen bisherige Dienstführung ausgestelltes Attest zur Einsicht vorgelegt werden. Denn obschon dieses Attest allein den Militärarzt in seinem Urtheile nicht bestimmen kann und darf, so kann es doch dazu

*) Gesetz 10. März 1863. — A. C.-O. 11. August 1852.

**) Instr. f. M.-Aerzte §. 40. — Cirk. 4. Novbr. 1823 ad 1. 30. Octbr. 1822 ad 1. 12. Octbr. 1857.

dienen, ihm Fingerzeige zur gehörigen sachkundigen Würdigung der Angaben des zu Untersuchenden zu geben und sein Urtheil über etwaige Dienstuntauglichkeit, wenn es dem der Civildienst-Behörde entgegen sein sollte, mit Gründen gehörig zu unterstützen.

*) Desgleichen ist ihm nach einer an die Brigadiers der Gendarmerie unterm 15. Juli 1823 ergangenen Cirkular-Verfügung des Chefs der Gendarmerie, ein Attest von dem Officier des Corps ausgestellt, welcher nach der Localität am ersten sich im Stande befinden muss, ein genügendes, sich auf Thatsachen gründendes Urtheil abgeben zu können, zur Einsicht vorzulegen.

**) Die Gendarmerie (mit Ausschluss der Offiziere) ist dem Minister des Innern überwiesen und ressortirt von Civil-Pensionsfonds.

Auf den Civil-Versorgungsschein haben die Land-Gendarme nach einer 5jährigen ununterbrochenen tadellosen Dienstzeit in der Gendarmerie Anspruch. Werden sie vor abgeleiteter fünfjähriger Dienstzeit in der Gendarmerie invalide, so werden sie in Bezug auf die Gewährung des Civil-Versorgungsscheins nach den allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1865 beurtheilt. Die desfallsigen Eingaben der Gendarmerie erfolgen alljährlich im Januar. Die Anerkennung erfolgt durch die General-Commandos.

Schutzmänner und Wachtmeister der Berliner Schutzmannschaft.

***) Die Schutzmänner und Wachtmeister der Berliner Schutzmannschaft, welche vor dem Uebertritt in die Schutzmannschaft überhaupt 9 Jahre und darunter mindestens 5 Jahre als Unteroffiziere im stehenden Heere gut gedient haben, erhalten nach 5jähriger ununterbrochener tadelloser Dienstzeit in der Schutzmannschaft den Civil-Versorgungsschein. Die Anerkennung erfolgt alljährlich einmal im Januar durch das General-Commando des Garde-Corps.

Die Anerkennung derselben zur Pension ressortirt nicht von der Militärbehörde.

*) Cirk. 3. März 1844 ad 3.

**) A. C.-O. 22. Sept. 1848 — Instr. 3. August 1865 §. 75. — ib. §. 73.

***) ib. §. 74 u. 75.

B. Invalidität der Offiziere und der in Offizerrang stehenden Militärärzte und der obern Militärbeamten.

1. Form und Gang des Verfahrens.

Nachweis der Invalidität.

*) Offiziere und im Offizerrange stehende Militärärzte, welche Anspruch auf Pension erheben und noch nicht das 60. Lebensjahr zurückgelegt haben, sind verpflichtet, ihre Invalidität nachzuweisen; nach zurückgelegtem 60. Lebensjahr sind sie bei Nachsuchung ihrer Verabschiedung mit Pension von diesem Nachweise befreit. Für den Anspruch auf Pensionserhöhungen (§§. 12 und 13) ist jedoch der Nachweis in jedem Dienstalter erforderlich.

Anspruch auf lebenslängliche Pension.

**) Der Anspruch auf lebenslängliche Pension erwächst durch die Unfähigkeit zur Fortsetzung des aktiven Militärdienstes nach einer Dienstzeit von wenigstens 10 Jahren.

Ist die Dienstunfähigkeit die Folge einer bei Ausübung des Dienstes ohne eigene Verschuldung erlittenen Verwundung oder sonstiger Beschädigung, so tritt die Pensionsberechtigung auch bei kürzerer als zehnjähriger Dienstzeit ein. Ueber den Begriff der Dienstbeschädigung s. unten.

Zeitweise Pension.

***) „Der Anspruch auf Pension ist bei einer kürzeren als 10 jährigen Dienstzeit zuvörderst auf ein Jahr oder einige Jahre zu beschränken, insofern die Unfähigkeit zur Fortsetzung des aktiven Militärdienstes nicht mit Sicherheit als eine bleibende angesehen werden kann. Mit der Wiederherstellung zur völligen Dienstfähigkeit erlischt die Berechtigung zur Pension.

Beruhet die Ursache der Invalidität jedoch in einer vor dem Feinde erlittenen Verwundung oder äusserlichen Beschädigung, so findet die Gewährung der Pension stets auf Lebenszeit statt.“

Zur Behebung von Zweifeln über die Verabschiedung mit Pension in solchen Fällen, in denen bei Offizieren und im Offizerrange stehenden Militärärzten vor Vollendung einer zehnjährigen Dienstzeit nicht eine bleibende Stö-

*) Inv.-Ges. 27. Juni 1871 §. 27 u. 28. — **) ib. §. 2. — ***) ib. §. 4.
Eitner, Gutachten.

rung der Dienstfähigkeit bescheinigt werden kann, ist Mittelst Decrets Sr. Excellenz des Herrn Kriegsministers vom 15. April cr. bestimmt worden, dass nach alinea 1 des §. 4 des Gesetzes vom 27. Juni 1871 (s. ob.), welches auch auf die Offiziere etc. des Beurlaubtenstandes Anwendung findet, die Pensionirung von Offizieren auf Zeit zulässig ist in allen denjenigen Fällen, in denen zwar constatirt wird, dass bei den Betreffenden Dienstunbrauchbarkeit vorhanden ist, bezüglich deren Dauer jedoch noch Unsicherheit besteht.

Zum Anhalte, ob in den betreffenden Fällen zeitige Unbrauchbarkeit anzunehmen sei, dient die Erwägung, ob bei dem bezüglichen Krankheits- etc. Zustande die Wiederherstellung nicht oder doch nicht in einigen Monaten abzusehen ist. In Rücksicht auf den Begriff der Dienstbeschädigung, der nach §. 3 ad b. des allegirten Gesetzes eine bleibende Störung statuirt, ist in den bezüglichen Attesten nicht der Ausdruck „Temporärinvalide“, der in dem Gesetze über die Offiziere etc. überhaupt nicht vorkommt, zu gebrauchen, sondern zu bescheinigen, dass der p. N. „zur Zeit diensunfähig sei“ für den Dienst im Felde und in der Garnison, jedoch nicht mit Bestimmtheit ausgesprochen werden könne, ob die Dienstunfähigkeit eine bleibende sein werde. *)

**) Dienstunfähigkeit vor vollendetem 10. Dienstjahre ohne durch Dienstbeschädigung erzeugt zu sein, gestattet bei vorhandener Bedürftigkeit die Gewährung einer Pension auf bestimmte Zeit oder lebenslänglich.

***) Die Offiziere und im Offiziersrange stehenden Militärärzte des Beurlaubtenstandes erwerben den Anspruch auf eine Pension nicht auf Grund der Dienstzeit, sondern lediglich durch eine im Militärdienst erlittene Verwundung oder Beschädigung. (§§. 2 u. 3).

NB. Die A. C.-O. vom 28. April 1859 bestimmt, dass sämtliche Generale und Brigade-Commandeure ohne Rücksicht auf die Länge der Dienstzeit, sowie alle anderen Officiere nach 40jähriger Dienstzeit bei Nachsuchung ihrer Pensionirung von der Beibringung eines ärztlichen Attestes, sowie von der Bescheinigung ihrer Invalidität durch die Vorgesetzten und Ka-

*) Krgm. M.-M.-Abth. 19. Juli 1872. — **) ib. §. 5. — ***) ib. §. 8.

meraden befreit sind. Doch bedarf es auch in diesen Fällen der Einsendung und der Bescheinigung über den Dienstantritt, die Dienstzeit und die mitgemachten Feldzüge nach dem in den Allerh. Bestim. vom 29. Juni 1825 sub A. und B. gegebenen Schema. Militär-Beamte haben ohne Rücksicht auf ihre Dienstzeit diesen Nachweis zu liefern.

Wenn ein Offizier oder Militärbeamter seine Verabschiedung mit Pension nachsucht*) (das Gesuch um Gewährung von Pension muss in dem Abschiedsgesuche enthalten und begründet sein; eine nachträgliche Forderung von Pension ist unzulässig; nur in dem Falle, dass die Art der Invalidität gleichzeitig den Anspruch auf Pensionserhöhung begründet, kann eine nachträgliche Bewilligung stattfinden, insofern eine solche innerhalb 5 Jahren nach dem Friedensschlusse, bei im Kriege erlittener Verwundung oder Dienstbeschädigung resp. innerhalb 5 Jahren nach einer im Frieden erlittenen Beschädigung beantragt wird) und die Vorgesetzten sich die Ueberzeugung verschafft haben, dass seine Herstellung für den aktiven Dienst nicht abgesehen werden kann, so ist zur Begründung des Antrages erforderlich:

**) a) das Attest des Militärarztes, worin der Zustand mit seiner Veranlassung und Behandlung ausführlich und seine Einwirkung auf die Dienstfähigkeit bestimmt anzugeben ist (cfr. diesen Abschnitt „Aerztliches Attest“ S. 200.),

***) b) ein nach dem folgendem Schema abzufassendes Invaliditäts-Attest der Vorgesetzten und Kameraden.

Schema.

Ort. Datum.

†) Der N. N. (Name und militärische Charge, bei Offizieren des Beurlaubtenstandes, zugleich Angabe des Civilverhältnisses) welcher auf seine Verabschiedung mit Pension angetragen,

a) am (Datum) geboren

b) am (Datum) bei dem (Truppentheil) in den Dienst getreten,

am (Datum) zum Portepéefähnrich,

am (Datum) zum Sekonde-Lieutenant u. s. w. befördert worden ist, hat

c) an den Feldzügen der Jahre und hierbei an (specielle Angabe der Schlachten, Gefechte, Belagerungen etc.) Theil genommen. (Bei den an dem Feldzuge gegen Frankreich 1870/71

*) ib. §. 29. — ib. §. 16. — ib. §. 27. — **) A. C.-O. 29. Juni 1825. — A. C.-O. 28. April 1859. — Krm. 21. Mai 1859. — ***) Ausführungs-Bestimmungen zum Inv.-Ges. vom 27. Juni 1871 vom 18. August 1871 Beil. C. — †) Cfr Krm. 8. April 1872.

Betheiligten, welche nicht in jedem der vorbezeichneten Jahre oder überhaupt nicht an Gefechten etc. Theil genommen, ist die Zeit genau anzugeben, welche sie aus dienstlicher Veranlassung in Frankreich zugebracht haben.)

- d) Derselbe ist im Dienst (Angabe: wo, bei welcher Gelegenheit, wodurch) verwundet oder beschädigt worden — oder leidet . . . (Angabe der Krankheit (Cfr. Kriegs-Min.-Erlass vom 23. September 1869).

Vorstehendes wird hierdurch mit dem Bemerken attestirt, dass Unterzeichnete auf Grund eigener Wahrnehmung, event. in Uebereinstimmung mit dem anliegenden ärztlichen Gutachten über den Gesundheitszustand und den Einfluss desselben auf die Dienstfähigkeit des N. N., denselben nach pflichtmässigem Ermessen für unfähig zur Fortsetzung des aktiven Militärdienstes halten.

Unterschrift.

Hinsichtlich der Unterschriften bleiben die bisherigen Bestimmungen sowohl für die Offiziere als die im Offiziersrange stehenden Militärärzte maassgebend, nemlich:

Bei Subaltern-Offizieren die Unterschrift des Regiments- (Bataillons-) Commandeurs, der Stabs-Offiziere, der 3 ältesten Subaltern-Offiziere.

Bei Capitäns und höheren Offizieren: die des Regiments- (Bataillons-) Commandeurs, der Stabs-Offiziere und des Brigade-Commandeurs. Bei Hauptleuten der Jäger-Bataillone ist das Attest ausser von dem Bataillons-Commandeur noch von 2 Hauptleuten zu vollziehen.

Bei Regiments- und Bataillons-Commandeuren, welche für sich selbst bestehenden Bataillonen oder Abtheilungen vorstehen, die Unterschrift des Brigade-, des Divisions-Commandeurs und resp. des kommandirenden Generals in Beziehung auf die unmittelbar unter demselben stehenden Truppentheile.

Bei nicht regimentirten Offizieren und Militär-Beamten ist die Bescheinigung des Invaliditäts-Attestes von dem nach dem Dienstzweige und der Verfassung dazu berufenen Vorgesetzten und zweien Stabs-Offizieren der Garnison zu ertheilen.

Das Invaliditäts-Attest für Offiziere des Beurlaubtenstandes wird bei Seconde- und Premier-Lieutenants vom Landwehr-Bezirks-Commandeur, zwei Hauptleuten (Rittmeistern) und drei der ältesten Lieutenants, bei Hauptleuten und höhern Offizieren vom Brigade-Commandeur, Bataillons-Commandeur und drei Hauptleuten unterschrieben.

*) Bei Militärärzten im Offiziersrange wird das, von

*) A. Verordn. üb. die Organisation des Sanitätscorps v. 20. Febr. 1868 § 27.

der militärischen Behörde zu besorgende militärische Invaliditäts-Attest unterzeichnet von dem Regiments-Commandeur, von dem Regimentsarzt, von zwei aktiven Militärärzten der Division, welche Vorderleute des qu. zu Invalidisirenden sind. Bei Regiments-Aerzten, welche die Pensionirung beantragen, tritt bei Unterzeichnung des qu. Attestes die Mitwirkung des Corps-General-Arztes ein. — Das militärärztliche Invaliditäts-Attest ist w o m ö g l i c h nicht von einem derjenigen Aerzte auszustellen, welcher das militärische Invaliditäts-Attest mit zu unterzeichnen hat. *)

Invaliditäts-Atteste der Generalärzte versehen der Militär-Vorgesetzte und der Generalstabsarzt der Armee mit ihrer Unterschrift als Zeichen des Einverständnisses.

Die vorgedachten, zur Unterschrift der Invaliditäts-Atteste verpflichteten Vorgesetzten und Kameraden bilden gleichzeitig die Kommission, welche auf Anordnung des betreffenden Militär-Vorgesetzten zusammentreten muss, wenn in analoger Anwendung der Allerh. C.-O. vom 7. Juli 1828 über die unfreiwillige Dienstentlassung eines Militärarztes zu berathen ist: (Hell-dorf, Dienstvorschriften, Bd. 1 S. 448, 449, 451, 452.)

**) Unter Vorderleuten sind solche der gleichen Charge zu verstehen. — Wenn nur ein aktiver älterer Militärarzt in der Division vorhanden ist, genügt dessen Unterschrift, event. unterzeichnet kein älterer Arzt der Division. — Das Sachverhältniss ist in den Bemerkungen der Gesuchsliste nicht in dem dazu gehörigen Anschreiben zu erläutern, da andern Falls angenommen werden könnte, die diesfälligen Bestimmungen hätten nicht die gehörige Beachtung gefunden. Die qu. Atteste sind nur in den Fällen von Aerzten der höhern Charge zu unterzeichnen, wenn der zu Pensionirende keinen Vordermann in seiner Charge innerhalb der Division hat.

***) Die Unterzeichnung des militärischen Invaliditäts-Attestes für Aerzte des Beurlaubtenstandes erfolgt wie bei den Offizieren des Beurlaubtenstandes. Bemerkt wird dabei, dass, Falls die Invalidität Folge einer unmittelbaren Beschädi-

*) M. M.-Abthl. 25. Dezember 1871 ad g. Chef 22. Juni 1868 ad §. 27.

**) Chef 13. Aug. 1869 ad 3. — Chef 23. März 1869.

***) Krm. Med.-Abthl. 3. Juli 1869. — Krm. M. M.-Abthl. 25. Dezbr. 1871 ad h. — Verordn. 4. Juli 1868 Schema 5 pag. 71. Krm. 30. Sept. 1868.

gung während des Krieges ist, das vorgeschriebene Invaliditäts-Attest nicht von den ehemaligen Vorgesetzten und Kameraden, sondern von dem Landwehr-Bezirks-Commandeur und Aerzten des Beurlaubtenstandes des betreffenden Landwehr-Bataillons zu unterzeichnen ist. Sollte innerhalb eines Landwehr-Bataillons-Bezirks nicht die zur Unterschrift erforderliche Anzahl von Aerzten des Beurlaubtenstandes vorhanden sein, so bleibt nur übrig, Aerzte anderer Landwehr-Bataillone innerhalb der Division hierzu heranzuziehen.

Der von diesen Attesten begleitete Antrag (dem ausserdem noch das Privatgesuch des seine Invalidisirung mit Pension For-dernden an seinen vorgesetzten Truppenkommandeur etc. beizufügen ist) ist mit den monatlichen Gesuchen aber getrennt von den übrigen einzureichen.

Die Gesuchsliste selbst hat folgende Rubriken: Benennung der Brigade, Benennung des Regiments, Charge, Namen Inhalt des Gesuchs, Bemerkungen des a) Regiments- etc. Commandeurs (unter welchen auch die Beilagen der Gesuchslisten namentlich aufgeführt werden müssen) b) Brigade-Commandeurs, c) Divisions-Commandeurs.

Für die Militärärzte des aktiven Dienststandes stellen die Generalärzte die Gesuchslisten auf.

*) Nach §. 32 der Allerh. Verordn. vom 20. Februar 1868 haben die Militärärzte alle Gesuche an den nächsten ärztlichen Vorgesetzten zu richten. Es haben daher die Aerzte des aktiven Dienststandes ihre Entlassungs- und Abschiedsgesuche an den Regiments- etc. Arzt, ist dieser selbst der Antragsteller dem Corps-Generalarzt einzureichen. Von dieser Stelle aus geht das Gesuch an den betreffenden Truppenkommandeur, der bei Militärärzten mit Officiersrang unter Berücksichtigung der Allerh. C.-O. vom 28. April 1859 ad 4 die ärztliche Untersuchung veranlasst resp. wenn dieselbe bereits erfolgt sein sollte, das erforderliche Invaliditäts-Attest nach §. 27 der Verordnung aufstellen lässt, die Unterschriften des ihm untergebenen Regiments- etc. Arztes veranlasst, demnächst event. selbst unterzeichnet und dem Generalarzt direkt übersendet. Nachdem dieser die weitere Voll-

*) Krm. 30. Sept. 1868. — Chef 3. Sept. 1868 ad 12.

ziehung des qu. Attestes bewerkstelligt, hat er die Gesuchsliste aufzustellen.

*) Die Gesuchslisten gehen bis zum 27. an den Chef.

) Sämmtliche Gesuche der betreffenden Militärärzte, welche durch die Gesuchslisten zur Allerhöchsten Entscheidung gelangen, müssen in Privat-Briefform abgefasst sein. Es gehört hierzu ein weisser Briefbogen in Quart und eine entsprechende Form in Anrede und Unterschrift. Bei Letzterer darf niemals der Charakter und der Truppentheil fehlen. *) Diese Gesuche haben die Ursachen der Invalidität nicht speciell zu erläutern, dagegen event. die Bitte um die Pensionserhöhung zu enthalten. *)

†) Bei Gesuchen von Aerzten des Beurlaubtenstandes haben die Landwehr-Bezirks-Commandeure die Gesuchslisten aufzustellen und dem Corps-Generalarzt zu übermitteln, welcher auch die Superrevision der Invaliden-Atteste bewirkt.

††) Für das ärztliche Personal der Marine sind die Invaliditäts-Atteste zu unterzeichnen:

- 1) von dem Commandeur des Marinetheils,
- 2) von dem bei Stabe des Stationscommandos befindlichen ältesten Oberstabsarzt,
- 3) von 2 aktiven im Stationsbereiche befindlichen Aerzten der Kriegs-Marine, welche möglichst Vorderleute des zu Invalidisirenden sind. Bei Pensionirung des Arztes sub 2 tritt die Mitwirkung des General-Arztes der Marine ein.

†††) Zu der Entlassung der Militär-Aerzte im Offiziersrange ist die Allerhöchste Genehmigung erforderlich.

Die Entlassung resp. Verabschiedung der einjährig-freiwilligen Aerzte und der Unterärzte (welche wie die Stabs-Rossärzte zur Chargenklasse der Oberfeuerwerker gehören) verfügt der Generalstabsarzt der Armee nach Maassgabe ihrer

*) Chef 13. Aug. 1868. — **) Chef 29. Mai 1868. — Chef 3. Sept. 1868 ad 4. — ***) M. M.-Abthl. 25. Dezbr. 1871 ad d u. f. — †) Krm. 30. Mai 1868. — 30. Sept. 1868. — Chef 8. Aug. 1868. Verordnung über die Dienstverhältnisse des Beurlaubtenstandes 4. Juli 1868 §. 31 ad 4, §. 22 ad 6.

††) Krm. 27. März 1868 ad §. 27 der A. C.-O. 20. Febr. 1868.

†††) A. C.-O. 20. Febr. 1868 §. 27.

Dienstverpflichtung resp. ihrer Pensions- und Versorgungs-Ansprüche.

*) Die Versorgungs- und Pensions-Ansprüche der einjährig-freiwilligen Aerzte und Unterärzte werden auf Grund von Invaliden-Listen durch die General-Commandos festgestellt und demnächst wird der Generalstabsarzt von dem Resultat dieser Feststellung resp. Entscheidung benachrichtigt, damit derselbe die Entlassung des betreffenden Individuums verfügen kann.

**) Die Invalidisirung von Militär-Pharmaceuten verfügt, gemäss §. 190 der Militär Ersatz-Instruction vom 26. März 1868 das General-Commando, der Corps-Generalarzt beantragt sie und die bezügliche Lazareth-Commission bringt sie zur Ausführung.

***) Anm. Die Rossärzte und diejenigen Unter-Ross-Aerzte, denen der Charakter als Rossarzt und die Erlaubniss zum Tragen des Offiziersäbels verliehen ist, haben die Pensionsberechtigung der Wachtmeister, wodurch sich die Verfügung vom 29. September 1865, wonach sie zur Klasse der Sergeanten zählten, modificirt.†)

††) Die Anträge auf Verabschiedung und Pensionirung der Zahlmeister gelangen durch die Königl. General-Commandos, die Königl. General-Inspection der Artillerie und die Königl. General-Inspection des Ingenieur-Corps etc. direkt an das Kriegs-Ministerium. Die Form derselben ist die einer belegten Gesuchsliste, sowohl bei eignen Anträgen der Zahlmeister, als auch bei dienstlicher Nothwendigkeit auf Grund der Invalidität.

2. Das ärztliche Invaliden-Attest.

a) Im Allgemeinen.

†††) Bei Abfassung des ärztlichen Attestes wird im Allgemeinen nach den bisher gültigen Bestimmungen verfahren.

*) Krm. 27. März 1868 ad §. 27. — Krm. 30. Sept. 1868 Schluss.

**) Krm. 30. Januar 1869.

***) Krm. 23. März 1868.

†) Krm. 29. Sept. 1865 ad § 6 des Inv.-Ges. 6. Juli 1865.

††) Krm. 15. Januar 1855.

†††) Ausführungs-Bestimmungen zum Militär-Pensionsgesetz vom 27. Juni 1871 vom 18. Aug. 1871 ad §§. 27 u. 28.

Die durch Allerhöchste Cabinetsordre vom 16. März 1826 genehmigten, den Militärärzten zur genauesten Nachachtung mitgetheilten Bestimmungen über die Ausstellung der ärztlichen Atteste über Invalidität der Offiziere und Militär-Beamten sind nachstehende:

*) §. 1. Jedss ärztliche Attest über die Invalidität eines Offiziers oder Militärbeamten soll von einem obern Militär-arzte — und zwar vom Generalstabsarzt abwärts bis zum Bataillonsarzt einschliesslich, für regimentirte Offiziere aber in der Regel von dem Regiments- oder Bataillonsarzte des Truppentheils, bei welchem der Offizier steht —, ausgestellt werden. Es ist hierzu jedes Mal Seitens des Vorgesetzten des Offiziers oder des Beamten, eine Aufforderung an den Arzt nothwendig.

§. 2. Es soll darin nach der A. C.-O. vom 29. Juni 1825 der **Zustand des Invaliden** mit seiner Veranlassung und Behandlung ausführlich und seiner Einwirkung auf die Dienstfähigkeit bestimmt angegeben werden. §. 3. Der Zustand des Invaliden ist die ganze Basis des Attestes und muss daher von seiner Entstehung an bis zu seiner dermaligen Beschaffenheit, mit seiner bisherigen Einwirkung auf die Dienstverrichtungen so ausführlich, als es die Schranken eines Attestes erlauben, von dem Militärarzte beschrieben, besonders aber müssen bei innerlichen körperlichen Fehlern die Krankheits-Erscheinungen und andere aus dem Habitus hergenommene Merkmale angeführt werden, die den Arzt auf das wirkliche Vorhandensein solcher Fehler zu schliessen berechtigen. Die Angaben der Betheiligten allein dürfen den Arzt nicht leiten oder vermögen, einen Krankheitszustand als vorhanden anzugeben, von welchem er sich, nach Zusammenstellung und Vergleichung aller Umstände nicht vollkommen, soweit solches nach ärztlichen Einsichten möglich ist, hat überzeugen können. — §. 4. Wo die Veranlassung zu dem die Invalidität begründendem Zustande dem Arzte bekannt ist, weil dieser bei der erlittenen Beschädigung oder bei andern nachtheiligen Einwirkungen auf den Körper entweder zugegen war oder gleich darauf zur ärztlichen oder wundärztlichen Hülfeleistung hinzugerufen

*) A. C.-O. 16. März 1826. — Cfr. S. Circ. 12. April 1826.

wurde und den Kranken behandelte, da hat der Arzt solches anzugeben. Wo dies aber nicht der Fall war, da hat derselbe die desfallsige Aussage des Invaliden anzuführen und sich hierbei darüber auszusprechen, ob er sich, aus der Beschaffenheit des vorhandenen körperlichen Fehlers überzeugt halte, dass derselbe nach ärztlichen Grundsätzen, mit Konsequenz aus der von dem Invaliden angegebenen Veranlassung herzuleiten sei. Es bleibt nun Sache des Commandeurs und der Offiziere des Truppentheils, sich über die Aussags nähere Gewissheit zu verschaffen, oder wo dies unmöglich, zu bezeugen, dass kein Grund vorhanden sei, die Richtigkeit derselben in Zweifel zu ziehen. — §. 5. Hinsichtlich der Behandlung können zwar nicht die sämtlichen Arzneimittel, welche der Invalide gebraucht hat, und aus welchen Gründen dies oder jenes Mittel angewendet worden, angegeben werden, denn dies würde in einem Atteste zu weit führen; es ist jedoch nothwendig, eine allgemeine Uebersicht des ärztlichen Verfahrens überhaupt, mit einer ganz allgemeinen Bemerkung über die innerlich und äusserlich angewendeten Arzneien zu geben. Stark wirkende Arzneien, desgleichen künstliche oder natürliche Mineralbrunnen oder Bäder, müssen aber besonders namhaft gemacht werden. Ferner ist die Dauer der Kur, ob dieselbe ununterbrochen fortgesetzt worden, wie der Kranke den Anordnungen Folge geleistet und wie der Erfolg gewesen, anzuführen. Bei der Kur solcher Krankheiten und körperlichen Fehler, deren Unheilbarkeit nicht deutlich zu Tage liegt, muss übrigens die gehörige Zeit genommen und kein zur möglichen Heilung schicklich geglaubtes Arzneimittel unversucht gelassen werden, indem es auf eine etwas längere oder kürzere Zeit nicht ankommt. — §. 6. Wenn aber nach langer fruchtloser Behandlung das Uebel sich entweder ganz unheilbar gezeigt hat oder doch nicht in dem Masse gewichen ist, dass der Offizier im Stande wäre, seinen Dienst zu verrichten, und der Arzt hiernach die Ueberzeugung erlangt hat, dass eine Wiederherstellung zum Dienst nicht abgesehen werden kann, so muss er diese Ueberzeugung, mit der bestimmten Erklärung über den Grad der Invalidität dahin aussprechen, dass der Offizier entweder zum ferneren Dienste bei den Feldtruppen untauglich, mithin halbinvalide oder gar zu jedem ferneren Militärdienste

und zur militärischen Anstellung untauglich, mithin ganz invalid sei. §. 7. Ist der Offizier in der Krankheit, welche den Grund zu seiner Invalidität abgiebt, nicht von dem Militärarzte des Truppentheils, sondern von einem andern Militärarzte behandelt worden, so muss dieser Letztere das ärztliche Zeugniß über die Invalidität, unter Beachtung der vorangeführten Vorschriften, ausstellen. Hat die Behandlung aber durch einen Civilarzt stattgefunden, so bleibt es Sache des Offiziers von diesem Arzte ein genaues Zeugniß über seinen Zustand, dessen Veranlassung und über die seitherige Behandlung, in der Art, wie es in den §§. 4 und 5 gefordert ist, beizubringen, und sich hiernach von dem Militärarzte des Truppentheils untersuchen zu lassen, der sich demnächst pflichtmässig darüber auszulassen hat, ob er, nach erfolgter Untersuchung des Körperzustandes, die Ueberzeugung gewonnen, dass der in dem jedesmal beizufügenden ärztlichen Atteste angegebene Krankheitszustand wirklich vorhanden sei, dass alle, zur möglichen Heilung schicklich geglaubte Mittel versucht worden, und dass bei der Art des Uebels und dessen langer fruchtloser Behandlung, keine völlige Beseitigung desselben oder Wiederherstellung des Offiziers zum Dienste zu erwarten stehe, daher die Ganz- oder resp. Halbinvalidität — §. 6 — desselben ausgesprochen werden müsse. Auf gleicher Weise muss verfahren werden, wenn ein Militärarzt über die Invalidität eines Militär-Beamten ärztlich bestimmen soll und dieser von einem Civilarzte behandelt worden ist. — §. 8 — Sollten solche Krankheitszustände als Ursache der Invalidität obwalten, welche sich nicht durch äussere Merkmale zu erkennen geben, und sollte der zur Ausstellung des ärztlichen Zeugnisses aufgeforderte Militärarzt aus diesem oder einem andern Grunde Anstand nehmen, sich über die Untauglichkeit zum fernern Militärdienste bestimmt auszusprechen, so kann er in diesem seltenen Falle bei dem Vorgesetzten darauf antragen, dass Seitens des Divisions-Commandeurs, noch ein Regiments- oder Bataillons-Arzt, oder an Orten, wo es zulässig, zwei derselben beauftragt werden, ihm bei der Untersuchung beizutreten, und mit ihm gemeinschaftlich das Zeugniß auszustellen. Sollte sich auch diese Kommission, weder durch ärztliche, noch durch allgemeine, aus dem Habitus etc. hergenommene

Merkmale von dem wirklichen Vorhandensein des Uebels und dessen Unheilbarkeit überzeugen, mithin sich über die wirklich eingetretene dauernde Dienstuntauglichkeit nicht aussprechen können, so hat sie solches in ihrem Atteste anzugeben, zugleich aber auch, ob nach ärztlichem Wissen, bei der Natur des Uebels, dergleichen Abwesenheit aller Krankheitsmerkmale öfters vorkomme. — §. 9 — Bei Ausstellung der ärztlichen Zeugnisse über Invalidität der Offiziere und Militär-Beamten kann übrigens die zur Invaliditäts-Bestimmung der Rekruten und Soldaten gegebene Instruction nur als Anleitung dienen, indem die Anforderungen des Dienstes beim Gemeinen anderer Natur sind, als beim Offizier, und auch hierbei wieder die Verschiedenheit der Waffe zu berücksichtigen ist. Es muss demnach der Militärarzt bei Abfassung seines Invaliditäts-Attestes auch die verschiedenen Verhältnisse und Dienstobliegenheiten der Militärpersonen gehörig berücksichtigen und hiernach beurtheilen, in wie fern die körperlichen Fehler und Gebrechen bei dem einen mehr, bei dem andern weniger die Dienstverrichtung erschweren und behindern können. §. 10. Es wird den Militärärzten auf ihren geleisteten Amtseid nochmals eingeschärft, bei Ausstellung der Invaliditäts-Atteste ohne Rücksicht auf etwaige Nebenumstände und Verhältnisse zu verfahren und lediglich ihrer besten Einsicht und Ueberzeugung zu folgen. Jede erwiesene absichtliche Unrichtigkeit in den Angaben des Militärarztes, welche bei einer anderweitig unternommenen Untersuchung des Zustandes des Offiziers oder Beamten, oder durch die Folge der Zeit entdeckt wird, wird aber an dem Aussteller des Attestes, nach Vorschrift der Gesetze, mit aller Strenge geahndet werden, und nach Befinden der Umstände Cassation und noch härtere Strafen zur Folge haben.

*) Die vorstehenden Bestimmungen werden den Militärärzten zur genauesten Nachachtung nochmals in Erinnerung gebracht, mit der wiederholten Aufforderung sich durch die Aussagen des Betheiligten allein ebensowenig, als durch etwaige Nebenumstände und Verhältnisse leiten und vermögen zu lassen, einen Krankheitszustand als vorhanden anzu-

*) Cirk. 7. Mai 1836 ad 1.

nehmen und darauf ein Urtheil über Dienstunfähigkeit zu gründen, wenn sie sich von dem Vorhandensein des krankhaften und keine gänzliche Wiederherstellung zulassenden Zustandes nicht vollkommen überzeugt haben. In zweifelhaften Fällen haben die Militärärzte nach §. 8 der obigen Bestimmungen auf die Untersuchung des angeblichen Invaliden durch eine ärztliche Kommission anzutragen.

*) Es ist in neuerer Zeit der Fall vorgekommen, dass einem jüngern Offizier, ungeachtet dessen Vorgesetzten mit seiner Führung höchst unzufrieden gewesen, auf Grund des ärztlichen Zeugnisses und der Anträge dieser seiner Vorgesetzten der von ihm allein aus Missbehagen über seine Stellung nachgesuchte Abschied mit Pension, Charakter-Erhöhung und Anspruch auf Civilversorgung ertheilt und auf diese Weise alle seine Wünsche erfüllt worden sind. Um wie viel mehr aber mögen bisweilen derartige Gesuche eine willfährige Unterstützung von Seiten der Vorgesetzten in den Fällen finden, wo der Offizier bei ganz tadellosem Verhalten lediglich aus dem Grunde, weil das Beschwerliche des Dienstes oder die Verfolgung vortheilhafter Privatzwecke es ihm wünschenswerth machen, unter Gewährung ähnlicher Begünstigungen aus dem Heere zu scheiden beabsichtigt. Ich finde mich daher veranlasst, das Königliche General-Commando ergebenst zu ersuchen, die Wohldemselben untergebenen Behörden und Aerzte vor ähnlichen Missgriffen zu warnen und Ihnen die Verantwortlichkeit vorzustellen, der sie verfallen, wenn sie, mit Umgehung der wahren Gründe zur Verabschiedung, die Wohlthaten gesetzlicher Bestimmungen, so wie die Allerhöchste Gnade Sr. Majestät des Königs für dazu nicht berechnete oder wohl gar unwürdige Individuen beantragen und auf diese Weise jene Wohlthaten auf Kosten verdienter und würdiger Offiziere missbrauchen.

Strenge Beachtung der Vorschriften und Freierhaltung des Urtheils von fremden Einflüssen.

**) Da neuerdings wieder Fälle vorgekommen, aus denen hervorgeht, dass die in dem Cirkular vom 12. April 1826 (S. S. 201.) den Militärärzten bekannt gemachten und in dem Cirk.

*) Krm. 16. Febr. 1847.

**) Cirk. 16. Sept. 1851.

vom 7. Mai 1836 (S. 204.) denselben in Erinnerung gebrachten Bestimmungen über die Ausstellung der ärztlichen Atteste über die Invalidität der Offiziere und Militär-Beamten nicht überall gebührend beachtet werden, so werden die Generalärzte veranlasst, den obern Militärärzten die strengste Befolgung der ihnen in Bezug auf die Ermittlung und Feststellung der Invalidität der Offiziere und Militär-Beamten zur Richtschnur gegebenen Vorschriften von Neuem in Erinnerung zu bringen und ihnen insbesondere auch die Freierhaltung ihrer diesfälligen Urtheile von jeglichem fremden Einflusse einzuschärfen und die Ausstellung von Invaliditäts-Bescheinigungen ohne vorgängige Requisition der zuständigen Behörden streng zu untersagen, unter der Verwarnung, dass diejenigen, welche in dieser ihrer amtlichen Wirksamkeit nicht gewissenhaft jenen Vorschriften gemäss verfahren, unfehlbar werden zur Verantwortung gezogen werden.

*) Wiewohl die Militärärzte auf die durch die A. C.-O. vom 16. März 1826 genehmigten, in dem Cirk. vom 12. April 1826 ad 10 zur Kenntniss derselben gebrachten Bestimmungen über die Ausstellung der ärztlichen Atteste über die Invalidität der Offiziere und Militärbeamten wiederholt und zuletzt durch das Cirk. an die Generalärzte vom 16. September 1851 (s. oben) aufmerksam gemacht worden sind, ist dennoch vor kurzem von einem Ober-Militärarzte ein so mangelhaftes Attest über die Invalidität eines Offiziers abgegeben worden, dass in demselben weder das Alter noch die Dienstzeit des Offiziers bemerkt, noch die Veranlassung der Verletzung durch deren Folgen die Invalidität herbeigeführt worden, angeführt, und ebensowenig die dagegen eingeleitete ärztliche Behandlung vorschriftsmässig erörtert, ja nicht einmal angegeben worden war, ob der Aussteller des Attestes selbst, oder ein anderer Arzt den Fall beobachtet und behandelt habe. Ausser dieser strafbaren Fahrlässigkeit hatte derselbe Ober-Militärarzt sich noch dadurch einer Verletzung seiner Amtspflichten schuldig gemacht, dass er sich herbeigelassen hatte, jenem Offizier nachdem demselben Allerh. Ortes der Abschied ohne die erbetene Pension bewilligt worden

*) Cirk. 25. Mai 1853. Abermaliger Hinweis auf die A. C.-O. vom 16. März 1826.

war, ohne vorgängige Requisition der competenten Behörde ein neues Attest auszufertigen, durch welches der letztere gegen die Ablehnung der von ihm nachgesuchten Pension ein an das Kgl. Staats-Ministerium gerichtetes Reklamations-Gesuch zu begründen suchte. — Ebenso ist neuerdings von einem Ober-Militärarzte, ohne Auftrag der vorgesetzten Behörde, einem verabschiedeten Offizier ein Attest über dessen körperlichen Zustand ausgestellt worden, welches der Offizier zur Erneuerung eines wiederholt abgelehnten Gesuches um Invaliden-Benefizien benutzt hat.

Nach solchen Erfahrungen stellt sich die Nothwendigkeit strengerer Maassregeln heraus, um der fahrlässigen und unbefugten Ausstellung von Invaliditäts-Attesten Seitens der Militärärzte entgegen zu treten und die Abtheilung für das Invaliden-Wesen im Kgl. Kriegs-Ministerium hat daher den Chef des Militär-Medizinal-Wesens aufgefordert, das erforderliche an die Militärärzte zu erlassen.

Demzufolge werden die Corps-Generalärzte ersucht, den Ober-Militärärzten hiervon Kenntniss zu geben, denselben die sorgfältige Beachtung der Eingangs gedachten Bestimmungen über die Ausstellung etc. auf das gemessenste aufzugeben, die Ausfertigung von Attesten über den Gesundheitszustand verabschiedeter Offiziere, ohne Auftrag der vorgesetzten Behörde, ernstlich zu untersagen, und hierbei zugleich zu eröffnen, dass derartige auf Fahrlässigkeit beruhende Verletzungen der Amtspflicht fernerhin unnachsichtlich durch Geldstrafen und nach Befinden noch härter werden geahndet werden.

**Strenge bei Abgabe von Attesten über nicht zum Waffendienst berufene
Militärpersonen.**

Die grösste Strenge bei Ausstellung von Invaliden-Attesten über solche Militärpersonen, welche nicht zum Dienste mit der Waffe berufen sind, wird in nachstehendem Erlass des Chefs des Militär-Medizinal-Wesens anbefohlen:

*) „Seitens des Königlichen Allgemeinen Kriegs-Departements ist mir mitgetheilt worden, dass die Zahl der Rossärzte, welche unmittelbar oder doch sehr bald nach Erledigung ihrer gesetz-

*) Chef 14. August 1867. — Cfr. Bade-Atteste S. 68, S. 82 u. S. 119.

lichen Dienstverpflichtung als Invalide aus der Armee ausgeschieden sind, besonders in letzterer Zeit eine sehr grosse gewesen und dass auch bei andern Dienstcategorien z. B. bei Zahlmeistern der Uebelstand einer häufigen und frühzeitigen Invalidisirung hervorgetreten ist.

Wenngleich ich gern annehme, dass von Seiten der Militär-Aerzte bei Anerkennung der in Rede stehenden Categorien als Invaliden mit bester Sorgfalt verfahren worden ist, so giebt mir obige Mittheilung doch Veranlassung, die Aerzte davon in Kenntniss zu setzen und sie darauf hinzuweisen, dass sie bei der Anerkennung solcher Militärpersonen, welche nicht zum Dienste mit der Waffe berufen sind, als Invaliden mit der grössten Strenge und unter eingehender Würdigung der von den gedachten dienstlichen Categorien geforderten körperlichen Leistungen zu verfahren und dabei zu berücksichtigen haben, dass für qu. Categorien im Allgemeinen nicht dasjenige Maass körperlicher Rüstigkeit und Integrität erforderlich ist, wie es bei den zum Dienst mit der Waffe in der Front bestimmten Mannschaften für die Dienstfähigkeit gefordert werden muss und dass bei vielen körperlichen Fehlern und Gebrechen, deren Vorhandensein bestimmungsmässig als Grund zur Invalidisirung gilt, diese für die oben gedachten nicht zum Dienste mit der Waffe berufenen Militär-Personen doch nur dann auszusprechen sein dürfte wenn Fehler und Gebrechen in bedeutendem Grade sich vorfinden.

Ohne eine entsprechende Rücksicht auf diese Umstände würden nach zwei Richtungen hin nachtheilige Wirkungen sich zeigen, indem einerseits dem Königlichen Dienste noch brauchbare Kräfte entzogen werden und andererseits der Pensions-Fonds über Gebühr belastet wird.

*) Abschrift obiger Verfügung übersendet das Kriegs-Ministerium an die General-Commandos mit der Empfehlung, seinerseits bei Ausstellung der Bescheinigungen und Invaliditäts-Erklärungen, welche nach den §§. 58 und 59 der Kriegsministeriellen-Instruction über die Anerkennung der Invaliden vom 3. August 1865, resp. nach den Allerhöchsten Ordres vom

*) Krm. 25. August 1867.

29. Mai 1825 und 28. April 1859 von den Vorgesetzten und beziehungsweise Kammeraden pp. abzugeben sind, eine reifliche Prüfung und Controlle auszuüben und dabei reiflich zu erwägen und zu berücksichtigen, dass für Militär-Personen der oben beregten Categorien zur Dienstfähigkeit bei Weitem nicht dieselbe körperliche Integrität erforderlich ist, wie für Militär-Personen, welche zum Dienst mit der Waffe berufen sind.

Invaliden-Atteste über Aerzte des Beurlaubtenstandes.

*) Eine ähnliche Verfügung erging Betreffs der Atteste über die Militärärzte des Beurlaubtenstandes.

Durch die in neuester Zeit ungewöhnlich häufig eingegangenen Anträge dienstpflichtiger Aerzte des Reserve- und Landwehr-Verhältnisses auf vorzeitige Versetzung in das 2. Landwehr-Aufgebot oder auf gänzliche Entlassung aus dem Militär-Verhältniss wegen körperlicher Leiden veranlasst, werden die Militärärzte aufgefordert, bei diesen Untersuchungen und Beurtheilungen von dergl. Aerzten hinsichtlich ihrer körperlichen Brauchbarkeit zum Dienste, wenn sie mit solchen Seitens der zuständigen Landwehr-Behörden beauftragt werden, mit aller möglichen Strenge und Umsicht zu Werke zu gehen, und gebührende Rücksicht auf den besondern Dienst der Aerzte, welcher ein weit geringeres Maass von Fehlerfreiheit, Körperkraft und Rüstigkeit erfordert, als der Dienst mit der Waffe zu nehmen.

Anm. Feldbeamte werden nicht nach dem Invaliden-Gesetze vom 27. Juni 1871, sondern nach dem Pensions-Reglement von 1825 beurtheilt. Unteroffiziere, welche während der Mobilmachung als Feldbeamte verwendet wurden, sind als Beamte zu beurtheilen.*)

Unteroffiziere aus Feldbeamtenstellen sind nicht als Soldaten, sondern als Beamte Behufs ihrer Invalidisirung zu beurtheilen.

**) Den bei dem Kriegsministerium eingereichten Anträgen um Pensionirung von Unteroffizieren, welche während des letzten Krieges als Feldbeamte fungirt haben, aus der innegehabten Feldbeamtenstellung sing zunächst ärztliche Atteste

*) Chef 4. April 1854.

**) Krm. Abthl. f. Inv.-W. 31. Januar 1872.

beigefügt, nach denen die Feststellung der Invalidität resp. Dienstunfähigkeit jener Personen die Bestimmungen der militärärztlichen Instruction vom 9. Dezember 1858 zum Grunde gelegt sind

Da diese Instruction nur für Invalidisirung der Soldaten gegeben und in Anwendung zu bringen ist, ein Soldat aber als solcher zwar invalide, dabei aber sehr wohl noch dienstfähig als Beamter sein kann, dessen Dienst bei Weitem nicht die körperliche Integrität, wie der Dienst mit der Waffe erfordert, so wird das Königl. Generalkommando ganz ergebenst ersucht, gefälligst die unterhabenden Truppentheile anweisen zu wollen, in jedem einschlagenden Falle die Militärärzte zum Zwecke der Beurtheilung der Dienstfähigkeit des Betreffenden, als Feldbeamter verwendet gewesenen Unteroffiziers besonders aufmerksam zu machen, dass nicht die Invalidisirung desselben als Soldat, sondern seine Pensionirung als Beamter beabsichtigt werde. Hierüber wird zugleich auf den kriegsministeriellen Erlass vom 25. August 1867 (S. 208) Bezug genommen.

b) **Im Speciellen.**

*) 1) Zur Ausstellung eines Invaliden-Attestes für einen Offizier etc. bedarf der betreffende Militärarzt eines Befehls resp. einer Requisition (cfr. §. 1 obiger Bestimmungen.) S. 201.

**) 2) Das ärztliche Attest hat sich über den Grad der Invalidität (Halb- oder Ganzinvalide) auszusprechen (cfr. ib. §. 6).

3) Das ärztliche Attest hat sich auch über die Dauer der resp. Invalidität, sowie bei vorhandener Störung der Bewegungsfähigkeit eines Gliedes in dem Grade, dass sie dem Verluste desselben gleich zu erachten ist, sowie bei nachgewiesener aussergewöhnlicher Pflegebedürftigkeit darüber auszusprechen, ob diese Zustände dauernd vorhanden oder mit der Zeit einer Besserung fähig sind.

***) Ueber die Dauer der Invalidität hat sich das Attest indess nur dann auszusprechen, wenn die Unfähigkeit zur Fortsetzung des aktiven Dienstes bei einer kürzern als zehnjährigen Dienstzeit eintritt, weil in diesem Falle die Pension, wenn die

*) Befehl zur Ausstellung A. C.-O 16. März 1826 §. 1.

**) ib. §. 6.

***) Inv.-Ges. 27. Jnni 1871 §. 4.

Unfähigkeit nicht mit Sicherheit als eine bleibende angesehen werden kann, nur auf Zeit gewährt wird. S. S. 194. Krm. 19. Juli 1872.

Beruhet die Ursache der Invalidität jedoch in einer vor dem Feinde erlittenen Verwundung oder äusserlichen Beschädigung, so findet die Gewährung der Pension stets auf Lebenszeit statt. Es bedarf daher hier nicht der Angabe, ob die qu. Invalidität eine dauernde oder temporäre ist, wohl aber bedarf es dieser Angabe noch in Betreff der durch die oben genannten Bedingungen beanspruchten Pensionserhöhung.

*) Da der Anspruch auf Pension Seitens der Offiziere und im Offizierstande stehenden Militärärzte des Beurlaubtenstandes nicht auf Grund der Dienstzeit, sondern lediglich durch eine im Militärdienst erlittene Verwundung oder Beschädigung erworben wird, so muss das bezügliche ärztliche Invaliden-Attest auch stets sich über die Dauer der Invalidität aussprechen. — In Frieden haben die Offiziere etc. des Beurlaubtenstandes**) nur dann Anspruch auf Pension, wenn sie durch unmittelbare Dienstbeschädigung zur Fortsetzung jeder Art des Militärdienstes dauernd unfähig — Ganzinvalide werden***). — Im Kriege stehen die Offiziere des Beurlaubtenstandes in Bezug auf Pensionsansprüche den Linien-Offizieren vollkommen gleich und werden nach den für diese geltenden Bestimmungen behandelt.

†) Die event. Dienstbeschädigung der Offiziere etc. des Beurlaubtenstandes muss während oder am Schlusse der Uebung festgestellt und der darauf sich gründende Anspruch innerhalb 6 Monaten nach beendigter Uebung angemeldet werden, widrigenfalls derselbe verloren geht.

4) Eine Angabe des Grades und der Dauer der Erwerbsfähigkeit bedarf es in den Invaliden-Attesten für Offiziere nicht.

5) In dem Schlussurtheil des ärztlichen Attestes über den Grad und die event. Dauer der Invalidität bedarf es einer Be-

*) Inv.-Ges. 27. Juni 1871 §. 8.

**) Verordnung betreffend die Dienstverhältnisse der Offiziere des Beurlaubtenstandes 4. Juli 1868 §. 29 ad 1.

***) ib. ad 4.

†) ib. ad 6.

zugnahme auf die Instruction für Militärärzte nicht, wie bei den Mannschaften vom Feldwebel abwärts, ebensowenig einer Berufung auf die A. C.-O. vom 16. März 1821, sondern haben sich die Militärärzte in diesen Attesten aller Bezugnahmen und Berufungen zu enthalten.*)

**) 6) Zur Motivirung des ärztlichen Urtheils über die Invalidität bedarf es a) des Nachweises der Unfähigkeit zur Fortsetzung des aktiven Militärdienstes und zwar nach einer Dienstzeit von wenigstens zehn Jahren nur dieses, bei kürzerer Dienstzeit als zehnjähriger, sowie bei Anspruch von Pensionserhöhungen auch b) des Nachweises, dass die Dienstunfähigkeit die Folge einer bei Ausübung des Dienstes ohne eigene Verschuldung erlittenen Verwundung oder sonstigen Beschädigung ist.

***) Als Dienstbeschädigung gelten:

- a) Die bei Ausübung des aktiven Militärdienstes im Kriege oder Frieden erlittene äussere Beschädigung;
- b) anderweite nachweisbar durch die Eigenthümlichkeiten des Militärdienstes, sowie durch epidemische oder endemische Krankheiten, welche an dem zum dienstlichen Aufenthalte angewiesenen Orte herrschen, insbesondere durch die contagiöse Augenkrankheit hervorgerufene bleibende Störung der Gesundheit

wenn durch sie — a und b — die Militärdienstfähigkeit sowohl für den Dienst im Felde als auch in der Garnison aufgehoben wird.

†) Als Dienstbeschädigung ist ausser dem nach §. 3 bei Ausübung des Dienstes unmittelbar eingetretenen Verletzungen und anderweiten nachweislich durch die Eigenthümlichkeit des Militär- beziehentlich Marinedienstes hervorgerufenen bleibenden Störungen der Gesundheit auch die, lediglich und nachweislich auf die klimatischen Einflüsse bei Seereisen,

*) Chef 1. Juni 1865. Keine Bezugnahme auf die Instr. f. M.-Aerzte u. a. Bestimmungen.

**) Inv.-Ges. 27. Juni 1871. §. 2.

***) Inv.-Ges. 27. Juni 1871 §. 3.

†) Ges 27. Juni 1871 §. 51.

insbesondere in Folge längern Aufenthalts in den Tropen, zurückzuführende bleibende Störung der Gesundheit anzusehen, wenn dadurch die Dienstfähigkeit für den Seedienst aufgehoben wird.

*) Die auf Seereisen nachweislich in Folge einer militärischen Aktion oder durch ausserordentliche klimatische Einflüsse, namentlich bei längerem Aufenthalte in den Tropen, invalide und zur Fortsetzung des Seedienstes ohne ihr Verschulden unfähig gewordenen Offiziere, Aerzte und Deckoffiziere haben auf die im §. 12 festgesetzten Pensionserhöhungen Anspruch.

**) Die Offiziere und im Offiziersrange stehenden Militärärzte des Beurlaubtenstandes erwerben den Anspruch auf eine Pension nur durch eine im Militärdienst erlittene Verwundung oder Beschädigung.

Pensionserhöhung resp. Kriegszulage.

***) Jeder Offizier oder im Offiziersrange stehende Militärarzt, welcher nachweislich durch den Krieg invalide und zur Fortsetzung des aktiven Militärdienstes unfähig geworden ist, erhält eine Erhöhung der Pension. — Für den Anspruch auf Pensionserhöhung ist der Nachweis in jedem Dienstalter erforderlich.†)

††) Jeder Offizier oder im Offiziersrange stehende Militärarzt, welcher nachweislich durch den aktiven Militärdienst, sei es im Kriege oder im Frieden verstümmelt, erblindet oder in der nachstehend angegebenen Weise schwer und unheilbar beschädigt worden ist, erhält neben der Pension und eintretenden Falls neben der nach §. 12 bestimmten Pensionserhöhung eine fernere Erhöhung der Pension um je 200 Thlr. jährlich.

a) bei dem Verluste einer Hand, eines Fusses, eines Auges
bei nicht völliger Gebrauchsfähigkeit des andern Auges.

*) ib. §. 52.

**) ib. §. 8.

***) Gesetz 27. Juni 1871 §. 12. — Cfr. Krm. 8. April 1872 S. 195.

†) ib. §. 28 al. 2.

††) ib. §. 13.

Die Erblindung eines Auges wird dem Verluste desselben gleich geachtet.

- b) bei dem Verluste der Sprache,
- c) bei Störung der aktiven Bewegungsfähigkeit einer Hand oder eines Arms sowie eines Fusses in dem Grade, dass sie dem Verluste des Gliedes gleich zu erachten ist.

Die Bewilligung dieser Erhöhung ist ferner zulässig:

- d) bei nachgewiesener aussergewöhnlicher Pflegebedürftigkeit, die in wichtigen gleich dem Verlust eines Gliedes sich äussernden Functionsstörungen ihren Grund hat.

Die unter a bis d aufgeführten Pensionserhöhungen dürfen zusammen den Betrag von 400 Thalern nur in dem Falle übersteigen, wenn die Invalidität durch Verwundung oder äusserliche Beschädigung herbeigeführt ist.

Die für Erblindung eines oder beider Augen ausgesetzten Pensionserhöhungen von beziehungsweise 200 Thalern oder 400 Thalern jährlich werden jedoch von der vorstehenden Einschränkung nicht betroffen.

Ist die Gebrauchsunfähigkeit der unter c bezeichneten Gliedmassen oder die unter d erwähnte Pflegebedürftigkeit als vorübergehend anzusehen, so wird die Pensionserhöhung nur auf die voraussichtliche Dauer des Schwächezustandes angewiesen. Das Attest hat sich daher auszusprechen, ob die Verstümmelung etc. als dauernd oder rückgehend anzusehen ist.

Pensionserhöhung für bereits invalide Offiziere etc.

*) „Offiziere und im Offiziersrange stehende Militärärzte, welche als Invalide aus dem aktiven Dienste mit Pension ausgeschieden sind, erlangen, wenn sie zum Militärdienst wieder herangezogen werden, Ansprüche auf die im §. 12 bestimmte Pensionserhöhung nur dann, wenn durch eine im Kriege erlittene Verwundung oder Beschädigung eine bleibende Störung ihrer Gesundheit herbeigeführt worden ist.“

*) Inv.-Ges. 27. Juni 1871 § 14.

Zeitraum für Gewährung der Pensionserhöhungen.

*) „Die Bewilligung der Pensionserhöhungen auf Grund einer im Kriege erlittenen Verwundung oder Dienstbeschädigung ist nur zulässig, wenn die Pensionirung vor Ablauf von fünf Jahren nach dem Friedensschlusse eintritt. — Im Falle einer im Frieden entstandenen Invalidität wird die Pensionserhöhung gewährt, wenn die Pensionirung innerhalb 5 Jahren nach der erlittenen Beschädigung erfolgt.“

Entscheidende Instanz.

**) „Die Entscheidung darüber, ob ein Offizier oder im Offiziersrange stehender Militärarzt im Sinne des Gesetzes den Krieg mitgemacht, beziehungsweise durch den Krieg invalide und zur Fortsetzung des Dienstes unfähig geworden (§. 12) so wie die Beantwortung der Frage, ob eine Dienstbeschädigung vorhanden, erfolgt durch die oberste Militär-Verwaltungsbehörde des Contingents.“

Anmeldung der Anträge auf Pensionserhöhung.

Die Pensionserhöhungs-Anträge sind an das Kriegs-Ministerium Abtheilung für das Invaliden-Wesen resp. an das Marine-Ministerium zu richten.

***) Zur Begründung des Anspruches auf Pensions-Erhöhung genügen die zur Erlangung von Pensionen vorgeschriebenen Invaliditäts-Atteste. — Aus denselben muss unzweifelhaft hervorgehen, dass die Invalidität im Kriege erfolgt, resp. dass die Verstümmelung oder Erblindung durch den Militärdienst herbeigeführt ist. Für die Zukunft sind die Militärärzte angewiesen worden, in den von ihnen auszustellenden Invaliditäts-Attesten auch das Zutreffen oder Nicht-Zutreffen der erwähnten Bedingungen genau zu constatiren, und hat dies auf Grund der dienstlich bescheinigten Thatsachen zu geschehen.

Thatsächliche Begründung der Invalidität aus dem Kriege resp. durch den Militärdienst.

Diese thatsächliche Begründung, welche für die Bewilligung von Pensionserhöhungen gefordert wird, und welche

*) ib. §. 16.

**) ib. §. 17.

***) Gesetz 16. Octbr. 1866. — Krm. 29. Octbr. 1866 ad §§. 1—4.

dem Militärarzt eventuell durch Atteste und Berichte in gleicher Weise geliefert werden muss, wie es Behufs Beurtheilung der Invalidität der Mannschaften durch Dienstbeschädigungs-Atteste resp. Berichte vorgeschrieben ist, wenn schon im Allgemeinen erforderlich, wie der Nachweis, dass die Dienstunfähigkeit die Folge einer bei Ausübung des Dienstes ohne eigene Verschuldung erlittenen Verwundung oder sonstigen Beschädigung ist, ist mit grösster Sorgfalt und Unzweideutigkeit zu liefern; und wird der Arzt in allen Fällen, in welchen er nicht auf Grund eigener Anschauung und Ueberzeugung die Invalidität als Folge einer unmittelbaren Dienstbeschädigung resp. in unmittelbarem Zusammenhange mit einem Kriege betrachten kann, berechtigt sein, darauf zu dringen, dass die bezüglichen Beweismittel, welche er seinem Urtheil zu Grunde legen muss, ihm zur Disposition gestellt und geliefert werden.

In Betreff der Pensionserhöhungen für Invalidität durch den Krieg (§. 12 des Invaliden-Gesetzes vom 27. Juni 1871) und für Verstümmelung, Erblindung etc. (§. 12 ib.) sind auch jetzt noch die zu dem Gesetze vom 16. October 1866 ergangenen Kriegsministeriellen Bestimmungen als gültig zu betrachten und zwar:

*) 1) Die Pensionserhöhung für die im Kriege invalide gewordenen Offiziere etc. ist an die Bedingung geknüpft, dass der Offizier im Kriege invalide und dadurch zur Fortsetzung des Dienstes unfähig geworden ist; dieser Bedingung die enge Auffassung zu geben, dass die Körperleiden, welche die Invalidität herbeiführen, erst im Kriege überhaupt entstanden sein müssen, ist nach dem bei Gelegenheit eines Specialfalles gegebenen Dekret des Herrn Kriegsministers vom 23. d. Mts. nicht geboten, vielmehr wird die allegirte Bestimmung auch auf solche Fälle anzuwenden sein, wo die Strapazen des Krieges ein vorhandenes geringes Körperleiden, welches in Friedenszeit nach ärztlichem Ermessen voraussichtlich in längerer Zeit noch nicht

*) Die Pensionserhöhung aus dem Kriege ist auch zahlbar bei Erhöhung eines vorhandenen geringen Körperleidens durch den Krieg. Krm. 27. Novbr. 1866. Chef 8. Decbr. 1866.

felddienstunfähig gemacht haben würde, aussergewöhnlich bis zur sofortigen Invalidität gesteigert haben.

*) 2) Die Pensionserhöhung für Invalidität durch den Krieg bezieht sich auf alle vom Tage der Mobilmachung resp. Kriegs-Formation ab im Dienste befindlichen resp. dazu eingezogen gewesenen Offiziere etc., denen in Folge der eingetretenen kriegerischen Verhältnisse ausserordentliche Anstrengungen und Entbehrungen auferlegt, oder welche dem Leben und der Gesundheit nachtheiligen Einflüssen ausgesetzt werden mussten.

**) 3) Eine grosse Anzahl von Gesuchen um Pensions-Erhöhung für Invalidität im Kriege, die in letzter Zeit beim Kriegs-Ministerium eingegangen sind, ist durch die beige-fügten Atteste häufig in nicht zulänglicher Weise begründet befunden worden.

Es ist vorgekommen, dass die Attestaussteller sich damit begnügt haben, die Invalidität bloß im Allgemeinen den Strapazen, Erkältungen, Entbehrungen etc. des Feldzuges zuzuschreiben, ohne den nähern Zusammenhang durch That-sachen zu beweisen. In andern Fällen ist ohne Weiteres angenommen worden, dass irgend ein während des Feldzuges überstandenes geringes Körperleiden die jetzige Invalidität begründet habe, ohne gleichfalls durch eine nähere Beleuchtung des Krankheitsverlaufes, sowie der nachfolgenden Erscheinungen und Nachwirkungen bis zur Invaliditäts-Erklärung den unerlässlichen Nachweis des ursächlichen Zusammenhanges mit dem Kriege zu geben. Endlich sind auch Atteste zur Vorlage gekommen, worin geradezu das Leiden als ein schon lange vor dem Feldzuge bestandenes bezeichnet und dessen Steigerung durch den Feldzug behauptet wird, ohne durch Angabe der frühern und gegenwärtigen Erscheinungen einen Vergleich zwischen dem Grade des Leidens vor und nach dem Feldzuge zu ermöglichen.

*) Krm. 25. Mai 1867.

**) Krm. 23. Sept. 1869. Die Atteste müssen den Nachweis des ursächlichen Zusammenhanges mit dem Kriege liefern, um Pensionserhöhungen zu begründen. — Cfr. Krm. 8. April 1872 S. 195 u. 219.

Wie wenig solche Atteste den Nachweis liefern, dass die Invalidität wirklich im Kriege, d. h. durch den Krieg herbeigeführt worden, liegt auf der Hand, und je mehr sich der Zeitpunkt der Anerkennung der Invalidität von dem der vermeintlichen Beschädigung entfernt, desto unsicherer und schwankender werden die Angaben, so dass das Kriegs-Ministerium oft genöthigt war, die weitläufigsten Korrespondenzen zu führen und event. selbst erst die Beweismittel herbei zu schaffen.

*) 3) Mit Bezug auf die zum Gesetz vom 16. October 1866 gegebenen kriegsministeriellen Bestimmungen vom 29. October ej. a. (s. ob. S. 215) ersucht das Kriegs-Ministerium, zur Beseitigung beregter Uebelstände die Königlichen General-Commandos ganz ergebenst: 1) Die untergebenen Truppen-Commandos, die Intendantur und die Militärärzte, Letztere unter Hinweis auf den denselben durch den Chef des Militär-Medicinal-Wesens unterm 2. November 1866 mitgetheilten abschriftlich angeschlossenen Erlass der Abtheilung für das Invaliden-Wesen vom 29. October 1866 gefälligst zu veranlassen, dass die Behufs Feststellung des Anspruchs der Offiziere, Militärärzte und obern Militär-Beamten auf Pensionserhöhung abzugebenden dienstlichen Zeugnisse mit der grössten Sorgfalt und Unzweideutigkeit abzufassen und darin durch Angabe von That-sachen unzweifelhaft nachzuweisen, ob die Ansprüche der Betreffenden begründet sind oder nicht, sowie 2) Gesuche um Pensionserhöhung erst dann zur Vorlage gelangen zu lassen, nachdem der Anspruch erschöpfend und evident nachgewiesen worden. Uebrigens muss, wenn ein solcher Anspruch erhoben wird, derselbe von Haus aus zur Sprache gebracht werden, spätere, nach dem Ausscheiden gestellte Anträge haben eine Berücksichtigung nicht zu erwarten. —

Hierbei wird schliesslich bemerkt, dass, wenn ein Offizier, Militärarzt oder oberer Militär-Beamter, wie dies vielfach vorgekommen, seit 1866 versetzt sein sollte, der letzte Truppentheil resp. die Behörde die Verpflichtung hat, durch Requisition des frühern Truppentheils etc. diejenigen Beschädigungs- und ärztlichen Atteste herbeizuschaffen, welche zur Feststellung des Anspruches auf Pensionserhöhung erforderlich sind.

*) Krm. 29. Octbr. 1866.

*) Zur Begegnung der zum Oefteren vorgekommenen mangelhaften Begründung von Pensionsansprüchen der Offiziere, Militärärzte etc. und der daraus folgenden zeitraubenden Correspondenz wird Nachstehendes bestimmt:

**) 1) Betreffs der Invaliditäts-Atteste der Vorgesetzten und Kameraden nach Anlage C. der Ausführungs-Bestimmungen zum Gesetz vom 27. Juni 1871 (cfr. S. 200.)

a) die im Eingange vorgeschriebene Angabe des Civilverhältnisses der Offiziere des Beurlaubtenstandes muss klar den Beruf, mithin auch ergeben, welchen Civildienst-Charakter der Betreffende hat und bei welcher Behörde er angestellt ist (z. B. Assessor beim Kreis-Gericht zu X) oder welchem anderweiten Stande derselbe angehört und wo er seinen Erwerb hat (z. B. Kaufmann in N.)

b) der §. 18 des Gesetzes vom 27. Juni 1871 bedingt für die Offiziere und Militärärzte des Beurlaubtenstandes genaue Angabe derjenigen Zeit, in welcher sie aktiven Militärdienst geleistet haben.

Diese Angabe ist sub b des obigen Attestes aufzunehmen.

c) ferner müssen die sub c des qu. Attestes geforderten Angaben auf das Bestimmteste angeben, welche Feldzüge den Betheiligten als Kriegsjahre doppelt zu zählen sind.

Beispielsweise darf zur Begründung der Doppelzählung der Feldzugsjahrs 1866 die Angabe nicht fehlen, dass der Betreffende das bezügliche Erinnerungskreuz statutenmässig besitzt. Auch muss bei den Gefechten etc. des Krieges von 1870—71 der Tag und das Jahr angegeben werden.

***) 2) Zum Nachweise vorhandener Ansprüche auf Gewährung von Pensionserhöhungen bleiben die Vorschriften des kriegsministeriellen Erlasses vom 23. September 1869 massgebend.

*) Krm. 8. April 1872.

**) Cfr. S. 200.

***) Cfr. S. 217.

*) 3) Da nach dem 2. Alinea des §. 28 des Gesetzes vom 27. Juni 1871 für den Anspruch auf Pensionserhöhungen (§§. 12 und 13) der Nachweis der Invalidität in jedem Dienstalter erforderlich ist, so liegt die Nothwendigkeit vor, dass auch die Generale und andere Offiziere, welche das 60 Lebensjahr zurückgelegt haben und deshalb nach dem 1. Alinea des §. 28 bezüglich ihres Anspruchs auf Pension vom Invaliditäts-Nachweise befreit sind, wenn sie sich zur Pensionserhöhung berechtigt vermeinen, den bezüglichen Nachweis ihrem Abschiedsgesuche beifügen.

4) Sämmtliche vom Nachweise der Invalidität befreite Offiziere haben den Nachweis ihrer Berechtigung zur Doppelzahlung der Kriegsjahre (vid. 1. c.) sowie die Angabe, wo sie ihren Wohnsitz zu nehmen beabsichtigen und die Pension zu beziehen wünschen, den Abschiedsgesuchen anzuschliessen.

5) Die Angaben betref. den künftigen Wohnsitz sind nicht mehr in besonderer Eingabe an das Kriegs-Ministerium, Abtheilung für das Invaliden-Wesen zu machen, sondern auf Beilage C. der Gesuchsliste unterhalb des von Vorgesetzten und Kameraden vollzogenen Attestes zu erstatten.

Kann der Wohnsitz noch nicht angegeben werden, so ist an dem bezeichneten Orte zu vermerken „künftiger Wohnsitz noch unbestimmt, wird von dem Betreffenden der Abtheilung für das Invaliden-Wesen besonders angezeigt werden.“

Die in diesem Falle erforderliche besondere Anzeige muss sofort nach getroffener Entscheidung erfolgen.

6) Auf der unter 5 bezeichneten Stelle ist künftig auch bezüglich der Officiere etc. des Beurlaubtenstandes anzugeben:

a) bis wohin ihnen die Militär-Competenzen gewährt worden oder noch gewährt werden sollen (§. 31 des Gesetzes vom 27. Juni 1871.)

b) ob resp. welches Einkommen sie aus Civil- (Staats- oder Communal-) Fonds und von wann ab beziehen. (§§. 33 etc. 1. c.)

Die unter 5 und 6 verlangten Anzeigen sind mit der Unterschrift des Regiments- bzw. des Bataillons-Commandeurs zu versehen.

†) Cfr. ibid.

A n h a n g.

Atteste für versorgungsberechtigte Militärpersonen bei ihren Uebertritt in andere Stellungen.

1) Atteste Behufs Uebertritt zum Gendarmerie- und Grenzdienste.

*) Der Grenzdienst, sowie der Dienst als Gendarm ist häufig mit bedeutenden Beschwerden und Anstrengungen verbunden und verlangt daher eine kräftige und ausdauernde Körper-Constitution. Bei der Untersuchung der zur Anstellung beim Grenzdienst oder bei der Gendarmerie in Vorschlag zu bringenden Halbinvaliden oder anderer länger gedienten Unterofficiere Behufs der Bestimmung ihrer körperlichen Tauglichkeit für den Grenz- und Gendarmerie-Dienst ist hierauf Rücksicht zu nehmen und die grösste Sorgfalt und Genauigkeit anzuwenden, damit nicht Individuen als tauglich für diesen Dienst erklärt werden, die an solchen Krankheiten und Gebrechen leiden oder noch vor Kurzem gelitten haben, welche bei geringfügigen Veranlassungen leicht wiederkehren oder überhaupt von der Art sind, dass sie sich in den meisten Fällen verschlimmern und so binnen Kurzem gänzliche Invalidität herbeiführen können, z. B. an rheumat. Beschwerden, chronischen Brust- und Unterleibsleiden.

Dagegen unterliegt es keinen Bedenken, Militärs, die mit einfachen Brüchen behaftet sind, welche nicht zu grossen Umfang haben, durch ein Bruchband vollständig zurückzuhalten sind und keine erheblichen Beschwerden machen, mithin die Felddienstfähigkeit nicht beeinträchtigen, sowohl zum Grenz- als auch zum Gendarmerie-Dienst zuzulassen. Wenn der Gesundheitszustand eines notirten Anwärters vor seiner Einberufung schlecht oder zweifelhaft wird, ist solches der Provinzial-Steuer-Behörde mitzutheilen.*)

*) Instr. f. M.-Aerzte §. 34. — Cirk. 30. Octbr. 1822 ad 1 — Cirk. 10. Mai 1839 ad 2. — Cirk. 12. Octbr. 1857.

**) Krm. 23. Januar 1839.

*) Das militärärztliche, auf Erfordern der . . . Brigade auszustellende Gesundheits-Attest muss dahin lauten, dass der Betreffende ein kräftiger Mann sei, von starkem und gesundem Körperbau, im Stande, alle mit dem Dienste als Gendarm verbundenen Mühsalen und Beschwerden bei Tag und bei Nacht und bei jedem Wetter zu ertragen, so dass derselbe voraussichtlich im Corps der Gendarmerie noch mehrere Jahre werde Dienst leisten können.

**) Erhebliche Krankheiten, an welchen diese Individuen etwa gelitten haben, sollen jeden Falls in den ärztlichen Attesten bemerkt werden.

***) Berechtigt zum Eintritt in die Gendarmerie sind Unteroffiziere nach 9jähriger Dienstzeit, darunter 5 Jahre in der Charge, welche nicht über 35 Jahr alt, nicht unter 5'' Uebermaass, als Cavalleristen nicht unter 4''. — Berechtigt zum Eintritt in den Grenz-Aufsichtsdienst sind Unterofficiere nach 12jähriger Dienstzeit, davon 9 Jahre in der Charge, und nicht über 40 Jahr alt.

Die Vorschläge gehen an die General-Commandos beziehungsweise an die General-Inspection der Artillerie-Ingenieure, welche sich mit den betreffenden obersten Civilbehörden in Verbindung setzen.

2) Atteste Behufs Eintritt in den Telegraphendienst.

†) Die zum Eintritt in den Telegraphendienst sich Meldenden bedürfen eines ärztlichen Attestes welches sich dahin ausspricht, dass der Betreffende seinem Lebensalter angemessen kräftig, rüstig und beweglich, überhaupt körperlich brauchbar, namentlich in Bezug auf seine Athemwerkzeuge und auf Seh- und Hörvermögen sei.

Berechtigt zum Eintritt sind die Besitzer von Civilversorgungsscheinen, dann 12 Jahre Gediente, darunter 9 Jahre als Unterofficier, Alter nicht über 40 Jahre.

*) Krm. 25. Januar 1825.

**) Cirk. 10. Mai 1839 ad 2.

***) Reglement über Civilversorgung 16. Juni 1867. §. 2 Ca.

†) Telegraphen-Direktion 29. Octbr. 1849, 1. Sept. 1852, 15. Dezbr. 1853, 20. Sept. 1857.

*) Es ist in neuerer Zeit mehrfach vorgekommen, dass Militär-Anwärter, welchen Behufs ihrer Anstellung in der Bundes-Telegraphen-Verwaltung Atteste über ihre körperliche Brauchbarkeit ertheilt waren, bald nach ihrem Eintritt in den Telegraphendienst an chronischen Uebeln erkrankt und für längere Zeit dienstunfähig geworden, ja sogar gestorben sind.

Diese Erscheinung lässt sich nur dadurch erklären, dass der betreffende Arzt bei Untersuchung des Gesundheitszustandes des Anwärters sein Augenmerk nicht scharf genug auf die speciellen Anforderungen des anstrengenden Telegraphendienstes, welcher durchaus normale Respirationsorgane und Sinneswerkzeuge bedingt, gerichtet hat, während es sowohl im Interesse der Telegraphen-Verwaltung, als auch im eigenen Interesse der betreffenden Anwärter nothwendig ist, dass auch nicht eine entfernte Anlage zu Krankheiten jener Organe vorhanden ist.

3) Atteste Behufs Uebertritts zum Eisenbahndienst.

**) Es wird dem Arzt meistens ein Fragebogen zur Beantwortung vorgelegt, den er versiegelt dem Untersuchten zurückzugeben hat und auf welchem er am Schlusse zu begutachten hat, ob er denselben auf Grund der Untersuchung vorzugsweise zum äussern oder innern Dienste oder zu beiden qualificirt erachtet.

***) 4) Für Postexpedienten wird verlangt, das Alt ernicht über 35 Jahre, Gesundheit, persönliche Geeignetheit für den Postdienst, Freiheit von entstellenden Gebrechen und Besitz ungeschwächten Seh- und Hörvermögens. — Ueber die Stempelpflichtigkeit dieser Atteste s. S. 4.

5) Garnison-Verwaltungs- oder Lazareth-Dienst-Anwärter müssen im Alter noch nicht vorgeschritten und von gesunder Körperbeschaffenheit sein.

†) 6) Kranken- und Kasernenanwärter dürfen nicht mit einem die Dienstleistungen hindernden Bruchschaden

*) Krm. 22. Juni 1870.

**) Staats-Min. 19. Novbr. 1851. — Handelsmin. 6. April 1851.

***) 30. Januar 1853 General-Postamt.

†) Reglem. f. Fr.-Laz. §. 559.

behaftet sein, und müssen mit einem guten Bruchbande versehen sein.

*) 7) Chaussee-Aufseher dürfen nicht über 45 Jahr alt und ihr Gesundheitszustand laut ärztlicher Atteste so beschaffen sein, dass sie in jeder Jahreszeit die täglichen Arbeiten als solche verrichten können.

8) Atteste für die Lazareth-Gehülfen Behufs ihrer Niederlassung als Heildiener.

**) Lazareth-Gehülfen, welche als solche 5 Jahre vorzüglich gut gedient haben, haben keine weitere Prüfung als Heildiener bei der Civilbehörde abzulegen, sondern können auf Grund der ihnen von den vorgesetzten Ober-Militär-Aerzten ertheilten Zeugnisse als formell qualificirte Bewerber um eine Concession als Heildiener auftreten, und empfehlen sich bei Ertheilung derselben zur vorzugsweisen Berücksichtigung. Bei Verleihung der Concession wird das lokale Bedürfniss allein berücksichtigt und ist dieselbe an den jedesmaligen Wohnort des Concessionirten gebunden.

***) Derartige Zeugnisse, Behufs Erlangung einer Concession als Heildiener dürfen nur wirklich tüchtigen und allseitig in ihrem Fache ausgebildeten Lazareth-Gehülfen von untadelhafter Führung ausgestellt werden. Dieselben sind nach dem untenstehenden Schema auszustellen. Die betreffenden Lazareth-Gehülfen müssen in verschiedenen Zweigen der kleinen Chirurgie, namentlich im Aderlassen und auch im Zahnausziehen geübt sein und müssen die ältern und tüchtigeren Gehülfen, welche sich als Heildiener niederzulassen beabsichtigen, in dieser Operation besonders unterwiesen und geübt werden.

Schema zum Attest.

Der Lazareth-Gehülfe, Unterofficier N. N. Jahr alt aus N., Kreises N., Regierungsbezirk N., gebürtig, evangelischer (katholischer) Religion, Barbier etc., welcher am . . . in den Militärdienst und am . . . in den Unterricht der Lazareth-Gehülfen getreten ist, bis jetzt also überhaupt . . . Jahr und darunter . . . Jahre als Lazareth-Gehülfe gedient hat, hat sich wäh-

*) Regul. 8. Sept. 1857.

**) Min. d. Kultus 7. Decbr. 1862.

***) Chef 27. Octbr. 1864.

rend seiner gesammten Dienstzeit, sowohl in dienstlicher als moralischer Beziehung vorzüglich gut geführt. Derselbe besitzt gute Schulkenntnisse und hat sich eine genügende (erfreuliche, bedeutende) Fertigkeit in den einem Lazareth-Gehülfen obliegenden technischen Verrichtungen und namentlich auch im Aderlassen und Zahnausziehen erworben.

Dieses wird dem N. N. hierdurch der Pflicht und Wahrheit gemäss Behufs Bewerbung um eine Concession als Heildiener bescheinigt.

N. N., den ten 18

L. S.

N. N.

Charge.

*) Bei event. Niederlassung an einem anderen Orte als für welchen der Heilgehülfe concessionirt ist, bedarf es keiner neuen Prüfung, da nur die Concession, nicht die Prüfung für einen bestimmten Ort erfolgt.

*) Der Herr Minister der geistlichen etc. Angelegenheiten hatte durch Erlass von 27. December a. pr. bestimmt, dass denjenigen Personen, welche das Recht erwerben wollten, sich als geprüfte Heildiener zu bezeichnen, nach bestandener Prüfung ein entsprechendes Befähigungs-Zeugniss mit der gedachten Wirkung ertheilt werden sollte, in welchem Zeugniss aber der Umfang der Befähigung genau zu bezeichnen, und die ausdrückliche Voraussetzung, dass der Inhaber sich bei Ausübung seines Gewerbes streng innerhalb der Grenzen dieser Befähigung halten werde, mit dem Zusatz auszusprechen wäre, dass bei Ueberschreitung dieser Grenzen das Befähigungs-Zeugniss und damit das Recht, sich als geprüfter Heildiener zu bezeichnen, nach §. 53 alin. 2 der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund aberkannt werden würde.

Auf diesseitigen Antrag hat der Minister unter dem 9. d. M. weiter bestimmt, dass denjenigen Lazareth-Gehülfen, welche sich nach ihrer Entlassung vom Militär als geprüfte Heildiener zu etabliren beabsichtigen und sich durch ein Zeugniss der betreffenden Ober-Militärärzte darüber ausweisen, dass sie als solche fünf Jahre vorzüglich gut gedient haben, das in dem Circular-

*) Min. d. Kultus 13. März 1868.

**) Krm. M.-M.-Abthl. 6. Juni 1870. — Min. d. Kultus 9. Mai 1870.

Erlass vom 27. December v. J. erwähnte Befähigungs-Zeugniss als geprüfte Heildiener, bei welchem für den Umfang der Befähigung der Inhalt des beigebrachten obermilitärärztlichen Zeugnisses massgebend ist, mit den in dem Cirkular-Erlass bezeichneten Wirkungen ertheilt werde, ohne dass es der wiederholten Ablegung einer Prüfung bedarf.

Der Herr Minister der geistlichen etc. Angelegenheiten hat hierbei bemerkt, wie derselbe von der Voraussetzung ausgehe, es werde den Lazareth-Gehülfen in den obermilitärärztlichen Attesten nicht eine Befähigung bezeugt werden, welche über die in den Verfügungen vom 27. März 1852 und 27. Januar 1860 (Horn. Med.-Wesen II. S. 270. 274.) bezeichneten Grenzen hinausgeht. Denn diese Bestimmungen seien für die Thätigkeit der Civil-Heildiener massgebend und müsste es auch für die aus dem Militärstande übertretenden Heildiener bleiben, wenn nicht Anlass zu begründeten Berufungen gegeben werden sollte.

Dies wird den Betheiligten mit der Verpflichtung strenger Nachachtung mitgetheilt.

*) §. 2. Die Zeugnisse über ihre erlangte Befähigung müssen die Operationen, worin sie sich die erforderliche Fertigkeit erworben haben, namentlich enthalten, ferner über ihr Alter, Religion, Gewerbe, sittliche Führung sich aussprechen.

§. 6. Enthält die Taxe für Heildiener und erwähnt von Operationen: Die Applikation des Catheters bei Weibern, Reposition des Vorfalls der vagina und des rectum, Einbringung eines Mutterkranzes, Setzen einer Fontanelle, eines Haarseils, Oeffnung eines Abscesses, Schröpfen, Aderlass, Setzen von Blutegeln, Klystiere, Legen eines Blasenpflasters, Verband von Wunden und Zahnausziehen.*)

3) Atteste bei Entlassung von Unterärzten, einjährig freiwilligen Aerzten und einjährig freiwilligen Pharmaceuten nach absolvirter allgemeiner Militärdienstpflicht resp. wegen Unbrauchbarkeit.

Unter den gewöhnlichen Friedensverhältnissen erfolgt die Entlassung der einjährig-freiwilligen Aerzte etc. nach abgelau-

*) Min. d. Kultus 27. März 1852.

**) desgl. 27. Januar 1860.

fenem Dienstjahre und muss die Entlassung unter Einsendung des schriftlichen Antrages des einjährig-freiwilligen Arztes um Entlassung nebst dem Nationale (s. unten) und dem von demselben in duplo (Concept und Reinschrift) nach dem für alle Mitglieder des Sanitätscorps vorgeschriebenen Schema angefertigten Personalberichte brevi manu auf dem Instanzenwege beantragt werden.*)

Das eine Exemplar bleibt bei den Akten des Ministeriums, das andere geht an den Generalarzt, in dessen Corps der betreffende Arzt in der Reserve in Zugang kommt. — Die bisher bei den Anträgen um Entlassung der einjährig-freiwilligen Aerzte erforderlichen Bemerkungen, dass der pp. sich moralisch und dienstlich gut geführt hat, nicht bestraft ist, nach N. N. entlassen zu werden und nicht weiter zu dienen wünscht, kommen für die Zukunft in den Anträgen selbst in Wegfall.

**) Für die Volontär-Pharmaceuten haben die resp. Lazareth-Commissionen, bei denen solche fungiren, die Entlassungs-Anträge zu stellen, und haben sich dieselben in diesen Anträgen über deren dienstliche und moralische Führung und über deren Bestrafung (warum) auszusprechen.

***) Eine längere als 14tägige Beurlaubung ist in dem Entlassungs-Antrage anzugeben.

†) Die Entlassung einjährig-freiwilliger Aerzte erfolgt nach abgelaufenem Dienstjahre nicht, wenn die Truppen, bei denen sie stehen, kriegsbereit oder mobil sind.

††) Den Anträgen um Ausfertigung der Militärpapiere für zur Entlassung kommende einjährige freiwillige Aerzte, Unterärzte und einjährig-freiwillige Pharmaceuten ist künftig ein nach folgendem Schema ausgefülltes National beizufügen.

*) Chef 10. Januar 1868.

**) Cirk. 12. April 1826 ad 12.

***) Cirk. 26. Januar 1846.

†) Krm. 18. Novbr. 1831. — 15. Dezbr. 1830.

††) Chef 25. Novbr. 1868.

Zum Militärpass.

Nationale

des

 geboren den 18
 zu Kreis
 Grösse Zoll Strich
 Stand und Gewerbe
 Heimathsberechtigt in Kreis
 In das stehende Heer eingetreten am ten 18
 als
 In den Dienst getreten bei

 Versetzungen
 Zur Reserve entlassen am ten 18
 nach Kreis
 Hat das Qualifications-Attest zum
 Hat Ausstand zum Dienst Eintritt bis zum ten
 18 (Hier ist jeder bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres oder
 darüber hinaus bewilligte Ausstand anzugeben Chef 29. Februar 1868.)
 Hat Orden und Ehrenzeichen
 Bemerkungen
 Ausgefertigt den ten 18

Das Schema zu dem Entlassungs-Atteste lautet:

*) Der Unterarzt (einjährige-freiwillige Arzt, einjährige-freiwillige Pharmaceut) von dem (der) (folgt Angabe des Truppentheils resp. des Garnison-Lazareths am ten 18 zu (Ort) im Kreise (N.) des Regierungsbezirks (N.) geboren, welcher als (Unterarzt), einjährig-freiwilliger Pharmaceut) am ten 18 in den Militärdienst getreten (folgt nähere Angabe des Dienstdetails) mithin bis jetzt überhaupt eine Dienstzeit von Jahren Monaten zurückgelegt hat, wird wegen (erfolgter Ableistung der allgemeinen Militärdienstpflcht, Dienstunbrauchbarkeit etc.) nach im Kreise des Regierungsbezirks entlassen und tritt in das (die) Reserveverhältniss, Landwehr, Marine-Reserve etc. über.

Derselbe hat sich sogleich bei dem Feldwebel des Landwehr-Bezirks, in welchem der Aufenthaltsort liegt, unter Vorzeigung dieses Attestes zu melden. Bei später eintretenden Aufenthalts-Veränderungen ist diese Meldung jedesmal zu wiederholen, desgleichen bei vorkommenden Reisen von längerer Dauer, es mag der Bezirk verlassen werden, oder nicht.

Verlegt Inhaber dieses Attestes seinen Wohnort in einen andern Compagnie-Bezirk, so hat er sich sowohl bei dem Feldwebel des zu verlassenden Bezirks, als auch bei dem Feldwebel, in dessen Bezirk der neue Aufenthaltsort liegt, zu melden.

Berlin, den ten 18

Der Chef des Militär-Medizinal-Wesens.

(L. S.)

*) Krm. 27. Juni 1865.

Das Schema zu dem Führungs-Atteste lautet:

Dem (Unterarzt etc.) von dem (der) (folgt Angabe des Truppentheils resp. des Lazareths) am . . . ten . . . 18 . . . zu N. im Kreise N. des Regierungs-Bezirks N. geboren, wird hierdurch mit Bezug auf das ihm unter dem heutigen Tage ertheilte Entlassungs-Attest bescheinigt, dass derselbe sich während seiner Dienstzeit (folgt das Führungs-Zeugniss).

Bestraft ist der p. N. während seiner Dienstzeit (folgt das Strafverzeichniss) (Eventueller Zusatz für approbirte reservepflichtige Aerzte.)

Der N. ist auf Grund seiner Approbation als praktischer Arzt und des vorstehenden Führungs-Zeugnisses berechtigt, bei dem zuständigen Königlichen Landwehr-Bataillon oder Königlichen Commando der Stamm-Division der Flotte der Ostsee) unter Vorlegung dieses Zeugnisses und des ihm ertheilten Entlassungs-Scheines darauf anzutragen, dass er zur Allerhöchsten Verleihung des Charakters als Assistenzarzt in Vorschlag gebracht wird.

Berlin, den . . . ten . . . 18 . . .

Der Chef des Militär-Medizinal-Wesens.

(L. S.)

*) Die seither nach den §§. 8, 9 und 10 der Verordnung über die Organisation der Landwehr-Behörden etc. vom 5. September 1867 dem General-Stabsarzt der Armee übertragene Ausfertigung von Militärpässen, Führungs-Attesten etc. für die nicht im Offiziersrange stehenden Aerzte und Pharmaceuten etc., ist künftig von den Corps-Generalärzten zu bewirken.

**) Hinsichtlich der Ausführung ist das Erforderliche an die Generalärzte verfügt worden.

*) A. C.-O. 16. Sept. 1871.

**) Krm. 25. Novbr. 1871.

ZWEITER THEIL.

Gesetzliche Bestimmungen, welche bei Abfassung gerichtlich-medizinischer Gutachten der Militärärzte in Betracht kommen.

1. Allgemeine Bestimmungen.

Anwendung der Landesgesetze auf militärische Verhältnisse.

*) In so weit das Militär-Strafgesetzbuch, die Kriegs-Artikel und die Militär-Gesetze überhaupt nichts anderes vorschreiben, haben die Vorschriften der allgemeinen Landesgesetze und Verordnungen, bei deren Anwendung jedoch die militärischen Dienstverhältnisse besonders zu berücksichtigen sind, auch für militärische Verhältnisse Gültigkeit.

Form und Inhalt der Atteste.

Ueber Form und Inhalt der von den Aerzten zum Gebrauche vor Gerichtsbehörden auszustellenden Atteste s. Th. I. S. 1. Cirk. vom 20. Januar 1853.

Beweiskraft militärärztlicher Atteste.

**) Die von Militärärzten ausgestellten Atteste über Krankheiten und Besichtigungen haben vor dem Civilgericht volle Gültigkeit und Beweiskraft.

***) Die Stelle des ordentlichen Physikus bei Obduktionen kann im Nothfalle durch einen Regiments- oder Bataillons- (Chirurgus) Arzt, ersetzt werden.

*) Mil.-Strafges. 3. April 1845 A. §. 2. Mil.-Strafges. §. 2 u. 3.

**) Just.-M. 30. Mai 1831. — A. C.-O. 24. Decbr. 1726.

***) Krim.-Ordn. §. 160.

*) Die Militärärzte haben sich daher mit der gerichtlichen Medizin und besonders mit dem Obductionsverfahren stets bekannt zu erhalten.

**) Der Diensteid der Ober-Militärärzte genügt für alle gerichtlichen Atteste und Gutachten ein für alle Mal, was im Protokolle nur zu vermerken nöthig ist — denselben Eid leisten jetzt auch die Assistenz- und Unterärzte, so dass auch diese nicht mehr wie es das Cirkular vom 18. März 1847 vorschrieb, im Falle sie zu gerichtlichen Zwecken zugezogen werden, besonders vereidigt werden brauchen. Cfr. S. 9.

2. Specielle Bestimmungen.

1. Selbstverstümmelung und Anwendung täuschender Mittel.

***) 1) Militärpflichtige, welche nicht zum Dienste mit der Waffe ausgehoben werden können, und Rekruten, welche nicht eingestellt werden können, weil sie durch irgend eine Verstümmelung ganz oder theilweise dienstunbrauchbar geworden, sind, sobald begründeter Verdacht nicht vorliegt, dass die Verstümmelung nicht zufällig, sondern absichtlich herbeigeführt ist, um sich dem Militärdienst zu entziehen, durch die betreffenden Ersatz-Commissionen der Staatsanwaltschaft, beziehungsweise dem competenten Gerichte zur Einleitung der gerichtlichen Untersuchung zu bezeichnen. Wird die Einleitung der gerichtlichen Untersuchung wegen mangelnder Beweise abgelehnt, event. der Angeklagte freigesprochen, so findet eine Heranziehung zum Militärdienste nicht statt.

Einstellung in eine Arbeiter-Abtheilung bei Selbstverstümmelung.

Militärpflichtige und Rekruten dagegen, welche der vorsätzlichen Selbstverstümmelung für überführt erachtet und deshalb gerichtlich bestraft werden, sind, wenn sie noch arbeitsfähig geblieben sind, ohne Rücksicht auf die Dauer der erlittenen Gefängnisstrafe und ohne Rücksicht auf Loosnummer, Lebensalter oder sonstige Zurückstellungsgründe zur Ableistung der gesetzlichen dreijährigen Dienstpflicht in eine Ar-

*) Cirk. 31. Juli 1821 ad II.

**) A. C.-O. 24. Decbr. 1726. — A. C.-O. 10. Febr. 1845. — Just.-M. 30. Mai 1831.

***) Ers.-Instr. §. 41 1 u. 2. cfr. „Festungsstrafe“.

beiter-Abtheilung einzustellen, sobald die zuerkannte Gefängnisstrafe verbüsst ist.

Anwendung auf Täuschung berechneter Mittel.

2) „Wer in der Absicht, sich der Verpflichtung zum Militärdienst ganz oder theilweise zu entziehen, auf Täuschung berechnete Mittel anwendet, ist Seitens der betreffenden Ersatz-Commission der Staatsanwaltschaft, bezw. dem competenten Gerichte zur Einleitung der gerichtlichen Untersuchung zu bezeichnen. Wird die Einleitung der Untersuchung abgelehnt, oder der Angeklagte freigesprochen, so ist derselbe wie jeder andere nicht bestrafte Militärpflichtige zu behandeln.

Erfolgt dagegen auf Grund der einschlagenden strafgesetzlichen Bestimmungen eine gerichtliche Bestrafung, so ist der betreffende Militärpflichtige ohne Rücksicht auf die Dauer der erlittenen Gefängnisstrafe und ohne Rücksicht auf Loosnummer, Lebensalter oder sonstige Zurückstellungsgründe zur Ableistung der Dienstpflicht heranzuziehen und in der Zeit, während welcher ihm die Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte untersagt ist, in eine Arbeiter-Abtheilung einzustellen, sofern er von der competenten Departements-Ersatz-Commission zum Dienste mit der Waffe für brauchbar erachtet wird. Ist letzteres nicht der Fall, so behält es bei der Strafe sein Bewenden, ohne dass derselben die Einziehung zur Arbeiter-Abtheilung folgt.

*) „Wer sich vorsätzlich durch Selbstverstümmelung oder auf andere Weise zur Erfüllung seiner gesetzlichen oder von ihm übernommenen Verpflichtung zum Dienste untauglich macht oder durch einen Andern untauglich machen lässt, wird mit Gefängnis von 1 Jahr bis zu 5 Jahren bestraft; zugleich ist auf Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes zu erkennen.

Wird durch die Handlung die Unfähigkeit zu Arbeiten für militärische Zwecke verursacht, so ist die an sich verwirkte Gefängnisstrafe um die Dauer von 3 Monaten zu erhöhen; zugleich ist auf Entfernung aus dem Heere oder der Marine zu erkennen.

Der Versuch ist strafbar.“

*) Mil.-Strafges. §. 81. — Kriegs-Artikel 9. Decbr. 1852 Art. 10.

Verstümmelung Anderer.

*) „Dieselben Freiheitsstrafen (§. 81) treffen denjenigen, welcher einen Andern auf dessen Verlangen zur Erfüllung seiner gesetzlichen oder von ihm übernommenen Verpflichtung zum Dienste untauglich macht; zugleich kann auf Versetzung in die 2. Klasse des Militärstandes erkannt werden.“

Simulation.

**) „Wer in der Absicht etc. ein auf Täuschung berechnetes Mittel anwendet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren bestraft; zugleich kann auf Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes erkannt werden.“

Dieselbe Strafvorschrift findet auf den Theilnehmer Anwendung.“

***) „Mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren wird bestraft, wer aus Feigheit, 2) durch Vorschützung einer Verwundung oder eines Leidens, oder durch absichtlich veranlasste Trunkenheit sich dem Gefechte oder vor dem Feinde einer sonstigen, mit Gefahr für seine Person verbundenen Dienstleistung zu entziehen sucht. In minder schweren Fällen tritt Gefängniss von 1 Jahr bis 5 Jahren und Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes ein.“

†) „Wer sich vorsätzlich durch Selbstverstümmelung oder auf andere Weise zur Erfüllung der Wehrpflicht untauglich macht oder durch einen Andern untauglich machen lässt, wird mit Gefängniss nicht unter einem Jahre bestraft, auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. — Dieselbe Strafe hat Derjenige verwirkt, welcher einen Andern auf dessen Verlangen zur Erfüllung der Wehrpflicht untauglich macht“.

††) „Wer in der Absicht, sich der Erfüllung der Wehrpflicht ganz oder theilweise zu entziehen auf Täuschung berechnete Mittel anwendet, wird mit Gefängniss bestraft, auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Dieselbe Strafe findet auf die Theilnehmer Anwendung.“

†††) „Wenn genügende Gründe vorhanden sind, anzunehmen, dass von Militärpflichtigen Uebel vorgeschützt und erheuchelt werden, um sich der Dienstpflicht zu entziehen, so

*) Mil.-Strafges. §. 82. — **) ib. §. 83. — Kriegs-Artikel Art. 10. —
 ***) Mil.-Strafges. §. 85. — Kriegs-Artikel 13. — †) Strafgesetzbuch §. 142
 — ††) ib. §. 143 — †††) Ers.-Instr. §. 74. 4.

ist event. deren gerichtliche Bestrafung wegen Simulation zu beantragen.“

Ueber das Verfahren Seitens der Militärärzte bei vermeintlicher Simulation s. Instr. f. M.-Aerzte §. 22 resp. S. 96 d. B.

2. Körperverletzung. (S. auch Fahrlässigkeit.)

Gesetzliche Bestimmungen.

*) „Wer vorsätzlich einen Andern körperlich misshandelt oder an der Gesundheit beschädigt, wird wegen Körperverletzung mit Gefängniss bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 300 Thlrn. bestraft.“

Mil.-Strafges. §. 122. „Wer vorsätzlich einen Untergebenen stösst oder schlägt, oder auf andere Weise körperlich misshandelt, oder an der Gesundheit beschädigt, wird mit Gefängniss oder Festungshaft bis zu 3 Jahren bestraft, in minder schweren Fällen kann die Strafe bis auf eine Woche Arrest ermässigt werden. Auch kann, im wiederholten Rückfalle muss neben Gefängniss- oder Festungshaft auf Dienstentlassung oder Degradation erkannt werden.“

**) „Hat die Körperverletzung zur Folge, dass der Verletzte ein wichtiges Glied des Körpers, das Sehvermögen auf einem oder beiden Augen, das Gehör, die Sprache oder die Zeugungsfähigkeit verliert, oder in erheblicher Weise dauernd entstellt wird, oder in Siechthum, Lähmung oder Geisteskrankheit verfällt, so ist auf Zuchthaus bis zu 5 Jahren oder Gefängniss nicht unter einem Jahre zu erkennen.“

***) „War eine der vorbezeichneten Folgen beabsichtigt und eingetreten, so ist auf Zuchthaus von 2 bis 10 Jahren zu erkennen.“

Mil.-Strafges. §. 123. Ist durch die Handlung eine schwere Körperrverletzung des Untergebenen verursacht worden, so tritt Zuchthaus bis zu 5 Jahren, in minder schweren Fällen Gefängniss oder Festungshaft von 6 Monaten bis zu 5 Jahren ein.

War die schwere Körperverletzung beabsichtigt und eingetreten, so ist auf Zuchthaus von 2 bis zu 10 Jahren zu erkennen.“

†) „Ist durch die Körperverletzung der Tod des Menschen verursacht worden, so ist auf Zuchthaus nicht unter 3 Jahren oder Gefängniss nicht unter 3 Jahren zu erkennen.“

*) Strafgesetzb. §. 223. — **) ib. §. 224. — ***) ib. §. 225 — †) ib. §. 226.

Mil.-Strafges. §. 123. „Ist durch die Körperverletzung (§. 122) der Tod des untergebenen verursacht worden, so tritt Zuchthaus nicht unter 3 Jahren, in minder schweren Fällen Gefängniss oder Festungshaft nicht unter 1 Jahr ein.“

Erläuterungen.

Das Gesetz unterscheidet hiernach;

1) Die vorsätzliche einfache Körperverletzung, d.h. körperliche Misshandlung oder Beschädigung der Gesundheit (§. 223).

2) Die vorsätzliche Körperverletzung, welche einen schweren Erfolg nach sich gezogen hat.

3) Die vorsätzliche Körperverletzung, wenn die Absicht auf die Herbeiführung des schweren Erfolges gerichtet war.

4) Die vorsätzliche Körperverletzung, wenn dieselbe den Tod des Verletzten zur Folge gehabt hat.

Der §. 187 des Preussischen Strafgesetzbuches, welcher die leichte Körperverletzung behandelte, ist im §. 223 des neuen Gesetzes enthalten, mit Erhöhung des Strafmasses von 2 auf 3 Jahre Gefängniss. Der §. 192 a. des Preussischen Strafgesetzbuches, welcher die sogenannte erhebliche Körperverletzung behandelte „in sofern durch eine Körperverletzung erhebliche Nachtheile für die Gesundheit und die Gliedmassen des Verletzten, oder eine längere andauernde Arbeitsunfähigkeit herbeigeführt wurde“, ist weggefallen, weil beide Kriterien zu grossen Zweifeln Veranlassung gaben. Die frühere erhebliche Körperverletzung ist zum Theil mit unter dem §. 224 subsummirt worden, insofern derselbe von dem Verlust wichtiger Glieder und dauernder Entstellung in erheblicher Weise spricht.

Der §. 224, welcher als Ersatz für den frühern §. 193 des Preussischen Strafgesetzbuches zu betrachten ist, definirt die schwere Körperverletzung. In demselben ist der Ausdruck „verstümmelt“ weggefallen, dafür aber die Definition der Verstümmelung „Verlust eines wichtigen Gliedes“ aufgenommen. Anstatt Beraubung des Gesichts ist „Verlust des Sehvermögens auf beiden oder auf einem Auge“ gesetzt. Neu hinzugekommen ist der Begriff des „Siechthums“, welcher nach den Motiven einen länger andauernden Krankheitszustand voraussetzt und der Begriff der Lähmung.

*) Für das Militär ist, nach Analogie der Kriminalordnung vom 11. December 1805 für das Civil, wie nachstehend, das kriegsrechtliche Verfahren im ordentlichen Strafprozess bei Körperverletzungen vorgeschrieben.

Attest bei Körperverletzungen von zwei Aerzten.

ad 7). Bei körperlichen Verletzungen ist das Attest eines Militär-Oberarztes (oder andern approbirten Arztes) und eines als Wundarzt approbirten Militär-Chirurgus (oder andern approbirten Wundarztes) oder zweier approbirter Wundärzte zu den Akten zu bringen. Dieses Attest wird von beiden Sachverständigen gemeinschaftlich unter ihrer Unterschrift, wenn sie aber verschiedener Meinung sind, von einem Jeden besonders ausgestellt. — Ist die körperliche Verletzung nicht erheblich, so genügt das Attest eines als Wundarzt approbirten Militär-Chirurgus oder andern approbirten Wundarztes, insofern dasselbe nicht etwa verdächtig oder übertrieben erscheint.

Aerztliches Gutachten.

ad 8). Dem auszustellenden Atteste über die vorgefundenen Verletzungen müssen die Sachverständigen jedesmal ihr Gutachten darüber beifügen, ob der Beschädigte an seiner Gesundheit oder an seinen Gliedmassen einen bleibenden Nachtheil zu befürchten habe, oder ob die Verletzung lebensgefährlich gewesen sei.

Vernehmung des Verletzten.

ad 9). So lange der Verwundete lebt und das Wundattest nicht etwa so verdächtig ist, dass eine zweite ärztliche Untersuchung stattfinden muss, ist eine gerichtliche Besichtigung und Untersuchung der erhaltenen Verletzungen nicht erforderlich, doch muss der Verwundete gerichtlich über die an ihm verübte That, soweit es geschehen kann, sorgfältig vernommen werden.

Zuziehung eines Geburtshelfers.

ad 10). Ist bei Frauenzimmern die Besichtigung der Geburtstheile nothwendig, so muss statt des Wundarztes ein vereidigter Geburtshelfer oder eine vereidigte Hebamme zugezogen werden.

*) Mil.-Strafgesetzb. 3. April 1845 C. Th. II. Tit. II. Abschn. 1 §. 92.

Tödtliche Verletzung. Besichtigung.

ad 11). Hat eine Beschädigung den Tod eines Verletzten zur Folge, so geschieht die Besichtigung des Leichnams im Beisein des besetzten Untersuchungs-Gerichtes durch einen Militär-Oberarzt oder Physikus und durch einen als Wundarzt approbirten Militär-Chirurgus oder durch einen andern vereideten Wundarzt. — Wenn der zugezogene Arzt und Wundarzt kein Militär-Oberarzt, Physikus oder zu gerichtlich-chirurgischen Handlungen vereidigter Wundarzt ist, so muss zu den Akten vermerkt werden, dass derselbe approbirter Arzt oder Wundarzt sei.

Wann eine Besichtigung erforderlich ist.

ad 12). Wenn eine Militärperson nicht unter den Augen ihrer Hausgenossen oder anderer unbescholtener Personen auf natürliche Weise stirbt, sondern durch Gewalt, Zufall, Selbstmord oder auf unbekannte Art ums Leben kommt, so muss dies von Denjenigen, die einen solchen Vorfall entdecken, dem nächsten vorgesetzten Befehlshaber angezeigt und die Beerdigung bis nach erfolgter gerichtlicher Besichtigung des Leichnams ausgesetzt werden.

ad 13). Sobald der vorgesetzte Befehlshaber eine solche Anzeige erhält, so ist er verpflichtet, ohne den geringsten Zeitverlust die zur Rettung des vielleicht nur Scheintodten erforderlichen Massregeln zu treffen, dem am Orte anwesenden Auditor, oder wenn ein solcher nicht am Orte befindlich ist, dem nächsten Civilrichter sogleich von dem Vorfall Nachricht zu geben, ihm dabei die obwaltenden Umstände kürzlich anzuzeigen und zu veranstalten, dass, wenn die Rettungsmittel nichts fruchten, der Körper bis zur Ankunft des Richters durch zuverlässige Personen von der Stelle, an welcher er gefunden ist, erhoben und dergestalt aufbewahrt werde, dass er nicht durch Ungeziefer, andere Thiere oder durch Fäulniss schneller als gewöhnlich zerstört werde.

Besichtigung durch Sachverständige an Ort und Stelle.

ad 14). Nimmt der Richter aus den ihm mitgetheilten Umständen wahr, dass es nach den Vorschriften ad 21 einer förmlichen Obduction bedürfe, so muss er bewirken, dass die schleu-

nigst zu veranlassende Besichtigung an Ort und Stelle durch die erforderlichen Sachverständigen — ad 11 — im Beisein des besetzten Untersuchungsgerichtes erfolge.

Besichtigung durch den Richter allein.

ad 15.) Erhellte dagegen aus den mitgetheilten Umständen die Nothwendigkeit der Zuziehung der Sachverständigen nicht, so muss er Richter zur Vermeidung überflüssiger Kosten allein sich sofort an Ort und Stelle verfügen.

Richterliches Protokoll.

ad 16). Sobald der Richter an Ort und Stelle kommt, muss er die Umstände, unter welchen der todte Körper gefunden oder dessen Tod erfolgt ist, sorgfältig untersuchen und zu Protokoll verzeichnen. Findet er, dass noch einige Hoffnung übrig bleibt, den vielleicht Scheintodten ins Leben zurückzurufen und ist zur Rettung desselben bis dahin kein Arzt oder Chirurgus herbeigeholt, so muss er dies ohne Zeitverlust veranstalten.

*) ad 17). Ergiebt sich bei dieser Untersuchung, dass der Tod durch Selbstmord, Zufall oder irgend eine Begebenheit bewirkt ist, bei welcher die Schuld eines Dritten nicht zum Grunde liegt, so bedarf es blos einer äussern Besichtigung des Leichnams von Seiten des Richters, ohne Zuziehung der Sachverständigen. Nach erfolgter Besichtigung ertheilt der Richter die Erlaubniss zur Beerdigung des Leichnams.

Wenn die Obduction vorzunehmen ist.

ad 21). Entsteht bei der äussern Besichtigung des Leichnams der geringste Verdacht, dass der Tod durch Vergiftung oder durch Schuld eines Dritten bewirkt worden, so muss die Obduction nach den darüber bestehenden gesetzlichen Vorschriften durch Sachverständige im Beisein des besetzten Untersuchungsgerichtes geschehen. Hierbei kann der Militär-Oberarzt oder Physikus durch einen besonders zu vereidigenden Arzt, und der Wundarzt durch einen zweiten Arzt ersetzt werden.

*) Cirk.-Reskr. 8. Decbr. 1824. — Kriminal-Ordnung 11. Decbr. 1805 §. 156.

*) Die Obduction des Leichnams einer auf gewaltsame Weise ums Leben gekommenen Militärperson muss dienstlich von einem Militärarzte geschehen, wenn dieser gewaltsame Tod entweder durch eine andere Militärperson oder durch Selbstmord veranlasst worden, indem in beiden Fällen das forum militare eintritt; vor die Civilgerichte gehört die Obduction nur dann, wenn es constatirt ist, dass der gewaltsame Tod nicht auf die vorgedachte Art herbeigeführt worden. Remunerationen können Militärarzt und Auditeur für solche Obduction niemals fordern, wenn sie sich wegen derselben aus der Garnison haben entfernen müssen, erhalten sie 2 Thlr. Diäten und die Fuhrkosten, wenn sie keine Rationen beziehen.

**) „Die Obduction der Leiche von Militär- oder Civilpersonen gehört vor die Militärgerichte, wenn Verdacht vorhanden ist, dass eine Militärperson an dem Tode des Entleibten Schuld ist. Die äussere Besichtigung des Leichnams einer Militärperson, welche durch Selbstmord oder einen Unglücksfall ums Leben gekommen ist, sowie die Ermittlung der Todesursache und der Veranlassung zum Selbstmorde gebührt den Militärgerichten. Befindet sich kein Militärgericht am Orte, so ist das Civilgericht um Aufnahme der Verhandlungen zu requiriren. — Die aufgenommenen Verhandlungen sind dem General-Auditoriat einzusenden.

***) In Fällen, wo es der Zuziehung von Aerzten oder der Einholung ärztlicher Gutachten bedarf, ist, wenn nicht Gefahr im Verzuge ist, statt des Physikus ein Regiments-, Bataillonsarzt oder Stabsarzt, und statt des gerichtlichen Wundarztes ein Compagnie- oder Escadron-Chirurgus zuzuziehen.

Eintritt von Militärärzten für den Physikus.

†) Bei Obductionen von Civilpersonen im civilrechtlichen Verfahren kann die Stelle des ordentlichen Physikus im Nothfalle durch einen Regiments- oder Bataillonsarzt, oder durch

*) General-Auditoriat 14. Juli 1824. — Cirk. 2. März 1825 ad 2. — Cirk. 31. Juli 1824.

**) Mil.-Strafgesetzb. 3. April 1845 Th. II. Tit. 2. Abschn. 1 §. 159.

***) Mil.-Strafgesetzb. 3. April 1845 Th. II. §. 97.

†) Krim.-Ordn. §. 160.

einen besonders zu vereidigenden Arzt ersetzt werden. Die Stelle des Wundarztes kann ein zweiter Arzt vertreten.

Einsendung der Protokolle.

*) Die Verhandlungen über Leichenöffnungen (und Gemüths-zustands-Untersuchungen) sind Behufs technischer Kontrolle resp. Revision an das Königl. Medizinal-Kollegium der Provinz einzureichen, auch wenn dieselben auf Requisition von Militärgerichten durch Civil- oder Militärärzte vorgenommen werden.

Siehe hierzu Beilage II. des Regulativ für das Verfahren der Gerichtsärzte bei den medizinisch-gerichtlichen Untersuchungen menschlicher Leichname vom 15. November 1858.

3. Vergiftung.

Gesetzliche Bestimmungen.

**) „Wer vorsätzlich einem Andern, um dessen Gesundheit zu beschädigen, Gift oder andere Stoffe beibringt, welche die Gesundheit zu zerstören geeignet sind, wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft.

Ist durch die Handlung eine schwere Körperverletzung verursacht worden, so ist auf Zuchthaus nicht unter 5 Jahren und wenn durch die Handlung der Tod verursacht worden, auf Zuchthaus nicht unter 10 Jahren oder auf lebenslängliches Zuchthaus zu erkennen.“

***) „Wer vorsätzlich Brunnen oder Wasserbehälter, welche zum Gebrauche Anderer dienen, oder Gegenstände, welche zum öffentlichen Verkaufe oder Verbrauche bestimmt sind, vergiftet oder denselben Stoffe beimischt, von denen ihnen bekannt ist, dass sie die menschliche Gesundheit zu zerstören geeignet sind, ingleichen wer solche vergiftete oder mit gefährlichen Stoffen vermischte Sachen wissentlich oder mit Verschweigung dieser Eigenschaft verkauft, feilhält oder sonst in Verkehr bringt, wird mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren, und wenn durch die Handlung der Tod eines Menschen verursacht worden ist, mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.“

*) Min. d. Med.-Angelegenh. 14. Novbr. 1841.

**) Strafgesetzb. §. 229.

***) ib. §. 324.

Cfr. §. 15 des Regulativs für Obductionen etc. vom 15. November 1858.

*) „Ist Verdacht vorhanden, dass der Verstorbene durch Gift ums Leben gekommen sei, so müssen von dem Arzte die etwa vorgefundenen Ueberbleibsel des vermeintlichen Giftes, sowie die in dem Magen und Speisekanal angetroffenen verdächtigen Substanzen nach chemischen Grundsätzen geprüft werden, wobei jedoch vom Richter mit grösster Vorsicht dahin zu sehen ist, dass die zu untersuchenden festen und flüssigen Körper nicht vertauscht oder verwechselt werden, sondern deren Identität ausser Zweifel gesetzt sei. Zu diesem Ende müssen, wenn der chemische Prozess nicht in Gegenwart des Richters abgemacht werden kann, den beiden Sachverständigen diese Substanzen versiegelt mittelst gerichtlichen Protokolls übergeben und in eben der Art zurückgeliefert werden.“

4. Fahrlässigkeit.

Gesetzliche Bestimmungen.

**) „Wer durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung eines Andern verursacht, wird mit Geldstrafe bis zu 300 Thalern oder mit Gefängniss bis zu 2 Jahren bestraft.

War der Thäter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet, so kann die Strafe auf 3 Jahre Gefängniss erhöht werden.“

***) „Die Verfolgung leichter vorsätzlicher, sowie aller durch Fahrlässigkeit verursachten Körperverletzungen tritt nur auf Antrag ein, insofern nicht die Körperverletzung mit Uebertretung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbspflicht begangen worden ist.“

†) „Wer durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursacht, wird mit Gefängniss bis zu 3 Jahren bestraft. War der Thäter etc. wie oben, so kann die Strafe bis auf 5 Jahre Gefängniss erhöht werden.

*) Krim.-Ordn. §. 167.

**) Strafgesetzb. §. 230.

***) ib. §. 232.

†) ib. §. 222.

Eitner, Gutachten.

*) „Wer durch unvorsichtige Behandlung von Waffen oder Munition einen Menschen körperlich verletzt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren und, wenn der Tod eines Menschen verursacht worden ist, mit Gefängniss oder Festungshaft bis zu 5 Jahren bestraft“.

5. Mord und Todtschlag.

**) „Wer vorsätzlich einen Menschen tödtet, wird, wenn er die Tödtung mit Ueberlegung ausgeführt hat, wegen Mordes mit dem Tode bestraft.

Wer vorsätzlich einen Menschen tödtet, wird, wenn er die Tödtung nicht mit Ueberlegung ausgeführt hat, wegen Todtschlages mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren bestraft.“

6. Zurechnungsfähigkeit.

***) „Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn der Thäter zur Zeit der Begehung der Handlung sich in einem Zustande von Bewusstlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befand, durch welche seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war.“

Erläuterungen.

Das neue Strafgesetzbuch kennt mithin die früheren Kriterien des „Wahnsinns“ und des „Blödsinns“ als Strafausschließungsgründe nicht mehr und nimmt Abstand von der Anführung bestimmter Formen geistiger Krankheiten. Die Aufhebung der freien Willensbestimmung ist zwar im Allgemeinen ein für sämtliche abnorme Geisteszustände brauchbares Kriterium, doch könnte, wenn dies allein als Strafausschließungsgrund angeführt wäre, dies die Gerichtsärzte leicht verleiten, über das ihnen zustehende Gebiet der krankhaften Geisteszustände hinaus zu gehen. Der Zustand der Bewusstlosigkeit umfasst alle diejenigen Seelenzustände, welche, ohne zu den wirklichen Geisteskrankheiten zu gehören, doch den Menschen der Freiheit der Willensbestimmung berauben und handelt es sich dabei nicht blos um die Trunkenheit und Schlaftrunkenheit, um das Fieber-

*) Mil.-Strafgesetzb. §. 148.

**) Strafgesetzb. §. 211 u. 212.

***) Strafgesetzb. §. 51.

delirium und die abnormen psychischen Zustände der Gebärenden, sondern auch um andere psychische Zustände, z. B. das Nachtwandeln, den psychischen Zustand nach einem epileptischen Anfalle, den Zustand der Verirrung im höchsten Grade mancher Affekte, wie des Schreckens, der Angst und Furcht, den abnormen Zustand bei Vergiftung durch manche Narkotika, deren gemeinsames psychologisches Merkmal die transitorische Störung des Selbstbewusstseins ist. — Der Richter ist jetzt in der Lage, dem Arzte die Frage vorzulegen, ob eine Geisteskrankheit vorhanden sei oder nicht.

Die Geisteskrankheiten, welche die Strafbarkeit ausschliessen, im Gesetz zu nennen, musste unterlassen werden. Die früher gebräuchlichen Ausdrücke „Wahnsinn“ und „Blödsinn“ sind nach der gründlicheren Erforschung der Geistesstörungen nicht mehr ausreichend, um alle Formen zu umfassen und die neuere Wissenschaft hat zur Zeit keine Bezeichnung geliefert, welche als Namen für die fraglichen Zustände in den Sprachgebrauch des gemeinen Lebens aufgenommen worden wären. Es giebt kein allgemein geläufiges Wort, durch welches die die Zurechnungsfähigkeit absolut ausschliessenden Geisteskrankheiten in ihren verschiedenen Formen mit ausreichender Bestimmtheit zusammengefasst und zugleich von andern Krankheitsformen deutlich getrennt werden. Selbst im engern Kreise der Sachverständigen ist man noch nicht zu einer völligen Uebereinstimmung darüber gekommen, welches die richtige allgemein gleich verstandene Bezeichnung der die Zurechnungsfähigkeit ausschliessenden Geisteszustände sei. Es mussten daher die in Betracht kommenden Zustände in der sich am Meisten empfehlenden Bezeichnung in das Gesetz aufgenommen werden und deren Beziehung auf den Ausschluss der freien Willensbestimmung ausdrücklich hervorgehoben werden. — Der Gerichtsarzt hat nun zunächst zu untersuchen, ob Krankheit vorhanden war oder nicht, in welchem letzteren Falle er sich aller weiteren Erörterungen zu enthalten hat; neben der Geisteskrankheit steht dann der Zustand der Bewusstlosigkeit als Zusammenfassung aller Zustände, welche die Willenskraft stören. —

In Betreff der Ausschliessung der freien Willensbestimmung ist zu bemerken, dass das Recht des Staates, den Verbrecher

unschädlich zu machen und ihn zu strafen, auf dem allgemein menschlichen Urtheile beruht, dass der gereifte und geistig gesunde Mensch ausreichende Willenskraft besitzt, um die Antriebe zu strafbaren Handlungen niederzuhalten und dem allgemeinen Rechtsbewusstsein gemäss zu handeln. Es dürfen daher metaphysische Auffassungen über die Freiheit des Willens in philosophischem Sinn nicht in die Kriminalverhandlungen hineingezogen werden, sondern es ist in einzelnen Fällen nur zu untersuchen, ob derjenige normale Zustand geistiger Gesundheit vorhanden ist, dem die Rechtsanschauung des Volkes die strafrechtliche Verantwortlichkeit thatsächlich zuschreibt.

Die freie Willensbestimmung muss „in Beziehung auf die That“ von deren Zurechnung es sich handelt, ausgeschlossen sein. Zwar giebt es kein partielles Irresein, doch kann der Thäter einer verbrecherischen Handlung nach vielen Beziehungen auch im Momente der That eine freie Willensbestimmung zeigen und doch die That selbst unfrei begehen. Es lässt sich daher fast niemals behaupten, „die freie Willensbestimmung sei ausgeschlossen“, sondern es lässt sich nur nachweisen, dass sie rücksichtlich der fraglichen That ausgeschlossen war und es giebt genug Fälle, in denen der Kontrast zwischen der Unfreiheit hinsichtlich der einzelnen That und zwischen der vollständig freien geistigen Beherrschung nach allen übrigen Richtungen hin ein eminenter ist. Es ist daher nur der Beweis des Ausschlusses der freien Willensbestimmung in Beziehung auf die dem Thäter zur Last gelegte That zu erbringen, nicht aber des Ausschlusses der freien Willensbestimmung auf allen Richtungen hin. Wird von dem Arzte festgestellt, dass die Wahnideen des Thäters, obschon sie nicht in unmittelbarem ursächlichem Zusammenhange mit der That selbst und ihrem Zwecke stehn, das geistige Bewusstsein des Thäters im Allgemeinen so gestört haben, dass er auch über die Grenzen dieser Wahnideen hinaus als geistig gesund nicht anzusehen sei, so wird hierdurch zugleich festgestellt, dass die freie Willensbestimmung auch bezüglich der einzelnen That ausgeschlossen gewesen sei. — Die Schlussfolgerung selbst, dass die freie Willensbestimmung in Beziehung auf die Handlung ausgeschlossen war, ist die Aufgabe des Richters.

*) „Wo das Vermögen, frei zu handeln, ganz mangelt, da findet keine Verbindlichkeit aus den Gesetzen statt.“

**) „Soweit eine Handlung frei ist, werden die unmittelbaren Folgen derselben dem Handelnden allemal zugerechnet.“

***) „Auch die mittelbaren Folgen muss der Handelnde, soweit er sie vorausgesehen hat, vertreten.“

†) „Der Grad der Zurechnung bei den unmittelbaren sowohl als mittelbaren Folgen richtet sich nach dem Grade der Freiheit bei dem Handelnden.“

„Bei der Zurechnung der freien Handlungen nehmen die Gesetze auf die eigenthümliche Beschaffenheit der Geisteskräfte dieser oder jener bestimmten Person keine Rücksicht.“

††) „Nur bei Verbrechen und bei Verträgen, welche ein besonderes Vertrauen unter den Handelnden voraussetzen, wird der Grund der Zurechnung nach solchen bestimmten persönlichen Eigenschaften des Handelnden abgemessen.“

†††) „Wer durch eine freie Handlung Jemanden widerrechtlich Schaden zufügt, der begeht ein Verbrechen.“

*†) „Wer frei zu handeln unvermögend ist, bei dem findet kein Verbrechen, also auch keine Strafe statt.“

***†) „Unmündige und schwachsinnige Personen können zwar zur Verhütung fernerer Vergehen gezüchtigt, niemals aber nach der Strenge des Gesetzes bestraft werden.“

„Alles, was das Vermögen eines Menschen, mit Freiheit und Ueberlegung zu handeln, mehrt oder vermindert, das mehrt oder vermindert auch den Grad der Strafbarkeit.“

***†) „Wer sich selbst vorsätzlich oder mittelst eines groben Versehens, es sei durch Trunk oder auf andere Art, in Umstände versetzt hat, wo das Vermögen frei zu handeln aufgehoben oder eingeschränkt ist, dem wird das unter solchen

*) Allgem. Landrecht Th. I. Tit. 3 § 3.

**) ib. §. 7.

***) ib. §. 8.

†) ib. §. 14.

††) ib. 27.

†††) Krim.-Ordn. (Landrecht II. 20.) §. 7.

*†) ib. §. 16.

**) ib. §. 17.

***†) ib. §. 22.

Umständen begangene Verbrechen nach Verhältniss dieser seiner Verschuldung zugerechnet.“

*) „Bei strafbaren Handlungen gegen die Pflichten der militärischen Unterordnung, sowie bei allen in Ausübung des Dienstes begangenen strafbaren Handlungen bildet die selbstverschuldete Trunkenheit keinen Strafmilderungsgrund.“

**) „Mit Zuchthaus etc. wird bestraft, wer aus Feigheit etc. durch absichtlich veranlasste Trunkenheit sich dem Gefechte oder vor dem Feinde einer sonstigen, mit Gefahr für seine Person verbundenen Dienstleistung zu entziehen sucht.“

***) „Wer im Dienste, oder, nachdem er zum Dienste befehligt worden, sich durch Trunkenheit zur Ausführung seiner Dienstverrichtungen untauglich macht, wird mit pp. bestraft.“

†) „Wer absichtlich etwas thut oder unterlässt, wodurch Jemand gegen die Vorschrift eines Strafgesetzes beleidigt wird, begeht ein vorsätzliches Verbrechen.“

††) „Ist die Handlung so beschaffen, dass der gesetzwidrige Erfolg nach der allgemein oder dem Handelnden besonders bekannten natürlichen Ordnung der Dinge nothwendig daraus entstehen musste, so wird vermuthet, dass das Verbrechen vorsätzlich sei unternommen worden.“

†††) „Wer bei Uebertretung des Strafgesetzes zwar die gesetzwidrige Folge seiner Handlungen nicht wirklich vorausgesehen hat, doch aber bei gehöriger Aufmerksamkeit und Ueberlegung hätte voraussehen können, der hat sich eines Verbrechens aus Fahrlässigkeit schuldig gemacht.“

*†) „Zum Beweise des böslichen Vorsatzes ist es hinreichend, wenn der Verbrecher eine gesetzwidrige That mit Bewusstsein vorgenommen hat.“

**†) „Rasende und Wahnsinnige heissen diejenigen, welche des Gebrauches ihrer Vernunft gänzlich beraubt sind.“

*) Mil.-Strafgesetzb. f. d. deutsche Reich §. 49. 20. Juni 1872.

**) ib. §. 85.

***) ib. §. 151.

†) Krim.-Ordn. §. 26.

††) ib. 27.

†††) ib. §. 28.

*†) ib. §. 364.

**†) Allgem. Landrecht I. 1 §. 27 u. 28.

„Menschen, welchen das Vermögen, die Folgen ihrer Handlungen zu überlegen, ermangelt, werden blödsinnig genannt.“

*) Wer für wahn- und blödsinnig zu erachten sei, muss der Richter mit Zuziehung sachverständiger Aerzte prüfen und festsetzen.“

**) Personen, welche durch den Trunk des Gebrauches ihrer Vernunft benaubt worden, sind so lange diese Trunkenheit dauert, den Wahnsinnigen gleich zu achten.“

***) „In Beziehung auf die Form, welche bei der Beurtheilung der Zurechnungsfähigkeit zu beobachten ist, gelten nachstehende gesetzliche Bestimmungen:

„Auf die Beschaffenheit des Gemüthszustandes eines Angeeschuldigten muss der Richter fortwährend ein genaues Augenmerk richten und vorzüglich untersuchen, ob der Verbrecher zur Zeit der That mit Bewusstsein gehandelt habe. Finden sich Spuren einer Verirrung oder Schwäche des Verstandes, so muss der Richter mit Zuziehung des Physikus oder eines approbirten Arztes den Gemüthszustand des Angeklagten zu erforschen bemüht sein und die deshalb angewendeten Mittel mit dem Resultat zu den Akten nehmen, wobei der Sachverständige sein Gutachten über den vermuthlichen Grund und über die wahrscheinliche Entstehungszeit des entdeckten Mangels der Seelenkräfte abzugeben hat.“

†) §. 1. „Die Gesetze verordnen, dass den Wahn- und Blödsinnigen Vormünder gestellt werden (nachdem der Richter vorher festgestellt hat, ob Jemand in dem Zustande, wo ihm die Befugniss, über seine Person, Handlungen und Güter frei zu verfügen, benommen werden muss). §. 2. Der Antrag, Jemanden für wahn- oder blödsinnig zu erklären, kann sowohl von den Verwandten desselben, als von Amtswegen durch einen fiskalisch Bedienten gemacht werden. — §. 3. Die Untersuchung gehört vor den ordentlichen persönlichen Richter des Imploranten. — §. 4. Der Antrag selbst muss durch bestimmte Angaben von Thatsachen und Beweismitteln unterstützt und einigermassen

*) Allgem. Landrecht II. 18 §. 12.

**) Allgem. Landrecht §. 28. Tit. 4 Th. I.

***) Krim.-Ordn. 11. Decbr. 1805.

†) Allgem. Ger.-Ordn. §. 1 Tit. 38.

bescheinigt sein. — §. 5. Wenn der Richter den Antrag für hinlänglich begründet hält, so muss dem Imploraten vor allen Dingen ein besonderer Kurator zur Wahrnehmung seiner Gerechtsame bestellt werden. — §. 6. Alsdann muss das Gericht eine nähere Untersuchung des Gemüthszustandes des Imploraten durch einen Deputirten, mit Zuziehung des Kurators, der Verwandten und zweier sachverständigen Aerzte veranlassen. — Von diesen Sachverständigen wird der eine vom Kurator, der andere aber von den Verwandten vorgeschlagen. — §. 7. Können der Kurator und die Verwandten unter einander und mit den Sachverständigen sich nicht vereinigen, so giebt das einmüthige Gutachten der letzteren den Ausschlag. Sind aber diese mit einander nicht einig, so muss der Richter entweder von Amtswegen einen dritten Sachverständigen ernennen und mit Zuziehung desselben die Untersuchung wiederholen lassen, oder er muss von den beiden ersten Sachverständigen schriftliche mit Gründen unterstützte Gutachten erfordern, dieselben mit den Akten dem collegio medico der Provinz vorlegen und von diesem die Eröffnung seiner sachkundigen Meinung sich erbitten. — §. 8. Die Erklärung eines Menschen für wahn- und blödsinnig muss allemal durch ein förmliches Erkenntniss geschehen. Durch dasselbe wird den Verwandten kein Rechtsmittel verstattet. Dem Kurator aber stehen die ordentlichen Rechtsmittel zu“.*)

**) „Die Vormundschaft über Rasende und Wahnwitzige muss aufgehoben werden, wenn dieseiben zum völligen Gebrauche ihres Verstandes wieder gelangt sind.“

§. 816. Ob das geschehen, muss das Vormundschaftsgericht sorgfältig untersuchen.

§. 817. Bei dieser Untersuchung muss ausser dem Vormunde ein von dem Gerichte ernannter Sachverständiger und die anwesenden nächsten Verwandten oder in deren Ermangelung ein dem Pflegebefohlenen besonders zu bestellender Kurator zugezogen werden.“

Das Allgem. Landrecht §. 20 Tit. 12 Th. I. und §§. 147 und 148 spricht von Personen, welche nur zuweilen ihres Ver-

*) Dienstuntauglichkeit wegen Geisteskrankheit. Cfr. S. 109—114.

**) Allgem. Landrecht II. 18. §. 815.

standes beraubt sind und lichte Zwischenräume haben. In letztern können sie rechtsgültig testiren. Ist dies dem Richter zweifelhaft, so ist nach der Allgem. Gerichts-Ordnung §. 9 Th. II. die Zuziehung eines Arztes nothwendig, um festzustellen, ob der Betreffende sich wirklich in einem solchen lichten Zwischenraume befindet und seine Verstandskräfte in sich noch ungeschwächt genug sind, um seine Handlungen und deren Folgen gehörig überlegen zu können und daher Verträge schliessen zu können.“

*) „Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn der Thäter durch unwiderstehliche Gewalt oder durch eine Drohung, welche mit einer gegenwärtigen auf andere Weise nicht abwendbaren Gefahr für Leib und Leben seiner selbst oder eines Angehörigen verbunden war, zu der Handlung genöthigt worden ist.“

**) „Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung durch Nothwehr geboten war. — Nothwehr ist diejenige Vertheidigung, welche erforderlich ist, um einen gegenwärtigen, rechtswidrigen Angriff von sich oder einem Andern abzuwenden. — Die Ueberschreitung der Nothwehr ist nicht strafbar¹, wenn der Thäter in Bestürzung, Furcht oder Schrecken über die Grenzen der Vertheidigung hinausgegangen ist.“

***) „Wer bei Begehung einer Handlung das 12. Lebensjahr nicht vollendet hat, kann wegen desselben nicht strafrechtlich verfolgt werden.“

†) „Ein Angeschuldigter, welcher zu einer Zeit, als er das 12te, aber nicht das 18. Lebensalter vollendet hatte, eine strafbare Handlung begangen hat, ist freizusprechen, wenn er bei Begehung derselben die zur Erkenntniss ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht nicht besass.“

††) „Wenn ein Angeschuldigter, welcher zu einer Zeit, als er das 12te, aber nicht das 18. Lebensjahr vollendet hatte, eine

*) Strafgesetzb. §. 52.

**) ib. §. 53.

***) ib. §. 55.

†) ib. §. 56.

††) ib. §. 57.

strafbare Handlung begangen hat, bei Begehung derselben die zur Erkenntniss ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besass, so (folgen sehr erhebliche Milderungen der Strafe).“

*) „Ein Taubstummer, welcher die zur Erkenntniss der Strafbarkeit einer von ihm begangenen Handlung erforderliche Einsicht nicht besass, ist freizusprechen.“

**) „Taubstumm-Geborene, ingleichen Diejenigen, welche vor zurückgelegtem 14. Jahre in diesen Zustand gerathen sind, müssen, sobald sie nicht mehr unter väterlicher Aufsicht stehen, vom Staat bevormundet werden.“

***) „Diejenigen, welche erst in späteren Jahren taubstumm geworden sind, müssen nur alsdann unter Vormundschaft gestellt werden, wenn sie sich durch allgemein verständliche Zeichen nicht ausdrücken können und daher ihre Angelegenheiten zu besorgen ganz unfähig sind.“

„Die Vormundschaft über Taubstumme hört auf, wenn bei angestellter Untersuchung sich findet, dass sie zur Fähigkeit, ihren Sachen selbst vorzustehen gelangt sind.“

7. Die Beurtheilung der militärischen Strafbarkeit.

In den Kreis militärärztlicher Beurtheilung treten von militärischen Strafen die Freiheitsstrafen, in Betreff eventueller Anwendbarkeit derselben auf die bezüglichen Individuen je nach ihrer körperlichen Geeignetheit und deren Fähigkeit, die mit diesen Strafen verbundenen Entbehrungen und Arbeiten zu ertragen.

†) „Das Militär-Strafgesetzbuch (Strafgerichts-Ordnung §. 113) vom 3. April 1845 bestimmt in dieser Beziehung „dass bei entstehendem Bedenken, ob die den Angeschuldigten wahrscheinlich treffende Strafart nach der körperlichen Beschaffenheit desselben anwendbar sein werde, das Gutachten eines Arztes vor Abschluss der Untersuchung erfordert und zu den Akten gebracht werde.“

††) „Die Freiheitsstrafe im Sinn des Militär-Strafgesetz-

*) ib. §. 58.

**) Allgem. Landrecht Th. II. Tit. 18 §. 15.

***) ib. §. 16.

†) Mil. Strafgesetzb. 3. April 1845 Th. II. §. 113.

††) ib. 20. Juni 1872 §. 16.

buches ist Gefängniss, Festungshaft oder Arrest. Die Freiheitsstrafe ist eine lebenslängliche oder eine zeitige. Der Höchstbetrag der zeitigen Freiheitsstrafe ist 15 Jahre, ihr Mindestbetrag ein Tag.“

*) „Hat eine Person des Soldatenstandes vor oder nach ihrem Eintritt in den Dienst eine Freiheitsstrafe verwirkt, so wird diese von den Militärbehörden vollstreckt.“

**) „Ist nach den Vorschriften des deutschen Strafgesetzbuches eine Beschäftigung des Verurtheilten zulässig oder geboten, so findet dieselbe zu militärischen Zwecken und unter militärischer Aufsicht statt. Die zu Gefängniss verurtheilten Unteroffiziere und Gemeinen können auch ohne ihre Zustimmung ausserhalb der Anstalt beschäftigt werden.“

„Ist Zuchthaus verwirkt oder wird auf Entfernung aus dem Heere oder der Marine oder auf Dienstentlassung erkannt, oder wird das militärische Dienstverhältniss aus einem andern Grunde aufgelöst, so geht die Vollstreckung der Strafe auf die bürgerlichen Behörden über.“

***) Die Freiheitsstrafe ist, wenn ihre Dauer mehr als sechs Wochen beträgt, Gefängniss oder Festungshaft, bei kürzerer Dauer Arrest.

a) **Gefängniss- oder Festungsstrafe.**

†) Gefängnisstrafe steht gleich Festungsstrafe.

Auf Festungsstrafe unter 6 Wochen kann nicht erkannt werden, die Freiheitsstrafe unter 6 Wochen ist Arrest (s. oben §. 17). Das höchste Mass der zeitigen Festungsstrafe ist 15 Jahre.

††) „Die Festungsstrafe wird an Personen des Soldatenstandes durch Einstellung in eine Strafabtheilung in der Art vollstreckt, dass die dort eingestellten Individuen (Militär-Sträflinge) unter militärischer Aufsicht mit Festungs- oder sonstigen Militär-Arbeiten beschäftigt und ausser der Arbeitszeit eingeschlossen gehalten werden.“

*) ib. §. 15.

**) Cfr. deutsches Strafgesetzb. §. 15 u. 17.

***) Militär-Strafgesetzb. 20. Juni 1872 §. 17

†) Gesetz 15. April 1852 §. 8 No. 3.

††) Regul. üb. d. Behandl. etc. d. Militär-Sträflinge 6. Novbr. 1858. §. 1.

„Die Militär-Sträflinge sind während der Strafzeit als im aktiven Dienste stehende Soldaten zu betrachten; die erlittene Festungsstrafe wird jedoch als Dienstzeit im stehenden Heere nicht angerechnet.“ (Cfr. Milit.-Strafgesetzbuch 20. Juni 1872 §. 18.)

*) Bei der Auswahl des Aufsichts-Personals ist darauf zu sehen, dass die zu Wählenden mit der nöthigen körperlichen Rüstigkeit einen entsprechenden Grad von Charakterfestigkeit, Besonnenheit, Ordnungsliebe und Pflichttreue verbinden und streng sittlich und nüchtern sind.

**) Für die Beschäftigung der Militär-Sträflinge durch Handarbeiten zum Nutzen der Festung hat vorzugsweise der Platz-Ingenieur Sorge zu tragen. —

Für jede Strafabtheilung besteht unter der obern Leitung des Kommandanten eine Aufsichts-Kommission, welche allmonatlich einmal den Zustand der Abtheilung und der darin Eingestellten in allen Beziehungen sorgfältig zu untersuchen hat. Zu dieser Kommission gehört ein Arzt nicht.

Feststellung der Arbeitsfähigkeit.

***) „Die zur Festungsstrafe verurtheilten Individuen sind vor dem Antritte ihres Marsches zur Strafabtheilung vom Oberarzte ihres Truppentheils zu untersuchen, ob sie zu den Militär-Sträflings-Arbeiten fähig sind. (Cfr. Marschfähigkeit).

„Nach der Ablieferung an die Kommandantur ist der Verurtheilte nochmals, und zwar durch den Garnison-Stabsarzt zu untersuchen, um zu ermitteln, ob er gesund und zu der den Militär-Sträflingen im Allgemeinen bestimmten Strafarbeit fähig ist. Individuen, bei denen dies in Folge körperlicher Gebrechen nicht der Fall ist, dürfen in die Strafabtheilung nicht eingestellt werden, sondern sind an die einliefernde Behörde zurückzusenden.

†) In die Arbeiter-Abtheilungen werden auch eingestellt Militärpflichtige und Rekruten, welche der vorsätzlichen Selbstverstümmelung für überführt erachtet und deshalb gerichtlich

*) ib. §. 8.

**) ib. §. 12—15.

***) ib. §. 16.

†) Ers.-Instr. §. 41.

bestraft worden sind, wenn sie noch arbeitsfähig geblieben sind, nach Ableistung ihrer Gefängnisstrafe, zur Erfüllung ihrer gesetzlichen 3jährigen Dienstpflicht; ebenso die mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraften Militärpflichtigen bei denen die Zeit, während welcher ihnen dieselben aberkannt sind, bis zu dem Termine nicht abläuft, zu welchem sie im 3. Konkurrenzjahre eingestellt werden würden, wenn innerhalb der nächsten 2 Jahre die Zeit abläuft, während welcher ihnen die Ehrenrechte aberkannt sind. *)

**) Bei Beurtheilung der körperlichen Tauglichkeit der in die Arbeiter-Abtheilungen einzustellenden Individuen kommt es darauf an, ob die Einzustellenden die gröberen Handarbeiten im bürgerlichen Leben, wenn auch nicht ohne Erschwerung, doch ohne Nachtheil für ihre Gesundheit verrichten und daher in den Arbeiter-Abtheilungen beim Festungsbau und zu den Verrichtungen in den Arbeiter-Depots und dergleichen gebraucht werden können. Ansteckende und eckelerregende Uebel, soweit sie ein wesentliches Bedenken gegen das Zusammenleben mit Andern veranlassen, machen für die Dauer ihres Bestehens die Einstellung in eine Arbeiter-Abtheilung unzulässig.

***) In die Arbeiter-Abtheilungen sind auch einzustellen Militärpflichtige, welche wegen Anwendung auf Täuschung berechneter Mittel in der Absicht, sich der Verpflichtung zum Militärdienst ganz oder theilweise zu entziehen, gerichtlich bestraft sind, während der Zeit, in welcher ihnen die Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte untersagt ist, insofern sie zum Dienst mit der Waffe brauchbar befunden werden.

†) In Betreff der Beaufsichtigung und Bewachung der Militär-Sträflinge ist zu bemerken:

Den moralisch bessern Militär-Sträflingen kann, in arbeitsfreien und sonst nicht mit vorgeschriebenen Beschäftigungen ausgefüllten Stunden der Aufenthalt auf gut eingefriedigten und

*) ib. §. 39 2 a.

**) Instr. f. M.-Aerzte §. 23. — Cirk. 12. Decbr. 1834 ad 1.

***) Ers.-Instr. §. 41 al. 2.

†) Regulativ etc. §. 29.

abgesperrten Hofräumen unter Aufsicht ihrer Unterofficiere und der nöthigen Wachmannschaften gestattet werden.

Beschäftigung der Sträflinge.

*) Der Platz-Ingenieur legt der Kommandantur allwöchentlich eine Arbeits-Disposition vor, bei deren Entwerfung sorgfältig darauf Bedacht zu nehmen ist, dass die Militär-Sträflinge an den Arbeitstagen während der regulativmässigen Arbeitszeit nach Maassgabe ihrer Kräfte angestrengt beschäftigt werden können. — Diejenigen, welche für Bau-Handwerks-Arbeiten Anstelligkeit zeigen, sollen dazu angelernt und dann möglichst in diesem erlernten Handwerk beschäftigt werden. — Zu den von den Militär-Sträflingen während ihrer Strafzeit zu verrichtenden Handleistungen gehören, neben der Neuankündigung oder Reparatur der Bekleidungsgegenstände für die Strafabtheilung, alle Bau-Arbeiten an den Festungswerken, vorzugsweise die Erd- und Planzungs-Arbeiten, ferner die Auskrautung der Festungsgräben, Reinigung der Geschützbettungen und der nächsten Umgebungen der Fortifikations- etc. Gebäude von Gras und Unkraut, sowie die Planirung der Wälle, Materialien-Transporte, Umstapelung der Vorrathshölzer, Abschaufelung des Schnees vor den qu. Gebäuden und Gewölben, und andere einen Soldaten nicht herabwürdigende Arbeiten. (ZB. Bei Reinigung von Kloaken, Latrinen, Düngergruben etc., welche Arbeiten nur von Baugefangenen verrichtet werden dürfen, oder freiwilligen Unternehmern zu überlassen sind). — Bei übler Witterung oder an kalten Wintertagen wo die Arbeit im Freien nicht statthaft ist, bleibt vorzugsweise auf die Beschäftigung in bedeckten Räumen, namentlich in den Werkstätten, bei den Artillerie-Depots durch Putzen der Gewehre, Reinigung der Zeughäuser, Umstapelung der Nutzhölzer u. s. w. zu rücksichtigen. — Bei Pulver-Magazinen und Pulverarbeiten sind sie nicht zu beschäftigen. — Zu Schreibgeschäften sind moralisch bessere Sträflinge unter angemessener Aufsicht zu verwenden, im Interesse der Strafabtheilung und der Fortifikation verwendbar. In den Bureaux der Kommandantur, Fortifikation, Garnison Verwaltung, sind sie

*) Regulativ etc. §. 44 seq.

nicht zu verwenden. — Zu Privatarbeiten z. B. zur Bearbeitung von Dienstgärten, als Kalefaktoren oder Aufwärter bei Dienstwohnungs-Inhabern und bei den Festungs-Stubengefangenen, sowie zum Reinigen der Lokale der Letzteren, sobald diese Räume belegt sind, sind sie nicht zu verwenden.

Arbeitszeit.

An den längern Tagen im Sommer arbeiten die Militär-Sträflinge durchschnittlich 11 Stunden, an den kürzesten Tagen im Winter wenigstens 7 Stunden. Für die dazwischen liegende Frühlings- und Herbstzeit bestimmt der Kommandant die Länge der täglichen Arbeitszeit.

Im Winter kann im Freien bis zu höchstens 10 Grad Kälte gearbeitet werden, wobei jedoch, soweit es angänglich ist, gegen den Wind möglichst geschützt liegende Arbeitsplätze auszuwählen sind. Bei strenger Kälte und rauher Witterung bleibt es dem Kommandanten anheimgestellt, die Arbeitszeit abzukürzen und nur in den Mittagsstunden arbeiten oder die Arbeit ganz einstellen zu lassen. — Im Zwielight oder im Dunkeln darf niemals im Freien gearbeitet werden.

Bei Zutheilung der Tagesarbeit kann den Sträflingen, soweit dies die Arbeit gestattet, eine bestimmte Leistung in Zeitakkord übertragen werden. Bei dem Umfange dieser Akkorde, deren Bestimmung dem Platz-Ingenieur zusteht, ist als Maassstab anzunehmen, dass ein Militär-Sträfling die Arbeit eines gewöhnlichen Tagearbeiters oder mindestens zwei Drittel von Demjenigen vollbringen kann, was ein fleissiger Akkordarbeiter zu leisten vermag. Nach Beendigung dieser Tagesaufgabe kann die fleissige Korporalschaft, Abtheilung etc. selbst eine Stunde früher vor dem gewöhnlichen Schluss der Arbeitszeit vom Arbeitsposten in das Kasernement entlassen werden. Andererseits ist ernstlich auf tägliche Beendigung der einmal aufgegebenen Tagesarbeit zu halten und das Versäumte, wenn nicht unverschuldete Behinderungen eingetreten sind, an andern Arbeitstagen, so lange es das Tageslicht erlaubt, nachzuholen.

Da in den Herbst- und Wintermonaten die nur während der Tageshelle statthafte Strafarbeit im Freien nicht genügt, um die Sträflinge hinlänglich und angestrengt zu beschäftigen, und ebenso auch die Sonn- und Feiertage nicht vollkommen mit

Musterung, Gottesdienst, Andachtsübungen ausgefüllt werden, so bleiben, vorzüglich in den Wochentagen des Herbstes und Winters, nach erfolgter Rückkehr von der Strafarbeit und nach geschehener Säuberung des Körpers und der Kleidungsstücke, im Durchschnitt noch mehrer Abend- und Morgenstunden für Beschäftigung im Kasernement übrig. Diese Nebenbeschäftigung kann bestehen in Vorlesung religiöser und anderer zur sittlichen Besserung geeigneter Schriften, in Ertheilung von Elementarunterricht und zu Handarbeiten, zum eigenen Vortheil der Sträflinge. — Zu letzteren sind in der Regel nur solche zu wählen, zu denen es keiner Werkzeuge bedarf, von denen ein Missbrauch Seitens der Sträflinge zu besorgen steht z. B. Stroheckel, Holzpantoffeln. — Die Hälfte dieses Nebenverdienstes kann auf Wunsch des Sträflings zur Beschaffung von Genussmitteln, z. B. für Taback, Branntwein (nicht mehr als $\frac{1}{20}$ Quart pro Mann bei Arbeit im Freien, Morgens oder Mittags) verwendet werden.

Disciplinar-Verhältnisse.

*) Während der Strafzeit stehen die Militär-Sträflinge unter den Militär-Strafgesetzen und haben den Militär-Gerichtsstand gleich den aktiven Soldaten. Der Führer der Strafabtheilung hat die Disciplinar-Strafgewalt eines detachirten Compagnie-Chefs, die höhere Gerichtsbarkeit steht dem Kommandanten zu.

Strafen.

Körperliche Züchtigung.

**) Militär-Sträflinge, welche in der ersten Klasse des Soldatenstandes stehen, dürfen nicht mit Stockschlägen gezüchtigt werden; Militär-Sträflinge der 2. Klasse des Soldatenstandes können aber als disciplinarische Strafe auf Befehl des Führers der Strafabtheilung 10 bis 15, und auf Befehl des Kommandanten 10 bis 40 Schläge mit einem Röhrchen erhalten. — Die geringste Zahl der Stockschläge ist 10, die höchste Zahl 40, welche letztere Zahl in keinem Falle überschritten werden darf. Die Vertheilung der Stockschläge auf mehrere Tage ist unzulässig.

*) Regulativ etc. §. 59 seq.

**) ib. §. 61 u. 62.

*) Die Strafe der körperlichen Züchtigung ist nur als letztes Korrektionsmittel gegen solche in der 2. Klasse des Soldatenstandes befindliche Militär-Sträflinge anzuwenden, die auf keine andere Weise in Ordnung zu erhalten sind und darf nie vor den Augen des Publikums vollzogen werden. Sie muss in der Regel in Gegenwart der Korporalschaft, der der zu Züchtigende angehört, erfolgen, kann aber auch auf Anordnung des Führers der Abtheilung in Anwesenheit sämtlicher Mannschaften der Straf-Abtheilung erfolgen. Bei der Strafvollstreckung (durch einen Unterofficier der Korporalschaft) muss der zu Züchtigende mit einer alten Jacke bekleidet sein.

Arreststrafen.

**) Der gelinde Arrest darf als Disciplinarstrafe für die Militair-Sträflinge nicht zur Anwendung kommen. Der mittlere Arrest wird in einem einsamen Gefängniss, mit Entziehung von Taback und ähnlichen Genüssen, mit 3 Tage bei Wasser und Brod, am jedesmaligen 4. Tage die gewöhnliche warme Sträflingskost und die Bewegung in freier Luft auf einige Stunden unter sichrer Aufsicht vollstreckt. — Der strenge Arrest wird in einem einsamen finstern, am Fussboden mit Latten versehenen Gefängniss ohne Lagerstätte, welche dem Arrestaten nur an jedem 4. Tage in dem Local des mittlern Arrestes zu gewähren ist, im Uebrigen wie mittlerer Arrest vollstreckt.

***)) Bei mittlerem Arrest von länger als sechswöchentlicher Dauer ist von der 7. Woche ab dem Arrestaten an jedem 2. Tage unter sichrer Aufsicht die Bewegung in freier Luft zu gestatten und an jedem 2. Tage ihm warme Kost zu verabreichen.

Wohngelass.

†) Sämtliche Militair-Sträflinge werden kasernirt und erhalten ein von den aktiven Truppen völlig getrenntes Lokal, entweder in den disponiblen ihrer Beschaffenheit nach bewohnbaren Kasematten-Räumen der Festungen, oder in besonders

*) ib. §. 62.

**) ib. §. 63.

***)) ib. §. 64.

†) ib. §. 67.

Eitner, Gutachten.

dazu eingerichteten Gebäuden, welche den Namen „Sträflings-Kasernen“ führen.

*) Hinsichtlich der Grösse, der inneren Einrichtung und der baulichen Unterhaltung derselben, sowie der Arrest- und Lazareth-Lokale sind die Bestimmungen der Geschäfts-Ordnung für das Garnison-Bauwesen und die Vorschriften über Militair-Wachen und Militair-Arreste vom Jahre 1840, sowie resp. der §. 156 des Reglements für die Friedenslazarethe vom 5. Juli 1852 im Allgemeinen massgebend.

Verpflegung.

) Sämmtliche Militair-Sträflinge erhalten, in Rücksicht auf die von ihnen geforderten Arbeiten täglich 1 Pfund 26 Loth Brod auf die wirkliche Tagezahl, welche der Monat umfasst, und eine Löhnung von 1 Thlr. 15 Sgr., von welcher die Beköstigung, Reinigung der Wäsche, 2maliges wöchentliches Rasiren, die Beschaffung der Schuhwichse und die Instandhaltung der Bürsten und Klopfer für die tägliche Säuberung der Bekleidungsstücke bestritten werden. — Die Mittagsmahlzeit besteht in $\frac{5}{4}$ Quart kompakt gekochten mit Nierenfett oder Talg abgemachtem, gehörig gewürztem Gemüse. Wenigstens einmal in der Woche ist den Sträflingen Fleisch zu verabreichen.*)

†) Nach $\frac{1}{2}$ Jahre kann durch Fleiss und gutes Betragen ausgezeichneten Sträflingen eine monatliche Arbeitszulage von 5 bis zu 10 Sgr. gewährt werden und diese Zulage für Handwerker, Gärtner, Schachtmeister, Packmeister etc. bis auf 15 Sgr. erhöht werden. Ausserdem können diejenigen Sträflinge, welche ihren Strafgenossen Unterricht ertheilen für die Dauer der Ertheilung des Unterrichtes noch monatlich 15 Sgr. Zulage erhalten. Die Hälfte dieser Zulagen kann nach Bedürfniss und Wunsch zu Taback, Branntwein etc. verwendet werden.

Krankenpflege.

††) Die ärztliche Behandlung und Verpflegung erkrank-

*) ib. §. 68.

**) ib. §. 75.

***) Anmerk. zu Beilage C. ad 8.

†) ib. §. 76.

††) ib. §. 95.

ter Militair-Sträflinge erfolgt im Garnison-Lazareth nach Massgabe der im Reglement für die Friedens-Lazarethe vom 5. Juli 1852 gegebenen Vorschriften.

*) Wird ein Militair-Sträfling während der Dauer seiner Strafzeit von einem unheilbaren körperlichen Uebel befallen, welches ihn nicht nur zur dereinstigen Fortsetzung des Militairdienstes, sondern auch zur Verrichtung leichter Straf arbeiten auf der Festung unfähig macht, jedoch noch zu den in Civil-Strafanstalten vorkommenden leichten Zwangsarbeiten befähigt, so ist Seitens der Kommandantur durch das Generalkommando bei dem Kriegsministerium auf seine Abgabe in eine Civil-Strafanstalt Behufs völliger Abbüßung seiner Strafe anzutragen. Diesem Antrage ist das vollständige Nationale des Betreffenden, ein Führungsattest und ein obermilitärärztliches Attest beizufügen. In letzterem muss pflichtmässig bescheinigt sein, dass der abzugebende Militär-Sträfling zur Verrichtung der in den Civil-Strafanstalten vorkommenden leichten Arbeiten noch geeignet ist, sowie „dass der pp. zur Verrichtung der auf der Festung vorkommenden Arbeiten nicht mehr befähigt ist, wohl aber unbeschadet seines Gesundheitszustandes noch in einer Civilanstalt detinirt werden kann“.**)

Damit ist zugleich die gänzliche Entlassung aus dem Militärstande verbunden.

***) Kann ein anscheinend unheilbar kranker Militär-Sträfling seinem körperlichen Zustande nach zu keiner Art der Arbeit mehr angehalten werden, so hat die Kommandantur durch das Generalkommando bei dem Kriegsministerium die einstweilige Entlassung des Militärsträflings aus der Strafabtheilung in seine Heimath zu beantragen. Diesem Antrage muss das Nationale und ein obermilitärärztliches Zeugniß beigelegt werden.

*) Entlassung aus der Strafabtheilung

a) vor beendeter Strafzeit.

b) Behufs fernerer Strafverbüßung in Civil-Strafanstalten wegen Untauglichkeit zur Festungsarbeit

ib. §. 96.

**) A. V.-Bl. 1869 No. 1 u. 3.

***) c) wegen gänzlicher Arbeitsunfähigkeit
Regulativ etc. §. 99.

*) Für den unvermutheten Fall der Wiederherstellung hat ein solches Individuum den Rest der Strafe nachträglich abzubüssen, was Demselben vor seiner Entlassung protokollarisch zu eröffnen ist.

**) Bei ihrer Entlassung in die Heimath haben Militär-Sträflinge 3 Meilen unentgeltlich zurückzulegen; bei weiteren Entfernungen erhalten sie für jeden Marsch- und Ruhetag 6 Sgr. 3 Pf. Sind Militär-Sträflinge bei ihrer Entlassung nach ärztlichem Atteste dauernd marschunfähig, so werden sie auf Staatskosten in die Heimath per Post, Eisenbahn gegen Gewährung eines Taggeldes von 15 Sgr. befördert.

b) Die Arreststrafen.

***) „Der Arrest zerfällt in Stubenarrest, gelinden Arrest, mittleren Arrest, strengen Arrest.“

†) Arrest über 6 Wochen existirt nicht, da Freiheitsstrafen von mehr als 6 Wochen Dauer als Gefängniss oder Festungshaft verbüsst werden.

††) „Ist Arrest angedroht, so kann auf jede der nach dem Militärrange des Thäters statthaften Arten des Arrestes erkannt werden.“

Ist in dem Gesetze eine bestimmte Arrest-Art angedroht und dieselbe gegen den Thäter nach seinem Militärrange nicht statthaft, so ist auf die nächstfolgende nach seinem Range statthafte Arrestart zu erkennen.“

1. Der Stuben-Arrest.

†††) „Der Stuben-Arrest findet gegen Offiziere statt.“

*†) „Der Stuben-Arrest wird von dem Verurtheilten in seiner Wohnung verbüsst. Der Verurtheilte darf während der Dauer des Stubenarrestes seine Wohnung nicht verlassen, auch Besuche nicht annehmen. Gegen Hauptleute, Rittmeister und

*) ib. §. 101.

**) ib. §. 105.

***) Mil.-Strafgesetzbuch 20. Juni 1872 §. 19.

†) ib. §. 17.

††) ib. §. 22.

†††) ib. §. 20.

*†) ib. §. 23.

Subaltern-Offiziere kann durch Richterspruch die Strafvollstreckung in einem besondern Offizier-Arrestzimmer angeordnet werden (geschärfter Stubenarrest.)

Anmerkung. Das neue Militär-Strafgesetzbuch unterscheidet wie das bisherige Preuss. Militär-Strafgesetzbuch „einfachen und geschärften Stubenarrest.“ Das letztre bestimmte noch, dass eine Arreststrafe von länger als 14 tägiger Dauer bei Subaltern-Offizieren stets als geschärfter Stubenarrest zu vollziehen sei. (Th. I § 24) und dass bei längerer Dauer der Freiheitsstrafe als 6 Wochen dieselbe als Festungsstrafe abzubüssen sei. (ib. § 25.) Die letztre gilt als die härteste Strafe gegen Offiziere (ib. § 12) und konnte nicht unter 6 Wochen betragen (ib. § 9.) Der Festungs-Arrest war dem Stuben-Arrest und jedem Arrest gleichgestellt. — Im neuen Gesetz ist Festungs-Arrest nicht mehr erwähnt.

*) Die Arreststube für Offiziere bedarf eines Flächenraumes von 128 bis 140 Quadratfuss. — Das Fenster ist mit Traillen zu versehen. Utensilien enthält es ein Tisch, 1 Schemel, 1 Pritsche, 1 irdenen Waschnapf, 1 steinernen Wasserkrug, 1 Handtuch, 1 eisernen Tellerleuchter, 1 eiserne Lichtscheere. Licht muss sich der Offizier für sein Geld beschaffen.

) Auf ärztliche Verordnung wird Offizieren das Ausgehen gestattet. — Kasernen- und Quartier-Arrest ist für Unteroffiziere und Gemeine das Analogon des Stubenarrestes.*)

2. Der gelinde Arrest.

†) „Der gelinde Arrest findet gegen Unteroffiziere und Gemeine statt.“

Derselbe besteht in einfacher Freiheitsentziehung in einem einsamen Gefängniss in Einzelhaft. Der Untersuchungsarrest ist dem gelinden Arrest gleich zu achten. (Fleck).

*) Ueber Militär-Wachen etc. 1840 §. 46.

**) Fleck, Kommentar Th. I. S. 31.

***) Der Bestrafte kann zum Dienst herangezogen werden, darf aber ausserdem die Kaserne oder das Gebäude, in welchem er sein Quartier hat, nebst den dazu gehörigen Hofräumen nicht verlassen. Disciplinarstrafordnung 31. October 1872. §. 47.

† Mil.-Strafgesetzbuch 20. Juni 1872 §. 20. — Preuss. Mil.-Strafgesetzbuch 3. April 1845. §. 19. 20.

*) Die Grösse der verschiedenartigen Arreste ist gleich. — Jedes Behältniss für einsame Haft muss eine hinreichende Grösse erhalten um die unentbehrliche freie Bewegung des Arrestaten und ungestörte Fortdauer des Athmungsprozesses möglich zu machen. Demgemäss ist der Flächenraum des Behältnisses mindestens zu 40 Quadratfuss, die Höhe nicht unter 8 Fuss anzunehmen so dass der Arrestat einen Luftraum von mindestens 320 Kubikfuss erhält. Gestatten die Verhältnisse eine etwas grössere Ausdehnung, so werden hierbei vorzugsweise die Behältnisse des gelinden und des Untersuchungsarrestes zu berücksichtigen bleiben. Bei Erbauung neuer Arreste ist die lichte Höhe derselben auf 10 Fuss anzunehmen. Bei event. nothwendiger Belegung mit mehrere Arrestaten muss für jeden derselben das oben als Minimum des Luftraums angegebene Quantum gewahrt bleiben resp. darf nicht wesentlich geschmälert werden.

Die Lufterneuerung in den Arresten durch rechtzeitiges Oeffnen der Fenster und Thüren, nöthigenfalls auch durch entsprechende andere Vorrichtungen darf nicht verabsäumt werden.

**) Jedes Behältniss des leichten, wie des mittlern Arrestes erhält in der Höhe von 6 Fuss über dem Fussboden ein 3 Fuss breites, $1\frac{1}{2}$ Fuss hohes Fenster dessen Flügel nach Innen aufschlagen. Die Mauer behält unter den Fenstern ihre volle Stärke; die Fensteröffnung wird in der Mitte der Mauerstärke mit eisernen, nicht über 5 Zoll von einander entfernten Traillen, und ausserhalb von den Traillen noch mit einem engen Drahtgitter geschlossen.

Zu Verhütung eines unerlaubten Verkehrs der Arrestaten nach Aussen ist es rathsam, so viel als zulässig, die Arrestbehältnisse mit ihren Fensteröffnungen auf der Hofseite des Gebäudes anzulegen.

***) An Utensilien erhält jede Stube für gelinden Arrest: 1 Pritsche, 1 Schemel ohne Lehne, 1 steinernen Wasserkrug, 1 Waschnapf, 1 Handtuch im Vorflur.

*) Ueber Mil.-Wachen etc. §. 41. 35.

**) ib. § 41.

***) ib. Beil. D.

*) Die Behältnisse des Untersuchungsarrestes sind im Ganzen wie die Gemächer des gelinden Arrestes anzulegen, welche letztere auch zur Unterbringung von Inculpaten benutzt werden können, Falls erstere nicht vorhanden oder nicht ausreichen.

Im Uebrigen müssen die Behältnisse des Untersuchungsarrestes unter allen Umständen den Bedingungen der Sicherheit und Gesundheit vollständig entsprechen. Bei grösseren Arresten soll für sehr gefährliche Verbrecher wenigstens ein eigenes Gemach vorhanden sein, dessen sämtliche Wandflächen, und Decke mit 2zölligen Bohlen und darüber mit einem Rohrputz zu versehen ist, dessen Beschädigung leicht wahrgenommen werden kann. Auch der Fussboden ist, wenn sich darunter nicht eine Wachstube oder Aufseherwohnung befindet, durch einen doppelten über Kreuz gelegten Belag von 2zölligen Bohlen zu sichern. — An Utensilien erhält das Behältniss: 1 Pritsche, 1 Matratze, 1 Kopfpolster, 2 Laken, 2 weisse wollene Decken, 1 Schemel ohne Lehne, 2 Handtücher, 1 Tisch, 1 hölzerne Trinkkanne.**)

3. Der mittlere Arrest.

***) „Der mittlere Arrest findet gegen Unteroffiziere ohne Portepée und gegen Gemeine statt.“

†) Derselbe wird wie der gelinde und strenge Arrest in Einzelhaft verbüsst.

††) Der mittlere Arrest wird in der Art vollstreckt, dass der Verurtheilte eine harte Lagerstätte und als Nahrung Wasser und Brot erhält. Diese Schärfungen kommen am 4ten, 8ten, 12ten, und demnächst an jedem 3. Tage in Fortfall.

Anmerk. Das Preussische Militär-Strafgesetzbuch vom 3. April 1845 Th. I. §. 18 gestattete stets nur am jedesmaligen 4. Tage gewöhnliche warme Kost, gestattete aber an den guten Tagen die Bewegung in freier Luft auf einige Stunden.

Die innere Einrichtung der Behältnisse des Mittelarrestes

*) ib. §. 40.

**) ib. Beil. E.

***) Mil.-Strafgesetzbuch 20. Juni 1872 §. 20.

†) ib. §. 24.

††) ib. §. 25.

ist dieselbe wie die des gelinden Arrestes (vergl. §. 41 über Militär-Wachen etc.) An Utensilien werden gewährt: 1 Pritsche, 1 hölzerne Trinkkanne, 1 hölzerne Waschbutte, 1 Handtuch.

Das Lesen guter Bücher ist gestattet.

*) An dem guten Tage erhält der Arrestat eine Lagerstätte, wie sie nach dem Erlass des Kriegsministeriums vom 2. Februar 1826 den während der Untersuchung Verhafteten zu gewähren ist, (Strohsack, Kopfkissen, Decke, Pritsche) und darf einige Stunden unter sicherer Aufsicht in freier Luft sich bewegen. Es wird ihm warmes Essen gereicht und wenn er sich mehr als die gewöhnliche Kost aus eigenen Mitteln anzuschaffen vermag, davon so viel, als von ihm ohne Benachtheiligung seiner Gesundheit genossen werden kann; auch wird ihm der mässige Genuss des Bieres gestattet, insofern er es aus eigenen Mitteln sich verschafft. Der Gebrauch des Tabacks, Branntweins und ähnlicher Genüsse bleibt auch an diesem Tage dem Arrestaten untersagt.

**) Da Arrest über 6 Wochen nicht mehr vorkommt (Militär-Strafgesetzbuch 20. Juni 1872 §. 17), so kommt §. 27 des Preussischen Militär-Strafgesetzbuchs, wonach derselbe bis zu 12 Wochen ausgedehnt werden könnte, in Fortfall und damit die Bestimmung des §. 28, nach welcher nach 6 Wochen die Bewegung in freier Luft an jedem 2. Tage gestattet und bei Mittelarrest an jedem 2. Tage warme Kost verabreicht wurde. — In diesen Fällen war ein ärztliches Gutachten einzuholen, ob der Arrest nicht lieber unterbrochen in Zwischenräumen abzubüssen war.

***) „Die Abweichungen, welche bei Vollstreckung der Arreststrafen dadurch bedingt werden, dass sie während eines Krieges oder auf den in Dienst gestellten Schiffen oder andern Fahrzeugen der Marine zu vollziehen sind, werden durch Kaiserliche Anordnung bestimmt.“

Disciplinarstrafordnung 31. Oktober 1872. A. V. Bl. 1872. S. 340.

*) Krm. 2. März 1859.

**) A. C.-O. 29. Sept. 1836.

***) Mil.-Strafgesetzbuch 20. Juni 1872. §. 28. Disciplinarstrafordnung 31. October 1872. §. 47 u. 48.

§. 47. Wenn im Felde der über Unterofficiere und Gemeine verhängte gelinde, mittlere oder strenge Arrest den örtlichen Verhältnissen nach weder in einem Ortsgefängniss noch in einem andern zur Arrestvollstreckung geeigneten Lokale verbüsst werden kann, so ist, insofern die Strafvollstreckung aus dienstlichen Gründen keinen Aufschub erleidet, statt der genannten Arreststrafen für die Dauer der Strafe dem Verurtheilten während seiner dienstfreien Zeit der Aufenthalt auf einer Wache als Arrestat, ohns Entziehung seiner Competenzen anzuweisen.

Hiermit wird verbunden:

- 1) wenn die verhängte Arreststrafe in mittlerem Arrest besteht: die Heranziehung zu beschwerlichen Dienstverrichtungen ausser der Reihe,
- 2) wenn die verhängte Arreststrafe in strengem Arrest besteht: Anbinden, oder Gewehr- oder Satteltragen, zwei Stunden täglich.

§. 48. Das Anbinden des Arrestaten geschieht auf eine der Gesundheit desselben nicht nachtheilige Weise, in aufrechter Stellung, den Rücken nach einer Wand oder einen Baum etc. gekehrt, dergestalt, dass er sich weder setzen noch niederlegen kann.

Das Gewehr- oder Satteltragen besteht darin, dass der Arrestat im Stillstehen oder Umhergehen eine 15 Kilogramm nicht übersteigende Last, welche durch Gewehre oder durch an hölzerne Stangen befestigte Sättel oder andere Ausrüstungsstücke gebildet wird, auf einer Schulter oder auf beide Schultern ungleich vertheilt, zu tragen hat.

Zweistündiges Anbinden, oder zweistündiges Gewehr- etc. Tragen, in Verbindung mit dem Aufenthalt des Arrestaten auf der Wache (§. 47) steht einem eintägigen strengen Arreste gleich. Am 4., 8., und demnächst an jedem 3. Tage fällt das Anbinden oder Gewehr- etc. Tragen fort.

Die Strafvollstreckung erfolgt unter militärischer Aufsicht an einem vor den Augen des Publikums möglichst geschützten Orte.

4. Der strenge Arrest.

**) „Der strenge Arrest findet nur gegen Gemeine statt.“

*) Mil.-Strafgesetzbuch 20. Juni 1872 §. 20.

*) „Strenger Arrest ist, wenn das Gesetz ihn nicht in einzelnen Fällen ausdrücklich androht, nur gegen Denjenigen zulässig, welcher wegen militärischer Verbrechen oder Vergehen bereits mit einer Freiheitsstrafe bestraft worden ist.“

**) „Der strenge Arrest wird in einer dunkelen Arrestzelle, im Uebrigen wie der mittlere Arrest vollstreckt. Die Schärfungen kommen am 4ten, 8ten und demnächst am jedem 3. Tage in Fortfall.“

***) „Lässt der körperliche Zustand des Verurtheilten die Verbüssung des strengen oder mittleren Arrestes nicht zu, so tritt eine gelindere Arrestart ein.“

†) „Der strenge Arrest, wird wie der gelinde und mittlere Arrest in Einzelhaft verbüsst. Der Höchstbetrag des strengen Arrestes ist 4 Wochen.

Anmerk. Das Preussische Militär-Strafgesetzbuch vom 3. April 1845 setzte in §. 15 fest, dass der strenge Arrest ohne Lagerstätte vollzogen würde und dass letzterer nur an jedem 4. Tage im Lokale des gelinden Arrestes zu gewähren sei. Ferner, dass Festungssträflinge den strengen Arrest in einem am Fussboden mit Latten versehenen Gefängniss zu erleiden haben.

††) In Betreff des „guten Tages“ (s. ob. Mittelarrest, desgl. in Betreff des Anbindens, durch welches der strenge Arrest auf dem Marsche, im Lager oder sonst ausser der Garnison oder dem Kantonement vollzogen wird.

Bei strengen Arrest tritt in diesen Fällen täglich 3stündiges Anbinden mit Gewährung einstündiger Ruhe nach 1½ Stunden in der oben angegebenen Weise.

†††) Die Behältnisse des strengen Arrestes erhalten keine Fenster, sondern nur kleine, etwa 6 Zoll im Quadrat grosse Oeffnungen, ganz nahe an der Decke in der Frontmauer, und eben solche Oeffnungen im untern Theile der Thüre, um den nöthigen Luftzug zu bewirken. Beide Oeffnungen werden mit einem festen eisernen Kreuz versehen und hierzu in der Frontmauer eine Zarge, in Gestalt eines an beiden Ecken offenen 4eckigen Kastens, durch die ganze Mauerstärke gelegt, dieser Kasten ausserhalb mit nach oben abgeschrägten Seiten ge-

*) ib. §. 22 **) ib. §. 26. ***) ib. §. 27. †) ib. §. 24. ††) Discip.-Strafgesetzbuch 21. Juli 1867 §. 5. ††) Mil.-Wachen etc. 1840 §. 42.

staltet, vor der äussern Oeffnung oberhalb eine Klappe angebracht, und mit einer Roll und Schnur dergestalt verbunden, dass die Klappe von aussen nach Erforderniss geöffnet oder verschlossen werden kann. — Die Wände werden mit einer aus Kalk, Kienruss und Wasser bestehenden dunkeln Farbe angestrichen, um dadurch das Zimmer noch mehr zu verfinstern.

*) Ebenso sind die Lattenarreste, welche nur bei Festungs-Sträflingen angewendet werden, eingerichtet, nur mit dem Unterschiede, dass auf den Fussboden 3kantige Latten parallel neben einander festgenagelt werden. Die nach Oben gewendete rechtwinklige Kante der Latten wird bis $\frac{1}{3}$ Zoll Breite gebrochen, die untere auf dem Fussboden liegende Seitenfläche derselben ist $2\frac{3}{4}$ Zoll breit. Die Entfernung der Latten von Mitte zu Mitte, soll genau 3 Zoll betragen. Sie werden nach der Länge des Behältnisses befestigt.

In Betreff der allgemeinen Beschaffenheit der Arrest-lokale gilt Nachstehendes:

**) Die beiden Hauptbedingungen gut eingerichteter Arreste bestehen darin, dass dieselben einen gegen Entweichung gehörig sicherstellenden, dabei aber auch der Gesundheit der Arrestaten unschädlichen Gewahrsam darbieten.

In letzterer Beziehung kommt bei der tauglichen Einrichtung der Arreste sowohl die Lage des Gebäudes, als die Räumlichkeit und innere Beschaffenheit der Behältnisse, sowie auch die Sorge für Reinlichkeit und Lüfterneuerung und für Bewegung der Arrestaten in freier Luft in Betracht.

***) Die Lage der Arreste muss gesund und trocken sein. Dieserhalb sind enggebaute Stadttheile möglichst zu vermeiden. Dagegen wird die Lage in der Nähe fliessenden Wassers, oder an freien, hoch liegenden Plätzen empfohlen, so weit das zu erreichen ist.

†) In Betreff der Grösse der Behältnisse s. oben „gelder Arrest.“

*) ib. §. 45.

**) ib. §. 33.

***) ib. §. 34.

†) ib. §. 35.

*) Die einzelnen Arrestbehältnisse müssen, so weit dies möglich völlig von einander getrennt sein. Jede Zelle muss einen eigenen Zugang haben, so dass die Arrestaten nicht erst durch andere Behältnisse geführt werden dürfen. Es folgt hieraus die Nothwendigkeit eines Korridors für grössere Gebäude der Art in der Mitte oder an einer Seite des Gebäudes.

**) Der Massivbau ist der einzig zweckentsprechende, sowohl die Umfassungs- als auch die innern Wände sind massiv aufzuführen, eine Scheidung durch blosse Bretterwände ist in der Regel unstatthaft.

***) Die Abtritte sind, wenn die Lokalität es gestattet, so anzulegen, dass sie einen vorspringenden, für jede Etage leicht zugänglichen Ausbau des Gebäudes bilden. Die Zugänge müssen durch dicht schliessende von selbst zufallende Thüren gehörig abgesperrt und derartig mit Luftzügen versehen werden, dass der Geruch der Abtritte den Fluren oder den Arrestbehältnissen selbst sich nicht mittheilen kann. Ebenso ist es nothwendig, dass aus den Arrestbehältnissen, um die Luft nicht zu verderben, alle die Abtritte ersetzenden Vorrichtungen, als Nachtstühle, entfernt bleiben und nur in den Fällen, wo bei einmal bestehenden Arresten die Abtritte eine nicht füglich zu ändernde, getrennte Lage vom Gebäude erhalten haben, und die Arrestaten zur Nachtzeit nicht ohne Besorgniss des Entspringens dorthin geführt werden können, wird es nachzugeben sein, gut verpichte, oder von Zink gefertigte Nachteimer, mit genau schliessenden Deckeln, auf den Corridoren, Vorfluren der Arreste, hinter einem besondern Abschlage aufzustellen, welche jedoch nur während der Nacht und niemals bei Tage (ausgenommen in Krankheitsfällen) benutzt werden dürfen, und jeden Morgen geleert und gereinigt werden müssen. Neben den Abtrittsgefässen werden in jeder Etage auch Urinirstellen anzulegen sein. — Wegen der speciellen Einrichtung der Abtritte wird im Uebrigen auf desfällige Vorschriften des Kasernements verwiesen.

In Betreff der Ventilation s. ob. gelinder Arrest.

*) ib. §. 36.

**) ib. §. 37.

***) ib. §. 39.

*) Zweckmässige Heizungsanlagen sind besonders in Betracht zu ziehen. Nicht jedes einzelne Arrestbehältniss ist mit einem eignen Ofen zu versehen, die Oefen müssen eine solche Stellung und Einrichtung erhalten, dass dadurch mehrere Gemächer zugleich erwärmt und die Arrestaten von der unmittelbaren Berührung derselben ausgeschlossen werden können. Der Ofen ist daher entweder auf einem schmalen Vorflur aufzustellen, welcher mehrere neben einander liegende Behältnisse von dem Corridor trennt, oder auf dem Corridore selbst oder auf einem mit letzterem in Verbindung stehenden kleinen Vorplatze aufzustellen. Vorflur resp. Corridor sind so stark zu heizen, um die anliegenden Arreststellen durch vergitterte Oeffnungen hinreichend zu erwärmen. Diese Oeffnungen werden in derjenigen Wand (dicht unter der Decke) angebracht, welche die Zellen von dem Vorflur oder Corridor scheidet. Bei Arrestgebäuden von mehren Etagen kann jede Etage durch Oefen des zunächst darunter befindlichen Stockwerks durch Röhren-Leitung erfolgen. — Bei Neubauten grössern Umfanges wird die Heizung mit erwärmter Luft vorzuziehen sein, mit welcher eine zweckmässige Ventilation zu verbinden ist. Die Heizkammern werden im Souterrain, die Wärme-Zuleitungs-Kanäle in den Corridorwänden angebracht, derartig, dass die Oeffnung und Schliessung dieser Kanäle nur vom Corridor aus erfolgen kann. Bei Arrestanstalten geringern Umfanges wird die Erwärmung zweier Zellen durch einen Ofen zweckmässig sein.

Zu einer Erleuchtung der Arrestzellen wird kein Material gewährt.

Kranke Arrestaten, welche nach ärztlichem Gutachten im Arrest selbst nicht gehörig behandelt werden können, müssen im Lazareth angemessen verwahrt werden.

NB. Die Baugesangenschaft und die körperliche Züchtigung ist in dem neuen Militär-Strafgesetzbuch in Wegfall gekommen. In Betreff der Anwendung der letztern bei Sträflingen s. oben.

*) ib. §. 47.

Während des Druckes erschienen:

Anhang.

1) ad Seite 42. **Lebensversicherungs-Atteste** Armee-Verordnungsblatt Jahrg. 1872. No. 366.

Unentgeltliche Ausstellung der im §. 14 des Statuts der Lebensversicherungs-Anstalt für die Armee und Marine vorgeschriebenen militärärztlichen Gutachten.

Kriegsministerium, den 15. September 1872.

Nach §. 14 des von Sr. Majestät dem Kaiser und König durch Allerh. Kabinets-Ordre vom 26. Decbr. 1871 genehmigten Statuts der Lebensversicherungs-Anstalt für die Armee und Marine sind Behufs Aufnahme in diese Anstalt von Ober-Militärärzten ausgestellte Gutachten erforderlich. Zur unentgeltlichen Ausstellung derselben sind die Ober-Militärärzte wie zur Ausstellung dienstlicher Atteste durch ihre militärischen Vorgesetzten zu veranlassen, an welche sich daher die betreffenden Offiziere zu wenden haben.

Hat ein Ober-Militär-Arzt des Truppentheils oder der Behörde, welcher der Antragsteller angehört, selbst das Attest als (Haus-) behandelnder Arzt ausgestellt, so soll die Begutachtung desselben durch den Ober-Militär-Arzt eines anderen Truppentheils oder durch einen Garnisonarzt dergleichen oder höheren Charge erfolgen.

Die Anleitung zur Ausstellung der qu. Gutachten wird den Ober-Militär-Aerzten mit den bezüglichlichen Formularen zugehen.

2) Zu S. 261 Gefängniss- und Freiheitsstrafen.

Vorläufige Bestimmungen über die Vollstreckung der Freiheitsstrafen im Heere. Kriegsm. den 27. September 1872. Armee-V.-Bl. 1872. 1. Oktober.

Vom 1. October d. J. treten laut A. C.-O. vom 26. September bis zur Emanation eines definitiven Reglements über die Strafvollstreckung im Heere, sowohl in Bezug auf die gerichtlich wie disciplinarisch verhängten Freiheitsstrafen nachstehende Bestimmungen in Kraft:

1) Gefängniss. a) Gefängniss von 6wöchentlicher

und kürzerer Dauer wird 1) von Offizieren, Mitgliedern des Sanitätscorps im Offiziersrange und obern Militär-Beamten in den für den geschärften Stubenarrest bestimmten Offizier-Arrestzimmern und nach Massgabe der für diese Arrestarten getroffenen Bestimmungen verbüsst. Ist in der Garnison des Verurtheilten kein Offizier-Arrestzimmer, so wird die Strafe in der nächsten Garnison, in der solche Zimmer eingerichtet sind, vollstreckt.

Diese Gefangenen sind nur auf ihr Verlangen in einer ihren Fähigkeiten und Verhältnissen entsprechenden Weise zu militärischen Zwecken und unter militärischer Aufsicht zu beschäftigen. Jedem Gefangenen ist thunlichst ein Zimmer zu geben. Eine Gehaltsverkürzung während der Strafzeit findet nicht statt.

2) Von den sub 1 nicht aufgeführten Militär-Personen in den für den gelinden Arrest bestimmten Räumen und nach Maassgabe der für diese Arrestart gegebenen Bestimmungen verbüsst.

Diese Gefangenen können in einer ihren Fähigkeiten und Verhältnissen entsprechenden Weise zu militärischen Zwecken und unter militärischer Aufsicht beschäftigt werden, möglichst innerhalb des als Gefängniss benutzten Gebäudes. Auf Verlangen müssen die Gefangenen in der gedachten Weise beschäftigt werden. Unteroffiziere, Mitglieder des Sanitätscorps und untere Militär-Beamten sind stets von den Gemeinen getrennt zu halten.

Eine Gehaltsverkürzung findet auch bei diesen Gefangenen nicht statt.

b) Gefängniss von längerer als 6wöchentlicher Dauer wird 1) von Offizieren, Mitgliedern des Sanitätscorps im Offizier- und Portepée-Unteroffiziersrange, obern Militärbeamten, Portepée-Unteroffizieren, einjährig Freiwilligen und jungen Leuten, deren Individualität nach dem Ermessen desjenigen Befehlshabers, dem die Anordnung des Spruchgerichtes zustand dazu geeignet erscheint, nach Massgabe der Kriegsministeriellen Instruktion vom 6. März 1826 in den Festungen verbüsst. In Betreff der Beschäftigung dieser Gefangenen gilt die unter 1 gegebene Bestimmung.

2) Von Unteroffizieren, untern Militär-Beamten und Gemeinen wird eine Gefängnisstrafe dieser Dauer nach Maassgabe des Regulativs vom 6. November 1858 über die Behandlung und Verpflegung der Militär-Sträflinge (S. S. 34. 251) verbüsst. Die §§. 1 b. al. 1 u. 2 und 2 b dieses Regulativs treten ausser Kraft, die Arreststrafen der Gefangenen werden wie sub 4 angegeben vollstreckt. Unteroffiziere und untere Militärbeamte sind von den Gemeinen durchaus gesondert zu halten und dürfen zu sogenannten Handleistungen nur mit ihrem Einverständniss, von andern Arbeitern getrennt, und in einem geschlossenen Raume verwandt werden. Sie beschäftigen sich entweder in einer angemessenen Weise selbst, oder sind in einer ihren Fähigkeiten und Verhältnissen entsprechenden Weise zu militärischen Zwecken und unter militärischer Aufsicht zu beschäftigen.

Die Beschäftigung der Gemeinen geschieht nach dem Regulativ vom 6. November 1858.

Die Erlöse der eigenen Beschäftigung verbleiben den Gefangenen, werden aber nach der Vorschrift des gedachten Regulativs verwendet, die Erlöse der angeordneten Beschäftigung fliessen dem Ersparnissfonds zu.

2) Festungshaft. Die Festungshaft wird nach Massgabe der Kriegsministeriellen Instruction vom 6. März 1826 in den Räumen der Festungs-Stuben Gefangenen-Anstalten verbüsst.

3) Haft Die Strafe der Haft besteht in einfacher Freiheitsentziehung in der Garnison und wird

a) von Offizieren, Mitgliedern des Sanitätscorps im Offiziersrange, oberen Militärbeamten in deren Wohnung, nach Maassgabe der für den (einfachen) Stubenarrest gegebenen Vorschriften

b) Von den andern Militär-Personen im Lokale des gelinden Arrestes nach Maassgabe der für diesen Arrest gültigen Vorschriften verbüsst. —

Diese Strafe braucht nicht als Einzelhaft vollstreckt zu werden.

Die Beschäftigung der sub a Genannten unterliegt keiner Beschränkung, den sub b Genannten kann jede nützliche Beschäftigung gestattet werden, ein Zwang ist in dieser Beziehung

nicht auszuüben. Eine Verkürzung der Gehaltscompetenzen findet während der Verbüßung der Haft nicht Statt.

4) Arrest. Die Arreststrafen werden in der bisherigen Weise mit den durch die §§. 25 u. 26 des Militär-Strafgesetzbuches für das deutsche Reich gegebenen Modificationen (siehe S. 263 und 265) vollstreckt. (Armee-Verordnungsblatt 1872. No. 373 S. 289.) Ebenso bestimmt §. 47 der Disciplinarstrafordnung vom 31. Oktober 1872.

3) Zu Seite 268 „Heizungs-Anlagen etc.“ Krm. 28. September 1872 Armee-Verordnungsblatt 1872 No. 287.

Zum allgemeinen Anhalt bei der Vollstreckung der Arreststrafen wird — unter Voraussetzung genügender Bekleidung der Arreststaten — bestimmt, dass auf die Erhaltung einer möglichst konstanten Temperatur von $+ 14^{\circ}$ Réaumur in den belegten Arrestzellen hinzuwirken ist. Im Uebrigen ist zu einer ausreichenden nächtlichen Erwärmung auch für die an mittlern und strengen Arrest befindlichen Soldaten die Verabreichung je einer wollenen Decke statthaft.

4) Zu S. 160 „Verstümmelungs-Zulage“ S. 161 d u. S. 165. Die Fassung des §. 72 des Reichsgesetzes vom 27. Juni 1871 schliesst nicht aus, dass die sub d l. c. gedachte Zulage auch gewährt werden kann, wenn die in Frage kommenden „schweren Schäden“ durch die §. 59 sub c (S. 141) gedachte „innere Dienstbeschädigung“ erzeugt worden sind. Eine präzise Bezeichnung derjenigen Fälle, welche hiernach in Betracht kommen in welchen event. die qu. Zulage bewilligt werden darf, lässt sich nicht ermöglichen, die anerkennende Behörde wird jedoch nicht fehlgreifen, wenn dieselbe bei den einzelnen Entscheidungen den Begriff der Verstümmelung im Auge behält und eine Bewilligung nur eintreten lässt, wenn die durch innere Dienstbeschädigung eingetretenen „schweren Schäden“ einer äussern Verstümmelung faktisch gleich zu achten sind, wie beispielsweise bei Lähmungen des Mastdarms oder der Blase und bei Funktionsstörungen im Gehirn.

Treten hierbei in Betreff der Entstehung oder Wirkung der in Frage kommenden „schweren Schäden“ Zweifel hervor, oder

wird die Entstehung derselben bei bereits anerkannten Invaliden auf eine — vor mehr als 3 Jahren erlittene innere Dienstbeschädigung zurückgeführt, so sind die Anträge der Abtheilung für Invalidenwesen zur Entscheidung einzusenden. Kriegsministerium 1. Mai 1872.

Beilage I.

Regulativ für das Verfahren der Gerichtsärzte bei den medicinisch-gerichtlichen Untersuchungen menschlicher Leichname.

I. Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Gerichtsärztliche Besichtigungen und Oeffnungen von menschlichen Leichen dürfen nur auf Requisition der betreffenden richterlichen Behörden und letztere nur im Beisein des vollständig besetzten Kriminalgerichts vorgenommen werden.

§. 2. Die betreffenden Physiker sind verpflichtet, jede ihnen übertragene legale Besichtigung einer Leiche selbst vorzunehmen, eben so jede ihnen übertragene Oeffnung einer Leiche in Gemeinschaft mit dem gerichtlichen Wundarzte selbst auszuführen, und dürfen sich nur in den gesetzlichen Behinderungsfällen durch einen andern Physikus oder Arzt vertreten lassen.

§. 3. Vor Ablauf von 24 Stunden nach dem Tode, vorausgesetzt, dass die Zeit desselben bekannt war, dürfen gerichtliche Obduktionen in der Regel nicht vorgenommen werden. Die blosse Besichtigung einer Leiche kann jedoch schon früher geschehen.

§. 4. Wegen vorhandener Fäulniss dürfen Obduktionen in der Regel nicht unterlassen und von den gerichtlichen Aerzten abgelehnt werden. Denn selbst bei einem hohen Grade der Fäulniss können Abnormitäten der Verletzungen der Knochen noch ermittelt, manche die noch zweifelhaft gebliebene Identität der Leiche betreffenden Momente, z. B. Farbe und Beschaffenheit der Haare, Mangel von Gliedmassen etc. festgestellt, eingedrungene fremde Körper aufgefunden, Schwangerschaften entdeckt und manche Vergiftungen noch nachgewiesen werden. Es haben deshalb auch die requirirten Aerzte, wenn es sich zur Ermittlung derartiger Momente um die Wiederausgrabung einer Leiche handelt, für dieselbe zu stimmen, ohne Rücksicht auf die seit dem Tode verstrichene Zeit.

§. 5. Die gerichtlichen Aerzte haben dafür zu sorgen, dass bei jeder Obduktion die erforderlichen Instrumente vollständig und in brauchbarem Zustande zur Hand sind. Die gerichtlichen Wundärzte haben überdies noch die Verpflichtung, nach beendigter Obduktion und möglichster Beseitigung der Abgänge die geöffnet gewesenen Körperhöhlen kunstmässig wieder zu schliessen.

§. 6. Behufs der Obduktion ist für Beschaffung eines hinreichend geräumigen und hellen Lokals, angemessene Lagerung des Leichnams

und Entfernung störender Umgebung möglichst zu sorgen. Obduktionen bei künstlichem Licht sind, einzelne, keinen Aufschub gestattende Fälle ausgenommen, unzulässig. Der Ausnahme ist im Protokoll (§. 19) unter Anführung der Gründe ausdrücklich zu erwähnen.

II. Verfahren bei der Obduktion.

§. 7. Es kann erforderlich sein, zuvörderst den Ort und die Umgebungen, wo der Leichnam aufgefunden worden ist, auch ärztlicher Seits in Augenschein zu nehmen, die Lage, in der der Leichnam gefunden worden, zu ermitteln und dessen Bekleidungsstücke zu besichtigen. In der Regel werden zwar die Obducenten eine hierauf bezügliche richterliche Requisition abwarten können; doch kann es unter Umständen auch angemessen sein, dass die Obducenten bei Zeiten auf die Nothwendigkeit einer solchen Voruntersuchung aufmerksam machen. Dieselben sind auch berechtigt, über andere als die hier bezeichneten Umstände des Todes des Verstorbenen, wenn und soweit dergleichen zur Zeit der Obduktion bereits ermittelt sind, sich Aufschluss von der anwesenden Gerichtsdeputation zu erbitten.

§. 8. Zeigen sich an dem Leichnam Verletzungen, welche muthmasslich die Ursache des Todes gewesen, und haben sich Werkzeuge vorgefunden, mit denen diese Verletzungen bewirkt sein könnten, so haben die Obducenten auf Erfordern des Richters jene mit diesen zu vergleichen und sich darüber zu äussern, ob diese Verletzungen mit diesem Werkzeuge zu bewirken gewesen, und ob aus der Lage und Beschaffenheit der Wunde ein Schluss auf die Art, wie der Thäter wahrscheinlich, und auf die Kraft, mit der er verfahren, gemacht werden könne.

§. 9. Die Obduction selbst zerfällt in zwei Haupttheile:

- A. äussere Besichtigung (Inspektion),
- B. innere Besichtigung (Sektion).

§. 10. Bei der äusseren Besichtigung ist die äussere Beschaffenheit des Körpers im Allgemeinen und die seiner einzelnen Theile zu untersuchen.

Betreffend den Körper im Allgemeinen, sind zu beachten Alter, Geschlecht, Grösse, Körperbau, allgemeiner Ernährungszustand, besondere Abnormitäten, z. B. Narben, Tätowirungen, Ueberzahl oder Mangel an Gliedmassen, Krankheitsresiduen, wie Fussgeschwüre und dergl., welche sämtliche Momente, namentlich bei Leichen noch unbekannter Verstorbenen zu registriren sind. (§. 21). Ferner sind bei allen Leichen ohne Ausnahme die Zeichen des Todes und die der etwa schon eingetretenen Verwesung genau zu prüfen. Zu diesem Behuf müssen, nachdem etwanige Besudelungen der Leiche durch Blut, Koth, Schmutz und dergleichen durch Abwaschen beseitigt worden, geprüft werden: die vorhandene oder nicht vorhandene Leichenstarre, die allgemeine Hautfarbe der Leiche und Art und Grade der etwanigen Verfärbungen einzelner Theile derselben durch die Verwesung, so wie die Art und Beschaffenheit der Todtenflecke, welche durch Einschnitte als solche festzustellen sind, um jede Verwechselung derselben mit Blutunterlaufungen unmöglich zu machen.

Betreffend die Besichtigung der einzelnen Theile ist Folgendes zu beachten: Bei unbekannten Leichen die Farbe der Haare und Augen, deren Schilderung es bei Leichen bekannter Personen in der Regel nicht bedarf; das etwanige Vorhandensein von fremden Ge-

genständen in den natürlichen Oeffnungen des Körpers, die Zahnreihen und die Beschaffenheit und Lage der Zunge.

Demnächst sind zu untersuchen: der Hals, dann die Brust, der Unterleib, die Rückenfläche, der After, die Genitalien und endlich die Extremitäten. Findet sich an irgend einem Theile eine Verletzung, so ist ihre allgemeine Gestalt, ihre Lage und Richtung mit Beziehung auf feste Punkte des Körpers, ferner ihre Länge und Breite nach Rheinländischen Zollen anzugeben; das Sondiren von Kontinuitätstrennungen bei der äusseren Besichtigung ist in der Regel überflüssig, da sich die Tiefe derselben bei der inneren Besichtigung des Körpers und der verletzten Stellen ergibt. Halten die Obducenten die vorsichtige Einführung der Sonde in die Wunde für erforderlich, so haben sie die Gründe für ihr Verfahren im Protokoll (§. 19) anzugeben. Bei vorgefundenen Wunden ist ferner die Beschaffenheit ihrer Ränder und Umgebungen zu berücksichtigen und nach erfolgter Untersuchung und Schilderung der ursprünglichen Wunde dieselbe zu erweitern, um die innere Beschaffenheit ihrer Ränder und des Unterhautzellgewebes zu prüfen.

Bei Verletzungen und Beschädigungen der Leiche, die ganz augenscheinlich einen nicht mit dem Tode im Zusammenhang stehenden Ursprung haben, z. B. bei Merkmalen von Rettungsversuchen, Zernagungen von Thieren und dergleichen, genügt eine summarische Schilderung dieser Befunde. Eben so ist es gestattet, bei Blutunterlaufungen, abgeschilferten Hautstellen und dergleichen, die gleichfalls augenscheinlich nicht mit dem Tode im Zusammenhang stehen, dieselben ihrer allgemeinen Gestalt nach mit bekannten Körpern zu vergleichen, z. B. einem Geldstück, einer Frucht und dergleichen.

§. 11. Bei der inneren Besichtigung sind die drei Haupthöhlen des Körpers: Kopf-, Brust- und Bauchhöhle zu eröffnen. In allen Fällen, in welchen von der Eröffnung der Wirbelsäule irgend erhebliche Befunde erwartet werden können, ist dieselbe nicht zu unterlassen. In jeder der genannten Höhlen sind zuerst die Lage der in ihr befindlichen Organe, sodann etwa vorhandene Ergiessungen von Flüssigkeiten, deren Menge nach dem Gewicht zu bestimmen, und endlich jedes einzelne Organ äusserlich und innerlich zu betrachten. Lässt sich im Voraus vermuthen, in welcher Höhle sich die Ursache des Todes finden werde, so ist mit dieser Höhle der Anfang zu machen, sonst aber mit dem Kopfe zu beginnen, worauf dann Brust und Unterleib zu eröffnen sind. Wegen der Neugeborenen s. §. 16.

§. 12. Die Eröffnung der Kopfhöhle geschieht, wenn nicht etwa Verletzungen, die so viel als möglich, mit dem Messer umgangen werden müssen, ein anderes Verfahren gebieten, am besten mittelst eines, von einem Ohr zum andern mitten über den Scheitel hin geführten Schnittes, worauf sodann die weichen Kopfbedeckungen nach vorn und hinten herabgezogen und untersucht werden. Nachdem alsdann die Oberfläche der knöchernen Schädeldecke geprüft worden, wird letztere durch einen Sägenkreisschnitt abgenommen und deren innere Fläche, so wie die Beschaffenheit der Schädelknochen untersucht. Hierauf werden die blutführenden Gehirnhäute und die Spinnwebenhaut untersucht, sodann durch schichtweises Abtragen die Halbkugeln, zur Prüfung der Konsistenz und des Blutreichthums des grossen Gehirns, etwaniger Ergüsse, eingedrungenen fremder Körper etc., ferner die Beschaffenheit der Ventrikel und resp. Adergeflechte das Verhalten des Gehirnknotens und des verlängerten Markes,

die durch mehrfache Einschnitte zu prüfende Beschaffenheit des kleinen Gehirns, worauf endlich die Untersuchung der Schädelgrundfläche und der Blutleiter folgt. —

§. 13. Zur Eröffnung des Halses, der Brust- und Bauchhöhle genügt in der Regel ein durch die allgemeinen Bedeckungen vom Kinn bis zur Schaambeinfuge an der linken Seite des Nabels fortgeführter Schnitt. Es folgt dann zunächst die Untersuchung des Halses, an welchem namentlich der Kehlkopf nebst Luftröhre, der Schlund und die Speiseröhre, die grossen Blutgefässe und Nervenstämme und die Halswirbel zu berücksichtigen sind. Um auch den etwanigen Inhalt der Verzweigungen der Luftröhre zu prüfen, ist nach Eröffnung der letztern und der Brusthöhle ein vorsichtiger Druck auf die Lungen auszuüben und zu beobachten, ob und welche Flüssigkeiten etc. dabei in die Luftröhre hinaufsteigen. In Fällen, in denen eine genauere Untersuchung des Kehlkopfes erheblich erscheint, ist derselbe herauszunehmen und an seiner hinteren Seite zu eröffnen.

Um die Brusthöhle zu eröffnen, ist es am zweckmässigsten, zunächst die Rippenknorpel an ihren Vereinigungsstellen mit den Rippen, mit Vermeidung von Einstichen in die Lungen, zu durchschneiden. Hierauf wird das Zwerchfell von den untersten Rippen und dem schwertförmigen Knorpel getrennt, das Brustbein nach aufwärts geschlagen und dessen Handhabe aus der Verbindung mit den Schlüsselbeinen und den Knorpeln der ersten Rippe — mit sorgfältiger Vermeidung der darunter gelegenen Blutgefässe — getrennt. Es werden nunmehr die etwa noch vorhandene Thymusdrüse, die Lungen, die Bronchien, das Rippenbrustfell, der Herzbeutel und sein Inhalt, das Herz, das so viel als möglich in seiner Lage zu lassen ist, und die grossen Blutgefässe untersucht.

§. 14. Zur Eröffnung der Bauchhöhle wird der bereits gemachte Längenschnitt (§. 13) weiter durch das Bauchfell geführt. Hierauf werden die Bauchdecken nach beiden Seiten so zurückgelegt, dass der glatte Rand der untern Rippen auf beiden Seiten sich dem Auge darbietet. Nach den allgemeinen, jede Höhle betreffenden Ermittlungen (§. 11) sind in der Bauchhöhle zu untersuchen: Leber, Magen und Darmkanal, Netze und Gekröse, Milz, Nieren und Harnblase, bei weiblichen Leichen die Gebärmutter mit ihren Anhängen, die grossen Blutgefässe, und wenn es nach Lage der Sache erforderlich erscheint, das Bauchfell. Zur genauern Schätzung des Blutgehalts in der unteren Hohlader ist es zweckmässig, vor der Untersuchung der Bauchhöhle den Oberkörper der Leiche etwas höher zu lagern. Um die Quelle der Blutung aus einem verletzten Gefäss zu ermitteln, kann der Stamm desselben eröffnet und mit einem Tubulus Luft eingeblasen werden.

§. 15. Bei Verdacht einer Vergiftung müssen um den unteren Theil der Speiseröhre und etwa den mittleren des Dünndarms doppelte Ligaturen gelegt und Speiseröhre und Dünndarm zwischen den Ligaturen durchschnitten werden. Hierauf wird der Magen mit dem obern Theil des Dünndarms aus der Bauchhöhle herausgenommen, nach vorgängiger anatomischer Untersuchung in ein reines Gefäss von Porzellan oder Glas gethan und den Gerichtspersonen zur weiteren Veranlassung übergeben. In dasselbe Gefäss ist auch die Speiseröhre, nachdem sie nahe am Halse unterbunden und über der Ligatur durchschnitten worden, nach vorgängiger anatomischer Untersuchung zu

legen. Endlich sind auch andere Substanzen und Organtheile, wie Blut, Harn, Stücke der Leber, der Milz etc. aus der Leiche zu entnehmen und den Gerichtspersonen in abgesonderten Gefässen zur weiteren Veranlassung zu übergeben, wenn die Spuren des Gifts in diesen Substanzen erwartet werden können.

§. 16. Bei den Obduktionen **Neugeborener** sind noch folgende besondere Punkte zu beachten.

Es müssen erstens die Zeichen der Reife und Lebensfähigkeit ermittelt werden. Dahin gehören: Länge und Gewicht des Kindes, Beschaffenheit der allgemeinen Bedeckungen und der Nabelschnur, Länge und Beschaffenheit der Kopfhaare, Grösse der Fontanellen, der Längen-, Quer- und Diagonal-Durchmesser des Kopfes, Beschaffenheit der Augen (Pupillarmembran), der Nasen- und Ohrknorpel, Länge und Beschaffenheit der Nägel, die Querdurchmesser der Schultern und Hüften, bei Knaben die Beschaffenheit des Hodensacks und die Lage der Hoden, und bei Mädchen die Beschaffenheit der äusseren Geschlechtstheile. Endlich ist noch der Knochenkern in der untern Epiphyse eines Oberschenkels zu ermitteln. Zu diesem Behufe wird die Bedeckung über dem Knorpel durch einen Querschnitt, bis auf den Knorpel getrennt, dann die Extremität im Gelenke stark gebogen, die Kniescheibe entfernt und nun dünne Knorpelschichten so lange abgetragen, bis man auf den grössten Durchmesser des etwa vorhandenen Knochenkerns gelangt, welcher nach Linien genau zu messen ist.

Ergiebt sich aus der Beschaffenheit der Frucht, dass dieselbe zweifellos eine lebensfähige nicht gewesen, so kann von der Obduktion Abstand genommen werden, wenn dieselbe nicht von den Gerichtspersonen ausdrücklich gefordert wird.

§. 17. Hat sich ergeben, dass das Kind lebensfähig gewesen, so muss zweitens untersucht werden, ob es nach der Geburt wirklich gelebt, das heisst geathmet hatte. Es ist deshalb die Athemprobe anzustellen, und zu diesem Zweck:

a) schon nach Eröffnung der Bauchhöhle der Stand des Zwerchfells nach der entsprechenden Rippe zu beachten, zu dessen richtiger Ermittlung bei Neugeborenen überall die Bauchhöhle zuerst und dann erst die Brust- und Kopfhöhle zu eröffnen sind;

b) die Ausdehnung und die von derselben abhängige Lage der Lungen letztere namentlich in Beziehung zum Herzbeutel) zu betrachten;

nunmehr

c) Behufs der Herausnahme der Brustorgane aus der Brusthöhle der Herzbeutel zu eröffnen und die Luftröhre einfach zu unterbinden und oberhalb der Ligatur zu durchschneiden;

d) nach Herausnahme der Brustorgane die Luftröhre und ihre Verzweigungen zu eröffnen und zu untersuchen;

sodann

e) die Farbe und die Konsistenz der Lungen zu prüfen; hierauf

f) nach Beseitigung der Thymusdrüse die Lungen mit dem Herzen in einem geräumigen, mit reinem kalten Wasser gefüllten Gefäss auf ihre Schwimffähigkeit zu prüfen;

alsdann

g) die Lungen von dem Herzen zu trennen und dieselben abermals auf ihre Schwimffähigkeit zu prüfen;

ferner

- h) in beide Lungen Einschnitte zu machen, und auf etwa wahrzunehmendes knisterndes Geräusch, so wie
- i) auf Menge und Beschaffenheit des bei gelindem Druck auf diese Schnittflächen hervorquellenden Blutes zu achten und
- k) die Lungen auch unterhalb des Wasserspiegels einzuschneiden um zu beobachten, ob Luftbläschen aus den Schnittflächen emporsteigen;

endlich

- f) beide Lungen zunächst in ihre einzelnen Lappen, diese dann noch in einzelne Stückchen zu zerschneiden, und alle insgesamt auf ihre Schwimmfähigkeit zu prüfen.

§. 18. Im Allgemeinen wird den Obducenten zur Pflicht gemacht, auch alle in dem Regulative nicht namentlich aufgeführten Organe, falls sie an denselben Verletzungen oder sonstige Regelwidrigkeiten finden, zu untersuchen und den Befund in das Obduktions-Protokoll aufzunehmen.

III. Abfassung des Obduktions-Protokolls und des Obduktions-Berichtes.

§. 19. Ueber alles die Obduktion Betreffende wird an Ort und Stelle von dem Richter ein Protokoll aufgenommen. (Obduktions-Protokoll §. 168 der Kriminal-Ordnung)

§. 20. Beim Erheben der Leichenbefunde müssen die Obducenten überall den richterlichen Zweck der Leichenuntersuchung und deren Unterschied von einer pathologisch-anatomischen Sektion im Auge behalten und Alles, was jenem Zwecke dient, mit Genauigkeit und Vollständigkeit untersuchen, dagegen Ausführlichkeit über diese Grenzen hinaus vermeiden. Alle erheblichen Befunde müssen, bevor sie in das Protokoll aufgenommen, dem Richter von den Obducenten vorgezeigt werden.

§. 21. Der technische Inhalt des Obduktions-Protokolls, welcher der die Obduktion leitende Gerichtsarzt angiebt, muss deutlich, bestimmt und auch dem Nichtarzt möglichst verständlich abgefasst sein. Zu letzterem Zweck sind namentlich bei der Bezeichnung der Befunde fremde Kunstausdrücke, so viel es unbeschadet der Deutlichkeit möglich ist, zu vermeiden. In dem technischen Theile des Obduktions-Protokolls sind die beiden Hauptabtheilungen, die äussere und innere Besichtigung, mit grossen Buchstaben (A. und B.) und die Eröffnungen der drei Haupthöhlen mit römischen Zahlen (I. II. III.) zu bezeichnen. Ausserdem ist die Untersuchung jedes einzelnen Theils unter eine besondere, mit arabischen Zahlen zu bezeichnende Rubrik zu bringen, welche bis zum Schluss des Protokolls fortlaufen. Mehrere Theile dürfen nicht unter Eine Nummer gebracht, überhaupt nicht kollektiv abgehandelt und kein Theil darf ganz mit Stillschweigen übergangen werden. Die Befunde müssen in thatsächlichen Schilderungen, nicht in der Form von blossen Urtheilen (s. B. „entzündet“, „brandig“ und dergleichen) zu Protokoll gegeben werden. Am Schluss der Obduktion haben die Obducenten ihr vorläufiges Gutachten über den Fall summarisch und ohne Angabe der Gründe zum Protokoll abzugeben.

§. 22. Wird von den Obducenten ein Obduktions-Bericht (motivirtes Gutachten) erfordert, so haben sie, nach einem gewöhnlichen geschäftlichen, kurzen Eingang, mit Beseitigung unnützer Formalien, eine kurze Geschichtserzählung des Falls, wenn und so weit sie durch Kenntnissnahme der bisherigen Verhandlungen dazu im Stande sind, vor-

anzuschicken. Sodann haben sie in diesen Bericht das Obduktions-Protokoll, seinem, für die Beurtheilung der Sache wesentlichen Inhalte nach wörtlich und mit den Nummern des Protokolls aufzunehmen, und auf etwaige Abweichungen von demselben ausdrücklich aufmerksam zu machen. Die Fassung des Obduktionsberichts muss gleichfalls bündig und deutlich sein und die Begründung des Gutachtens so entwickelt werden, dass sie auch für den Nichtarzt überzeugend ist. Wenn den Obducenten für ihre Begutachtung richterlicherseits bestimmte Fragen vorgelegt worden, so haben sie dieselben vollständig und möglichst wörtlich zu beantworten oder die Gründe anzuführen, aus welchen dies nicht möglich gewesen. Einer Beantwortung der drei Fragen des §. 169 der Kriminal-Ordnung, resp. der vier Fragen des für die Rheinprovinzen erlassenen Ministerial-Reskripts vom 15. Mai 1833, betreffend den Tod durch Verletzungen, bedarf es in Folge des §. 185 des Strafgesetzbuchs vom 14. April 1851 nicht mehr, es sei denn, dass eine solche Beantwortung von den Obducenten ausdrücklich gefordert worden. Da es sich von selbst versteht, dass jeder Obduktionsbericht gewissenhaft und nach wissenschaftlichen Lehren und Grundsätzen abgefasst werden muss, so bedarf es einer Versicherung der Obducenten, dass dies geschehen sei, am Schluss des Berichts nicht.

Der Obduktionsbericht muss von den Obducenten unterschrieben, und wenn ein Physikus die Obduktion mit vorgenommen hat, mit dessen Amtssiegel versehen werden.

Jeder erforderte Obduktionsbericht muss von den Obducenten spätestens nach vier Wochen eingereicht werden.

Berlin, den 15. November 1858.

Königliche wissenschaftliche Deputation für das Medicinal-Wesen.

Das vorstehende Regulativ wird hierdurch, unter Aufhebung des Regulativs vom 21. October 1844, genehmigt und die Beachtung desselben den betreffenden Medicinal-Personen zur Pflicht gemacht.

Berlin, den 1. December 1858.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

von Bethmann-Hollweg.

Beilage II.

Alphabetische Ordnung der Körperfehler, welche bei Beurtheilung der Dienstuntauglichkeit resp. Invalidität in Betracht kommen, gemäss der Instruktion für Militärärzte vom 9. December 1858.

Abzehrung §. 21, No. 85. *)

Achselhöhle, Drüsenanschwellungen in derselben s. Drüsen.

After, widernatürlicher 21, 46.

Amputation, Verlust einer grössern Gliedmaasse 21, 53; 38.

Aneurysma 21, 76.

Anchylosis s. Gelenke.

Arm, etwas kurzer oder im Ellenbogengelenk etwas gekrümmter, wobei jedoch die Bewegung nach allen Richtungen hin möglich ist 19, g.

— bedeutende Krümmung, Verlängerung oder Verkürzung der Gliedmassen, Schwinden und Lähmung derselben 21, 54.

— Verlust einer grössern Gliedmasse 21, 53.

— Schwäche, andauernde eines Gliedes nach geheilten Knochenbrüchen zurückgeblieben, mit Schmerz bei Witterungsveränderungen verbunden — bei gedienten Soldaten 37, 17.

Asthma-tische Beschwerden leichtern Grades bei gedienten Soldaten 37, 12.

Athem stinkender in Folge einer wirklich vorhandenen unheilbaren Lungenkrankheit 21, 38.

Augen Blindheit oder bedeutende Störung des Gesichtes auf beiden Augen oder auf einem allein, hervorgebracht durch schwarzen oder grauen Staar, oder durch andere krankhafte Veränderungen und Entartungen der innern und äussern Theile der Augen 21, 7.

— Erblindung auf dem linken Auge bei vollkommener Integrität des rechten — bei gedienten Soldaten 37, 3.

— Entzündung der Augen und der Augenlider, insofern sie nicht habituell sind, und nicht auf Dyscrasie beruhen, sowie Schleimfluss der Bindehaut und dessen Folgen, chronische Röthung, Auflockerung und Granulation der Bindehaut 20, 3b.

— Entzündungen, chronische, habituelle eines Auges oder beider Augen und Augenlider 21, 8.

Augen-Fehler, bedeutende, das Sehen hindernde 38.

— cfr Tagblindheit, Gesichtsschwäche, Kurzsichtigkeit, Schielen En- u. Eropium, Thränenfisteln, Hornhautflecken, Kurzsichtigkeit, Granulationen.

Balgeschwülste s. Geschwülste.

Becken, gering schiefes 17, i.

— verwachsenes, ganz missgestaltetes 21, 41.

Bein, ein etwas zu kurzes in Folge von Knochenbrüchen, welchem durch einen erhöhten Absatz abgeholfen werden kann, bei gedienten Soldaten 37, 20.

— etwas gebogenen Ober- und Unterschenkel 17, o.

— bedeutende Krümmung, Verlängerung oder Verkürzung der Gliedmassen, Schwinden oder Lähmung derselben 21, 54.

— Verlust eines 21, 53.

— Schwäche, andauernde nach geheilten Knochenbrüchen, verbunden mit Schmerz bei Witterungsveränderungen bei gedienten Soldaten 37, 17. cfr. Knie.

Bettpissen 21, 43.

Blasenhämorrhoiden bei gedienten Soldaten 37, 18.

Blasenstein 21, 50.

Blindheit, s. Augen.

Blödsinn, s. Geisteskrankheit.

Blutbrechen 21, 39.

Blutharnen, welches auf chronischem Leiden der Urinwerkzeuge beruht 21, 39.

Bluthusten, periodischer 21, 39.

Brüche, s. Hernien, Knochenbrüche, Fleischbrüche, Wasserbrüche, Krampfaderbrüche.

Brust, eine minder stark gebaute, jedoch nicht platte und eingedrückte bei sonst gesunder Körperkonstitution und guter Muskulatur der Arme — schwache, durch schmalen Bau begründet, auch wenn sie ohne auf-

*) Die erste Ziffer bedeutet den Paragraphen, die zweite die Nummer.

- fallende Abmagerung und ohne Neigung zur Lungensucht besteht 21, 88.
 — Vereiterungen und Geschwüre innerer Organe 21, 84.
 Brusthöhle, eitriges Exsudat in derselben 21, 82.
 Brustkasten, Missgestaltung desselben 21, 36.
 — Fistelschäden an demselben 21, 40.
 Brustleiden, chronische, wie nach akuten Krankheiten der Respirationsorgane zurückgebliebene, nicht zu beseitigende Schwäche und Reizbarkeit derselben, — chronische Heiserkeit — bei gedienten Soldaten 37, 11.
 cfr. Lungenschwindsucht, Lungen-catarrh, Emphysem, Asthma, Pyothorax, Engbrüstigkeit, Bluthusten, Athem.
 Cirsocele, s. Krampfadernbruch.
 Concretionen in den Gelenken, s. Gelenke.
 Contrakturen der Gelenke, s. Gelenke.
 Daumen, Verlust, Steifheit oder Krümmung des Daumens der einen oder andern Hand 21, 59.
 Drüsen, scrophulöse und scirröse Anschwellung der Drüsen am Halse, in der Achselhöhle oder an andern Theilen 21, 32.
 cfr. Scrophelkrankheit.
 Ektropium 21, 9.
 Ellenbogengelenk, etwas gekrümmtes, wobei jedoch die Bewegung nach allen Richtungen hin möglich ist 19, g.
 Emphysem, ausgebreitetes der Lungen 21, 83.
 Empyem 21, 82.
 Engbrüstigkeit, chronische 21, 37.
 Entropium 21, 9.
 Enuresis 21, 49.
 Epilepsie 21, 92.
 Erblindung, s. Blindheit.
 Erschlaffung der Gelenkbänder, s. Gelenke.
 Exartikulation 21, 53.
 Exostosen am Schädel 21, 5.
 Fettleibigkeit, übermässige krankhafte 21, 91.
 Finger, Krümmung oder Steifheit eines oder des andern Fingers, jedoch nicht in dem Grade, dass dadurch die freie Handhabung des Gewehrs gehindert wird 19, g.
 — wodurch der Gebrauch der Hand behindert wird 21, 62.
 — Verstümmelung der Finger durch Verlust einzelner Glieder 19, m.
 — Verlust, Steifheit oder Krümmung des Daumens der einen oder andern Hand 21, 59.
 — Verlust oder Mangel zweier oder mehrer Finger an einer Hand 21, 66.
 — des rechten Zeigefingers 21, 60.
 — des Zeigefingers an der linken oder des Ringfingers an der linken und rechten Hand (nur Infanterie) 18, c.
 — ein überzähliger Finger, wenn derselbe so placirt ist, dass er beim Gebrauche der Hand im Wege ist, 21, 63.
 — Verwachsung der Finger unter einander durch Schwimmhaut 21, 64.
 — Fehlen eines Fingers an einer oder der andern Hand (unbrauchbar für Cavalerie 5.
 Fistelschäden, oberflächliche 20, 3.
 — an der Brust oder am Unterleibe, wenn sie bis in die Höhle dringen 21, 40.
 — am Kehlkopfe und Luftröhre 21, 31.
 — am Mastdarm 21, 46.
 — s. auch Kothfisteln, widernatürlicher After, Urinfisteln.
 Flechten, nicht bösartige (heilbare) 20, 3e.
 — bösartige und andere eingewurzelte Hautkrankheiten 21, 87.
 Flecken, geringe der Hornhaut 21, 6.
 Fleischbrüche, (Sarcocoele) unbedeutende, unschmerzhaft von äussern Ursachen herrührend 20, 3i.
 — Scirröse Entartung des Hodens und Samenstranges 21, 44.
 Frosbeulen, nicht zu bedeutende (Perionies) nur Kavallerie 18, d.
 Fussballen, starke: Abnormes Hervorragen eines oder beider, bedingt durch sehr schiefe, nach Aussen gerichtete Stellung des grossen Zehen zu seinen Mittelfussknochen 21, 71.
 Fuss, breiter 17, r.
 — Plattfuss, geringer Grad, wo das Gehen noch nicht auf dem innern Rande des Fusses geschieht 17, s.
 — Plattfuss, d. ausgebildete, wenn das Uebel einen solchen Grad erreicht hat, dass das Gehen auf dem innern Rande des Fusses geschieht 21, 65.
 — Gelenk, s. Gelenke.
 — Geschwüre, s. Geschwüre.
 — Schweisse, starke, übelriechende, welche die Füsse wund machen 21, 75.
 — Verlust eines 21, 53.
 Gaumen, vollkommen gespaltener knöcherner, gänzlicher oder theilweiser Mangel oder Durchlöcher-

rung desselben mit bedeutender Störung der Sprache 21, 21.

Gebirgshals oder voller Hals, leichte Grade (*Struma cellularis*) worunter eine Auftreibung des Zellengewebes am vordern Theile und an den Seitentheilen des Halses zu verstehen ist, insofern die Geschwulst von weicher lockerer Beschaffenheit und nicht bedeutend gross ist, und sie mehr die Seitentheile, als den vordern, mittleren Theil des Halses einnimmt und dabei ein äusserer mit der Hand angebrachter leichter Druck keine Beschwerden im Athemholen erregt 19, d.

— starker (*Struma cellularis*) 21, 29.

— starker bei gedienten Soldaten 37, b.

— s. auch Kropf.

Gehör, Fehler des Gehörs bei Offizieren resp. Offizier-Aspiranten 30. —

— Mangel des Gehörs 21, 14.

— s. auch Taubheit, Schwerhörigkeit, Ohrenfluss.

Geisteskrankheit, hoher Grad von geistiger Beschränktheit, der die militärische Ausbildung unmöglich macht 21, 99; 38.

— s. auch Wahnsinn, Seelenkrankheiten.

Geistesschwäche 21, 99.

Gelbsucht, chronische, mit in die Augen fallenden tief begründeten Leiden der Unterleibs-Eingeweide 21, 86.

Gelenke, andauernde nach Verstauchungen, Verrenkungen oder anderen Leiden zurückgebliebene Schwäche des Fussgelenkes oder anderer Gelenke 19, l.

— Nach Verwundungen, Verrenkungen, Verstauchungen zurückgebliebene Gelenkschwäche — bei gedienten Soldaten 37, 16.

— eine solche erwiesene Erschlaffung der Bänder eines oder des andern Gelenkes, dass schon aus gewöhnlichen Bewegungen hin und wieder Verrenkung erfolgt 21, 37.

— Steifheit und Unbrauchbarkeit der grösseren Gelenke in Folge von Narben, Contrakturen, Gliederschwamm, Auftreibung der Gelenkköpfe, Verwachsung derselben, Conkretionen innerhalb der Artikulation, Gelenkwassersucht, veralteten Luxationen 21, 35.

— Ueberbeine auf den Gelenken, s. Ueberbein.

Geschwülste, kleine nicht hinderliche von gutartigem Charakter 17, d.

Geschwülste, Balg-, Lymph-, sowie andere gutartige, die wenngleich nur von geringer Bedeutung, an Stellen befindlich sind, wo sie den Ordnungsmässigen militärischen Anzug nicht erlauben 20, 3g.

— s. auch Drüsen, Zehen, Zunge.

Geschwüre, leichte, von äusseren Ursachen entstandene, die besonders an den Füßen vorkommen und darnach zurückgebliebene, nicht mit Krampfadern der umgebenden Theile verbundene Narben 17, b.

— veraltete, mit krankhafter Konstitution zusammenhängende und auch nach einer erlangten Heilung leicht wieder aufbrechende Geschwüre, besonders an den Füßen, gewöhnlich mit Krampfadern umgeben mit Verdickung und Anschwellung des Zellgewebes, häufig auch mit Knochenauftreibungen verbunden 21, 66.

— innere Organe, erkannt aus den pathognomonischen Kennzeichen und aus dem Einflusse dieser Krankheiten auf die allgemeine Körperkonstitution 21, 84.

— Abscheu erregende im Gesicht 38, —

Gesichtsschwäche, hervorgebracht durch Nervenleiden. oder durch geringe Flecken der Hornhaut oder andere krankhafte organische Veränderungen der Augen 21, 6.

— eben solche bei gedienten Soldaten 37, 2.

— hochgradige s. Blindheit 21, 7.

Gicht, chronische 21, 97.

Glatze 20, 2; 21, 3.

Gliederzittern 21, 93.

Gliedmassen, Verlust grösserer 21, 53; 38.

— bedeutende Krümmung, Verlängerung oder Verkürzung, Schwinden und Lähmung 21, 54.

Gliederschwamm 21, 55

Granulationen cfr. Augen 20, 3b.

Haematemesis cfr. Blutbrechen.

Haematurie s. Blutharnen.

Haemoptoe s. Bluthusten.

Hämorrhoiden, bedeutende Hämorrhoidalknoten, besonders mit periodischem starken Blutverluste oder Verschwärung verbunden 21, 48.

Hämorrhoidalleiden, schmerzhaftes Hämorrhoidalknoten bei gedienten Soldaten 37, 14.

Hämorrhoiden der Blase bei gedienten Soldaten 37, 14.

Hals, voller s. Gebirgshals.

- Hals, schiefer. Leichte Krümmung des Nackens und geringe nicht auffallende Schiefheit des Halses bei voller Bewegungsfähigkeit desselben 17, g.
- steifer oder sehr gekrümmter Hals oder Nacken 21, 35.
- Drüsen - Anschwellung s. Drüsen 21, 32.
- cfr. Kropf, Kehlkopf, Luftröhre, Speiseröhre.
- Harnlassen, beschwerliches oder unwillkührliches 21, 49.
- Harnröhre Fisteln unheilbare 21, 51.
- Verengungen und Verletzungen in der Harnröhre 21, 51.
- die zu weit nach hinten stattfindende Oeffnung der Harnröhre (Hypospadie), wobei das Uriniren nicht auf die bei Männern gewöhnliche Weise geschehen kann 21, 52.
- Hasenscharte, einfache 19, f; 20, 31.
- complicirte 21, 28.
- cfr. Wolfsrachen bei Gaumen.
- Hautkrankheiten, eingewurzelte s. auch Flechten 21, 87.
- leicht zu beseitigende 17 e.
- Heiserkeit, chronische bei gedienten Soldaten 37, 11.
- S. auch Kehlkopf und Luftröhre.
- Hemeralopie s. Tagblindheit.
- Hernien, Leisten- und Schenkelbrüche (Hernien), die durch ein Bruchband zurückgehalten werden können, sowie in sehr ausgesprochenem Grade vorhandene anatomische Anlage zu Brüchen, insbesondere zum Leistenbruch, durch erwiesene abnorme Erweiterung des äussern und innern Leistenringes und des Leistenkanals 19, i.
- einfache Leisten- und Schenkelbrüche, wenn sie sich durch ein passendes Bruchband zurückhalten lassen und keine Beschwerden verursachen — bei gedienten Soldaten 36.
- grosse und solche, welche wegen Verwachsung nicht zurückgebracht werden können oder sich durch ein Bruchband schwer oder gar nicht zurückhalten lassen 21, 42.
- Herz, organische Krankheiten des Herzens, begleitet von Störungen in der Respiration und im Kreislauf des Blutes, dadurch bedingtes chronisches Herzklopfen 21, 78.
- Hirnhautschwamm 21, 5.
- Hoden, noch im Unterleibe befindliche und am Bauchringe weder durch vermehrte Empfindlichkeit an diesem, noch durch das Gesicht und Gefühl bemerkbare 17, f.
- Hoden, die Lage eines oder beider Hoden im Bauchringe selbst 20, 2.
- Entartung, scirrhöse, des Hoden und Samenstranges (Sarcocoele) 21, 44.
- unbedeutende und unschmerzhaftes Fleischbrüche, von äussern Ursachen entstanden (Sarcocoele) 20, 3i.
- Verhärtung und Anschwellung eines Hoden geringen Grades bei gedienten Soldaten 37, 10.
- Hornhautflecken, geringe 21, 6.
- bei gedienten Soldaten 37, 2.
- Hüfte, geringe, nicht auffallende Erhöhung der einen Hüfte 17, i.
- Hydrocele, nicht sehr grosse 20, 3h.
- grosse 21, 43.
- nicht sehr grosse (bei Soldaten) deren Beseitigung auf operativem Wege wegen Weigerung des Leidenden oder aus andern Ursachen nicht zulässig ist 37, 9.
- Hypospadie 21, 52.
- Inkontinenz des Urins 21, 49.
- des Stuhles 21, 47.
- Innere Krankheiten, deren Heilung zwar wahrscheinlich ist, wo jedoch die vollständige Wiederherstellung noch eine lange Zeit erfordert 20, 3a.
- leicht heilbare 17, e.
- Kahlköpfigkeit, heilbare 20, 2.
- unheilbare, über die Hälfte des Schädels ausgedehnte 21, 3.
- Katarrh, chronischer der Lungen oder der Luftröhre bei Soldaten 37, 11.
- Kehlkopf-Schwindsucht 21, 33.
- abnorme Vergrösserung und Schiefstellung des Kehlkopfes mit Schwerathmen 21, 31.
- cfr. Heiserkeit.
- Knie, dicke, vorausgesetzt, dass dieser Zustand angeboren und nicht in Folge einer frühern oder noch vorhandenen Krankheit entstanden ist 17, p.
- nach Innen gebogen, in dem Grade, dass sie das Marschiren etwas erschweren 19, k.
- etwas nach Innen gebogene Knie, so dass selbige nicht am Marschiren hindern 17, 9.
- stark nach Innen oder nach Aussen gebogene Knie 21, 54.
- Knochen - Auftreibungen bedeutende und die Bewegung störende Verunstaltungen der Knochen, es mögen solche aus innern Ursachen entstanden oder als die Folge von schlecht geheilten Knochenbrüchen vorhanden sein 21, 56.
- Knochenbau, schwacher nach vollen-

detem Wachsthum, zugleich mit kränklichem Aussehen 21, 89.

Knochen-Brüche, gut geheilte, deren Folgen vollständig beseitigt worden 17, c.

— Brüche, schlecht geheilte 21, 56.

— Brüche, nach geheilten zurückgebliebene andauernde Schwäche eines Gliedes, verbunden mit Schmerzen bei Witterungs-Veränderungen bei gedienten Soldaten 37, 17.

— Brüche, ein etwas zu kurzes Bein in Folge von Knochenbrüchen, welchem durch einen erhöhten Absatz abgeholfen werden kann 37, 20.

— Frass oder andere auf allgemeiner Dyscrasie beruhende krankhafte Entartungen der Knochen 21, 77.

— Frass bei Krankheiten der Nasenhöhlen, Stirnhöhlen und Oberkieferhöhlen (Ozaena) 21, 16.

— Frass an den Scheitelknochen 21, 5.

— Zerstörung an der Nase, Verlust und Verunstaltung derselben 21, 17.

— s. auch Schädelknochen.

Konvulsionen 21, 94.

Kopf, eine solche Deformität des Schädels und besonders des Hinterhauptes, dass keine militärische Kopfbedeckung festsitzen kann 21, 4.

— Substanz-Verlust an den Schädelknochen in Folge von Verwundungen wenn das Tragen der dienstlichen Kopfbedeckung nicht Beschwerden macht bei gedienten Soldaten 37, 1.

— Grind nicht veralteter (heilbarer) 20, 3c.

— Grind ein durch verjährtes Bestehen als unheilbar zu haltender 21, 1.

Kopf-Haare s. Kahlköpfigkeit s. Weichselzopf 20, 2; 21, 3.

Kopf-Knochen, Substanzverlust in Folge von Knochenfrass oder mechanischen Verletzungen, Exostosen, Hirnhautschwamm 21, 5.

Körperschwäche, allgemeine (schwacher Knochen- u. Muskelbau und schwache Körperkonstitution überhaupt) nach vollendetem Wachsthum, zugleich mit kränklichem Ansehen 21, 89.

— bei noch nicht vollendetem Wachsthum und bei noch nicht erlangter körperlicher Ausbildung oder nach einer noch nicht längst überstandener Krankheit zurückgeblieben 20, 1.

Körperübel, alle leicht heilbarer 17, e.

— deren Beseitigung vor der Zeit zu erwarten ist 20, 2; 20, 3.

— eckel erregende und ansteckende Uebel, soweit sie ein wesentliches

Bedenken gegen das Zusammenleben mit Anderen veranlassen 23.

Kothfisteln 21, 46; 21, 92.

Krämpfe s. auch Epilepsie, Starrsucht, Zittern.

Krätze 17, e.

Krampfadern, einzelne unbedeutende an den untern Extremitäten 17, n.

— Grosse Krampfadernknoten, die einen grossen Theil der Füsse und Unterschenkel einnehmen, schmerzhaft sind bei Anstrengungen des Körpers aufzubrechen drohen 21, 69.

— stärkere über einen grossen Theil der untern Extremitäten verbreitete, jedoch nicht schmerzhaft — bei gedienten Soldaten 37, 18.

Krampfaderbruch geringer unschmerzhafter 17, m.

— (Cirsocèle), grosser schmerzhafter in aufrechter Stellung sehr anlaufend 21, 45.

— bedeutender, der ohne Suspensorium Beschwerden verursacht bei gedienten Soldaten 37, 8.

Krampfadergeschwüre 21, 66.

Krebs s. Drüsen 21, 32.

— Hoden 21, 44.

— Lippen 21, 28.

— Mundhöhle und Zunge 21, 22.

Kropf, geringer Grad des wirklichen Kopfes (Struma glandularis) wenn die Anschwellung gering und nicht hart, der vordere Theil der Schilddrüse davon befreit und nur ein Horn derselben ergriffen ist, und wenn durch einen äussern leichten Druck keine Beschwerden im Athemholen herbeigeführt werden 19, e.

— höherer Grad, wenn beide Hörner der Schilddrüse oder der vordere Theil derselben angeschwollen sind, und das Athemholen durch einen darauf angebrachten leichten Druck erschwert wird 21, 30.

— höherer Grad, wenn die Seitentheile der Drüsen stärker ergriffen sind, jedoch ohne dass das Athemholen dabei erschwert ist — bei gedienten Soldaten 37, 7.

— cfr. Gebirgshals.

Kryptorchie s. Hoden.

Kyphosis 21, 36; 18, a.

Kurzsichtigkeit (für Artillerie, Jäger, Füsiliere, Garde unbrauchbar) 18, a. u. Ers.-Instr. 26 u. 29.

— Erwiesene in einem wahrnehmbaren fehlerhaften Baue des Auges begründete bedeutende, bei welcher der Kurzsichtige einen Menschen von einem andern in der Ent-

- fernung von 10 Schritten nicht zu unterscheiden im Stande ist 21, 11.
 Lähmung der Gliedmassen 21, 54; 38.
 — des Mastdarms 21, 47.
 — der Urinblasenmuskulatur 21, 49.
 Leistenbruch s. Hernien.
 Lippen, ausgedehnte Verwachsungen der Lippen oder Wangen mit dem Zahnfleisch und dadurch verursachte theilweise Verschlussung und Verunstaltung des Mundes 21, 22.
 — Krebs an den Lippen 21, 28.
 — cfr. Hasenscharten.
 Lordosis 21, 36.
 Luftröhre Katarrh, chronischer, häufig wiederkehrender bei gedienten Soldaten 37, 11.
 — Schwindsucht 21, 33.
 — Bruch und Fistel 21, 31.
 Lungen-Katarrh, häufig wiederkehrender, chronischer, Schwäche und Reizbarkeit der Respirationsorgane bei gedienten Soldaten 37, 11.
 — Emphysem, ausgebreitetes 21, 83.
 — Schwindsucht (Tuberculosis pulmonum) 21, 81.
 — Schwindsucht, die vollkommen ausgebildete, im äussern Habitus ausgeprägte Anlage zur Schwindsucht 21, 80.
 — cfr. Athem.
 Luxation, eine solche erwiesene Erschlaffung der Bänder eines oder des andern Gelenkes, dass schon aus gewöhnlichen Bewegungen hin und wieder Verrenkung erfolgt 21, 57.
 — veraltete in Folge davon Steifheit und Unbrauchbarkeit grösserer Gelenke 21, 55.
 — nach derselben zurückgeblieben Gelenkschwäche — bei Soldaten 37, 16.
 — nach derselben zurückgebliebener Schwäche des Fussgelenkes oder anderer Gelenke 19, 1.
 Lymphgeschwülste 20, 3g.
 Magenblutung s. Blutbrechen.
 Magenkrebs s. Krebs 21, 86.
 Magenkrampf, habituell bei gedienten Soldaten 37, 13.
 Mastdarm-Fistel. cfr. After 21, 46.
 Mastdarm-Vorfall, habituell gewordener 21, 47.
 Missgestaltung des ganzen Körpers 21, 90.
 Mundhöhle, Geschwülste, Scirrhusitäten und bösartige Geschwüre an der Zunge und in der Mundhöhle 21, 22.
 — cfr. Lippen, Hasenscharte, Zunge, Gaumen, Rachen, Polypen.
 Muskelbau, schwacher 21, 89.
 Nabelbruch s. Hernien.
 Nachtblindheit, dauernde 21, 12.
 Nacken, leichte Krümmung 17, g.
 — steifer oder sehr gekrümmter 21, 35.
 Nachtwandeln 21, 96.
 Narben, oberflächliche, nicht adhärente von erlittenen Verletzungen 17, a. u. b.
 — welche mit dem untergelegenen Knochen verwachsen sind und durch ihre Spannung und Zerrung die Funktion des betreffenden Theiles hindern 21, 68.
 — bedeutende, nach alten Geschwüren an den Füßen zurückgebliebene Narben, die leicht und oft wieder aufbrechen 21, 67.
 — von Fussgeschwüren, die bei anhaltenden Märschen leicht aufbrechen bei gedienten Soldaten 37, 19.
 Nase, Verlust oder Verunstaltung derselben durch Knochenzerstörung 21, 17.
 — gänzliche Verwachsung der Nasenhöhle und dadurch behindertes Athemholen durch die Nase 21, 18.
 — Krankheiten der Nasenhöhlen, Stirnhöhlen oder der Oberkieferhöhlen, mit Knochenfrass verbunden (Ozaena) 21, 16.
 — Polypen, unheilbare 21, 19.
 Nyctalopia 21, 12.
 Oberkieferhöhlen, Krankheiten derselben mit Knochenfrass 21, 16.
 Oberschenkel, etwas gebogene 17, o.
 Ohrenfluss, stinkender, eckelhafter aus einem Ohr oder aus beiden, von Knochenfrass oder anderen schwer zu heilenden Ursachen herrührend 21, 15.
 — s. Taubheit, Schwerhörigkeit, Gehör.
 Ozaena 21, 16.
 Plattfuss, geringer Grad 17, s.
 — ausgebildeter 21, 65.
 Polypen der Nase und des Rachens, unheilbare 21, 19.
 Prolapsus ani, habituell gewordener 21, 47.
 Prostata, Anschwellung und Verhärtung derselben 21, 51.
 Pulsadergeschwulst 21, 76.
 Pyothorax 21, 82.
 Rachenpolypen, unheilbare 21, 19.
 Rheumatismus, chronischer 21, 97.
 — chronischer bei ungünstigen Witterungseinflüssen wiederkehrend. ohne Anschwellung der leidenden Theile
 — bei gedienten Soldaten 37, 15.
 Ringfinger, Verlust desselben an der rechten und linken Hand tauglich für Infanterie 18, c.

Rücken, ein sogen. hohler, bei welchem die Rücken-Wirbelsäule von dem ersten Wirbelbein derselben an zu stark gebogen nach hinten tritt, während ihr unterer Theil zu stark nach vorn gekehrt ist 17, h.
 — stark nach seitwärts, vor- oder rückwärts gekrümmt. Rückgrat, Steifheit desselben und andere Missbildungen des Brustkastens 21, 36.
 Samenstrang, scirröse Entartung desselben 21, 44.
 Sarcocoele s. Fleischbruch 20, 3i; 21, 44.
 Schädel, Deformität desselben und besonders des Hinterhauptes, dass keine militärische Kopfbedeckung festsitzen kann 21, 4.
 — Knochen, Substanzverlust an denselben 21, 5.
 — Knochen, Substanzverlust an denselben bei gedienten Soldaten 37, 1.
 Schenkelbruch s. Hernien.
 Schiefheit s. bei Brustkasten, Hals, Nacken, Rücken, Becken.
 Schielen geringeren Grades ohne erhebliche Beeinträchtigung des Sehvermögens 19, a.
 — Schielen auf beiden Augen mit bedeutender Störung des Sehvermögens 21, 13.
 Schleimfluss der Augenlider und dessen Folgen 20, 3b.
 Schlingbeschwerden in Folge von beträchtlichem Substanzverlust an der Zunge oder übermässiger Vergrößerung derselben 21, 23.
 — durch Verengung der Speiseröhren 21, 34.
 Schulter, geringe nicht auffallende Erhöhung einer 17, i.
 Schwäche allgemeine 21, 89.
 — andauernde eines Gliedes nach Knochenbrüchen bei Soldaten 37, 17; 21, 54.
 Schwerhörigkeit geringen Grades 19 b.
 — höher Grad von schon lange dauernder 21, 14.
 — zunehmende im Dienste hinderliche bei gedienten Soldaten 37, 4.
 Schwimmhäute an den Fingern 21, 64.
 Schwindel, eingewurzelter 21, 95.
 Schwinden der Gliedmaassen 21, 54.
 Schwindsucht s. Lungenschwindsucht.
 Scirrhus des Hodens und Samenstranges, Fleischbruch, Sarcocoele 21, 44.
 Scoliosis 21, 36.
 Scrophelkrankheit allgemeine 21, 32; 79.
 Seelenkrankheiten 21, 100.
 Siechthum, dauerndes 38.
 Sonnambulismus 21, 96.
 Speichelfisteln, veraltete 21, 26.

Speiseröhre, Verengung derselben 21, 34.
 Sprache, nicht auffallend fehlerhafte 17, k.
 — fehlerhafte bei Offizier-Aspiranten 30.
 — bedeutende Störung der Sprache durch Ganmenleiden veranlasst 21, 21.
 — erschwertes Sprechen durch Zungenleiden veranlasst 21, 23.
 — cfr. Gaumen, Zunge, Stammeln, Stottern. Stummheit.
 Staar, schwarzer oder grauer 21, 7.
 Stammeln, geringes 17, r.
 — höhern Grades 21, 25.
 Starrsucht 21, 94.
 Steifheit eines oder des andern Fingers, jedoch nicht in dem Grade, dass dadurch die freie Handhabung des Gewehres gehindert wird 19, h.
 — eines oder des andern Fingers, wodurch der Gebrauch der Hand behindert ist 21, 62.
 — des Daumens der einen oder andern Hand 21, 39.
 — der grössern Gelenke. in Folge von Narben, Kontrakturen, Gliedschwamm, Auftreibung der Gelenkköpfe, Verwachsung derselben, Konkretionen innerhalb der Artikulation, Gelenkwassersucht, veralteten Luxationen 21, 55.
 — des Halses 21, 35.
 — des Rückens 21, 36.
 Steinbeschwerden 21, 50.
 Stirnhöhlen, Krankheiten derselben mit Knochenfrass verbunden 21, 16.
 Stottern höhern Grades s. Stammeln 21, 25.
 Strangurie 21, 49.
 Stricturen der Harnröhre 21, 51.
 — der Speiseröhre 21, 34.
 Struma cellularis und glandularis s. Gebirgshals und Kropf.
 Stummheit 21, 24; 38.
 Syphilis, secundäre venerische Krankheiten, die eine langwierige ärztliche Behandlung erfordern 20, 3f.
 Tagblindheit, dauernde 21, 12.
 Taubheit auf einem Ohre ohne stinkenden Ausfluss aus demselben 19, c; 38.
 — Mangel des Gehörs oder hoher Grad von schon lange dauernder Schwerhörigkeit 21, 14.
 Thränenfistel und Thränenfluss durch unheilbare Krankheiten der Thränenorgane bedingt 21, 10.
 Trunksucht, notorische 21, 98.
 Tuberculosis pulmonum 21, 81.
 Ueberbeine auf den Gelenken, wenn sie gross und mit den sehnigen Thei-

- len verwachsen sind, auf dem Knochen festaufsitzen und so der Beweglichkeit des Gelenkes hinderlich werden und Schmerzen erregen 21, 58.
- Ueberzahl eines Fingers, wenn derselbe so placirt ist, dass er beim Gebrauch der Hand im Wege ist 21, 63.
- der Zehen an einem oder beiden Füßen 21, 73.
- Unterleibs - Eingeweide, tiefbegründete Leiden derselben 21, 86.
- Beschwerden, chronische, wie Störungen der Verdauung, habituellem Magenkrampf — bei gedienten Soldaten 37, 13.
- Fisteln, welche bis in die Höhle selbst dringen 21, 40.
- s. auch Vereiterungen innerer Organe.
- Unterschenkel, etwas gebogen 17, o.
- Urin fisteln, unheilbare 21, 51.
- Varicen s. Krampfadern.
- Varicocele s. Krampfaderbruch.
- Venerie s. Syphilis.
- Verdauungsstörungen §. 37, 13.
- Vereiterungen innerer Organe 21, 84.
- Verkrüppelung des ganzen Körpers 21, 90; 38.
- Verkürzung und Verlängerung von Gliedmassen 21, 54.
- Verrenkung s. Luxation.
- Verstauchung danach zurückgebliebene Schwäche des Fussgelenkes und anderer Gelenke 19, 1; 37, 16.
- Verstümmelung der Finger und der Zehen durch Verlust einzelner Glieder 19, m.
- Verunstaltung der Nase durch Knochenzerstörung 21, 17.
- des ganzen Körpers 21, 90.
- Verwachsung der Finger durch eine Schwimmhaut 21, 64.
- Verwachsung der Lippen oder Wangen mit dem Zahnfleische 21, 22.
- der Nasenhöhlen 21, 13.
- Vorfall des Mastdarms 21, 47.
- Vorstehdrüse, Anschwellung und Verhärtung 21, 57.
- Wahnsinn 21, 100.
- Wange, Verwachsung mit dem Zahnfleisch und dadurch verursachte theilweise Verschlussung und Verunstaltung des Mundes 21, 22.
- Wasserbruch s. Hydrocele.
- Wassersucht, unheilbare 21, 86.
- der Gelenke 21, 55.
- Weichselzopf, heilbarer 20, 3d.
- veralteter, der nicht geheilt und entfernt werden kann 21, 2.
- Wirbelsäule s. Rücken.
- Wolfsrachen s. Gaumen.
- Beine s. Knie.
- Zähne, feblerhafte Vorderzähne, wenn nur die Augen- und Backenzähne vorhanden sind 17, 1.
- sehr fehlerhafte oder gänzlich mangelnde Schneide- und Augenzähne bei noch vorhandenen guten Backenzähnen, wenn die Betreffenden in ihrer sonstigen Körperbeschaffenheit sich für diese Truppentheile vollkommen eignen 18, b.
- gänzlicher Mangel sämtlicher Schneide-, Augen- und ersten Backenzähne, wenn auch nur in einer Reihe 21, 27.
- Verlust der Schneide-, Eck- und ersten Backenzähne, wenn auch nur in einer Reihe — bei gedienten Soldaten 37, 5.
- Zäpfchen, fehlendes 21, 20.
- Zehen, etwas gekrümmte und sich zum Theil deckende 18' e. nur Cavallerie und reit. Artillerie.
- bedeutende Krümmung eines oder mehrerer Zehen u. kreuzweises Uebereinanderliegen derselben 21, 72.
- Mangel oder Verlust eines Zehen, jedoch nicht des grossen 17, t.
- Mangel eines oder beider Zehen oder mehrerer anderer Zehen 21, 70.
- Verstümmelung der Zehen durch Verlust einzelner Glieder 19, m.
- Ueberzahl der Zehen an einem oder beiden Füßen 21, 73.
- Knochenauswüchse und andere Geschwülste der Zehen von dem Umfange, dass das Tragen der Schuhe behindert wird 21, 74.
- Zeigefinger, Verlust des rechten 21, 60.
- Verlust des linken 18, c.
- Zittern, habituelles des ganzen Körpers oder einzelner Theile 21, 93.
- Zunge, Geschwülste, Scirrhusitäten und bösartige Geschwüre an der Zunge und in der Mundhöhle überhaupt 21, 22.
- beträchtlicher Substanzverlust an der Zunge oder übermässige Vergrößerung derselben mit erschwertem Sprechen and Schlingen 21, 23.

Chronologisches Register.

- | | |
|---|--|
| 1726. 24.12. Cabinetsordrs 9, 230, 231. *) | 1829. 30.9. Generalstabsarzt 8. |
| 1775. 28.12. Wittwenkasse-Regl. 41. | 1829. 15.11. Generalpostamt 4. |
| 1792. 3.3. Instr. f. Mil.-Aerzte 41. | 1829. 8.12. Generalstabsarzt 95. |
| 1800. 9.2. Instr f. Mil.-Aerzte 67 | 1830. 18.1. Ministerium d. Kultus 4. |
| 1805. 11.12. Kriminal-Ordnung 241. 239. 245—247. | 1830. 28.9. Kriegsministerium 34. |
| 1806. 12.6. Justizministerium 1. | 1830. 15.12. Kriegsministerium 227. |
| 1811. 14.3. Kabinetsordre 124. | 1831. 20.3. Generalstabsarzt 8—26. |
| 1811. 30.8. Generalstabsarzt 13. | 1831. 22.4. Minist. d. Innern 35, 36 |
| 1815. 14.12. Kabinetsordre 8. | 1831. 3.5. Justizministerium 8. |
| 1816. 15.4. Kriegsministerium 8. 124. | 1831. 30.5. Justizministerium 9, 230, 231. |
| 1817. 19.5. Generalstabsarzt 67. | 1831. 14.7. Generalstabsarzt 20. |
| 1817. 18.6. Kriegsministerium 84. | 1831. 18.11. Kriegsministerium 227. |
| 1817. 21.6. Kriegsministerium 84. | 1832. 5.1. Kriegsministerium 105, 106. |
| 1818. 5.6. Justizministerium 114. | 1832. 30.1. Kriegsministerium 105. |
| 1818. 12.11. Generalstabsarzt 8, 10. | 1832. 12.7. Generalstabsarzt 70. |
| 1819. 30.7. Generalstabsarzt 67. | 1832. 13.7. Generalstabsarzt 124. |
| 1821. 9.5. Ministerium des Innern 5. | 1832. 22.7. Generalstabsarzt 71. |
| 1821. 19.7. Kriegsministerium 100, 101. | 1833. 8.2. Generalstabsarzt 16. |
| 1821. 31.7. Generalstabsarzt 231. | 1833. 6.6. Ministerium d. Innern 5. |
| 1821. 15.8. Generalstabsarzt 100. | 1833. 11.7. Kabinetsordre 9. |
| 1822. 18.2. Generalstabsarzt 101. | 1834. 21.8. Generalstabsarzt 188. |
| 1822. 14.3. Kriegsministerium 84. | 1834. 25.10. Minister. d. Kultus 113. |
| 1822. 30.10. Generalstabsarzt 35, 191, 221. | 1834. 12.12. Generalstabsarzt 253. |
| 1822. 16.11. Ministerium des Kultus 9, 40. | 1835. 7.5. Minister d. Innern 5. |
| 1822. 17.12. Generalstabsarzt 9. | 1835. 8.8. Sanitäts-Polizei-Regulativ 34, 100. |
| 1823. 5.3. Generalstabsarzt 16, 99, 101. | 1835. 28.8. Generalstabsarzt 105. |
| 1823. 22.7. Ministerium des Innern 5. | 1835. 25.10. Regulativ 100. |
| 1823. 4.11. Generalstabsarzt 191. | 1835. 25.10. Minister. d. Kultus 113. |
| 1824. 12.1. Minister. der Finanzen 4. | 1836. 29.3. Kriegsministerium 106. |
| 1824. 4.4. Kabinetsordre 4. | 1836. 7.5. Generalstabsarzt 107, 204. |
| 1824. 14.7. Generalstabsarzt 239. | 1836. 22.6. Kriegsministerium 47, 72, 83. |
| 1824. 31.6. Generalauditoriat 239. | 1836. 30.6. Generalstabsarzt 48, 72. |
| 1824. 8.12. Generalstabsarzt 238. | 1836. 8.7. Generalstabsarzt 78. |
| 1825. 25.1. Kriegsministerium 222. | 1836. 29.9. Kabinetsordre 264. |
| 1825. 2.3. Generalstabsarzt 239. | 1837. 12.3. Generalstabsarzt 16. |
| 1825. 13.6. Kabinetsordre 117. | 1837. 23.6. Kriegsministerium 102. |
| 1825. 29.6. Kabinetsordre 195. | 1837. 1.7. Arznei-Verpfl.-Instr. 46, 105, 107. |
| 1826. 16.3. Kabinetsordre 10, 118, 201, 210. | 1837. 21.11. Minister. d. Kultus 35, 36. |
| 1826. 12.4. Generalstabsarzt 10, 70, 82, 118, 201, 227. | 1837. 27.11. Generalstabsarzt 72. |
| 1826. 27.4. Generalstabsarzt 117. | 1838. 1.6. Generalstabsarzt 67. |
| 1827. 7.1. Generalstabsarzt 71, 109. | 1838. 26.11. Kriegsministerium 108. |
| 1827. 14.1. Generalstabsarzt 71. | 1839. 19.1. Generalstabsarzt 108. |
| 1827. 29.1. Kabinetsordre 70. | 1839. 23.1. Kriegsministerium 221. |
| 1828. 13.2. Minister. d. Kultus 3, 40. | 1839. 8.4. Kriegsministerium 70 |
| 1828. 21.2. Minister. d. Kultus 69. | 1839. 12.4. Generalstabsarzt 70. |
| 1828. 1.6. Generalstabsarzt 3, 41, 67. | 1839. 10.5. Generalstabsarzt 39, 221, 222. |
| 1829. 12.3. Kabinetsordre 162. | 1840. 3.1. Justizministerium 114. |
| 1829. 15.5. Kabinetsordre und Kriegsministerium 109. | 1840. 3.1. Ueber Militärwachen 261. ff. |
| 1829. 26.5. Generalstabsarzt 109. | 1840. 12.2. Generalstabsarzt 105. |
| 1829. 25.6. Generalstabsarzt 162. | 1840. 20.11. Ministerium d. Kultus 111. |
| | 1841. 18.3. Generalstabsarzt 111. |

*) Die Zahlen hinter der Behörde bedeuten die Seitenzahlen.

1841. 21.10. Verordnung über Disciplinarbestrafung 256.
1841. 29.10. Kriegsministerium 114.
1841. 14.11. Minister. d. Kultus 111, 240.
1842. 30.4. Generalstabsarzt 46.
1842. 4.8. Kriegsministerium 74.
1842. 18.8. Generalstabsarzt 48. 74.
1843. 3.3. Wittwenkassen-Regl. 41.
1843. 29.4. Kabinetsordre 68.
1843. 29.4. Kriegsminister. 68.
1843. 30.6. Generalstabsarzt 12.
1844. 30.1. Minister. d. Innern 36.
1844. 16.2. Minister. d. Kultus 4.
1844. 3.3. Generalstabsarzt 192.
1844. 10.3. Kriegsministerium 76.
1844. 31.3. Generalstabsarzt 85, 192.
1844. 20.5. Generalstabsarzt 99.
1844. 30.7. Generalstabsarzt 13.
1844. 26.11. Minister. d. Kultus 36.
1844. 20.12. Generalstabsarzt 16.
1845. 10.1. Kabinetsordre 230.
1845. 10.2. Kabinetsordre 9, 231.
1845. 3.4. Mil. - Strafgesetzbuch 230, 239, 250, 261.
1845. 8.4. Kriegsministerium 85.
1845. 16.4. Kriegsministerium 36.
1845. 29.4. Generalstabsarzt 13.
1845. 18.6. Generalstabsarzt 41.
1846. 26.1. Generalstabsarzt 227.
1846. 10.9. Generalstabsarzt 49, 68.
1846. 10.12. Kabinetsordre 214.
1847. 16.2. Kriegsministerium 205.
1847. 18.3. Generalstabsarzt 74.
1847. 11.5. Kriegsministerium 107.
1847. 25.7. Generalstabsarzt 107.
1847. 31.7. Kriegsministerium 214.
1847. 6.11. Kriegsministerium 32.
1848. 31.3. Generalstabsarzt 30, 68.
1848. 14.5. Kriegsministerium 216.
1848. 22.9. Kabinetsordre 192.
1848. 20.4. Kriegsministerium 36.
1849. 4.5. Generalstabsarzt 36.
1849. 20.5. Generalstabsarzt 123, 124.
1849. 29.10. Telegraphen-Direktion 222.
1850. 23.7. Generalstabsarzt 79.
1850. 24.9. Generalstabsarzt 26.
1850. 29.11. Direktion des Potsdamer Waisenhauses 16, 20.
1850. 3.12. Minister. d. Kultus 3.
1851. 6.4. Handelsminister. 223.
1851. 25.7. Kriegsminister. 134.
1851. 30.8. Generalstabsarzt 123.
1851. 16.9. Generalstabsarzt 205.
1851. 19.11. Staatsminister. 223.
1852. 29.1. Kabinetsordre 141, 169, 170.
1852. 27.3. Minister. d. Kultus 226.
1852. 29.3. Kriegsministerium 141, 170.
1852. 15.4. Gesetz 251.
1852. 27.5. Kriegsministerium 37.
1852. 5.7. Reglem. f. Friedens-Lazar-
§. 10 13.
- §. 30 35; §. 31 33; §. 143
33, 37—39; §. 159 37; §. 160
38, 33; §. 180 — 192 109;
§. 156 258; §. 383 seq. 35,
36, 47; §. 376 35; §. 393
seq. 72, 83; §. 400—407 72;
§. 559 108—223.
1852. 20.7. Kriegsministerium 36.
1852. 11.8. Kabinetsordre 191.
1852. 1.9. Telegraphen-Direktion 222.
1852. 9.12. Kriegsartikel 232, 233.
1853. 20.1. Minister. d. Kultus 1.
1853. 30.1. General-Postamt 223.
1853. 3.2. Justizministerium 1.
1853. 23.2. Justizministerium 184.
1853. 25.5. Generalstabsarzt 10, 206.
1853. 26.9. Kriegsministerium 32.
1853. 22.9. Generalstabsarzt 32.
1853. 5.10. Kriegsministerium 84.
1853. 18.11. Kriegsministerium 38.
1853. 25.11. Generalstabsarzt 38.
1853. 15.12. Telegraphen-Direktion 222.
1854. 4.4. Generalstabsarzt 119—209.
1854. 3.8. Kriegsministerium 31.
1854. 13.9. Kriegsministerium 72.
1854. 12.10. Generalstabsarzt 3.
1855. 15.1. Kriegsministerium 200.
1856. 11.2. Minister. d. Kultus 3.
1856. 17.5. Gesetz 42.
1856. 18.12. Kabinetsordre 16.
1857. 26.2. Kriegsministerium 16.
1857. 6.5. Generalstabsarzt 16.
1857. 8.8. Generalstabsarzt 82.
1857. 8.9. Regulativ 224.
1857. 20.9. Telegraphen-Direktion 222.
1857. 12.10. Generalstabsarzt 191, 221.
1858. 26.2. Generalstabsarzt 38.
1858. 1.6. Generalstabsarzt 40.
1858. 28.9. Kriegsministerium und Ge-
neralst. 129.
1858. 2.11. Kriegsministerium 106.
1858. 6.11. Reglement für Sträflinge
34. 251.
1858. 9.12. Instruktion für Militär-
Aerzte §. 8 32; §. 14 11
u. 12; §. 18—21 93 und
Beil. II.; §. 19 104; §. 20
98; §. 21 93, 104, 99; §. 22
96, 234; §. 23 253; §. 27 25, 27;
§. 28 27; §. 30 23, 118; §. 31
30; §. 32 31; §. 33 23; §. 34
221, 108; §. 35 95, 148;
§. 36 94, 105, 122, 123;
§§. 37 148; §. 38 124, 149,
151, 152, 174; §. 39 141,
143, 185, 188, 189; §. 40
91; §. 41 95; §. 42 10, 95,
124; §. 43 11, 12, 86, 178;
§. 44 11, 96, 123. 124, 174;
§. 45 13, 120, 133.
1858. 27.12. Generalstabsarzt 92.

1859. 2.3. Kriegsministerium 217.
 1859. 28.4. Kabinetsordre 117, 194, 195.
 1859. 21.5. Kabinetsordre 195.
 1859. 8.6. Kriegsministerium 72.
 1859. 18.6. Direktion des Potsdamer
 Waisenhauses 22.
 1859. 22.8. Kabinetsordre 79.
 1859. 10.9. Kriegsministerium 79.
 1860. 10.1. Kriegsministerium 79.
 1860. 27.1. Kriegsministerium 226.
 1860. 11.2. Kriegsministerium 8.
 1860. 16.2. Generalstabsarzt 8.
 1860. 17.8. Kriegsministerium 19.
 1860. 5.11. Kriegsministerium 28.
 1860. 7.11. Marineministerium 104.
 1861. 25.3. Kriegsministerium 99.
 1861. 26.8. Kriegsministerium 102.
 1861. 23.11. Kriegsministerium u. Ge-
 neralstabsarzt 11, 40, 104
 1861. 30.11. Kabinetsordre 85.
 1861. 11.12. Kriegsministerium 93.
 1861. 12.12. Generalstabsarzt 99.
 1862. 20.1. Generalstabsarzt 85.
 1862. 23.4. Kriegs- und Marinemini-
 sterium 9, 18.
 1862. 2.5. Kriegsministerium 28.
 1862. 7.5. Kriegsministerium 28.
 1862. 16.5. Generalstabsarzt 18.
 1862. 26.9. Kriegsministerium 170.
 1862. 7.11. Minister. d. Kultus 81.
 1862. 14.11. Kriegsministerium 28.
 1862. 18.11. Generalstabsarzt 105.
 1862. 7.12. Minister. d. Kultus 224.
 1863. 10.3. Gesetz 191.
 1863. 28.4. Minister. d. Kultus 5.
 1863. 19.11. Kriegsministerium 78.
 1863. 25.11. Generalstabsarzt 78.
 1863. 7.12. Minister. d. Kultus 224.
 1864. 30.3. Generalstabsarzt 72.
 1864. 22.4. Kriegsministerium 137.
 1864. 17.5. Kriegsministerium 80.
 1864. 25.5. Generalstabsarzt 137.
 1864. 7.6. Kriegsministerium 137.
 1864. 20.6. Kriegsministerium 49.
 1864. 9.7. Kriegsministerium 170.
 1864. 6.8. Kriegsministerium 81.
 1864. 27.10. Generalstabsarzt 224.
 1864. 1.12. Kriegsministerium 31.
 1864. 1.12. Regulativ f. Jäger 31, 176.
 1856. 11.1. Generalstabsarzt 11.
 1865. 26.1. Kriegsministerium 170.
 1865. 30.1. Kriegsministerium 170.
 1865. 2.2. Kabinetsordre 71.
 1865. 2.3. Kabinetsordre 124, 141, 142.
 1865. 8.4. Generalstabsarzt 76.
 1865. 21.4. Generalstabsarzt 78.
 1865. 1.6. Kriegsministerium und Ge-
 neralstabsarzt 118, 212.
 1865. 14.6. Kriegsministerium 141, 142.
 1865. 27.6. Kriegsministerium 228.
 1865. 6.7. Invalidengesetz §. 6 200;
 §. 11 164; §. 14 171; §. 18,
 135.
 1865. 3.8. Instruktion zum Invaliden-
 gesetz §. 2 134. 171, 176,
 177; §. 4 128; §. 5. 150,
 151, 153; §. 6—10 154, 169;
 §. 7 154; §. 8 154; §. 13
 170; §. 16 162, 177; §. 17
 171; §. 21 177; §. 23 187;
 *. 51 141, 142; §. 56 133;
 §. 57 121; 133, 149, 153,
 186; §. 58 133; §. 62 133;
 §. 71 134; §. 72 134; §. 73;
 §. 74; §. 75 192; §. 76 134;
 §. 78 134.
 1865. 29.8. Generalstabsarzt 92.
 1865. 16.9. Kriegsministerium 78.
 1865. 29.9. Kriegsministerium 200.
 1865. 22.11. Kriegsministerium 11.
 1866. 11.1. Generalstabsarzt 115.
 1866. 5.2. Kriegsministerium 70.
 1866. 5.3. Kriegsministerium 151.
 1866. 8.3. Generalstabsarzt 24.
 1866. 19.4. Kriegsministerium 27.
 1866. 5.5. Kriegsministerium 76.
 1866. 16.10. Gesetz 215.
 1866. 29.10. Kriegsministerium 215, 218.
 1866. 30.10. General-Commando 5. Ar-
 mee-Corps 81.
 1866. 2.11. Kriegsministerium 45.
 1866. 27.11. Kriegsministerium 216.
 1866. 8.12. Generalstabsarzt 216.
 1867. 10.1. Kriegsministerium 196.
 1867. 9.2. Gesetz 167.
 1867. 27.2. Kriegsministerium 50.
 1867. 12.3. Kriegsministerium 171.
 1867. 27.3. Kriegsministerium 158.
 1867. 4.4. Kabinetsordre 71.
 1867. 24.4. Generalstabsarzt 81.
 1867. 25.5. Kriegsministerium 217.
 1867. 27.5. Kriegsministerium 163.
 1867. 16.6. Kabinetsordre 222.
 1867. 20.6. Kabinetsordre 167.
 1867. 21.7. Gesetz 265.
 1867. 14.8. Generalstabsarzt 119, 207.
 1867. 25.8. Generalstabsarzt 208.
 1867. 5.9. Kabinetsordre 88, 114, 135
 1867. 5.9. Kriegsministerium 47.
 1867. 3.12. Kriegsministerium 27.
 1868. 10.1. Generalstabsarzt 227.
 1868. 15.1. Kriegsministerium 155.
 1868. 17.2. Kriegsministerium 164.
 1868. 16.2. Kriegsministerium 82.
 1868. 20.2. Kabinetsordre §. 27, 196,
 197, 199.
 1868. 22.2. Kabinetsordre 51.
 1868. 13.3. Kultusministerium 255.
 1868. 16.3. Kriegsministerium 172.
 1868. 23.3. Kriegsministerium 200.
 1868. 26.3. Militär-Ersatz-Instruktion
 §. 17 30; §. 29 30 u. 32;

- §. 41 231; §. 50 88, 90; §. 51 88, 89, 95, 99; §. 74 96, 97, 233, 234; §. 87 u. 88 81, 82; §. 90 90; §. 102 90; §. 106 97; §. 120 90; §. 123 90; §. 124 90; §. 136 29; §. 137 30; §. 138 20 u. 30; §. 140 90; 141—143 27 u. 28; §. 144 28; §. 172 26; §. 177 26; §. 186 88; §. 187 86, 88—91, 92, 94, 96, 98; §. 100 93.
1868. 27.3. Kriegsministerium 199, 200.
 1868. 29.4. Finanzministerium 31.
 1868. 14.5. Kriegsministerium 137.
 1868. 28.5. General-Kommando 6. Armee-Corps 75.
 1868. 29.5. Generalstabsarzt 199.
 1868. 30.5. Kriegsministerium 199.
 1868. 22.6. Generalstabsarzt 23, 25.
 1868. 4.7. Kabinetsordre 119, 120, 197, 199.
 1868. 8.8. Generalstabsarzt 199.
 1868. 13.8. Generalstabsarzt 199.
 1868. 3.9. Generalstabsarzt 198, 199.
 1868. 30.9. Kriegsministerium 197, 198.
 1868. 15.10. Kriegsministerium 47.
 1868. 25.11. Generalstabsarzt 227.
 1869. 30.1. Kriegsministerium 200.
 1869. 10.3. Kriegsministerium 50, 51, 60.
 1869. 23.3. Generalstabsarzt 197.
 1869. 31.3. Kriegsministerium 51, 60.
 1869. 15.4. Kriegsministerium 71.
 1869. 26.4. Kriegsministerium 81.
 1869. 29.4. Kabinetsordre 136.
 1869. 1.5. Kriegsministerium 165.
 1869. 18.6. Kriegsministerium 39.
 1869. 22.6. Kriegsministerium 47.
 1869. 26.6. Kriegsministerium 15.
 1869. 3.7. Kriegsministerium 197.
 1869. 21.7. Kriegsministerium 15.
 1869. 13.8. Generalstabsarzt 197.
 1869. 6.9. Kriegsministerium 29.
 1869. 8.9. Kriegsministerium 143.
 1869. 23.9. Kriegsministerium 217.
 1869. 19.11. Kriegsministerium 54.
 1870. .3. Kriegsministerium 177.
 1870. 11.3. Kriegsministerium 102.
 1870. 19.3. Kriegsministerium 54, 75.
 1870. 31.4. Kriegsministerium 166.
 1870. 9.5. Kultusministerium 225.
 1870. 31.5. Deutsches Strafgesetzbuch §. 51; §. 58 241—245; §. 142 und 143 233; §. 211 241; §. 222 240; §. 223—226 234; §. 229 240; §. 230 241; §. 232 241; §. 278 1; §. 324 240.
 1870. 6.6. Kriegsministerium 225.
 1870. 22.7. Kriegsministerium 223.
 1870. 24.9. Kultusministerium 1.
1870. 11.10. Kriegsm. Instruktion in Betreff der Anmeldung von Invaliden-Ansprüchen §. 1 139; §. 2 139; §. 3 126, 139, 140; §. 4 140; §. 5. 140; §. 6 141, §. 7 121, 122, 126, 127, 144, 149, 178; §. 8 144; §. 9 178; §. 10 179; §. 11 145; §. 12 148; §. 13 148; §. 14 128; §. 17 183; §. 19 128, 148; §. 20 128, 185; §. 21 135, 181, 185; §. 22 147, 148; §. 23 129, 148; §. 24 128; §. 25 129; §. 26 130; §. 27 134; §. 28 180; §. 30—39 130—133; §. 31 144; §. 33 10, 12, 125, 178; §. 33 12; §. 36 145; §. 37 147, 170; §. 39 14, 87; §. 40 133; §. 41 134; §. 42 135; §. 45 seq. 138; §. 46 u 47 138; §. 45—48 154; §. 49 128; §. 51 181; §. 53 180; §. 54 080; §. 55 180; §. 56 180; §. 57—66 180—183; §. 58 123, 181; §. 58—60 155; §. 62 122, 123, 127, 138, 136, 124; §. 63 139; §. 66 134; §. 68 135, 136.
1871. 18.3. Kriegsministerium 68, 82.
 1871. 21.3. Kriegsministerium 48, 50, 51, 58, 70, 71, 73, 83.
 1871. 27.6. Invalidengesetz §. 2 117, 193, 212; §. 3 212; §. 4 140, 150, 193, 210; §. 5 194; §. 6 156; §. 8 210, 213, 180; §. 12 213; §. 13 213; §. 14 214; §. 16 und 17 215, 195; §. 27 193, 195; §. 28 193, 213; §. 29 195; §. 35 bis 37 133; §. 51 212; §. 52 213; §. 58 139, 140; §. 59 141; §. 61 148; §. 62 148; §. 63 150; §. 64—70 156 seq.; §. 71 158; §. 72 160, 273; §. 73 158, 161, 164; §. 75 167; §. 76 170, 171, 173; §. 78 u. 79 176 u. 177; §. 81 128, 135; §. 82 186; §. 84 186, 154; §. 85 186; §. 86 150, 154; §. 87 187; §. 102 167.
 1871. 10.7. Kriegsministerium 59.
 1871. 18.8. Ausführl. Bestimmungen zum Invalidengesetz 121, 195, 200.
 1871. 15.9. Kriegsministerium 158.
 1871. 16.9. Kriegsministerium 229.
 1871. 21.9. Kriegsministerium 146.
 1871. 6.10. Kriegsministerium 159.

- | | |
|--|---|
| 1871. 8.10. Kriegsministerium 159, 173, 175. | buch) §. 17 260; §. 19 260; §. 20 261, 263, 265; §. 22 260, 265; §. 23 260; §. 24 u. 25 263; §. 26 265; §. 27 265; §. 28 264; §. 81 232; §. 82 233; §. 83 233; §. 85 230; §. 122 234; §. 123 234; §. 139 1, 12. |
| 1871. 9.11. Kriegsministerium 159. | 1872. 26.6. Kriegsministerium 18. |
| 1871. 25.11. Kriegsministerium 229. | 1872. 19.7. Kriegsministerium 194. |
| 1871. 25.12. Kriegsministerium 197 bis 199. | 1872. 15.9. Kriegsministerium Anh. 1. |
| 1871. 26.12. Kriegsministerium 42. | 1872. 26.9. Allerhöchste Kabinetsordre Anh. 273. |
| 1872. 24.1. Kriegsministerium 126, 178. | 1872. 27.9. Kriegsministerium Anh. 273. |
| 1872. 31.1. Kriegsministerium 209. | 1872. 28.9. Kriegsministerium Anh. 273. |
| 1872. 12.3. Kriegsministerium 66, 75. | 1872. 31.10. Disciplinarstrafordng. Anh. 272, 273. |
| 1872. 8.4. Kriegsministerium 217, 219, 213. | |
| 1872. 12.4. Kriegsministerium 61. | |
| 1872. 16.4. Kriegsministerium 140. | |
| 1872. 30.4. Kriegsministerium 150, 165 | |
| 1872. 1.5. Kriegsministerium Anh. 4. | |
| 1872. 20.6. Gesetz (Militär-Strafgesetz- | |

Sachregister.

A.

- Aachen, Bäder daselbst 48, 78.
 Abgestumpftheit, Zustand von, nach längerer Dienstzeit und daraus folgende Unfähigkeit zur Benutzung des Civilversorgungsscheines 172.
 Aerzte des Beurlaubtenstandes, Beurtheilung ihrer Dienstfähigkeit 25, 118, 194.
 — Dienstuntauglichkeit derselben im Allgemeinen 25, 118, 194.
 — einjährige freiwillige s. Einjährig-freiwillige Aerzte.
 — Invalidität derselben 25, 118, 194.
 — militärpflichtige, Beurtheilung ihrer Diensttauglichkeit 25, 118, 194.
 Alexisbad, Badeort 81.
 Annaburg, Waisenhaus daselbst 19.
 Apotheker s. Pharmaceuten.
 Arbeiter-Abtheilungen, Atteste Behufs Aufnahme in dieselben 252.
 Arbeitsunfähigkeit s. Erwerbsunfähigkeit.
 — bei Sträflingen 252.
 Arreststrafen 257, 260, 273.
 Assistenzärzte, Berechtigung derselben zur Ausstellung von Attesten 8.
 — Theilnahme derselben an kommissarisch ärztlichen Untersuchungen 93.

Attestbuch 13.

- Atteste, ärztliche. Allgemeine Bestimmungen über deren Ausstellung 1.
 — militärärztliche im Allgemeinen 8.
 — militärärztliche im Speciellen 15 bis 230.
 Augenkrankheit, contagiöse. Beurlaubung wegen derselben 100, 39.
 — — Dienstuntauglichkeitsgrund 98.
 — — Invaliditätsgrund bei Veteranen 190.

B.

- Bade-Anstalten in d. Lazarethen, deren Benutzung 45.
 Bade-Atteste für Aerzte 67.
 — für Beamte 67.
 — für Feldbeamte 68.
 — für Intendanturbeamte 82.
 — für Mannschaften 45—67.
 — für Offiziere etc. 67—81.
 — Form derselben im Allgemeinen 82.
 — im Allgemeinen 45—70.
 — im Besonderen 70—82.
 Badekuren, auswärtige 47.
 — Eingaben zu solchen 83.
 — innerhalb der Garnison 45.
 — innerhalb der Lazarethe 45.
 Badeorte, zulässige 59.
 Bade-Unterstützung für Offiziere 85.

Bäder in Schlesien 72.
 Baugefangenschaft 269.
 Beamte, Atteste über deren Dienstuntauglichkeit 117.
 — Atteste über deren Invalidität 193.
 — Bade-Atteste für dieselben 67, 68.
 cfr. Intendanturbeamte, Feldbeamte.
 Berechtigung zur Ausstellung militärärztlicher Atteste 8
 Beschädigung bei Ausübung des Dienstes 127, 129, 140.
 Besichtigung, gerichtliche von Leichen 237.
 Beurlaubtenstand s. Mannschaften resp. Offiziere des Beurlaubtenstandes.
 Beurlaubung wegen Krankheit etc. s. Krankheits-Atteste.
 — wegen chronischer Augenentzündung 39, 100.
 Bewegungsfähigkeit, Behinderung der aktiven, welche dem Verluste des Gliedes gleich zu achten ist 160, 163, 214.
 Bildungs-Anstalten, militärärztl., Aufnahme in dieselben 22.
 Blindenzulage 160, 162, 214.
 Blödsinnigkeits-Erklärung 111, 242.
 Blutbrechen, angebliches 98.
 Blutharnen, angebliches 98.
 Bluthusten, angeblicher 98.
 Bruchbänder, deren Verabfolgung und Erneuerung 107.
 Brüche, Dienstuntauglichkeit wegen derselben 104.
 — bei Gendarmen 108, 191.
 — bei Grenzaufsehern 191.
 — bei Kasernenwärtern 108, 223.
 — bei Krankenwärtern 108, 223.
 — bei Oekonomie-Handwerkern 104.
 — bei Reservisten 106.
 — bei Soldaten 105.
 — bei Wehrleuten 106.
 — Invalidität durch dieselben 109.
 Brunnenkuren s. Badekuren.
 Bukowina, Bad 81.

C.

Cairo, Kurort 81.
 Chaussée-Aufseher, Atteste für dieselben 224.
 Chefärzte der Feldlazarethe, Ausstellung von Invaliden-Attesten durch dieselben 136.
 Civilärzte, Atteste derselben üb. Marschunfähigkeit 35.
 — Atteste derselben über Militärpersonen 9.
 — Atteste derselben zu Badekuren 69.
 Civilanstellungsschein 168.
 Civildienst, Unfähigkeit zur Verwendung in demselben 173 seq.

Civilpraxis, Atteste der Militärärzte anlässlich ihrer Civilpraxis 11, 40.
 Civilversorgungsschein, Berechtigung zu demselben 167, 187, 192.
 — Unfähigkeit zur Benutzung desselben 170 seq.
 — Qualifikations-Attest zu demselben 147.
 Colberg, Soolbad 59.
 Commissarische Untersuchung der Rekruten 91.
 — — der Invaliden 132.
 Contagiöse Augenkrankheit s. Augenkrankheit
 Convulsionen, angebliche bei Dienstuntauglichkeitsverfahren 98.

D.

Dampfbäder, Gebrauch derselben 45.
 Dauernde Störung der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit 141, 143, 212.
 Departements-Ersatz-Geschäft, Untersuchung der Invaliden bei demselben 138, 154, 182.
 — Untersuchung der Temporär-Invaliden 127, 129, 140 seq.
 Dienstbeschädigung 212.
 Dienstbeschädigungs-Attest 127, 144.
 Diensteid der Militärärzte 9.
 Dienstentlassungs-Atteste für einjährig-freiwillige Aerzte und Pharmaceuten 226.
 Dienstuntauglichkeits-Atteste für Aerzte 25, 118, 194.
 — für Aerzte des Beurlaubtenstandes 25, 118, 194.
 — für ausgebildete Soldaten 93, 94.
 — für Beamte (Invaliden-Atteste 117.
 — im Allgemeinen 86, 87.
 — im Besonderen 96.
 — für Landwehr-Offiziere 119.
 — für Mannschaften des akt. Dienststandes 93, 105.
 — für Mannschaften des Beurlaubtenstandes 114—117.
 — für Oekonomie-Handwerker 104.
 — für Offiziere 117.
 — für Pharmaceuten 119, 27.
 — für Rekruten 90, 91, 98.
 — für Rossärzte 119, 27.
 — für Soldaten, ausgebildete 93, 94.
 — für Unteroffizier-Schüler 90.
 — für Zahlmeister 119, 208.
 — wegen angeblich schwer zu erkennender Krankheiten 96.
 — wegen Augenentzündung s. Augenkrankheit 98.
 — wegen Geisteskrankheit s. Geisteskrankheit 109

Dienstuntauglichkeits - Atteste wegen Leisten- und Schenkelbrüchen s. Brüche 104.

Dienstzulage zur Pension 166.

Dispositions-Fähigkeit 205, 207.

E.

Eid der Militärärzte 9.

Eingaben zu Badekuren 83.

— zur Dienstuntauglichkeits - Erklärung 87.

— zur Invaliden-Erklärung 133, 134, 183.

— zur Invaliden-Erklärung bei Offizieren etc. 198, 199.

Einjährig-freiwillige Aerzte, Atteste bei deren Eintritt 25.

— Atteste bei deren Entlassung 226.

— Atteste bei deren Invalidität und Pensionszulage 199, 200.

— Pharmaceuten, Diensttauglichkeit 27.

— Pharmaceuten, Entlassungsatteste 226.

— Pharmaceuten, Invaliditäts-Atteste 200.

Eisenbahndienst, Tauglichkeits - Attest für denselben 223.

Ems. Bad 60, 61.

Epidemische Krankheiten, Bescheinigung derselben, wenn sie als Ursache der Invalidität geltend gemacht werden 143.

Epilepsie in Betreff der Dienstuntauglichkeit 97, 98, 151.

— in Betreff des Civilversorgungsscheines 147, 170.

Erblindung 160, 162.

Erwerbsunfähigkeit, Grad und Dauer 151.

— bei Invalidität der Offiziere 211.

F.

Fahrlässigkeit in strafrechtlicher Beziehung 241.

Feldbeamte, Bade-Atteste für solche 68.

— Invaliden-Atteste 209.

Festungsarrest 250.

Festungsstrafen 250.

Freiheitsstrafen 250.

Friedrich-Wilhelms-Institut, Aufnahme in dasselbe 22.

Folge des Dienstes, Begriff 140

Form der militärärztlichen Atteste im Allgemeinen 14.

— — Bade-Atteste 84.

— — Dienstuntauglichkeitsatteste 95.

— — Invaliden-Atteste 178, 200.

Forstdienst, Attest. für Aspiranten in denselben 30.

Forstversorgungsschein 176.

Freiwillige Aerzte s. Einjährig-freiwillige etc.

— Pharmaceuten s. Einjährig-freiwillige etc.

Führungs-Attest für einjährig-freiwillige Aerzte etc. 226.

G.

Ganzinvalidität s. Invaliden-Atteste.

Garnisondienst, Verwendung in demselben für Halbinvalide 177.

Garnison-Verwaltungsdienst, Tauglichkeit dazu 222.

Gebrechen, angebliche, schwer zu erkennende, deren Beurtheilung 96.

Gefängnisstrafen bei Soldaten 251.

Geisteskrankheiten, Aufnahme wegen derselben in Lazarethe und Irrenanstalten 109, 110.

— Dienstuntauglichkeit durch dieselben 109, 242.

— s. auch Zurechnungsfähigkeit 242.

Gemüthszustands-Untersuchungen 111.

Gendarmen, Tauglichkeit derselben 108, 221.

— Invalidität derselben 191.

— Beitritt zur Wittwenkasse 42.

Generalärzte, Superrevision der Atteste durch dieselben 13, 52, 133.

Gesundheits-Atteste für die Militär-Wittwenkasse 41.

Gliederzittern, dadurch bedingte Dienstuntauglichkeit 96.

Gräfenberg, Bad 68.

Granulationen, primäre in Betreff der Dienstuntauglichkeit 99.

Grenzaufseher, Invalidität derselben 191.

— Tauglichkeit derselben 108, 221.

Gutachten, gerichtlich-medicinische im Allgemeinen 230.

— über Geisteskranke 109, 242.

H.

Halberblindung 162, 214.

Halbinvalide s. Invaliden-Atteste

Handwerker s. Oekonomie-Handwerker.

Heildiener, Qualifikation der Lazareth-Gehülfen dazu 224.

Hernien s. Brüche.

Hülsfärzte s. Assistenzärzte.

I.

Jägerlehrlinge 30.

Jastrzemb, Bad 59.

Impf-Atteste 85.

Intendantur-Beamte, Bade-Atteste für dieselben 82.

Invaliden-Atteste. Allgemeine Bestimmungen 121—126.

— für Gendarmen 191.

— für Grenzaufseher 191.

Invaliden-Atteste für Mannschaften des aktiven Dienststandes 126—180.
 — für Mannschaften des Beurlaubtenstandes 180—189.
 — für Offiziere, Aerzte, Beamte 193 bis 220.
 — für Offiziere, Aerzte des Beurlaubtenstandes 201, 209.
 — für Schutzleute 191.
 — für Veteranen 189.
 — Spezielle Bestimmungen 126—180, 210.
 Invaliden - Untersuchungen, commissarisch-ärztliche 91, 132, 183.
 Invaliden-Benefizien 156, 186.
 Invaliden-Institute 176, 187.
 Invaliden-Pension 156, 186.
 Johannisbad in Böhmen 79.
 Irren-Heilanstalten, Aufnahme in dieselben 109.

K.

Kadetten, Aufnahme derselben in die Kadetten-Anstalten 15.
 Kasernen-Wärter, Anstellung als solche 223.
 Königsdorf, Jastrzemb, Bad 59.
 Körperverletzungen in strafrechtlicher Beziehung 234.
 Kontagiöse Augenkrankheit s. Augenkrankheit.
 Krämpfe, Dienstuntauglichkeit dadurch 96.
 Krankenscheine, Ausstellung solcher 38.
 Kranken-Wärter s. Lazareth-Wärter.
 Kreis-Physiker, Verpflichtung derselben zur Ausstellung von Attesten über Militärpersonen resp. zu unentgeltlicher Ausstellung 4, 5, 36.
 Kreuznach, Bad 60.
 Kriegs-Zulage 158, 186, 213.
 Kurhaus in Warmbrunn s. Warmbrunn.

L.

Lähmung 98.
 — Zustand gänzlicher 163.
 Landeck 59, 72, 78.
 Landwehr-Mannschaften s. Mannschaften des Beurlaubtenstandes.
 Landwehr-Offiziere s. Offiziere des Beurlaubtenstandes.
 Langenschwalbach, Bad 59.
 Lattenstrafe 296.
 Lazareth-Gehülfen, Atteste für die als Heildiener anzustellenden 224.
 Lazareth-Wärter, Anstellung als solche 108, 223.
 Lebensversicherungs-Atteste 42.
 Leichen, Besichtigung gerichtliche derselben 238.
 Leichen-Obduktion 238.

Leistenbrüche s. Brüche.
 Lippspringe, Bad 60.
 Lüneburg, Bad 60.

M.

Mannschaften, Bade-Atteste für dieselben s. Bade-Atteste.
 — des aktiven Dienststandes, Dienstuntauglichkeit 93, 94.
 — des aktiven Dienststandes, Invalidität 126—180.
 — des Beurlaubtenstandes, Dienstuntauglichkeit 114—117.
 — des Beurlaubtenstandes, Entlassung aus Lazarethen 38.
 — des Beurlaubtenstandes, Invalidität 180—189.
 — der mobilen Armee, Invalidität 136.
 Marschunfähigkeit, Atteste 33.
 — Atteste, Ausstellung derselben durch Civilärzte 35, 36.
 — Atteste, Ausstellung derselben durch Kreisphysiker 36.
 Medicinalbeamte, Atteste derselben 4, 5, 36.
 Militärärzte, Atteste derselben im Allgemeinen 6—15.
 — Atteste derselben anlässlich ihrer Civilpraxis 11.
 — Dienstuntauglichkeit derselben 25, 118, 200, 209.
 — Invalidität derselben 25, 118, 200, 209.
 — Invalidität derselben im Beurlaubtenstande 25, 209.
 — körperliche Qualifikation 21, 25, 209.
 Militärärztliche Bildungsanstalten, Aufnahme in dieselben 22.
 Militär-Arrest 260.
 — Beamte, Bade-Atteste für dieselben 67, 68, 82.
 — Beamte, Invaliden - Atteste für dieselben 193—220.
 — Krankenwärter, Diensttauglichkeit 108, 223.
 — Kurhaus in Warmbrunn s. Warmbrunn.
 Militärpflichtige Aerzte, deren Beurtheilung 25.
 Militär-Rossarztschule, Aufnahme in dieselbe 27.
 Militär-Rossärzte s. Rossärzte 34.
 Militär-Sträflinge 252.
 Militär-Sträflinge, deren Marschfähigkeit 34.
 — Waisenhäuser, Aufnahme in dieselben 19.
 — Wittwenkasse, Gesundheits - Attest 41.
 Mineralbäder, Verordnung derselben 45.

Mord, Strafgesetzbuch 242.
Münster am Stein, Badeort 60.
Muskau 81.

N.

Nachtblindheit, Feststellung derselben 96,
Nachtwandeln, Feststellung derselben 96.
Nationale, Uebersendung eines Nachweises Behufs Attestausstellung 12.
Nauheim, Bad 61.
Nenndorf 60.
Neuenahr 60. 80.
Norderney 60.

O.

Obduktion von Leichnamen 238.
Obduktions-Regulativ s. Beilage II.
Oekonomie-Handwerker, Dienstuntauglichkeit derselben 104.
Oeynhausen, Bad 59. 78.
Offiziere, Badeatteste für dieselben 67 bis 81.
— Dienstuntauglichkeitsatteste 117.
— Invalidenatteste 193—220.

P.

Pension 156, 186.
— Erhöhung derselben durch den Krieg 158, 186, 213.
— Zulage zu derselben 158, 186, 213.
Pharmaceuten, einjährig-freiwillige s. Einjährig-freiwillige Pharmaceuten.
— Militärdienstbrauchbarkeit derselben 27.
Pflicht, allgemeine zur Abgabe von Attesten 1.
Postexpedienten, Atteste für dieselben 223.
Pyrmont 60.

Q.

Qualifikations-Attest für Lazareth-Gehülfen als Heildiener 224.

R.

Raserei, Begriff 246.
Rehburg 60,
Resen 60.
Reinerz 59, 72.
Rekruten, commissarische Untersuchung derselben 91.
— Dienstuntauglichkeit derselben 91.
— Untersuchung derselben auf Marsch- und Transportfähigkeit 93.
Reserve-Mannschaften s. Mannschaften des Beurlaubtenstandes.
Reserve-Offiziere s. Offiziere.
Rossärzte, Diensttauglichkeit 27, 119.
— Invalidität 200, 207.

S.

Salzbrunn 59, 72, 74.
Sanitätskorps, Eintritt in dasselbe, körperliche Qualifikation 25.
Schema zu Eingaben zu Badekuren 84.
Schenkelbrüche s. Brüche.
Schiffsjungen-Kompagnien, Eintritt in dieselben 27.
Schlaftrunkenheit 242.
Schlesien, Bäder in 72.
Schwachsinn 242.
Schwächezustand, ein jede Beschäftigung hindernder 171.
Schwerhörigkeit, Dienstuntauglichkeitsgrund 92.
Schwindel, Dienstuntauglichkeitsgrund 98.
Schutzleute, Invalidität derselben 191.
Seekadetten, Atteste für dieselben 18.
Selbstverstümmelung 231.
Selterwasser, Verordnung von 45.
Siechthum, gänzliches 165, 172.
Simulation 233.
Sodawasser, Verordnung von 45.
Sprache, Verlust derselben 160, 162.
Staarblindheit 98.
Starrsucht 98.
Stempelpflichtigkeit der ärztl. Atteste 4.
Störung der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit, dauernde 141, 143, 212.
— der aktiven Bewegungsfähigkeit von Gliedern 160, 163, 214.
Strafabtheilung, Einstellung in dieselbe 257.
Straffähigkeit, militärische, Feststellung derselben 250.
Sträflinge 255.
— Arrest-rafen derselben 257.
— Marschunfähigkeit derselben 34.
Stubenarrest 260.
Superrevision der ärztlichen Atteste durch die Generalärzte 13, 52, 133.
— der ärztlichen Gutachten über Geisteskranke durch die Medicinalbehörde 114.
— der Obduktions-Protokolle 240.

T.

Tagblindheit 98.
Taubheit 98.
Taubstummheit in gerichtlicher Beziehung 250.
Täuschende Mittel, Anwendung solcher 232.
Telegraphendienst, Tauglichkeitsattest dazu 222.
Temporär-Invalide, Begriff 138, 154.
— Civilversorgungsschein, Gewährung desselben 170.

Temporär-Invalide. Superrevision beim
Departements-Ersatzgeschäft 138, 154.
Teplitz 59, 72.
Thierärzte s. Rossärzte.
Todtschlag in strafgesetzlicher Bezie-
hung 242.
Transportunfähigkeits-Atteste 33.
— über Rekruten 93.
Trinkkuren innerhalb der Garnison 45.
Trunkenheit 242, 245, 246.

U.

Unbrauchbarkeit s. Dienstunbrauchbar-
keit.
Unfähigkeit zur Benutzung des Civil-
versorgungsscheines 173.
Untauglichkeit s. Dienstuntauglichkeit.
Unmündigkeit 245.
Unterärzte, Felddienstfähigkeit dersel-
ben beim Eintritt ins Sanitätskorps
25.
— Entlassungs-Atteste für dieselben
226.
— Führungs-Atteste 226.
— Invalidität 199.
Unteroffizier-Schulen, Aufnahme in die-
selben 29.
— Dienstuntauglichkeit der Zöglinge
90.
Unterrossärzte, Invalidität 200.
Unzurechnungsfähigkeit 242.
Urlaub, Atteste Behufs Erlangung des-
selben 37, 38.
— Erkrankung auf demselben.

V.

Verbrauch der Kräfte 172.
Vergiftung 240.

Verlust der Sprache 160, 214.
— eines Auges 160, 214.
— eines Gliedes 160, 214.
— demselben gleich zu achtende Stö-
rung der aktiven Bewegungsfähigkeit
eines Gliedes 160, 214.
Verstümmelung 160, 214, 273.
— Zulage 160, 214, 273.
Verwundungszulage 158, 213.
Veteranen, Atteste für dieselben 189.
Volontär-Pharmaceuten s. Einjährig-
freiwillige Pharmaceuten.
Vormundschaft 113, 244.

W.

Wachtmeister der Berliner Schutzmann-
schaft 191.
Wahnsinn 246.
Wärter s. Kasernenwärter u. Kranken-
wärter.
Waisenhäuser, Aufnahme in dieselben
19.
Warmbrunn 59, 72, 76.
Wasserheil-Anstalten 68.
Wehrmänner s. Dienstuntauglichkeit
resp. Invalidität derselben
Wiesbaden 60.
Wildungen 59.
Wittwenkasse, Atteste für dieselben 41.

Z.

Zahlmeister, Dienstuntauglichkeit der-
selben 119, 207.
— Invalidität 207.
Zulagen s. Pensionszulagen.
Züchtigungsfähigkeit, körperliche 259.
Zurechnungsfähigkeit 242.

DRUCKFEHLER.

S. 11 Zeile 2 von unten l. statt 149: 123 u. 24.
S. 20 Zeile 3 von unten l. statt 25.: 30.
S. 21 Zeile 19 von oben l. statt versiegeln: besiegeln.
S. 32 Zeile 1 von unten l. statt V.: Mil.
S. 88 Zeile 3 von unten l. statt §. 50. 4.: §. 50. 8. und statt 6. Sept.: 5. Sept.
S. 92 Zeile 13 von oben l. statt kein: ein.
S. 95 Zeile 9 von oben ist das Wort „der“ zu streichen.
S. 178 Zeile 6 von oben l. statt d: 6 ebenso S. 187 Z. 5 v. u. statt c: die Zahl 6.

Eitner, ...

Militärärztliche Atteste und Gutachten Zusammenstellung der für Militärrzte anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen. Mit Genehmigung der Milit.-Med.-Abtheilung des Königspreuß. Kriegsministeriums herausgegeben von Eitner

Berlin 1873

Med.for. 3 lu

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11160398-0